Mittwoch, 25. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 119 - 21.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 3,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zahl der Arbeitslosen rückläufig

dpa, Hamburg

Mit einem weiteren leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen wird für den Monat Mai gerechnet. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur werden für Ende Mai knapp 2,2 Millionen Arbeitslose erwartet. Ende April waren 2,253 Millionen Menschen ohne Beschäftigung. Im Vorjahr hatte die Abnahme rund 65 000 betragen. Allerdings war die Gesamtzahl aller Arbeitslosen Ende Mai 1982 mit 1,645 Millionen Menschen deutlich niedriger gewesen. Im Juni werde es aber vermutlich wieder zu einem *Anstieg* der *Arbeitslosigkeit* kommen, wurde prophezeit. Als Grund dafür gibt dpa an, daß die Winterarbeitslosigkeit zum größten Teil bereits in den beiden Monaten März und April habe abgebaut werden können. Die weiterhin negativen konjunkturellen Einflüsse würden nach diesen Informationen möglicherweise den jahreszeitlich bedingten Auftrieb überschatten. Ein neuer Bericht der Bundesanstalt für Arbeit wird erst am 3. Juni in Nürnberg vorgelegt werden.

RWI plädiert für andere Tarifpolitik

Py. Düsseldorf

Eine radikale Abkehr von der jahrzehntelang praktizierten Tarifpolitik und eine strikte Hinwendung zu einer Lohnentwicklung, die sich allein nach der Lage am Arbeitsmarkt orientiert, hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, gefordert. In seinem Konjunkturbrief fordert das Institut, daß in der heutigen Lage „grundsätzlich die Löhne nur dort erhöht werden dürfen, wo es an Arbeitskräften fehlt". In bedrängten Regionen, Branchen und Berufen seien Ab*schläge angebracht. Gesetzlich* sollte den Belegschaften gefährdeter Unternehmen erlaubt werden, von Tarifverträgen abweichende Löhne zu vereinbaren. Das RWI wirft den Gewerkschaften vor, sie setzten rücksichtslos möglichst hohe Forderungen durch. Die Arbeitgeber ließen es am nötigen Widerstand dagegen fehlen. Beide verließen sich auf den Staat, der die Verantwortung für die Beschäftigung in der „irrigen Überzeugung übernahm, sie jederzeit sichern zu können".

FINANZWELT '83

Noch ist die Finanzwelt nicht in Ordnung. Solange die Hypotheken der Vergangenheit nicht getilgt sind, leben auch die Banken nicht in einer heilen Welt. Für sie verspricht 1983 ein Jahr der inneren Stärkung zu werden, in dem sie sich für den konjunkturellen Aufschwung rüsten können.

EIN WELT-REPORT

ZITAT DES TAGES



„In dem Maße, wie die abgabenbelastete Arbeit zusätzlich belastet wird, in demselben Maße wächst das Schwarz- und Alternativarbeitspotential."

Wolfgang Roth, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. (Seite 5)
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Wladimow kommt

AP, Moskau

Georgi Wladimow, der Vorsitzende der Moskauer Sektion der Gefangenenhilfeorganisation Amnesty International, wird am Donnerstag dieser Woche in der Bundesrepublik eintreffen, wie er gestern in Moskau mitteilte. Der als regimekritisch geltende sowjetische Schriftsteller war von seinem Kollegen Siegfried Lenz nach Köln eingeladen worden und will Vorlesungen über zeitgenössische sowjetische Literatur halten. Sein Visum gilt für ein Jahr.

Rätselhafter Fall

rtr/AP, Hof

Der Luftzwischenfall an der deutsch-deutschen Grenze bei Hof in Bayern bleibt weiterhin rätselhaft. Nach den gestrigen Angaben der Staatsanwaltschaft in Hof bestehe eine „gewisse Wahrscheinlichkeit", daß der immer noch unbekannte Pilot das Flugzeug vorsätzlich über die Grenze geflogen habe. Bei der geringen Flughöhe hätte er die markante Linienführung der Demarkationslinie nicht übersehen können. Ein Fluchthilfe-Unternehmen könne daher nicht ausgeschlossen werden.

Worms gewählt

AP, Düsseldorf

Der 53jährige Vorsitzende der CDU-Rheinland, Bernhard Worms, ist erwartungsgemäß zum neuen Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag gewählt worden. Für Worms stimmten gestern 80 Abgeordnete der *CDU-Fraktion*, fünf enthielten sich, und fünf votierten gegen ihn. Worms löste Kurt Biedenkopf ab, der seit 1980 Vorsitzender der *CDU-Fraktion* war.

Zum Anschlag bekannt

dpa, Frankfurt/Berlin

Revolutionäre Zellen haben sich zu dem Anschlag am Wochenende auf die Ehrentribüne der alliierten Militärparade in Berlin bekannt. In einem im Frankfurter dpa-Büro gestern eingegangenen Brief heißt es, „mit dem Anschlag drücken wir unseren Protest gegen die Hochrüstungspläne der NATO aus". Bei der Explosion kamen Menschen nicht zu Schaden.

Im Hungerstreik

dpa, Wien

Aus Protest gegen die bereits fünfmonatige Dauer seiner Untersuchungshaft ist der tschechoslowakische Bürgerrechtler Ladislav Lis seit Montag in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Der 58jährige, der einer der drei Sprecher der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" ist, war Anfang Januar wegen „subversiver Tätigkeit" verhaftet worden. Wie gestern aus Wien verlautete, soll sich Lis in Einzelhaft befinden.

WIRTSCHAFT

Goldene Schweiz

J. Sch. Paris

Die Schweiz ist im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Industriestaaten bislang von der Weltwirtschaftskrise am wenigsten betroffen worden. Dies zeigt der OECD-Bericht zur schweizerischen Wirtschaftslage, der die Widerstandsfähigkeit der eidgenössischen Volkswirtschaft vor allem ihrer großen wirtschaftspolitischen Anpassungsfähigkeit zuschreibt.

Seite 14

WETTER

Kühl und regnerisch

DW. Essen

In ganz Deutschland bewölkt und zum Teil länger andauernder Regen. Tageshöchsttemperaturen um 12 Grad, in der Nacht 10 bis 7 Grad.

Aktien uneinheitlich

DW. Frankfurt

Bei ruhigem Geschäft kam es zu einer uneinheitlichen Kursbildung. Der Rentenmarkt lag schwächer. WELT-Aktienindex 137,1 (137,4). Dollarmittelkurs 2,4890 (2,4755) Mark. Goldpreis pro Feinunze 436,80 (432,75) Dollar.

Heute in der WELT

Italien: KGB gab Waffen und Geld für Terroristen

„La Nazione" veröffentlichte Geheimbericht der Regierung / Staatsanwalt ermittelt

ALFONS DALMA, Rom

In Italien verdichten sich die Hinweise, daß es zwischen dem linken Terrorismus im Lande und dem sowjetischen Geheimdienst KGB eine enge Verflechtung gibt. Die Zeitung „La Nazione" (Florenz) zitierte aus einem Bericht, den die Regierung der mit dem Mord an dem christdemokratischen Parteiführer Aldo Moro befaßten Parlamentskommission vorgelegt haben soll. Zentrale Aussage: Italienische Terroristen seien in der Sowjetunion, der Tchechoslowakei und in Kuba ausgebildet worden. Die römische Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen gegen die Journalisten von „La Na*zione" auf, die den Bericht publi*ziert hatten.

In der italienischen Presse waren immer wieder Vermutungen über die Verwicklung des KGB und der osteuropäischen Geheimdienste in den italienischen Terrorismus geäußert worden. Es ist aber das erste Mal, daß ein amtliches Dokument bekannt wird, worin die subversive Kriegsführung des sowjetischen Geheimdienstes und der mit ihm verbündeten Geheimdienste gegen die Ordnung und die innere Sicherheit eines Landes mit einer Schlüsselstellung innerhalb des atlantischen Bündnisses systematisch dargelegt und mit geheimdienstlichen Informationen belegt wird.

Der geheime Regierungsbericht bezieht sich auf die Zeitperiode von Anfang der siebziger Jahre bis zur Gegenwart und führt den Beweis, daß das KGB, gestützt auf den tschechoslowakischen und auf den bulgarischen Geheimdienst

SEITE 2:
Ein echtes Dossier

sowie auf Nebenstellen in Kuba und in Angola nicht nur für „Ein*mischungen, Einflußnahmen und* operative Verbindungen in einem gegen den Westen gerichteten strategischen Gesamtkonzept", sondern auch für „direkte Waffenlieferungen und Geldbeschaffung" zugunsten der Terroristen verantwortlich ist. Die Verbindung sei 1970 über den bekannten linksmarxistischen Verleger Giangiacomo Feltrinelli, der zwei Jahre später bei einem der ersten terroristischen Sprengstoffanschläge ums Leben kam, in Prag aufgenommen worden.

Aus der CSSR-Hauptstadt seien auch wiederholt Geldbeträge eingeflossen, so etwa über die Italien-Vertretung der Skoda-Automobilwerke. In der UdSSR, der Tschechoslowakei und Kuba seien Schulungskurse für politisch-strategische und militärische Ausbildung der Terroristen abgehalten worden, während der sowjetische Geheimdienst in Angola, Kuba, Südjemen, aber auch in Frankreich sichere Zufluchtsstätten für italienische, im eigenen Land unmittelbar „gefährdete" Terroristen unterhalten habe.

Die Agenten der Ostblockstaaten hätten nach diesem Bericht für die *Herstellung der Querbeziehungen* zwischen den Roten Brigaden und den verschiedenen Gruppen innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation sowie der nordirischen IRA und libyschen Stellen für die Vorbereitung von Terrorakten gesorgt. Als Gegenleistung für die sowjetischen Waffenlieferungen auf dem Umweg über die PLO seien Anschläge und Überfälle der italienischen Terrorgruppen gegen israelische Institutionen und jüdische Persönlichkeiten in Italien unternommen worden.

Japan über UdSSR-Raketen besorgt

Tokio will Befürchtungen über Kompromiß in Europa in Williamsburg vortragen

FRED de la TROBE, Tokio

Japan und die Asean-Staaten (Malaysia, Singapur, Thailand, Philippinen, Indonesien) verstärken ihre Bemühungen, zu verhindern, daß im Falle einer Einigung zwischen den Supermächten über den Abzug von Mittelstreckenraketen aus Europa ihre Interessen unberücksichtigt bleiben. Der japanische Ministerpräsident Nakasone wird auf der Weltwirtschaftskonferenz in Williamsburg Präsident Reagan die Wünsche dieser Staatengruppe vortragen.

Während seiner jüngsten Reise in die Asean-Länder stand bei den Gesprächen Nakasones mit den Regierungschefs dieser Staaten die Sorge über den bedrohlichen Aufbau der sowjetischen Militärmacht in dieser breiten asiatischen Zone im Vordergrund. Moskau hat bisher 108 Raketen vom Typ SS 20 in Sibirien und der Fernostprovinz stationiert. Satellitenaufnahmen zeigen, daß neue Standorte für weitere hundert SS 20 in Bau sind. Nahezu das gesamte Gebiet der Asean-Staaten liegt in der Reichweite dieser Raketen.

Angesichts der sowjetischen Hochrüstung haben die Länder Südostasiens begonnen, ihre Sicherheitssysteme zu überdenken. Ein Ergebnis dieser Übung war, daß die verstärkten Verteidigungsanstrengungen Japans, die Nakasone den Regierungschefs der Asean-Länder während seines Besuches erläuterte, nicht beanstandet wurden. In den Monaten vorher waren sie aufgrund negativer Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg noch wiederholt auf Kritik gestoßen.

Nach Angaben der japanischen Verteidigungsagentur sind mehr als ein Drittel der sowjetischen Interkontinentalraketen und der strategischen Bomber im asiatischen Teil der UdSSR sowie ein Drittel der mit Nuklearraketen ausgerüsteten sowjetischen U-Boote – etwa 80 an der Zahl – in Fernost stationiert. Die pazifische Flotte der Sowjets operiert vorwiegend aus den russischen Fernosthäfen, doch hat der Zugang zu einigen Stützpunkten in Nordkorea und zur Basis Cam Ranh Bay in Vietnam das Einsatzgebiet der Schiffe wesentlich erweitert.

Die Regierungschefs der Asean-Staaten stimmten mit Nakasone überein, daß die fortgesetzte Präsenz starker amerikanischer Verteidigungskräfte in Südostasien unverzichtbar sei. Das an der „Kampffront" zu Vietnam stehende Thailand schlug die Aufstellung einer amerikanischen Bereitschaftstruppe für die Region vor, die im Notfall sofort eingesetzt werden könnte. Die Militärhilfe Washingtons an Bangkok ist in den vergangenen Monaten wesentlich aufgestockt worden.

Als Schwachstelle im südostasiatischen Sicherheitssystem erweisen sich die Philippinen. Die kommunistischen Guerrillas der „Neuen Volksarmee" (NPA) versuchen mit allmählich wachsendem Erfolg, aus einem beträchtlichen Unbehagen weiter Bevölkerungsteile über die sozialen Verhältnisse Kapital für ihre umstürzlerischen Ziele zu schlagen. Größere Teile der 200 000 Mann starken philippinischen Armee sind in einen ständigen Kleinkrieg mit der NPA und moslemischen Rebellen im Süden verwickelt.

Diese Entwicklung wirft auch Schatten über die beiden einzigen amerikanischen Militärbasen in den Asean-Staaten, über die Stützpunkte Clark Air Base und Subic Bay auf den Philippinen. Ein am vergangenen Wochenende zwischen amerikanischen und philippinischen Militärs unterzeichneter neuer Verteidigungsplan unterstreicht die ernste Lagebeurteilung.

Türken auf Zypern brechen Dialog mit Griechen ab

Wird am 10. Juni türkischer Teilstaat proklamiert?

SAD, Athen

Die Lage auf der geteilten Mittelmeerinsel Zypern hat sich zugespitzt: Die Regierung des türkisch besetzten Nordteils der Insel hat jetzt ihre Teilnahme an der Verhandlungsrunde zwischen den beiden Inselvolksgruppen verweigert, *die am 31. Mai stattfinden sollte.*

Für diese Absage wurden von türkisch-zyprischer Seite keine konkreten Gründe angegeben. Der türkische Volksgruppenführer Raouf Denktasch weigerte sich klarzustellen, ob es sich dabei um einen Abbruch der Gespräche auf *Dauer handle.*

Die Türken Zyperns haben den Dialog mit den Griechen vor dem Hintergrund ihrer Drohung eingestellt, „in absehbarer Zeit" einen türkischen Teilstaat auszurufen. Bisher bezeichnen sie ihr Staatsgebilde als „türkischen Bundesstaat Zyperns". Nach einem Bericht der griechisch-zyprischen Zeitung „Dimokratiki" soll der türkische Teilstaat wahrscheinlich am 10. Juni, also vor der geplanten Verlängerung des Mandats der UNO-Friedenstruppe am 15. Juni, ausgerufen werden. Denktasch hatte kürzlich angekündigt, daß er seinem Kabinett ein Referendum über die Unabhängigkeitsfrage empfehlen werde.

Die Verhärtung der Haltung der Türken bringen politische Beobachter in Nikosia *mit einer zwei Wochen zurückliegenden* UNO-Resolution in Verbindung, die den sofortigen Abzug der türkischen Besatzungstruppen gefordert hat*te. In einem* Gespräch mit dem Oberkommandierenden der UNO-Friedenstruppe, dem österreichischen Generalmajor Günter Greindel, soll Denktasch jetzt verlangt haben, daß fortan bei der Friedenstruppe keine Länder vertreten sein dürfen, die in der UNO für die Resolution gestimmt haben. In diese Kategorie fallen Österreich und Schweden.

Lockerung der Sanktionen gegen Warschau?

kie. Washington

Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg, der am Samstag beginnt, haben amerikanische und europäische Regierungspolitiker miteinander sondiert, wie man im Laufe des Jahres die Wirtschaftssanktionen gegen Polen allmählich ganz aufheben könnte.

Die Sanktionen gegen Polen, verhängt nach der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981, betreffen Kulturaustausch, Fischereirechte und vor allem Kreditierungs- und Kreditversicherungsverhandlungen. Polen ist privat und staatlich mit 26,6 Milliarden Dollar verschuldet, zahlt derzeit aber, wegen der abgebrochenen Verhandlungen, keine Zinsen auf den staatlichen Teil seiner Schuld (ca. 13,7 Milliarden).

Eine Entscheidung in dieser Frage ist erst nach der NATO-Ministerratstagung in Paris und nach dem Papst-Besuch am 16. Juni in Polen zu erwarten.

Seite 12: Barlikowski fehlt

Rätselraten über Radio Moskau

BBC: Sprecher Dantschow bezeichnete Sowjets in Afghanistan als „Invasoren"

SAD, London

„Das entwickelt sich langsam zu einem Thriller." Mit diesen Worten charakterisierte ein Sprecher für den Abhördienst der Londoner BBC gestern ein mehr als ungewöhnliches Vorkommnis im englischsprachigen Dienst von Radio Moskau. Nachdem Wladimir Dantschow, ein Sprecher des Senders, bereits am Mittwoch vergangener Woche zweimal eine Meldung verlesen hatte, worin die sowjetische Besetzung Afghanistans kritisiert wurde, gebrauchte derselbe Sprecher am Montag in mehreren Meldungen über sowjetische Truppen die Worte „Banditen", „Besatzer" und „Invasoren".

„So etwas haben wir, seit es den Monitor-Service der BBC gibt, noch nicht ein einziges Mal erlebt", erklärte BBC-Sprecher George Lockey. „Wir können uns das nur damit erklären, daß Dantschow auf eigene Initiative gehandelt hat, und daß ihn seine Vorgesetzten jetzt maßregeln werden. Bisher ist er noch nicht wieder ans Mikrofon zurückgekehrt."

Nach Darstellung Lockeys begann die erstaunliche zweite Serie von Afghanistan-Meldungen am Montag um zehn Uhr Greenwich-Zeit. In der ersten Nachrichtensendung verlas Dantschow noch den offenbar korrekten Text, worin die sowjetischen Truppen nicht kritisiert wurden und in dem von afghanischen Konterrevolutionären die Rede war. In den englischsprachigen Nachrichten um elf, zwölf und dreizehn Uhr Greenwich-Zeit habe Dantschow aber am Mikrofon den Text so verändert, daß im Zusammenhang mit den sowjetischen Truppen mal von „Banditen", mal von „Besatzern" und mal von „Invasoren" die Rede war. Eine Stunde später verlas ein anderer Sprecher von Radio Moskau wieder den korrekten Text.

George Lockey: „Am unerklärlichsten an der Geschichte ist die Tatsache, daß Dantschow bereits am Mittwoch vergangener Woche zweimal kritische Bemerkungen über die sowjetische Besetzung Afghanistans verlesen konnte. Normalerweise wäre seine Karriere damit abrupt beendet worden. Wir warten jetzt gespannt darauf, ob er an einem der nächsten Tage wieder Nachrichten verlesen darf. Heute am Dienstag haben wir ihn nicht wiedergehört."

Politische Beobachter in London vermuten, daß Dantschow seine Bemerkungen in dem vom KGB kontrollierten Sender möglicherweise mit Wissen und Billigung seiner Vorgesetzten gemacht hat. In jüngster Zeit gibt es Anzeichen dafür, daß in Moskau eine Atmosphäre vorbereitet wird, in der ein eventueller Abzug aus Afghanistan in den Bereich der Möglichkeiten rücken könnte.

DER KOMMENTAR

CDU und Zukunft

GEORG SCHRÖDER

Der Kölner Parteitag wird das Profil der CDU zeigen. Helmut Kohl hat das angekündigt. Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeutet dies, daß auch nach der Erkenntnis des Parteivorsitzenden die Union ihren berechtigten Jubel über den Wahlsieg und über die Rückkehr in das Bundeskanzleramt nicht in bequeme Selbstzufriedenheit versickern lassen darf. Die Zeiten sind nicht danach. Ganz im Gegenteil: Gerade weil sie für die Regierenden doppelt schwer sind und wohl noch lange bleiben werden, muß die Partei als Forma*tion und als politische* Antriebskraft aktiv sein und bleiben.

Daß sie am Tode Konrad Adenauers, am Verlust der Macht 1969 nicht zerfleddert und zerbröckelt ist, daß sie ganz im Gegenteil als Partei jedenfalls stärker und schlagkräftiger als je zuvor wurde – das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit.

Mehr als einmal konnte man in den fünfziger Jahren im vertraulichen Gespräch vom damaligen SPD-Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer seine große Hoffnung hören: Nach dem Tode Adenauers würde sich alles wenden, würde die CDU zerfallen und würde aus der Spaltung auch eine Art Zentrumspartei wieder hervorgehen. Sie sah Ollenhauer schon als den Koalitionspartner der SPD von morgen, als den Schlüssel, der für die SPD das Tor zum Palais Schaumburg öffnen würde.

Nichts dergleichen ist eingetreten. Die CDU als erste weitgespannte Volkspartei in der deutschen Geschichte, als erste überkonfessionelle christlich-soziale Partei, ist dem Grundgedanken treu geblieben, aus dem heraus sie nach dem Kriege geboren wurde. Sie war eben mehr als nur eine Adenauer-Partei, wie ihre Gegner ihr oft in den fünfziger Jahren unterstellten. Sie war auch mehr als nur eine Erhard-Partei.

Sicherlich fiel es ihr nach 1969 zunächst sehr schwer, sich auf den Oppositionsbänken wiederzufinden und diese neue Rolle zu akzeptieren und daraus heraus neue Kräfte zu entwickeln. Aber daß dies gelungen ist, weiß inzwischen jedermann. In diesen Oppositionsjahren wandelte sich die CDU vom Kanzler-Wahlverein zur lebendigen Partei. Aus der Honoratiorenpartei der fünfziger Jahre entstand die moderne Mitgliederpartei. Die Verjüngung an Kopf und Gliedern gelang, so daß sie sich jetzt den *neuen Aufgaben* der Zukunft stellen kann.

Keine personellen Konflikte auf dem CDU-Parteitag

Jugendarbeitslosigkeit und Rentensicherung

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, kann dem heute in Köln beginnenden 31. Bundesparteitag mit großer Gelassenheit entgegensehen. Nach den Wahlen vom 6. März, bei denen die Union mit 48,8 Prozent der Zweitstimmen das beste Ergebnis seit 1957 erreichte und damit nach 13 Jahren Opposition in die Regierungsverantwortung in Bonn zurückkehrte, ist Kohl unumstrittener denn je.

Vor diesem Hintergrund und auch angesichts der Tagesordnung zeichnet sich ein konfliktfreier Verlauf des zweitägigen Kongresses, zu dem 781 Delegierte erwartet werden, ab. Allerdings muß die CDU als Volkspartei mit nunmehr 723 377 Mitgliedern bei ihrer weiteren Arbeit nach Ansicht führender Politiker einen Mittelweg finden: Sie darf sich, so Generalsekretär Heiner Geißler, einerseits nicht als „Jubelverein der Regierung" verstehen, sondern muß aus ihrer Verantwortung heraus zur Lösung der bestehenden Probleme mittel- und langfristig Perspektiven entwickeln. Andererseits muß sie mögliche neue Richtungs- und Flügelkämpfe verhindern. Dazu meinte *Geißler unter Hinweis auf die Vor*gänge bei der SPD, die CDU sei „keine Institution zur Bekämpfung der eigenen Partei", sie habe vielmehr den Kanzler und die Regierungspolitik zu unterstützen.

So sind im Vorfeld die Wahlen von Kohl und seiner sieben Stellvertreter, die neben einer Grundsatzrede des Parteivorsitzenden im Mittelpunkt des ersten Tages stehen, so angelegt worden, daß eine Kampfabstimmung vermieden wird. Nachdem der zunächst vom CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger ins Gespräch gebrachte hessische Landeschef Walter Wallmann auf eine Kandidatur verzichtet hat, gibt es für das siebenköpfige Präsidium nicht mehr Bewerber als Sitze zur Verfügung stehen.

Bei den Sachthemen werden die Fragen der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Sicherung der Renten im Vordergrund stehen. Sie sollen morgen ganztägig beraten werden. Dabei sollen bei den Diskussionen Vertreter der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und Wissenschaftler hinzugezogen werden.

Nach einem Leitantrag des CDU-Vorstands soll die Zukunftskommission Jugend die Diskussionen zum Problem Jugendarbeitslosigkeit auswerten und dann „konkrete Lösungsmöglichkeiten" erarbeiten. Sie soll der Bundeshauptausschuß später als Programm verabschieden. Ähnlich sieht es mit der langfristigen Sanierung der Renten aus. Hier wurde bereits die Rentenkommission der CDU unter Geißler beauftragt, Lösungsmodelle zu entwickeln.

Aller Voraussicht nach wird der Parteitag *einem Antrag der CDU*-Sozialausschüsse zustimmen, mit dem eine Verschiebung der nächsten Rentenanpassung abgelehnt wird. Damit soll dem CDA-Vorsitzenden, Bundessozialminister Norbert Blüm, der Rücken gestärkt werden. Die CDA wurde jedoch gestern vom Wirtschaftsrat der Union wegen der Forderung nach einer Kürzung der Arbeitszeit zum Abbau der Arbeitslosigkeit kritisiert.

Chinas Präsident wird nicht Deng Xiaoping heißen

Am 6. Juni tagt der Nationale Volkskongreß in Peking

AFP/DW. Peking

Erstmals seit 15 Jahren soll China wieder einen neuen Staatspräsidenten erhalten. Am 6. Juni wird Chinas parlamentsähnlicher „Nationaler Volkskongreß" in Peking zur Wahl zusammentreten. Als aussichtsreichster Kandidat für das Spitzenamt gilt der 78 Jahre alte chinesische Politiker Li Xiannian.

Das Amt, das Mao Zedong im Zuge der Ausschaltung seines Ri*valen, des* damaligen Staatschefs Liu Shaoqi abgeschafft hatte, ist 1982 durch die neue Verfassung wiedereingeführt worden. Auf der Liste der 2978 Volkskongreß-Abgeordneten fehlt der Name von Chinas starkem Mann Deng Xiaoping. Beobachter schließen daraus, daß der 79jährige Spitzenfunktionär sich tatsächlich seiner Ankündigung gemäß allmählich ganz aus dem aktiven politischen Leben zurückziehen will.

Allerdings ist die politische Einflußmöglichkeit des neuen Präsidenten noch recht unbekannt. Seine in der Verfassung nur vage umrissenen Vollmachten dürften sich im Zuge der innenpolitischen Entwicklung erst allmählich einspielen. Sicher ist, daß er nicht mehr wie *zu Maos Zeit Oberkommandie*render der Volksarmee sein wird. Nach der Verfassungsreform soll die Führung der Streitkräfte einer zentralen Militärkommission übertragen werden. Zur Zeit werden die Streitkräfte von Deng geführt. Ob die beabsichtigte Reform allerdings eine Unterstellung der bisher von der Partei kontrollierten Militärführung unter den Staat und damit eine Beschneidung ihres po*litischen Gewichts bedeutet, ist* noch unklar. Näheres dürfte sich am 6. Juni abzeichnen, wenn der Volkskongreß zusätzlich zu der Präsidentenwahl die Mitglieder und den Vorsitzenden der zentralen „Militärkommission" bezeichnet.

Der als aussichtsreichster Kandidat für das neue Amt bezeichnete Wirtschafts- und Finanzexperte Li Xiannian gilt als Politiker, der gegen den pragmatischen Führungsstil Dengs wiederholt Vorbehalte angemeldet haben soll. Li, der 1927 der Partei beitrat, zählt zu den Kadern der alten Garde, die noch selbst am Langen Marsch teilgenommen hat.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wörners Nein

Von Rüdiger Moniac

Einem Gast wie Weinberger, denkt man, sollte der deutsche Verteidigungsminister, wenn er nächste Woche die Bundeswehr und die Regierungszentrale am Rhein besucht, Geschenke ankündigen. Wörner tat das Gegenteil.

In einem Interview mit der WELT ließ der Herr der Hardthöhe nicht den kleinsten Zweifel daran, daß er die amerikanischen Wünsche nach weiterer deutscher Beteiligung an einer Entlastung der amerikanischen Truppen zugunsten ihrer Einsatzplanungen außerhalb des Bereichs direkter NATO-Verantwortung nicht erfüllen könne.

Bonn hat sich vor zwei Jahren schon bereit erklärt, ein Reservistenprogramm zur Unterstützung von US-Verbänden zu realisieren, die im Krisenfalle zur Stärkung der Vorneverteidigung nach Mitteleuropa kommen sollen.

Rund 93 000 Reservisten werden in den kommenden vier bis fünf Jahren für das sogenannte Wartime Host Nation Program aus der Personalreserve der Bundeswehr für diese Aufgaben eingeplant und in Übung gehalten. Die USA aber wollen weitere 80 000 deutsche Reservisten – als Lückenbüßer. Wenn etwa US-Truppen, die heute noch zur Verstärkung in Mitteleuropa gedacht sind, als Anti-Krisen-Potential an den Persischen Golf verlegt werden, um westliche Ölquellen zu schützen, dann sollen deutsche Reservisten in Deutschland in die Bresche springen.

Wörners Nein beruht auf zwei Gründen: Einmal gibt die Staatskasse für Verteidigungsaufgaben nicht mehr her, zum anderen möchte sich die neue Regierung in den Zeiten wachsender Unruhe um den Doppelbeschluß nicht noch mehr innenpolitischen Widerstand gegen „deutsche Aktivitäten außerhalb der NATO" aufhalsen. Weinberger – so hofft jedenfalls Wörner – wird das verstehen. Es fragt sich, ob es auch die Amerikaner insgesamt tun, die für eine gerechtere atlantische Verteilung der Verteidigungslasten eintreten.

Partisanen-Pfennig

Von Bernt Conrad

Die Bundesregierung hält die politische Entwicklung in dem mittelamerikanischen Staat Nicaragua für verhängnisvoll. Darauf hat Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hingewiesen. Seine Einschätzung deckt sich mit der Analyse Washingtons: Die von der linksorientierten Junta selbst gesteckten Ziele „Pluralismus, Blockfreiheit, gemischte Wirtschaft" geraten zunehmend unter die Räder einer neuen Diktatur.

Dennoch will Bonn die – mit 40 Millionen DM vergleichsweise bescheidene und mangels konkreter Projekte praktisch auf Eis liegende – Finanzhilfe für Nicaragua zunächst nicht stoppen, obwohl die US-Regierung das gern gesehen hätte.

Daraus spricht keineswegs eine Ablehnung der Mittelamerika-Politik Reagans, deren Grundlinien von Bundesaußenminister Genscher nach der Rede des Präsidenten vor beiden Häusern des Kongresses Ende April ausdrücklich unterstützt worden sind. Vielmehr glaubt Bonn, mit der Aufrechterhaltung einer wohldosierten Präsenz in Nicaragua den westlichen Interessen derzeit am besten dienen zu können.

Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn die Bundesregierung auf der anderen Seite auch die Entwicklungshilfe an El Salvador wiederaufnimmt und endlich wieder einen Botschafter dorthin entsendet. Das gehört zu der von Unionsabgeordneten mit Recht verlangten „politisch-diplomatisch-entwicklungspolitischen Gesamtstrategie" für Mittelamerika. Eine solche Strategie, die sich klar von der Einäugigkeit der Linken und Grünen in der Bundesrepublik abhebt, ist nur in Abstimmung mit dem amerikanischen Bündnispartner denkbar. Jeder andere Weg führt in die Irre und schadet uns selbst.

Ein echtes Dossier

Von Alfons Dalma

Nach den monumentalen Mißgeschicken des „Stern" wird leicht aus der gebotenen Vorsicht eine übertriebene Skepsis. Auch die italienische Quelle der Londoner Wochenend-Enthüllungen über die diskrete Begegnung und den angeblichen Geheimpakt zwischen dem Papst und Leonid Breschnew zur Moderierung der allzu explosiven polnischen Spannungen gehört offensichtlich in den Qualitätsbereich der Urheber der berüchtigten Hitler-Memoiren.

Nicht so aber die Verfasser des Geheimberichts über die Förderung, Unterstützung und Lenkung des italienischen roten Terrors, des wirksamsten dieser Art in der westlichen demokratischen Welt, durch das sowjetische KGB, die ihm zugeordneten Geheimdienste der CSSR, Bulgariens, Kubas, Angolas und des Südjemen, sowie der verbündeten Stellen in Libyen, ferner Terrororganisationen der PLO und der irischen IRA.

Der Autor des in einer überaus soliden Florentiner Zeitung veröffentlichten Dokuments ist die Regierung der Republik Italien, die für die Echtheit des Inhalts gleich zwei parlamentarischen Ausschüssen, die den Bericht angefordert hatten, geradezustehen hat. Die Authentizität wird nicht bezweifelt, der Staatsanwalt ermittelt schon wegen der Verletzung der Geheimhaltung.

Hier also begegnen wir nicht einer falschen Vergangenheit, sondern der echten Gegenwart: dem systematischen subversiven Krieg, den die Geheimdienste und Propaganda-Apparate der kommunistischen Länder gegen dasselbe Westeuropa führen, auf dessen Destabilisierung, Verunsicherung und Willenslähmung nicht nur die Terroranschläge, sondern auch die militante Strategie der Friedensbewegung gerichtet sind.

Ein ebenso authentischer Faktor der Gegenwart ist die Verschmelzung dieses Doppelgesichts der physischen Gewalt und der psychologischen Nötigung in einer einzigen Person, die nicht nur ein symbolisches Beispiel ist, nachdem der langjährige oberste KGB-Führer Andropow nun zum ausschlaggebenden Mann der östlichen Supermacht geworden ist.

„Sind wir nun in der Wende oder nicht?" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Hinter dem Rauchvorhang

Von Herbert Kremp

Bei allem Getöse um die amerikanische Nachrüstung in Europa, bei allem rhetorischen Rauch, der das Feuer eines „heißen Herbstes" auf den Straßen und vor den Rampen ankündigen soll – die west-östliche Realität ist mit militärpolitischen und militärtechnischen Kategorien, so sehr sie Kanzleien und Kneipen in Atem halten, nicht auszumessen. Die von Einseitigkeit bedrohte Diskussion verfehlt die Dimension des Politischen.

Wer sich ihr zuwendet, hat zunächst einmal festzustellen, daß in den drei wichtigsten Stationierungs-Ländern für die Nachrüstung, in Britannien, Italien und der Bundesrepublik Deutschland konservativ getönte Regierungen der Mitte im Amte sind. In Italien und England werden diese Regierungen vom Wähler in nächster Zeit bestätigt werden. Dies muß der sowjetischen Führung zu denken geben. Ihre gewaltige Kampagne, ihr Appell an das Agens der Angst bewegt Minderheiten, schafft aber nirgends eine neue, von der Mehrheit getragene Priorität.

Erscheinungen der Desintegration und Instabilität beobachten wir demgegenüber in Osteuropa. Politisch am deutlichsten in Polen. Die Sowjets sind gegen den Besuch des Papstes. Sie glauben nicht, daß General Jaruzelski die Massenbegegnung kanalisieren kann. Der General besitzt nicht mehr ihr volles Vertrauen. Moskau wehrt sich gegen die Aufnahme des Jaruzelski-Vertrauten Rakowski ins Politbüro. Die kommunistische Partei in Polen ist tiefkrank, und sie erholt sich nicht.

Die Wirtschaftskrise hat die Länder Osteuropas schwerer getroffen als die des Westens. Der zentralgeplante Osten reagiert auf den Anprall der Krise wie Gußeisen, das bricht, wenn es heftig bewegt wird, der dezentralisierte Westen reagiert flexibel wie Stahl. Die Entwicklung im Osten stockt, der Lebensstandard sinkt. Die Konsequenzen sind wiederum politischer Natur. Angesichts des Schwächenachweises der übergreifenden Ideologie im persönlich erfahrbaren Leben tritt das Denken an die nationalstaatlichen Interessen in den Vordergrund. Dem Prozeß eignet innere Notwendigkeit: Die Raison des Nationalstaates ist „letzter Wertmaßstab" (Max Weber).

Daß der Stachel der schwersten Probleme tiefer nach Osteuropa hineinreicht als in die umgekehrte Richtung, daß dort, nicht hier der Ort der tieferen Krise der Legitimität und Autorität anzunehmen ist, kann den intelligenten Männern in Moskau nicht entgehen. Mag die „Military Balance" zugunsten der Sowjetunion ausfallen, weil diese sich auf Kosten stets erforderlicher, kontinuierlicher Reform hochgerüstet hat – die „Political Balance" weist andere, entgegengesetzte Daten aus. In der notwendigen Konsequenz erhält der Rest der Welt aus dem Osten keine Angebote für Problemlösungen, keine einzige attraktive, faszinierende Idee, nichts Bewegendes, sondern er wird mit Drohgebärden konfrontiert, mit Druck, Subversion und Propaganda.

Aber an der politischen Balance, an der Notwendigkeit der eigentlichen Entwicklung, ändert das nichts. Angesichts der politischen Stabilität Westeuropas, die der französische Staatspräsident Mitterrand aus strategischer Weitsicht fördert, bleibt den Sowjets kein kalkulierbares Mittel an der Hand, eine Nachrüstung wirklich zu verhindern. Gegenmaßnahmen, von denen Andropow spricht, in dunkler Andeutung, werden sich, sofern sie ergriffen werden, gegen die Vereinigten Staaten richten, wo Freeze, Kirchen und Kongreß durchdringbare Flächen darbieten. Ziel vorgeschobener Raketen-Positionen à la Kuba könnte es sein, die USA zur vorrangigen Beschäftigung mit sich selbst zu bewegen.



Wo wird Moskau das Skalpell ansetzen? – Demonstration gegen die Nachrüstung FOTO: POLY-PRESS

Denn für die Sowjets ist es prinzipiell gleichgültig, wo sie den Schnitt ihrer Haupt-Strategie: Westeuropa und Osteuropa von den USA zu trennen, anzusetzen vermögen. Theoretisch können sie das Skalpell in Europa und in Amerika einsenken – die praktische Lage entscheidet, das Ergebnis wäre dasselbe. 1962 scheiterte unter Chruschtschow der erste Versuch einer direkten Bedrohung der USA aus deren eigener Hemisphäre vor Kuba. Doch konnten die Sowjets als Lohn der Angst den darauf folgenden Rückzug amerikanischer Raketen aus Griechenland und der Türkei verbuchen.

Es entspricht der Weltmacht-Politik, Waffen als Tauschwerte einer beiderseits unilateralen Politik zu definieren und entsprechend zu behandeln. Auf dieser Linie ließe sich dann nach dem „heißen Herbst" der Stationierungen in Genf auf neuer Tauschebene weiterverhandeln, immer mit dem Ziel der De-Amerikanisierung Westeuropas oder der De-Europäisierung Amerikas. Es bedarf der vollen Aufmerksamkeit der Regierung in Washington, eine derartige Verhandlungs-Situation zu vermeiden. Eine kluge Politik gegenüber dem Kongreß, die weitere Niederlagen in Rüstungsfragen ausschließen hilft, und diplomatische Flexibilität in Genf könnten die Mittel sein.

Der Zusammenhang macht deutlich, daß die Sowjets den Trennungsschnitt zwischen Europa und den USA an der amerikanischen Ostküste ansetzen wollen. Dafür spricht ihr helles Lob für den ehemaligen Bundeskanzler Schmidt, dessen gen Amerika lautverstärkte Zweifel an Reagan und seinem Willen, „ernsthaft zu verhandeln", Labilitäten in den USA verstärken mögen. „Du mußt Unsicherheit tragen ins Lager des Feindes", lautet das chinesische Strategem.

IM GESPRÄCH Anton Stark

Plötzlich sieben Mitarbeiter

Von Hans-Herbert Holzamer

Es gibt Abgeordnete des Deutschen Bundestages, die sitzen Legislaturperiode um Legislaturperiode brav auf ihren hinten angeordneten Bänken, und keiner in Bonn nimmt es zur Kenntnis, mögen sie im Wahlkreis auch noch so eine große Nummer sein.

Dann gibt es Anton Stark (53) aus Nürtingen, der vertritt seit 18 Jahren die Interessen seiner Wähler, ist in den Zeitungsarchiven nur mit der Kopie des Handbuchs des Deutschen Bundestages „Grundwerk" vertreten und wird plötzlich zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gewählt. Das ist im parlamentarischen Leben der Bundesrepublik eine der respektabelsten Positionen, denn jedes Gesetzesvorhaben läuft hier über den Tisch. Erst bei der Wahl von Anton Stark nimmt eine größere Öffentlichkeit zur Kenntnis, daß es Arbeiter wie er sind, die eher im Verborgenen wirken und die doch das Räderwerk der Legislative am Laufen halten.

Plötzlich erfahren sie über den Unbekannten, daß er wesentlich am Recht der nichtehelichen Kinder mitwirkte und daß er sich generell in der Rechtspolitik einen Namen gemacht haben muß, denn Stark wird ohne Gegenstimme gewählt. Und selbst der Grüne Otto Schily, Anwaltskollege von Anton Stark, meinte, er hätte sich wohl der Stimme enthalten, wenn er pünktlich gekommen wäre. Was Schily nicht konnte, um nicht die Belehrungen über die Sicherheitsbestimmungen mitzubekommen.

Das erste Empfinden des neuen Ausschußvorsitzenden betrifft seine Arbeitsmöglichkeiten. „Plötzlich habe ich sieben Mitarbeiter", staunt Stark und berichtet nicht ohne Stolz von der „Begeisterung" seiner vier Kinder, daß ihr Vater plötzlich Schlagzeilen macht.

Auf die Frage, wie man es schafft, 18 Jahre im Bundestag zu sitzen, ohne aufzufallen, weiß er auch eine Antwort: Presse und Öffentlichkeit seien ihm völlig „wurscht" gewesen, und wer es wagt, wie er, auch mal „Säckl" zu „Höhergestellten" zu sagen, der müsse auch wissen, daß seine Karrierechancen beschränkt sind.

Stark verrät Anpassungsschwierigkeiten, wie sie vielen zu eigen sind, die aus eigener Kraft ihren Weg gehen. Er war 15. Kind eines Kleinbauern und Dorfbürgermeisters. Heute leben noch ein Bruder und sechs Schwestern. Er selbst heiratete die Schwester des Staatsministers Jenninger. „Ohne BAföG", wie er schmunzelnd sagt, finanzierte er sein Jurastudium. Setzte sich dann als JU-Mitglied gegen die etablierte CDU-Riege des Wahlkreises durch, um heute Platzhirsch ohne Konkurrenz mit 57 Prozent bei der letzten Bundestagswahl zu sein. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Rechtsausschusses gab er seine rechtspolitischen Grundsätze bekannt.



Schaltstelle Rechtsausschuß: Anton Stark FOTO: DIE WELT

1. „Jeder, der ein Gesetz einbringt, muß beweisen, daß es notwendig, sinnvoll und eine Verbesserung des gegenwärtigen Rechtszustandes ist." SPD-Kollegen fragten ihn daraufhin leicht irritiert, ob das auch für die geplante Reform des Demonstrationsrechts gelte. Starks Antwort: „Es liegt kein dringliches Gesetz vor."

2. Weniger Gesetze und Abschaffung überflüssiger Gesetze. Am Tag nach seiner Wahl wollte der Bundesrat den neuen Bußgeldkatalog verabschieden, mit 53 Seiten und 8000 Vorschriften. Geregelt wird auch das nächtliche Führen eines unbeleuchteten Hundes. Stark führte einige Telefonate, und die Novelle, die schon auf der Tagesordnung stand, verschwand.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE PRESSE

„Tödliche Sprüche aus Libyen", schreibt das Wiener Blatt:

Zum Führen großartiger Sprüche ist der libysche Revolutionsführer Khadhafi noch allemal gut genug und kann sich zumeist noch belustigter Zuhörer sicher sein. Erst wenn den verbalen Ergüssen blutige Taten folgen, gefriert das Lachen des Publikums. Libysche Oppositionelle im Ausland wissen davon ein Lied zu singen – sofern sie die Vernichtungsaktionen des „Bruder Muammar" überlebt haben. Auch politisch und militärisch schwache Staaten wie Tschad oder Sudan können sich der brüderlichen „Umarmungsversuche" oft nur schwer erwehren. Somit läßt der jüngste Ausfall des Revolutionsführers Schreckliches befürchten: Nachdem er schon mehrmals „Strafsanktionen" gegen die Regierung in Beirut gefordert hatte, drohte er nun allen Teilnehmern der Libanon-Gespräche unverhüllt mit Mord. Wo bleiben die internationalen Reaktionen auf diese Haßtiraden? Was sagt die Arabische Liga als Vertreterin der Araberstaaten?

LES ECHOS

Die Pariser Wirtschaftszeitung befaßt sich mit der blutigen Eskalation im Süden Afrikas:

Oliver Tambo, der Chef des African National Congress (ANC) sagt, es handele sich hier um eine „normale Eskalation des Kampfes gegen die Apartheid". Nach der gleichen fatalistischen Logik glaubt der südafrikanische Premierminister Pieter Botha, daß der Guerrilla-Krieg sich bald in einen klassischen Krieg zwischen Südafrikanern und ihren schwarzen Nachbarn verwandeln wird. Im Mittelpunkt des Dramas stehen jene, die Weißen und Schwarzen verbieten wollen, gemeinsam einen Aufzug zu benutzen oder ein Bett zu teilen. Manche Afrikaner glauben nicht an diese oberflächliche Schlußfolgerung. Vor allem die Äthiopier, die Nigerianer und Kongolesen, die genau wissen, daß der Lebensstandard eines südafrikanischen Schwarzen weit höher ist als der eines Schwarzen in jedem anderen Land des Kontinents. Wie auch immer die wirtschaftliche Lage sein mag, der Eindruck drängt sich auf, daß sich der ANC zum objektiven Komplizen des härtesten Rassismus gemacht hat.

Mannheimer MORGEN

Hier heißt es über Strauß und die Bonner Koalition:

„Wer für Harmonie ist, muß auch bereit sein, das Harmonium zu spielen", schreibt Franz Josef Strauß der Bonner Koalition ins Notenbuch. Das „Harmonium" stellt sich der CSU-Chef als Koalitionsausschuß der Partei- und Fraktionsvorsitzenden vor, der es ihm erlauben soll, in Bonn wieder mitzumusizieren. Der CDU-Vorstoß erinnert an den sogenannten Kressbronner Kreis von 1967–69, in dem die führenden Politiker der großen Koalition regelmäßig die Regierungsbeschlüsse vorbereiteten und vorentschieden. Darum geht es heute auch Strauß, der mit unterschwelliger Drohung signalisiert, daß Harmonie einen Preis hat, nämlich seine Einbindung in die Bonner Entscheidungsprozesse. Aber da gibt es Widerstände. Ein Koalitionsausschuß á la Kressbronn würde die Kreise von Kohl und Genscher sehr viel empfindlicher stören als die lästigen, aber letztlich doch peripheren Mißklänge, von der Isar.

Ost-Berlin: Ein Staatsbürger hat vor allem nützlich zu sein

Das SED-Regime läßt dem Bürger nur die Wahl zwischen Erfüllungsgehilfenschaft oder Verdammnis / Von Werner Kahl

Mit der Abschiebung mehrerer thüringischer Familien, Anhänger einer sporadischen Bewegung in Mitteldeutschland, die sich für Abrüstung in West und Ost einsetzt, verrät die Ostberliner Führung nicht nur Nervosität und Schwäche. Das SED-Regime läßt darüber hinaus keine Unklarheit bestehen, welche Bedeutung es der nach außen hin so nachdrücklich beanspruchten eigenen Staatsbürgerschaft für die Einwohner des sowjetischen Machtbereichs in der Praxis beimißt. Insofern dürften die jüngsten Ausweisungen von „DDR"-Bürgern für diejenigen Politiker einen Lernprozeß bedeuten, die als Konsequenz euphorischer Ost-Ausflüge während der siebziger Jahre darauf drängen, dem Regime den Umgang mit seinen Bürgern zu erleichtern und endlich auch die (noch gesamt-)deutsche Staatsbürgerschaft zu teilen.

Ein Vorgang wie die Abschiebung in den Westen bei gleichzeitiger Aberkennung der „DDR"-Staatsbürgerschaft wirft ein Schlaglicht auf den Stellenwert der Beziehung Staat – Bürger und zugleich auf die Beschaffenheit der vorgeblichen sozialistischen Gesellschaft, deren Mitglieder allein schon wenn sie ihre Wunschvorstellungen vom Frieden auf den Marktplatz tragen, das totalitäre Staatsbürgerschaftsverständnis durch sofortige Verdammnis erfahren. Zum Verständnis verhilft der Satz: „Das marxistische Staatsbürgerschaftsverständnis", so der „DDR"-Staats- und Rechtswissenschafter Gerhard Riegel (Universität Jena), „nimmt nicht die zweifellos wichtige rechtliche Regelung, sondern die tatsächliche gesellschaftliche Stellung des Menschen zum Ausgangspunkt." Wort- und phrasenreich beschreibt die neueste Abhandlung des Parteirechtlers die angeblich hochgeachtete Stellung des Bürgers in der sozialistischen Gesellschaft. Der Pferdefuß der Realität tritt indessen sofort hervor, wenn es zur tatsächlichen Staat-Bürger-Beziehung heißt, es sei nicht sinnvoll, wie im bürgerlichen Recht, einen Katalog einzelner Rechte und Pflichten zu ermitteln, die in ihrer Summe die rechtliche Substanz der Staatsbürgerschaft bilden. Die Einheitspartei verlangt vielmehr, daß sich „der Kreis derer, die im Besitz der Staatsbürgerschaft sind, im Prinzip mit den gesellschaftlichen Kräften deckt, die den sozialistischen Staat tragen, die sich seiner bedienen, um ihre Interessen zu verwirklichen" (Prof. Gerhard Riegel, Staatsverlag in Ost-Berlin).

Der parteiamtliche Staatsrechtler bestätigt damit nur die Einschätzung westlicher Realpolitiker, wonach es sich bei den Personen im sowjetischen Machtbereich, die sich dort auf die eigene Staatsbürgerschaft berufen, im wesentlichen nur um einen elitären Funktionärskreis handelt. Zwar fügt er in seinem 1982 erschienen Werk über die Staatsbürgerschaft in der „DDR" an, es verstehe sich von selbst, daß die von der sozialistischen Gesellschaft erwarteten Eigenschaften noch nicht bei allen Bürgern ausgebildet seien; „Das Ideal sozialistischer Persönlichkeit ist noch nicht die Wirklichkeit." Die Verleihung der Staatsbürgerschaft kann nach dieser Theorie aber dazu beitragen, diese Persönlichkeit zu formen. Im konkreten Fall der Thüringer Ausweisung bedeutet das nichts anderes als das öffentliche Eingeständnis der SED-Führung, Einwohner, die sich hartnäckig für den unteilbaren Frieden öffentlich einsetzen, müssen für das Selbstverständnis sozialistischer Friedensvorstellungen abgeschrieben werden. Dahinter taucht dann der Schatten der Sowjetthese vom Frieden auf, der nur so lange währen kann, bis der revolutionäre Krieg unvermeidbar geworden ist. Die Einheitspartei, die als Vorbild die Sowjet-Staatsbürgerschaft preist, läßt ihren Bürgern nur die Wahl zwischen Erfüllungsgehilfenschaft oder Verdammnis.

Für die Betroffenen bedeutet das jedoch keinesfalls die erhoffte Entlassung aus der „DDR"-Staatsbürgerschaft. Die Ausnahme stellt nach wie vor die Regel dar. Vor die Wahl gestellt, die thüringischen Friedensarbeiter außer Verfolgung durch den Staatssicherheitsdienst zu setzen oder sich die Sympathien niederländischer Kirchenkreise bei der Empfehlung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu verscherzen, steckte das Regime im Fall der Zehn zurück. Gegenüber den Ausreiseanträgen 250 000 anderer Bürger, die lieber jahrelang Schikanen und Verfolgungen auf sich nehmen, um diesem Staat zu entkommen, bleibt Ost-Berlin hart. Sie, die sich ebenfalls nicht als Staatsbürger der ostelbischen Sowjetregion betrachten, sollen nicht aus der Zwangsgemeinschaft entlassen werden. Was aber, wenn diese Bürger, wie es die sozialistische Gesellschaft für wünschenswert ansieht, „initiativreiche". Tätigkeiten im Dienst eines Ost und West umspannenden Friedens entfalten?

Das „Dioxin-Dorf" fühlt sich von Paris verlassen

Von JOCHEN LEIBEL

Bauer Albert Carette ist ein typischer Nordfranzose, hochgewachsen, breitschultrig und eigentlich sehr wortkarg. Doch seit vier Tagen redet der Besitzer von 220 Hektar Zuckerrüben-Land wie ein Sturzbach. Er schimpft, wettert, protestiert und klagt an. Direkt neben seinem Hof in Anguilcourt nämlich, nur getrennt durch eine dünne Mauer aus rotem Ziegel, wurden die 41 Dioxin-Fässer im Hof einer ausgedienten Schlachterei entdeckt, nach denen in ganz Europa gefahndet worden war. „Das tödlichste Gift, das die Menschheit zur Zeit kennt", hat Albert Carette aus dem französischen Fernsehen erfahren.

Doch bis heute weiß der Bauer nicht, ob er nachträglich irgendwelche Schutzmaßnahmen treffen, ob er seine Kühe untersuchen, seine beiden Söhne vorsichtshalber *zu Verwandten schicken soll.* „Niemand ist gekommen, um uns aufzuklären und zu beruhigen", wütet der eigentlich so zurückhaltende Mann. „Für die Herren in Paris existieren wir nicht."

So wie Bauer Carette reagieren die meisten der 320 Bewohner von Anguilcourt. Sie fühlen sich von Gott und der Welt verlassen, vor allem aber von ihrer Regierung. „Die in Paris ignorieren uns. Im Fernsehen hat die Umweltschutzministerin sogar den Namen unseres Dorfes völlig falsch ausgesprochen." Eliane Debout, die Frau des Weingroßhändlers, ist fassungslos.

„Wenn sie korrekt gelagert sind, dann bedeuten die Dioxin-Fässer keinerlei Gefahr", hatte am Tag nach der Entdeckung Giuseppe Regiani erklärt, einer der Verantwortlichen der Schweizer Firma Hoffmann-La Roche. Doch diese beruhigenden Worte fielen in Paris – bis ins Dorf Anguilcourt sind sie nie gedrungen. Und zwischen dem Schloß aus dem 18. Jahrhundert, der Dorfkirche und den behäbigen Großhöfen macht sich Furcht breit. Die Furcht vor einem unsichtbaren tödlichen Feind, über den – bisher – niemand in diesem kleinen Dorf Auskunft bekommen konnte.

Noch in der Fundnacht war Bürgermeister Roger Lequeux von den Dorfbewohnern bestürmt worden. „Was passiert nun, Roger?" „Werden die uns jetzt Ärzte schikken?" Doch der Bürgermeister war genauso ratlos – und blieb es bisher auch. „Ich sah den Vertreter des Ministeriums an mir im Auto vorbeisausen. Angehalten hat er nicht", so Roger Lequeux.

Einen Tag nach der makabren Entdeckung berief der Bürgermeister eine Sondersitzung des Gemeinderats ein. Dorfbüttel Michel Guilbert wanderte durch die beiden Straßen und informierte. „Ich brauchte nicht einmal in die Häuser zu gehen. Die Leute stürmten nur so auf mich zu."

„Zuerst so viel Vorsicht und dann bei uns nichts"

Doch im überfüllten Gemeindesaal gab es so gut wie nichts Neues. Die Firma Hoffmann-La Roche hatte zwar ein 25seitiges Dossier deponiert, aber darin war nur zu erfahren, wie das Dioxin in den Fässern gelagert war. „Ich habe eigentlich nur erfahren, daß Dioxin gefährlicher ist als die Atombombe", schimpfte Theodore Hagaux, ein pensionierter Eisenbahner.

Anhand von Farbfotos konnten die Dorfbewohner sehen, daß die dioxinverseuchten Kleidungsstücke und Geräteteile in Seveso in Plastiksäckchen gesteckt wurden. Diese Säckchen kamen in ein kleines Blechfaß, und das wiederum wurde, umhüllt von vielen Schichten Plastik, in das große Stahlfaß gesteckt. „Diese genaue Beschreibung *hat uns eigentlich nur noch* mehr beunruhigt", sagte Annick Carette, Mitglied des Gemeinderates, „zuerst so viele Vorsichtsmaß*nahmen und dann hier bei uns* – nichts."

In der Tat hat sich seit dem Tag des Fundes kein einziger Offizieller in Anguilcourt sehen lassen. „Am liebsten würde ich meinen Vorschlag*hammer nehmen und in Pa*ris alles kurz und klein schlagen." Dorfschmied François Vaillant ist rot vor Wut, als er seinen Teil zum Thema beisteuert.

Im Gemeinderat versuchte man ruhiger zu sein. Einstimmig wurde beschlossen, offizielle Protestbriefe an die Behörden zu schicken, einen an die Umweltschutzministerin Huguette Bouchardeau, einen an den Präfekten des Departements und einen an den Generalrat. „Wir verlangen, daß jetzt das Wasser und der Boden hier analysiert werden. Bevor das nicht geschehen ist, haben wir doch keine Ruhe", so der Bürgermeister. Der Vorschlag eines Bauern, von der Firma Hoffmann-La Roche eine Entschädigung zu fordern, wurde vertagt – bis die Untersuchungsergebnisse vorliegen.

Erstes Opfer der Dioxin-Hysterie in Anguilcourt wurde die Kindergärtnerin. Die junge unerfahrene Frau hatte am Tag nach der Entdeckung die glorreiche Idee, mit ihren Dreijährigen in den Hof zu wandern, wo einige Stunden vorher noch die Dioxin-Fässer standen. Die Kinder verstanden natürlich nichts, die Eltern dafür um so mehr. Der „Ausflug" des Kindergartens wurde im Gemeinderat zur Sprache gebracht. Eine Beschwerde über die junge Frau ging ans Erziehungsministerium.

Die Bürger wollen wissen, ob für sie Gefahr besteht

Äußerlich herrscht in Anguilcourt wieder Ruhe. In der Nacht zum Freitag glich die Dorfstraße einem Heerlager, mit Armeelastern, Gendarmen, heulenden Sirenen und blitzenden Blaulichtern. Das militärische Aufgebot ist wieder abgezogen – und die Straße leer wie eh und je. „Aber das ist ja das Schlimme", wettert Albert Carette, „hier müßte es jetzt wie ein Ameisenhaufen sein. Chemiker müßten hier arbeiten, fahrbare Laboratorien müßten Bodenproben entnehmen, Wissenschaftler müßten uns aufklären, ob wir wirklich in Gefahr schwebten oder nicht."

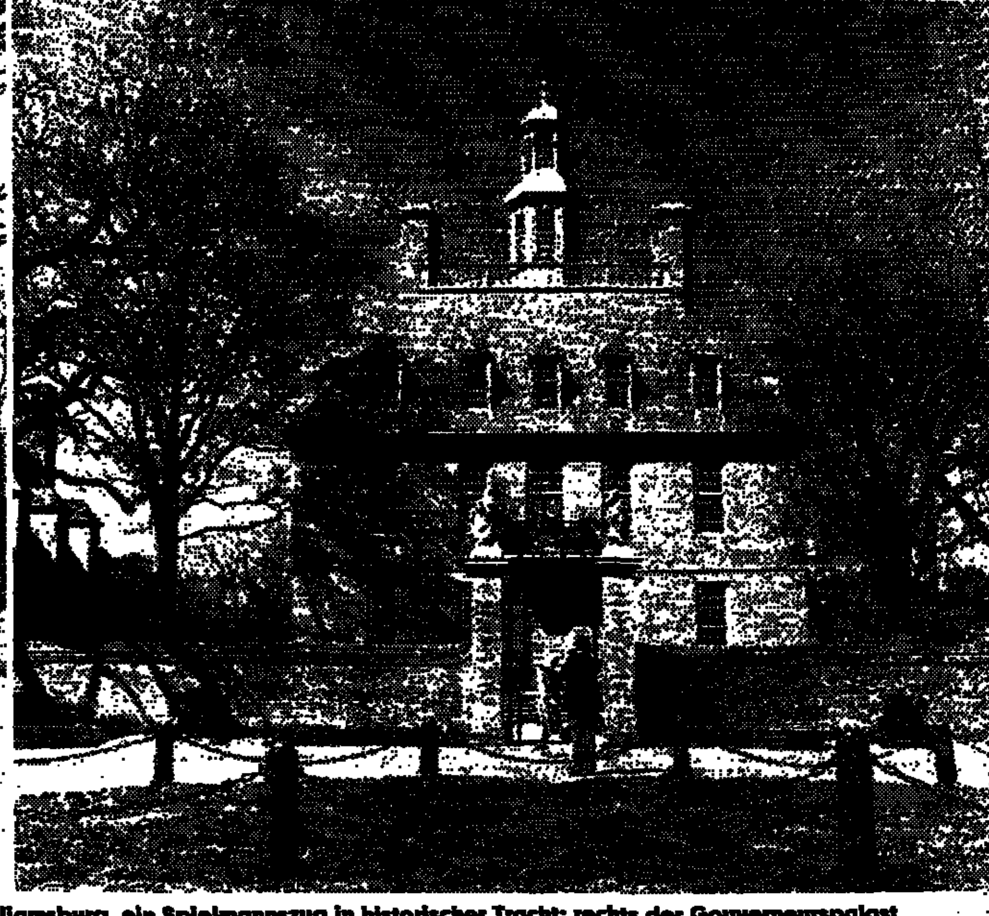
Carette will es nicht bei den drei Briefen belassen. „Wenn das Ministerium uns nicht antwortet, dann machen wir hier eine Revolution. Dann setzen wir uns alle auf die Traktoren und fahren nach Paris. Und dann werden endlich auch die Herren dort erfahren, daß Anguilcourt existiert, selbst wenn sie es bisher nicht glauben."

Der Mann, der diese ganze Aufregung verursacht hat, sitzt seit dem 30. März in Saint-Quentin in Beugehaft. Noch im Verlauf des gestrigen Dienstag sollte entschieden werden, ob der französische Industrielle Bernard Paringaux zur Untersuchung seiner Schuld weiter in Haft bleibt oder freigelassen wird. Paringaux, der offenbar die 41 Dioxin-Fässer in Anguilcourt verschwinden ließ, hat durch seine Anwälte die Freilassung beantragt. Über diesen Antrag vom Donnerstag wollte Untersuchungsrichter Regis Vanhasbrouck erst gestern entscheiden, und zwar unter Hinweis auf eine Klage, die von einem Umweltschutzverband gegen Paringaux eingereicht wurde.

In Frankreich kursieren Gerüchte, daß in die Affäre der Geheimdienst verwickelt sei. Von einem hohen Polizeioffizier in Lille wollen französische Journalisten indirekt eine Bestätigung für diese Vermutung bekommen haben. Danach soll die französische Spionageabwehr Polizei und Justizbehörden diskret darum gebeten haben, Paringaux nicht allzu hart anzufassen.

*Man erinnert daran, daß der In*dustrielle während des Krieges eine hohe Funktion im französischen Widerstand hatte. Aus dieser Zeit, so wird vermutet, unterhalte er noch beste Kontakte zur Spionageabwehr. (SAD)





Eine Stadt wie ein Museum: Vor dem „House of Burgesses", dem Capitol von Williamsburg, ein Spielmannszug in historischer Tracht; rechts der Gouverneurspalast FOTOS: KATHERINE YOUNG

Begegnung mit der Wiege einer freien Nation

Von TH. KIELINGER

Der Kontrast zu Versailles könnte nicht schärfer ausfallen. Dort der Glanz und das imposante Ornat höfischer Schaustellung, hier die bürgerliche Aufgeräumtheit der Kolonialstadt im Grünen. Dort der strenge Prunk der Le Nôtre'schen Gartenanlagen, hier die lichte Einbindung der Natur, wie sie seit dem 18. Jahrhundert *in britischen und überseei*schen städtischen Anpflanzungen wie Williamsburg zu beobachten ist.

Williamsburg, wo sich die Spitzen der westlichen Welt am Wochenende zum Wirtschaftsgipfel treffen, verhält sich zu Versailles, wo das letzte Treffen stattfand, wie ein Picknick zum Hofball. Das ist kein Kommentar über das Niveau von Weltwirtschaftsgipfeln. Vielmehr treten wir hier, in der ehemaligen Hauptstadt des „Commonwealth of Virginia", in eine neue Kulisse ein. Es herrscht die Schlichtheit des vorrevolutionären Amerika, das Pflichtbewußtsein, die Geselligkeit, der Stolz der Notablen von Virginia, seiner Gelehrten, Händler, Plantagenbesitzer, die *sich im Abgeordnetenhaus,* dem „House of Burgesses", dem Gemeinwohl verschrieben.

Nichts ist pompös, nicht einmal die Maße der offiziellen Gebäude Capitol (House of Burgesses) und Gouverneurspalast. Um die Bürgerhäuser entlang der Duke of Gloucester Street, der 30 Meter breiten Hauptschlagader von Williamsburg, herrscht Raum, laut alten Vorschriften ein Drittel Hektar Land für Viehzucht, den Obstanbau, die Pferdekoppel. Das ist das eigentliche Maß von „Colonial Williamsburg": die Ausdehnung der Freiheit.

Denn in diesem Flecken, wo sich die acht Staats- und Regierungschefs (eingeschlossen EG-Präsident Gaston Thorn) von Samstag bis Montag zu ihrem neunten Wirtschaftsgipfel treffen, brachen in den sechziger und siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts die Ideen der amerikanischen Revolution als die Aussaat der Neuzeit aus dem Boden. Hinter der Fassade von „Raleigh's Tavern", wo unsere Gipfelpolitiker am Sonntag ihren Lunch einnehmen, nahmen vor 210 Jahren die erhitzten Gemüter eines Thomas Jefferson, eines Patrick Henry, der Gebrüder Lee und anderer den Gedanken des Abfalls von England begierig in sich auf.

Im „House of Burgesses", dem historisch ersten Capitol (Parlamentsgebäude) der gesamten Neuengland-Staaten, werden die acht Konferenzteilnehmer, wenn sie sich am Sonntagfrüh treffen, vielleicht noch das Echo des großen Rhetors Patrick Henry vernehmen, *wie er 1765 gegen den „Stamp Act"* – eine Steuer auf jede Form von Drucksachen – des britischen Parlaments zu Felde zieht. Wer unter den Gipfelpartnern Anno 1983 wird seine Stimme erheben und ein zweiter Patrick Henry sein wollen, als Ankläger gegen amerikanischen Hochzins und das US-Haushaltsdefizit? Der Franzose Mitterrand?

Virginia war nur äußerlich das gelassene Großreich der Neuen Welt, treu ergeben der Royalität und dem Tabakanbau. In Wahrheit beherbergte es eine illustre Ansammlung aufsässiger Söhne der künftigen Republik: George Washington, Thomas Jefferson, Patrick Henry, George Mason, Edmund Pendleton, George Wythe und viele andere. Die meisten von ihnen dienten jahrelang als Abgeordnete oder Schreiber in der Bürgerversammlung, eine patriotische Pflicht des Landlord oder des Intellektuellen. Andere, so auch Henry oder Jefferson, wurden die ersten Gouverneure des unabhängigen Bundesstaates Virginia. Alle erschienen sie als „founding fathers", als Gründerväter der amerikanischen Republik.

Wenn überhaupt einem einzelnen Staat, dann gebührt Virginia und seiner zweiten Hauptstadt Williamsburg – sie war Hauptstadt von 1699 bis 1780, nach Jamestown und vor Richmond – das Urheberrecht am Freiheitstext, der Unabhängigkeitserklärung. Hier wurde im Mai 1776 die erste Resolution zum Abfall von England im „House of Burgesses" *ohne Gegenstimme* angenommen. Hier verabschiedete die Bürgerversammlung einen Monat später die von George Mason entworfene „Bill of Rights" von Virginia, die zum erstenmal die Doktrin jener „unveräußerlichen Rechte" in Worte faßte, welche Jefferson dann in Philadelphia in den Entwurf zur Unabhängigkeitserklärung übernahm. Es waren die aufständischen Virginier, die sich bis zuletzt weigerten, die neue Verfassung der Vereinigten Staaten von 1787 anzunehmen. Erst als sie durchgesetzt hatten, daß eine eigene „Bill of Rights", die ersten zehn Zusätze der amerikanischen Verfassung, 1791 mitverabschiedet wurden, gaben sie nach.

In dem friedlichen Museum, genannt Williamsburg, liegt ein ehrwürdiger Schrein der amerikanischen Freiheitsbewegung aufbewahrt. Und wieder der Kontrast zu Versailles: dort der Gipfel des Ancien Regime, königliche Entfaltung am Ende ihrer Zeit, hier der Anbruch der Zeit der Bürger und ihrer Rechte, wie sie über ein Jahrzehnt später dann in Paris und ja auch in Versailles eingeklagt wurden.

Colonial Williamsburg, wie die Stadt heute genannt wird, bildet mit dem nahgelegenen Jamestown und Yorktown ein Dreieck amerikanischer Geschichte. In Jamestown kam es zur ersten Besiedlung Virginias, in Williamsburg blühte das Commonwealth, das damals bis an die Großen Seen und westlich bis an den Mississippi reichte, zum erstenmal auf. In Yorktown schließlich kapitulierte 1781 der letzte britische Befehlshaber, Lord Cornwallis, vor den vereinten Kräften Washingtons, Rochambeaus und Lafayettes.

Es ist nur einem besonderen Glück zu verdanken, daß Williamsburg, dieses Juwel historischer Restauration in den USA, überhaupt überlebt hat. Die Stadt verfiel rasch, nachdem sie Ende des 18. Jahrhunderts an Richmond den Regierungssitz abgeben mußte. Viele der namhaftesten Gebäude wurden entweder ein Opfer von Feuersbrünsten oder erlagen dem Verfall. Nur das „William and Mary"-College, die nach Harvard älteste Universitätsgründung der Staaten (1693), konnte seinen Wert und seine Bedeutung erhalten.

Das Glück kam auf Williamsburg in Gestalt zweier Männer zu, die sich 1926 zusammentaten, um das versunkene Erbe von Virginias alter Hauptstadt zu bergen und auf neuzeitlichen Glanz zu bringen. William A. R. Goodwin, Pfarrer an der presbytorianischen St. Bruton-Kirche von Williamsburg, hatte als erster, durchdrungen von historischem Feuer und grenzenlosem Unternehmergeist, die musealen Schätze seiner Heimat erkannt. Er nahm 1926 Kontakt zum größten Ölmagnaten und Philanthropen der USA, zu John D. Rockefeller jr. in New York, auf, um ihn für das Projekt einer historisch rekonstru*ierten amerikanischen Kolonial*stadt *zu begeistern.*

Rockefeller leitete ein Riesenunternehmen von Gründungen und Wohlfahrtsprojekten, eine von seinem Vater begonnene Tradition. Auch in der Restauration von Versailles und der Kathedrale von Reims steckten bereits Millionen seines Konzerns. „Mr. Junior", wie sein Stab ihn liebevoll nannte, brauchte nur zwei Besuche, 1926 und 1927, um sich von der Idee des wiedererweckten Williamsburg be*geistern zu lassen.*

Es standen von der alten Siedlung noch, mehr oder weniger gut erhalten, 88 Gebäude. Diese galt es zunächst zu renovieren. Nach peinlich genau recherchierten Unterlagen wurden dann zusätzlich etwa neunzig Holzhäuser und Steinbauten von Grund auf neu errichtet, darunter sowohl der Gouverneurspalast – in dem am Sonntagabend ein Gipfel-Dinner gegeben wird – wie auch das „House of Burgesses". Beide erstanden bereits Mitte der dreißiger Jahre neu.

John und Abby Aldrich Rockefeller entschieden sich früh für Williamsburg als einen ihrer Wohnsitze. In Bassett Hall nahmen sie von einem der prachtvollsten Herrenhäuser und Parkanlagen Besitz. Rockefeller selber überwachte, so gut er konnte, die Wiedererweckung der Stadt zu neuem Leben. Größter Wert wurde auf die gärtnerische Anlage gelegt, die sich heute zusammen mit dem städtischen Plan zu einer der gelungensten Landschaften frühurbaner Kultur in Amerika entwickelt hat.

An die hundert Millionen Dollar sind inzwischen in die „Colonial Williamsburg Foundation" geflossen. Amerikanische historische Restauration hat mit Williamsburg wichtige Antriebe bekommen. Wichtiger noch ist der erzieherische Auftrag, den John D. Rockefeller seinem Lieblingsprojekt mit auf den Weg gab: daß die Zukunft aus der Vergangenheit lerne.

Für die Millionen von Amerikanern, die jährlich nach Williamsburg pilgern, eröffnet sich zwischen den historisch-getreuen Häusern, Tavernen, Handwerksstätten, zwischen den Angestellten der „Williamsburg Foundation", die in historischen Kostümen und auf Kutschen paradierend die Straßen entlangwallen, mehr als nur ein Museum ihrer Geschichte: Es eröffnet sich die Perspektive ihres Selbstverständnisses, die Geburt der Nation aus dem Geist der Freiheit.

„Ich weiß nicht, was für einen Weg andere einschlagen wollen, aber was mich angeht – gib mir Freiheit, oder gib mir den Tod." So hallen die beühmten Worte Patrick Henrys durch die Wandelgänge der amerikanischen Geschichte.



Im „Williamsburg Inn" werden die hohen Gäste des Weltwirtschafts-Gipfels zu Hause sein FOTO: THE WILLIAMSBURG FOUNDATION

Ärztestreik in Israel gemildert

RS/dpa, Jerusalem

Nach zweitägiger Abwesenheit sind Israels Ärzte wieder in die staatlichen und gewerkschaftseigenen Krankenhäuser zurückgekehrt. Sie wollen allerdings ihrer Forderung nach einer 100prozentigen Gehaltserhöhung weiterhin mit einem Bummelstreik Nachdruck verleihen. Gesundheitsminister Eliser Schostak zog daraufhin eine auf der Grundlage der Notstandsgesetze erlassene Anweisung zur Wiederaufnahme der Arbeit zurück, ohne jedoch das Angebot der Regierung an die Ärzte – 22 Prozent mehr Gehalt – aufzustocken. Ein Kompromiß in dieser ersten derartigen Auseinandersetzung mit den 8500 Ärzten im Staatsdienst und im Solde der Gewerkschaftskrankenkasse „Kupat Cholim", die nach Angaben ihres Verbandes monatlich im Schnitt 1200 Mark verdienen, ist noch nicht in Sicht.

Während der totalen Arbeitsniederlegung am Sonntag und Montag hatten nur rund zehn Prozent der Ärzte in den Krankenhäusern einen Notdienst aufrechterhalten.

Die Regierung ließ die Namen von 1300 streikenden Ärzten, die während dieser Tage meist unterwegs waren, im staatlichen Rundfunk verlesen und vergaß dabei auch nicht den Hinweis, daß jeder, der die Aufforderung zur sofortigen Arbeitsaufnahme nicht befolge, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden könne. Die Krankenhäuser des Landes standen nach Zeitungsberichten „kurz vor dem Zusammenbruch", als die Ärzte gestern wieder ihren Dienst aufnahmen.

Wie die Bundeswehr der „Friedensbewegung" begegnet

Sicherheitspolitische Arbeitstagungen für Offiziere / Informationen über Struktur und Ziele / Schulung für die Diskussion in der Öffentlichkeit

Von MANFRED SCHELL

Offiziere der Bundeswehr haben nicht die Aufgabe, aktiv Politik zu betreiben, aber sie müssen angesichts der zunehmenden Problematisierung nahezu aller Lebensbereiche gewappnet sein, auf politische Prozesse reagieren zu können. Nicht zuletzt die an Breite und auch an Emotion zunehmenden Auseinandersetzungen über die Rüstungsproblematik und die Wege zur Friedenssicherung haben das Bundesverteidigungsministerium bewogen, für Kommandeure bis hinunter zur Ebene der Einheitsführer „Sicherheitspolitische Arbeitstagungen" anzuordnen.

Die Absichten, die den Erlaß dieses Grundsatzbefehls tragen, sind einleuchtend: Soldaten neigen dazu, militärtechnisch und in Zahlen zu denken. Aber sie tun sich häufig sehr schwer, dieses hohe „Faktenwissen" in Gesamtzusammenhänge einzuordnen und, worin die besondere Schwäche liegt, in emotionsgeladenen Diskussionen zur Geltung zu bringen.

Eine dieser „Sicherheitspolitischen Arbeitstagungen" der Luftwaffe fand in diesen Tagen in der Technischen Schule der Luftwaffe in Lechfeld statt. 44 Offiziere hatten sich unter der Gesamtleitung von General Andris Schlieper (für Rüstungsangelegenheiten der Luftwaffe zuständig) dort versammelt. Die angereisten Offiziere spüren die Problematik, vielleicht bei Raketeneinheiten mehr als anderswo. Manch einer schon hat, wie später ein Teilnehmer freimütig formulierte, bei einer Podiumsdiskussion „einer Mafia" gegenübergesessen.

Das Lehrteam in Lechfeld bestand aus zwei Personen: Oberst Gerkrath und Korvettenkapitän Hoffmann vom Streitkräfteamt, zwei Offiziere, die über viel Hintergrundwissen verfügen und dank ihrer rhetorischen Fähigkeiten keine Langeweile aufkommen lassen. „Sachkundig und selbstbewußt", so hat der neue Generalinspekteur Altenburg betont, solle der Soldat seinen Standpunkt vertreten. General Schlieper machte in seiner Einleitung die Tragweite der augenblicklichen Diskussionen deutlich, in dem er an die Auseinandersetzungen über die Verteidigung in den fünfziger Jahren erinnerte.

Dieser Spannweite der Auseinandersetzungen versucht die Bundeswehr dadurch gerecht zu werden, daß sie ihre Sicherheitspolitischen Arbeitstagungen nicht auf „NATO-Doppelbeschluß-Seminare" reduziert. Aber General Schlieper zog auch einen klaren Trennungsstrich: Die politische Agitation ist nicht die Aufgabe des Soldaten.

Keine Waffenfetischisten

In Lechfeld saßen abwägende, auch für Ängste sensible Offiziere, keine Waffenfetischisten, Offiziere, die aber auch wissen, daß es ohne eine moderne Ausrüstung angesichts der Bewaffnung des potentiellen Gegners nicht geht. Hier wurde differenziert vorgetragen und argumentiert.

Diese Grundlinie begann bei der Bewertung der Friedensbewegung, von der Kapitän Hoffmann meinte, auf sie könne man nicht so ohne weiteres das „Links-Rechts-Schema" anwenden, sie habe auch „ernstzunehmende" Fragen gestellt. Die verschiedenen Gruppierungen seien ideologisch zerklüftet und organisatorisch zerstritten. „Ihre Breite ist zugleich ihre Schwäche". Um die eigene Grundlage nicht zu gefährden, würden „Ängste sorgsam konserviert". Die einseitig doktrinäre Besetzung des Begriffs Frieden gehöre zu diesem Bild. Die Rolle der DKP, ihre organisatorische, finanzielle, auch ihre ideologische Einflußnahme, würden von dem Marineoffizier als noch nicht dominierend dargestellt.

Manche der Offiziere, die sich anschließend zur Diskussion meldeten, unterstellten dagegen der DKP und der dahinter stehenden Sowjetunion eine kräftige Steuerungsfunktion. General Schlieper tarierte die Stimmungen aus: Die Friedensbewegung werde von den Kommunisten „benutzt". Aber man könne nicht die gesamte Bewegung als Kommunisten abstempeln.

Die Fragestellungen, wie „man uns sicherer machen kann" in der Argumentation, wurde von Unmut begleitet, der viele Facetten hatte. Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit wurde gefordert, ebenso die Entscheidung der Kultusminister, im Schulunterricht endlich auch die Sicherheitspolitik zu behandeln. Ein Offizier stellte die Frage: „Wo werden die Werte der Demokratie vermittelt?" Auch von den Politikern wünschte man sich mehr Engagement.

Eingebettet wurde die Diskussion der Offiziere in Lechfeld in die vertragspolitischen und militärstrategischen Elemente, auch die ideologische Zielsetzung der Sowjetunion wurde von Oberst Gerkrath sehr dezidiert dargestellt. „Abschreckung" ist dann perfekt, wenn sie auch „im Kopf des anderen funktioniert", wenn auf der anderen Seite Illusionen über die Gewinnbarkeit eines Krieges verhindert werden. Insofern, so Oberst Gerkrath, hat auch die Pershing 2 eine „politische Aufgabe". Dies sollte bei „Untergangsszenarien" nicht vergessen werden, ebensowenig, daß es letztlich um einen Systemkonflikt geht.

Mühselige Aufklärung

Dieses abgestufte Verfahren, das die Fähigkeit einschließt, auf Bedrohungssituationen entsprechend flexibel zu reagieren, ist sicherlich Nicht-Fachleuten – und dies trifft auf die große Mehrheit der Bevölkerung zu – nur in einem mühseligen Aufklärungsprozeß zu vermitteln. Die Strategie der NATO zielt auf Kriegsverhinderung ab, und zwar mit Erfolg: Seit 38 Jahren hat es in Mitteleuropa keinen Krieg mehr gegeben.

Zum Rüstzeug eines Soldaten gehört heute auch das Wissen und die Interpretation „alternativer Strategien". Die wohl wirklichkeitsfremdeste davon ist die „soziale Verteidigung" (Ebert), die im Besatzungsfall auf die Mobilisierung der sozialen Institutionen und auf ein kollektives Märtyrertum setzt. Die individuelle Leidensfähigkeit wird dabei überschätzt. Anders sehen die Vorschläge von Afholdt aus, der Tausende von Soldaten-Zellen vorschlägt, die über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verstreut liegen sollten. Sie wären aus seiner Einschätzung heraus nur sehr schwer verwundbar. Die Gegenargumente wiegen schwer: Die Gebietsverluste wären untragbar hoch und die Abschreckungskraft eines solchen Verteidigungssystems relativ gering. Das „volksnahe Verteidigungskonzept", raumdeckend, wie es der frühere General Löser vorgeschlagen hat, würde eine Militarisierung des öffentlichen Lebens schon zu Friedenszeiten voraussetzen.

Am Ende der Tagung hatte sich bei den Offizieren das Gefühl verstärkt, daß sie in der Friedensthematik nicht mit gegenseitigem Aufrechnen von Waffenarsenalen und Militärdoktrinen durchschlagend argumentieren können, sondern daß das kriegsverhindernde Ziel der NATO und der Bundeswehr – der in der Verfassung ein Angriffskrieg verboten wird –, herausgestellt werden muß. Das setzt freilich auch den Mut voraus, die „stabilisierende und friedenssichernde Funktion" (Oberst Gerkrath) von Nuklearwaffen hervorzuheben, ebenso wie die natürlichen Zusammenhänge zwischen Rüstungskontrolle und Verteidigungspolitik deutlich zu machen.

„Prawda" lobt Buch Tschernenkos über Parteiarbeit

dpa/fhn. Moskau

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" hat gestern ausführlich ein Buch des Politbüromitgliedes Konstantin Tschernenko über die „Festigung der Leninschen Methoden in der Parteiarbeit" besprochen. Beobachter in Moskau werteten dies als ein „politisches Lebenszeichen" Tschernenkos, der zu Lebzeiten Breschnews als dessen möglicher Nachfolger angesehen wurde, seit Ende März aber nicht mehr in der Öffentlichkeit zu sehen war.

Das Buch werde sich als „gute Hilfe für die Parteikader" und alle Kommunisten erweisen, hieß es in der „Prawda". Unter dem Titel „Gefestigte Verbindungen mit den Massen" zeigen Kommentar und abgedruckte Zitate des Buches in einer Besprechung des Parteiorgans an, daß Tschernenko seiner politischen Linie treu geblieben ist: In verklausulierter Form und eher mahnend kritisiert er wie seit Jahren Entscheidungsschwächen, Inkompetenz und Praxisferne vieler Funktionäre des Parteiapparates. Seine Aufsätze und Reden, die bereits als Bücher veröffentlicht wurden, lassen die Sorge erkennen, daß es zu einer wachsenden Entfremdung zwischen der Partei und der Bevölkerung kommen könnte. Dabei hatte Tschernenko sogar einmal das warnende Beispiel der polnischen Entwicklung angesprochen. Was er unter „sozialistischer Demokratie" versteht, läuft darauf hinaus, dieser Gefahr durch lebendigere Beziehungen zwischen oben und unten zu begegnen.

Amnesty: Gewaltklausel umstritten

GEORG BAUER, Hamburg

Mit einem leichten Unbehagen kehrten manche Mitglieder der deutschen Sektion der Gefangenenhilfeorganisation Amnesty International (ai) von der Jahreshauptversammlung in Kiel nach Hause zurück. Die Diskussion über die Gewaltklausel, nach der – anders als bisher praktiziert – auch aus politischen Gründen Inhaftierten geholfen werden soll, die in ihren Ländern Gewalt als letztes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele in einer Diktatur befürworten, hatte in der Ostseehalle zu langen und heftigen Auseinandersetzungen geführt. Das Ergebnis: Der umstrittene Punkt soll in den 635 Adoptionsgruppen in der Bundesrepublik weiter besprochen werden.

Die Gegner der Gewaltklausel, die an der bisher geübten Praxis festhalten wollen, befürchten einmal, daß mit der „neuen Diskussionswelle" die Arbeit in den einzelnen Gruppen mit der unmittelbaren Betreuung der Gefangenen belastet wird. Vor allem aber fürchten Amnesty-Kreise, daß die deutsche Sektion einen Weg einschlagen könnte, an dessen Ende der Bruch mit dem Hauptbüro in London stehen könnte. Die ai-Zentrale, die nach dem Statut ebenso wie die 42 nationalen Sektionen rund um den Globus einer Satzungsänderung zustimmen muß, steht der in Deutschland geführten Debatte reserviert gegenüber. Für London, so war in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt zu vernehmen, führt nur die bisherige Haltung zum Erfolg.

Einen ersten vorsichtigen Vorstoß zur Änderung der Bestimmungen, die in eine Ausweitung der Adoption münden würde, unternimmt die deutsche Sektion Ende August auf der internationalen *ai-Tagung in Paris. Auf Beschluß* der Jahreshauptversammlung soll in der französischen Hauptstadt über Gefangene gesprochen werden, die in ihren Heimatländern durch „zivilen Ungehorsam" gegen nationale Gesetze verstoßen haben und verurteilt wurden.

Der neue Bundesvorsitzende, der 37jährige Jurist Reinhard Marx aus Offenbach, erklärte bereits: „Wir müssen Kriterien finden, um zu wissen, was ziviler Ungehorsam und gewaltfreier Widerstand ist. Die nationale Rechtsprechung kann für uns kein Maßstab sein." Ziviler Ungehorsam sei unter Umständen als Waffe zu akzeptieren, sofern er die einzige Möglichkeit zur politischen Arbeit sei und die Chancen, die Gesetze böten, voll ausgeschöpft worden seien. Ausdrücklich betonte Marx, daß keine Gefangenen in ai-Obhut übernommen werden sollen, die zur Gewalt gegriffen hätten.

Auch die Wahl des neuen ai-Chefs, seit Pfingstmontag Nachfolger des aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Wolfgang S. Heinz verdeutlichte die Problematik. Eine hohe Zahl von Neinstimmen zeigte, daß Marx – der einzige Kandidat – nicht das rückhaltlose Vertrauen der Basis hat. Der Jurist, ein Fachmann auf dem Gebiet des Asylrechts, ist ihrer Meinung nach Exponent der neuen Richtung, der als neuer ai-Kapitän bewährte Arbeitsmethoden über Bord werfen könnte.

Parlamentarier und der Wunsch nach mehr Geld

Frage der Diätenerhöhung steht im Herbst wieder an

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Bundestagsabgeordnete Lorenz Niegel von der CSU stellt nur die Spitze eines Eisbergs dar. Niegel, der eine Erhöhung der Abgeordneten-Diäten um 40 000 Mark jährlich forderte und sich damit zum Prügelknaben der Nation machte, weiß mit seinem Wunsch nach mehr Geld an die 500 Kollegen hinter sich.

Keine Berufsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland muß so zäh um Aufbesserung der jeweiligen Bezüge kämpfen wie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Bis zum Herbst 1983 werden dazu noch eine Menge Argumente geliefert werden, denn dann ist der für die Abgeordneten alle zwei Jahre zu erstellende „Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung im Sinne des Artikels 48, Absatz 3 des Grundgesetzes" fällig. Bundestagspräsident Rainer Barzel hat von seinem Amtsvorgänger Richard Stücklen eine Art „Erblast" übernommen. Denn unter dem Druck von Sparbeschlüssen und öffentlicher Meinung ist es seit 1977 nicht mehr gelungen, die Bezüge der Volksvertreter von zur Zeit 7500 Mark „Entschädigung" (steuerpflichtig) und 4500 Mark „Kostenpauschale" (steuerfrei) der Geldentwertung anzupassen. Und jetzt sitzen mit den „Grünen" Abgeordnete im Bundestag, von denen man annehmen darf, daß sie die bisher stets herstellbare „Einmütigkeit" beim Beschluß auf Diätenerhöhung nicht zustande kommen lassen.

Kein Fliesenleger, kein Steuerberater und kein Zahnarzt ist mit seinem Einkommen so strenger Kontrolle unterworfen wie der Bundestagsabgeordnete. Er begann 1949 mit monatlichen Gesamtbezügen von 1950 Mark, wobei die „Aufwandsentschädigung" von 600 Mark steuerfrei der dickste Brocken war. Je mehr die Bezüge im Laufe der Jahrzehnte stiegen, je vehementer wurde die Diskussion um die Steuerfreiheit dieser ganzen Gelder.

Am 1. April 1977 begann aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts eine neue Ära. Die laut Grundgesetz Artikel 48 „angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung" der Abgeordneten, die damals noch 4250 Mark steuerfrei betrug, wurde auf die heute noch gültigen zu versteuernden 7500 Mark festgesetzt. Was bis dahin noch einzeln unter „Tagegeld", „Unkostenersatz" und „Reisekostenersatz" ausgezahlt wurde, verschmolz zur steuerfreien „Kostenpauschale". Zusammen mit so mancher anderen Erleichterung, von der Erste-Klasse-Netzkarte der Bundesbahn über das kostenlose Fliegen im Inland, dem Gratis-Büro und Gratis-Telefon im Bundeshaus oder dem Unkostenersatz für den Abgeordneten-Assistenten, nicht zuletzt mit der großzügigen Altersversicherung, kam man bei Berechnungen auf monatliche Einkünfte in Höhe von 17 000 Mark.

Mit ermüdender Eindringlichkeit haben die jeweiligen Bundestagspräsidenten die immer gleichen Argumente vorgebracht, warum MdBs im Grunde genommen arme Kerle seien, die – so Stücklen noch im März 1983 – bei einer 80-Stunden-Woche von 7500 Mark kaum mehr als 3000 Mark zur freien Verfügung behielten. Dabei hat er die Unkostenpauschale, wie auch schon seine Amtsvorgänger, als Spesen bezeichnet, die nirgendwo in der freien Wirtschaft dem Gehaltsteil der Einnahmen zugerechnet würden.

Was ein Abgeordneter tatsächlich in seinem Wahlkreis ausgibt, ob er dort aus Gründen der Volksnähe ein eigenes von ihm bezahltes Büro unterhält, ob er Schützenpreise stiftet oder bei sozialen Notfällen in seinen Fundus greift, ist seine Sache. Schwieriger wird schon die Frage der „Pflichtbeiträge" an die eigene Partei.

Heiner Geißler (CDU)



Lorenz Niegel (CSU)

Was nun eine Steigerung der Einkünfte betrifft, so ist sie seit dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil von jenem alle zwei Jahre zu erstellenden „Bericht" abhängig. Im letzten war mit penibler Genauigkeit ausgerechnet worden, daß die Durchschnittseinkommen in Industrie und Handel von 1977 bis 1981 um 33,27 Prozent bei den Arbeitern und um 34,54 Prozent bei den Angestellten gestiegen waren. Hauptamtliche Landräte und Bürgermeister verdienten schon 1981 mehr als die Bonner Abgeordneten, die 1976 noch etwa 53 Prozent von Ministergehältern verdienten, 1981 aber nur noch 41 Prozent davon. Heiner Geißler, Bundesfamilienminister und Generalsekretär der CDU, steuerte zur Diskussion in einem Interview den Satz bei: „Es müßte doch eigentlich Ehrensache des Volkes sein, daß seine Vertreter, die sich ja nicht selbst ernannt haben, sondern gewählt wurden, eine höhere Entschädigung bekommen als ein durchschnittlicher Coca-Cola-Vertreter."

Bis zum Herbst wird man sehen, ob der Appell an die Ehre breite Wirkung zeigt. Nulldiät bei Diäten? Nach sechs Jahren Zurückhaltung darf die Frage gestellt werden. Für die Antwort sieht allerdings auch Geißler „den Zeitpunkt denkbar ungünstig".

SPD-Fraktions-Vize warnt vor einer „Pessimismus-Spirale"

Wolfgang Roth: Dienstleistungsbereich von Wertschöpfungs-Besteuerung entlasten

GÜNTHER BADING, Bonn

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Roth hat vor einer „Pessimismus-Spirale" gewarnt, die „uns blind macht gegenüber den tatsächlichen Handlungsspielräumen" bei der Bewältigung der Krise auf dem Arbeitsmarkt. Vor einem Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung stellte Roth in Saarbrücken die zu Beginn der 60er Jahre von Hannah Arendt vertretene These, daß der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, in Frage. Nicht die Arbeit schlechthin sei weniger geworden, wohl aber die „Erwerbsarbeit, genauer die steuer- und abgabepflichtige Arbeit".

Gleichzeitig aber wachse der von Abgaben unbelastete Teil der Gesamtarbeitsmenge. Als Beispiele führte Roth nicht nur Schwarzarbeit, sondern auch Freizeitarbeit, do-it-yourself-Bewegung, schlicht jede Form von „Eigenarbeit" an.

„Was hier entstanden ist, ist ein Arbeitspotential, das komplementär zum Schrumpfen der offiziellen Arbeitspotentiale immer schneller wächst", sagte Roth. „Der Zusammenhang ist ja auch leicht zu durchschauen: In dem Maße, wie die Zahl der abgabenbelasteten Arbeitskräfte abnimmt, wächst deren Belastung durch Steuer- und Sozialabgaben. In dem Maße wie die abgabenbelastete Arbeit zusätzlich belastet wird, im selben Maße wächst das Schwarz- und Alternativarbeitspotential!" *Das gelte für* den Bereich der sozialen und personalen Dienstleistungen wie für weite Teile des Handwerks.

Roth trifft sich in seiner Argumentation mit dem westfälischen CDU-Vorsitzenden Professor Kurt Biedenkopf, *der in einer vielbeachteten* Rede vor dem Mittelstandskongreß der CDU in Fellbach bei Stuttgart Ende April ebenfalls auf die wachsende Schattenwirtschaft aufgrund überhöhter Lohnnebenkosten hingewiesen hat (WELT v. 5. 5. 83). Während Biedenkopf als Beispiel die Belastung des Arbeitslohnes mit 20 Mark auf 15 Mark Nettolohn bezifferte, sprach Roth in Saarbrücken von rund 70 Prozent Lohnnebenkosten.

Beide Politiker haben deutlich gemacht, daß sie nicht eine zusätzliche Kriminalisierung der Schattenwirtschaft, sondern eine Anpassung der Gesetzgebung an die veränderten Umstände erwarten. Roth: „Wenn gesellschaftliche Realität sich so tiefgreifend verändert hat, müssen die rechtlichen, finanz-, steuer- und wettbewerbs politischen Rahmenbedingungen verändert werden." Anders als Biedenkopf, der die Lösung in einer generellen Aufkündigung des Junktims von Arbeits- und Sozialverhältnis sieht, plädiert Roth für ein Detailverfahren. Er hält einen Lösungsansatz „aus einem Wurf" für unrealistisch. Statt dessen müsse die Belastung gerade der Dienstleistungen zurückgenommen werden. In der *industriellen* Produktion könne durch rationellere Verfahrensweisen die Produktivität stark erhöht werden. Die höheren Personalkosten ließen sich daraus finanzieren.

Anders im Dienstleistungsbereich. Roth nannte ein drastisches Beispiel: Die erhöhten Personal kosten für einen Friseurgesellen ließen sich *nicht* durch die Erhöhung des Pensums von drei auf fünf Rasuren auffangen. „Gelänge es statt dessen, die Lohnnebenkosten zu reduzieren, würden Dienstleistungen billiger, es würde mehr nachgefragt, und es entstünden mehr Arbeitsplätze." Einer Expansion des Dienstleistungsbereichs stünden bisher nicht die Begrenzung der Tätigkeitsfelder, sondern die Grenzen der Finanzierung – wegen der durch hohe Lohnnebenkosten verteuerten Preise für Dienstleistungen – entgegen.

Als Lösungsansatz schlägt Roth („Noch ist das nur ein Denkmodell, nicht etwa Fraktionsmeinung") vor, die persönlichen und sozialen Dienstleistungen von der Besteuerung zu entlasten. Statt dessen könnte auf Güter und sonstige Dienstleistungen eine „Wertschöpfungssteuer" *erhoben werden. Diese* sei dann auch – anders als die von Ehrenberg verlangte Maschinensteuer – an der Grenze abzuschöpfen und belaste deshalb die Exporte nicht. Als Folge einer Verbilligung der Dienstleistungen erwartet Roth dann verstärkte Nachfrage und entsprechend mehr Arbeitsplätze.

München wartet gespannt auf Heigl

Untersuchungsausschuß wird Nachrichtenhändler voraussichtlich am 8. Juni vernehmen

PETER SCHMALZ, München

Der Weg für die Vernehmung des Nachrichtenhändlers Frank Peter Heigl durch den Untersuchungsausschuß im Bayerischen Landtag ist frei: Bundesanwaltschaft und Münchner Justizministerium haben dem Mann, der die Affäre um den ehemaligen bayerischen Staatsschutzchef Hans Langemann und um den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Hiersemann ins Rollen gebracht hat, freies Geleit zugesichert. Heigl steht während seines München-Aufenthalts – voraussichtlich am 8. Juni – nicht nur den *Mitgliedern des parlamentarischen* Untersuchungsausschusses zur Verfügung, sondern auch der Staatsanwaltschaft, die gegen Hiersemann wegen des Verdachts ermittelt, er habe Geheimdokumente aus dem Langemann-Ausschuß weitergegeben oder weitergeben lassen.

Der Auftritt Heigls wird in München mit Spannung erwartet, nachdem Hiersemann und sein Fraktionsassistent Günter Plass die gegen sie erhobenen Vorwürfe weitgehend bestreiten, Heigl seine Darstellung zwar in einer ausführlichen und seitenlangen eidesstattlichen Versicherung niedergelegt hat, bisher aber nicht persönlich erschienen ist. „Der Hauptbelastungszeuge scheut die *deutschen* Strafverfolgungsbehörden wie der Teufel das Weihwasser", frohlockte bereits der SPD-Politiker Hiersemann. *Zu diesem Zeitpunkt* wußte er noch nicht, daß die Formalitäten für den Heigl-Auftritt weitgehend geklärt waren und daß Heigl sogar schon geplant hatte, entgegen dem Anraten seines Anwalts auch ohne freies Geleit zu kommen.

Voreilig bejubelte die SPD auch einen Beschluß des Oberlandesgerichts München, das der Illustrierten „Bunte" in einem einstweiligen Verfügungsverfahren die Behauptung untersagte, mit Wissen Hiersemanns sei Geheimmaterial aus dem Langemann-Untersuchungsausschuß weitergegeben worden und Hiersemann habe das Erscheinen Heigls vor diesem Ausschuß verzögern wollen, als eine „K. o.-Niederlage der ‚Bunten'.

Die Kampagne gegen ihn sei „im Rohr krepiert", meinte Hiersemann. Doch der SPD-Politiker, der selbst als Rechtsanwalt tätig ist, weiß, *daß in dieser* Sache noch längst nicht das letzte Wort gesprochen ist: Die OLG-Entscheidung fiel nur in einem einstweiligen Verfügungsverfahren, ein Hauptsacheverfahren mit einer weit ausführlicheren Beweisaufnahme ist noch anhängig.

Außerdem wird in *diesem* Verfahren nur ein kleiner Teil der insgesamt erhobenen Vorwürfe geprüft, da die Frage, ob die SPD Geheimmaterial herausgegeben hat, hierbei nicht zu behandeln ist. Zweifelsfrei aber steht fest: Aus *dem Untersuchungsausschuß* wurden Geheimdokumente an Heigl wie an den Fernsehjournalisten Stefan Aust weitergegeben. Hiersemann hatte mehrfachen Telefonkontakt mit Heigl und wollte sich mit ihm sogar unter konspirativen Umständen auf einem Autobahnrastplatz in Österreich treffen. Sein Assistent Plass traf sich mit Heigl mehrfach in Nizza, München und Augsburg und hat ihm dabei zugestandenermaßen zumindest ein Papier ausgehändigt. Es soll nach Angaben von Plass das Protokoll von Heigls Vernehmung vor dem Langemann-Ausschuß gewesen *sein.*

Fest steht aber auch, daß Hiersemann und Plass mit Heigl im vergangenen Jahr noch während des bayerischen Wahlkampfes einen Deal machen wollten, durch den sie an angeblich belastendes Material gegen Franz Josef Strauß und *dessen Frau herankommen* wollten. „Eine Dummheit", sagte dazu Hiersemann nun als Zeuge vor dem nach ihm benannten Untersuchungsausschuß.

An der juristischen Klärung der gegen den SPD-Assistenten Plass erhobenen Vorwürfe scheinen weder der Betroffene noch die SPD sonderlich interessiert zu sein. Obwohl Plass bereits im vergangenen Dezember und in den darauffolgenden Wochen mehrfach eine Klage ankündigte, ist diese noch immer nicht eingereicht.

Militärpfarrer warnen die Synode

epd, Kiel

Die Annahme eines Aufrufs der Gruppierung „Christen für die Abrüstung" zur Ächtung aller Massenvernichtungswaffen durch die Synode der nordelbischen evangelischen Kirche kann Soldaten „je heimat in ihre Kirche entziehen" und die Militärseelsorge „zur Sonder- oder Atomkriche entstellen".

Diese Warnung äußerten die evangelischen Militärpfarrer im Wehrbereich I (Hamburg/Schleswig-Holstein) bei einem Treffen in Kiel. „Durch einen solchen Beschluß der Synode kämen wir in den Entscheidungszwang, ob wir weiter Militärseelsorger bleiben könnten", erklärten sie.

KBW-Mitglied darf Anwalt werden

DW. Karlsruhe

Die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei genügt nicht, um einem Assessor die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu versagen. So entschied das Bundesverfassungsgericht. Es hob einen Beschluß des Bundesgerichtshofes auf, in dem es heißt, bei einem Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) müsse im Rahmen der nach Paragraph 7, Nr. 5 Bundesrechtsanwaltsordnung gebotenen Gesamtwürdigung auch das aktive Eintreten für den verfassungsfeindlichen KBW zu seinem Nachteil mitberücksichtigt werden.

Das gelte selbst dann, wenn dieses Eintreten nicht den Tatbestand der strafbaren Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erfülle, den die Bundesrechtsanwaltsordnung als besonderen Versagungsgrund in Paragraph 7, Nr. 6 vorsehe.

Nach der Bundesrechtsanwaltsordnung ist die Zulassung u. a. dann zu versagen, wenn der Bewerber sich eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das ihn unwürdig erscheinen läßt, den Beruf eines Rechtsanwaltes auszuüben.

Im Ausgangsverfahren hatte der Vorstand der zuständigen Rechtsanwaltskammer Kiel diesen Versagungsgrund mit der Begründung geltend gemacht, der Beschwerdeführer habe durch mehrere zumeist politisch motivierte Handlungen seine mangelnde Bereitschaft gezeigt, die für die Ausübung des Anwaltsberufs notwendigen Spielregeln zu beachten.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Entscheidung des Bundesgerichtshofs wegen Verletzung des Grundrechts der Berufsfreiheit (Artikel 12, Abs. 1 Grundgesetz) aufgehoben. Der Rechtsanwalt übe seit Durchsetzung des rechtsstaatlichen Grundsatzes der freien Advokatur einen freien Beruf aus.

Einschränkungen der anwaltlichen Berufsfreiheit seien am Grundrecht des Artikels 12, Abs. 1 Grundgesetz zu messen. Es sei daher nicht statthaft, die aus Artikel 33, Abs. 5 Grundgesetz hergeleiteten Grundsätze zur politischen Treuepflicht staatlicher Bediensteter auf Rechtsanwälte anzuwenden.

Kurzentschlossen ins Urlaubsland BADEN-WÜRTTEMBERG



Anzeige

SÜDLICHER SCHWARZWALD

Erholung – auch für den kleinen Geldbeutel

Wo der Hochrhein die Grenze zwischen Deutschland und der Schweiz bildet und der Schwarzwald aus dem Rheintal nach Norden auf 1500 m ansteigt, liegt die Landschaft, die so ganz für die Erholung geschaffen ist. Der südliche Schwarzwald mit dem Hochrhein und dem Hotzenwald, ein von der Natur so liebevoll bedachter Landstrich! Die Ferienlandschaft der Stille, der dichten Wälder, der romantischen Täler ist aber auch eine Landschaft der tausend Möglichkeiten, mit einem weiten Netz von Wanderwegen und ideal als Ausgangspunkt für Ausflüge in die Schweiz, ins Elsaß, zum Rheinfall nach Schaffhausen oder auf den Feldberg.

Aktiv-Urlauber, Kurwillige, Wanderer, Familien mit Kindern oder einfach Erholungssuchende erwartet hier ein reichhaltiges Freizeitangebot. Für Familien ideal sind die Ferien auf dem Bauernhof. Hier gibt es schon Zimmer ab DM 12,-. Viele Orte bieten preisgünstige Pauschal- und Sommerangebote an. Vielleicht besuchen Sie einmal in Bonndorf ein Schinkenseminar oder lassen sich in die Kunst des Webens einweihen. Fitneßurlaub nach Maß bietet Bad Säckingen den Tennisspielern und Golfern. Todtmoos lädt im Herbst zu den Wanderwochen ein. Für Streßgeplagte wäre vielleicht eine „Anti-Streß-Woche" in Herrischried das Richtige.

Ein Paradies stellt diese Landschaft für den Wanderfreund dar. Gut ausgebaute und markierte Wanderwege erschließen eine in weiten Teilen noch ursprüngliche Schwarzwaldlandschaft. Ausgeruht und Brotzeit gehalten wird auf einem der zahlreichen Rastplätze, die die Wanderwege säumen. Nach der Wanderung ist ein Vesper im heimeligen Landgasthof mit knusprigem selbstgebackenen Bauernbrot und kernigem Schwarzwälder Speck das Größte. Ein Kirschwässerle aus der hauseigenen Brennerei darf hier nicht fehlen. Die klare und reine Luft des südlichen Schwarzwaldes ist geradezu prädestiniert für einen Kuraufenthalt. Nützliche Informationen hierzu gibt eine farbige Klimafibel mit Heilanzeigen für jeden Ort.

Im südlichen Schwarzwald wird das Ursprügliche bewahrt und gepflegt. Weit ab vom Massentourismus wird hier zu erschwinglichen Preisen alles geboten, was für die Erholung und einen richtigen Urlaub notwendig ist. Kostenlose Information mit Gebietsprospekt, Unterkunftsverzeichnis, Reliefkarte und Klimafibel erteilt die Verkehrsgemeinschaft

SÜDLICHER SCHWARZWALD Hochrhein-Hotzenwald, Postfach, 7890 Waldshut-Tiengen, Tel.: 0 77 51 / 86-516 oder 86–1.

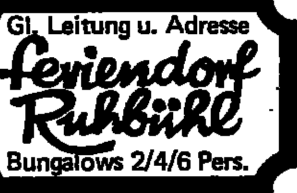
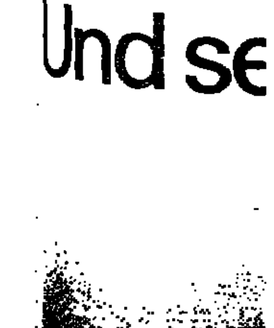
Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken! W 286










Ägypten und Sudan rücken näher zusammen

Erstmals tagt das Nil-Parlament / Mubarak in Khartum

PETER M. RANKE, Beirut

In Anwesenheit der beiden Präsidenten Mubarak und Numeiri tritt in der sudanesischen Hauptstadt Khartum heute zum ersten Mal das Nil-Parlament zusammen, dem je 20 Abgeordnete Ägyptens und Sudans angehören. Damit wird der erste Schritt zu einer späteren Föderation der beiden Nil-Staaten getan, nachdem Ägypten und Sudan im Oktober 1982 eine „Charta der Integration" beschlossen hatten. Schrittweise soll zehn Jahre lang die Verflechtung der Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik unter Leitung des „Hohen Integrationsausschusses" beider Staatspräsidenten geprobt werden.

Die Anwesenheit Mubaraks in Khartum und die Gründungssitzung des Nil-Parlaments gelten als Rückenstärkung für Numeiri, dessen Stellung durch eine Truppenmeuterei in Südsudan geschwächt ist. Bei der Niederschlagung der Meuterei des 105. Bataillons in Bor gab es vorige Woche 78 Tote. Regierungstruppen hoben bei der „Säuberung" große Munitionslager aus. Hinter der Meuterei soll Oberst Yakub Ismail stehen, der 1975 in Libyen ausgewiesen wurde und seitdem von dessen Staatschef Khadhafi unterstützt wird. Er operiert von Äthiopien aus.

Wachsende Unzufriedenheit

Das unruhige und nicht moslemische Südsudan wurde nach der Meuterei in drei Regionen (Equatoria, Bahr el Gazal und Obernil) aufgeteilt, um dem autonomen Präsidenten Josef Tombura in Juba das Regieren zu erleichtern. Dennoch halten sich in Khartum Gerüchte, daß die Unzufriedenheit in Südsudan wegen der wirtschaftlichen Unterentwicklung wieder zu größeren Aufständen führen könnte. Erst 1972 war in Südsudan ein blutiger Bürgerkrieg nach 17 Jahren zu Ende gegangen. Der Führer der damaligen Opposition, Joseph Lagu, ist heute Vizepräsident in Khartum.

Bei rund acht Milliarden Dollar Auslandsschulden und ständiger Devisenknappheit sind die Wirtschaftsnöte des größten afrikanischen Staates mit seinen 18 Millionen Einwohnern eine ständige Herausforderung für Khadhafi, einen neuen Versuch zum Sturz Numeiris zu unternehmen und die Südflanke Ägyptens zu bedrohen. Für Kairo wäre der Sturz Numeiris ein Kriegsfall. Zwar besteht seit 1976 ein Verteidigungspakt, und ägyptische und amerikanische Ausbilder arbeiten für die Armee und Luftwaffe. Politische Stabilität scheint Numeiri aber erst in einer Föderation mit Ägypten wirklich gesichert.

Logik der Geschichte

Wirtschaftlich könnten sich beide Nilländer besser ergänzen als jetzt, da Sudan unterbevölkert ist und genug Nahrungsmittel produzieren könnte, während Ägyptens 45 Millionen Menschen ohne fremde Hilfe nicht zu ernähren sind. Für die Entwicklungspläne fehlt es aber an Kapital, da die Erdölstaaten weder Ägypten noch Sudan ausreichend unterstützen. Einer der Gründe ist angeblich der Friedensschluß mit Israel.

Ein späterer föderativer Zusammenschluß Ägyptens und Sudans mit dann besseren Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen läge in der Logik der Geschichte beider Länder. Einmal reichten Pharaonenreiche schon vor Jahrtausenden tief nach Sudan hinein, zum anderen bildeten Ägypten und Sudan schon von 1899 bis 1956 eine koloniale Verwaltungseinheit unter englisch-ägyptischer Herrschaft. Die Unabhängigkeit Sudans 1956 bedeutete ihr vorläufiges Ende. (SAD)

Bei Fragen nach ihren Wahlkassen befällt die britischen Parteien eine seltsame Scheu

Tories und Labour haben sich mit der Abhängigkeit von ihren Geldgebern abgefunden / Der Staat schießt nichts zu

FRITZ WIRTH, London

Die britischen Wahlen sind seit einigen Tagen zur „Schlacht der Geheimdokumente" ausgeartet. Da ist plötzlich keine Quelle mehr zu trübe und kein Dokument zu fade, um aus ihnen in den täglichen Pressekonferenzen ein paar Pluspunkte herauszupressen. So schonungs- und bedenkenlos also in dieser Wahl alles auf den Tisch gelegt wird – ein Thema bleibt in dieser Schlammschlacht unberührt und weiterhin geheim: die Finanzen dieses Wahlkampfs.

Bei diesem Thema werden alle Beteiligten plötzlich sehr scheu und zurückhaltend, und das hat gute Gründe: Die Herkunft der Gelder mag nicht illegal sein, aber sie ist doch irgendwie kompromittierend. Denn nichts belegt die ideologische und gesellschaftspolitische Polarisierung der britischen Politik deutlicher als die Finanzierung der Parteien. So stammen die Gelder in der Wahlkasse der Labour Party zu 85 Prozent von den Gewerkschaften, die der Tories zu 50 Prozent von Spenden aus der Industrie. Vom Staat erhalten beide Parteien nichts. Sie wären also ohne ihre Interessengruppen im Rücken schon lange bankrott.

Jedermann in Großbritannien hat sich lange mit dieser finanziellen Abhängigkeit der Parteien von ihren Geldgebern abgefunden. Die Gewerkschaften halten diese Zahlungen für eine Art von Elternrecht und Elternpflicht. Die Labour Party ist um die *Jahrhundertwende* aus ihnen hervorgegangen. Der Lohn der Gewerkschaften für ihren finanziellen Einsatz ist politischer Einfluß bei den Entscheidungen einer Labour-Regierung.

Die britische Industrie braucht bei ihren Zahlungen an die Tories nicht sonderlich hart gemahnt zu werden. Die meisten Unternehmen zahlen (und nicht selten in sechsstelligen Pfundsummen) vor allem, um die Gewerkschaften von den Zentren der politischen Macht fernzuhalten.

Keiner der Beteiligten hat bisher offiziell wissen lassen, wie groß seine „Kriegskasse" für die gegenwärtigen Wahlen ist. Die Labour Party hat jedoch nicht dementiert, *daß die Gewerkschaften* 2,5 Millionen Pfund, also knapp 10 Millionen D-Mark, beisteuern wollen. Der Haken ist, daß bis zur Stunde nicht einmal die Hälfte dieser Summe beim Schatzmeister Labours eingetroffen ist.

Den Konservativen ist aus zumeist bösartigen Quellen nachgesagt worden, daß sie für diesen Wahlkampf 20 Millionen Pfund (etwa 30 Millionen Mark) ausgeben werden. Diese Summe ist in der Tat unglaubwürdig. Die letzte Wahl im Jahre 1979 ließen sich die Tories 3,6 Millionen Pfund kosten. Eine Gesamtsumme von 5 Millionen Pfund dürfte für diese Wahl eine realistische Schätzung sein.

Rigorose Geldeintreibung durch die Gewerkschaften

Die spendenden Firmen sind verpflichtet, in ihren Jahresberichten die Summen aufzuführen. Die Eintreibung der Spenden besorgt eine Organisation mit dem Namen „British United Industrialists" (BUI). Bei den Gewerkschaften ist die Geldeintreibung bereits automatisiert worden, und zwar so rigoros und *großzügig*, daß die Labour Party am Ende auch von vielen Gewerkschaftsmitgliedern mitfinanziert wird, die keineswegs bereit sind, ihnen bei der Wahl eine Stimme zu geben.

Die Erklärung: Unterstützungsgelder der Gewerkschafter für die Labourkasse (affiliation money) wird automatisch mit den Gewerkschaftsbeiträgen eingezogen. Der jährliche Betrag liegt bei 40 Pence (etwa 1,60 Mark). Gewerkschaftsmitglieder, die von diesen Zahlungen befreit werden möchten, müssen das schriftlich begründen. Den meisten Gewerkschaftsmitgliedern ist das zu umständlich. Also zahlen sie.

Die Regierung Thatcher ist böse genug, dieses System zu ändern. Sie will in der von ihr in der letzten Woche verheißenen Gewerkschaftsreform durchsetzen, daß diese Beiträge künftig nicht mehr automatisch eingezogen werden und daß jedes Gewerkschaftsmitglied, das 1,60 Mark für die Labour*kasse spenden will, das schriftlich* beantragen muß. Es würde die Labour Party in der Praxis in den finanziellen Ruin stürzen.

Jede Partei unterhält in diesem Wahlkampf zwei streng getrennte Kassen. Eine Kasse, aus der die einzelnen Kandidaten dieser Wahl finanziert werden. Diese Gelder sind gesetzlich reglementiert. Die zweite Kasse gilt der Finanzierung des nationalen Wahlkampfs. Sie unterliegt keinerlei Kontrolle.

Die Reglementierung der Kasse für die Kandidaten soll dafür sorgen, daß *zumindest* auf der unteren Ebene, also in den einzelnen Wahlkreisen, unter den Kandidaten Chancengleichheit herrscht. So darf ein Kandidat für seinen örtlichen Wahlkampf lediglich 2700 Pfund plus 3,1 Pence (12 Pfennig) pro Wahlberechtigten in einem ländlichen und 2,3 Pence (neun Pfennig) in einem städtischen Wahlkreis ausgeben. Das absolute Limit liegt bei 4700 Pfund (etwa 18 000 Mark) in einem ländlichen und 4200 (16 100 Mark) in einem städtischen Wahlkreis.

Mit dieser Summe muß ein Kandidat seinen Wahlagenten, Plakate, Flugblätter und Versammlungslokale bezahlen. Die genaue Kostenabrechnung muß *mindestens* 35 Tage nach der Wahl dem örtlichen Wahlkampfleiter vorgelegt werden. Werden einem siegreichen Kandidaten schwere Verstöße bei der Finanzierung seines Wahlkampfs nachgewiesen, kann ihm das Mandat entzogen werden.

Die große Parteikasse mit unbeschränkter Haftung und Kontrolle dient zur Finanzierung des nationalen *Wahlkampfs, das heißt* für Zeitungsanzeigen in den überregionalen Blättern (Wahlwerbung in Rundfunk und Fernsehen ist untersagt), zur Finanzierung der Meinungsumfragen, zur Miete von Flugzeugen und Hubschraubern für die politischen Stars der Parteien und für den Druck von Plakaten.

Sozialliberale Allianz im Niemandsland

In dieser Finanzschlacht sind die Tories ihren Konkurrenten hoch überlegen. Die Labour Party hat für diese Zwecke nicht einmal die Hälfte des Betrags zur Verfügung, den die Konservativen ausgeben, und noch ärmer ist die sozialliberale Allianz. Sie ist parteipolitisch im Niemandsland zwischen Gewerkschaften und Industrie angesiedelt. Spenden fließen für sie daher kläglich. Ihr gesamter Wahletat wird auf 1,5 Millionen Pfund (etwa sechs Millionen Mark) geschätzt.

Ein glattes Verlustgeschäft dagegen sind diese Wahlen für die Splitterparteien, denn jeder Kandidat muß vor der Wahl eine Kaution von 150 Pfund (*etwa 600 Mark*) hinterlegen, die er nur dann zurückerhält, wenn er mindestens 12,5 Prozent der abgegebenen Stimmen gewinnt. Die britischen Kommunisten beispielsweise, die in dieser Wahl 40 Kandidaten aufstellen, von denen garantiert niemand irgendwo auch nur annähernd *12,5* Prozent der Stimmen erreicht, können daher insgesamt 24 000 Mark Kautionsgelder schon jetzt aufs Verlustkonto buchen.

Streit in der afghanischen Armee-Spitze

AFP, Islamabad

Der afghanische Verteidigungsminister General Abdul Kader ist nach Angaben westlicher Diplomaten in Islamabad am 15. Mai nach einem heftigen Streit in seinem Büro mit seinem Stellvertreter, General Khalilullah, mit Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht worden. Khalilullah gehört dem minoritären „Khalk"-Flügel der afghanischen KP an. Er sei nach dem Zwischenfall unter Hausarrest gestellt worden, hieß es.

Die Affaire bestätigt Informationen aus Kabul, wonach zwischen *den beiden Tendenzen der afghanischen* KP, den „Khalki" und „Parchami" weiterhin schwere Spannungen bestehen. Am 30. September 1982 war der Kommandant der Garnision von Kabul, General Abdul Nodud, ein bekannter Vertreter des „Khalki"-Flügels, in seinem Büro nach einer Auseinandersetzung mit „Parchami"-Offizieren ermordet worden.

Über den Hergang der Auseinandersetzung Kader-Khalilulla zirkulieren in Kabul verschiedene Versionen: Nach einer hat General Khalilullah, aufgebracht über die jüngsten Beförderungen von Offizieren des „Parchami"-Flügels, den Minister verprügelt und Kader wurde bewußtlos, mit Kopfverletzungen und Rippenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert. In anderen Versionen heißt es, Khalilullah oder sein Leibwächter habe Kader mit einem Beinschuß verletzt.

General Kader, der im vergangenen Jahr zum Verteidigungsminister Afghanistans ernannt wurde, spielte beim kommunistischen Staatsstreich von 1978 eine entscheidende Rolle. Als Militär zunächst Angehöriger des „Khalk"-Flügels, hatte er sich nach der Machtübernahme Babrak Karmals im Dezember 1979 den „Parchami" genähert, als die sowjetischen Truppen in Afghanistan einmarschierten.

Nujoma pocht vor der UNO auf den bewaffneten Kampf

Wird der westliche Namibia-Plan zu Fall gebracht?

GITTA BAUER, New York

In der Namibia-Debatte des UN-Sicherheitsrates hat der Chef der Südwestafrikanischen Volksorganisation, Sam Nujoma, bekräftigt, daß die Swapo den bewaffneten Kampf bis zur Unabhängigkeit des seit 1920 von Südafrika verwalteten Territoriums weiterführen wolle. Hingegen empfahl der britische Delegierte Sir John Thomson die geduldige Verwirklichung des von fünf Westmächten ausgearbeiteten und von der UNO und allen Konfliktpartnern akzeptierten Plans zur friedlichen Lösung des Namibia-Problems.

Die Ratssitzung ist nach mehr als zweijähriger Pause auf Druck der blockfreien Staaten zustandegekommen. Die Bedeutung dieser Beratungen in den Augen der Dritten Welt wird dadurch unterstrichen, daß sich mehr als 20 Außenminister für die Sitzung in New York angesagt haben.

Ob die Länder der westlichen Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada und die Bundesrepublik) auch ihre Außenminister entsenden, wollten weder US-Vertreter noch die Botschaft der Bundesrepublik bestätigen. „Das kommt darauf an, in welche Richtung die Afrikaner, insbesondere die Frontstaaten, sich drängen lassen", sagte ein Diplomat der Kontaktgruppe. „Es ist kein Geheimnis, daß es Kräfte gibt, die am Scheitern der Bemühungen der Kontaktgruppe interessiert sind." Die Enttäuschung darüber, daß der Westen in fünf Jahren kein Resultat erzielt habe, könne vom Osten ausgenutzt werden.

Einigung wurde über die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung, die Prinzipien einer Verfassung, die Aufgaben der UNO-Truppe und -Zivilbeobachter erzielt. Südafrika gab sich mit der Erklärung über die „Unparteilichkeit" der UNO zufrieden. Stein des Anstoßes bleibt das Junktim der Namibia-Lösung mit dem Abzug der schätzungsweise 20 000 Kubaner aus Angola. Intensive Verhandlungen des Direktors der Afrika-Abteilung im State Department, Chester Crocker, mit Vertretern Südafrikas und Angolas haben noch kein greifbares Ergebnis erbracht. Frankreich scherte zu einem gewissen Grade aus der Kontaktgruppe aus, als sich Außenminister Claude Cheysson im Frühjahr von dem Junktim distanzierte.

Streit mit USA verschleiert Athens Krise

Stützpunkt-Verhandlungen ziehen sich hin / Papandreou steckt tief in Wirtschaftsproblemen / Wird vorzeitig gewählt?

E. ANTONAROS, Athen

Der griechische Regierungschef Andreas Papandreou scheint fest entschlossen, seine verbale Konfrontation mit den Amerikanern weiter eskalieren zu lassen, um den Abschluß des Stützpunktabkommens absichtlich zu erschweren und auf diese Art innenpolitisch Zeit zu gewinnen. So deuten westliche Diplomaten in Athen die jüngsten Attacken Papandreous gegen die Amerikaner, die eine keineswegs nur optische Verschlechterung der Beziehungen zwischen Athen und Washington herbeigeführt haben.

In der vergangenen Woche ließ Papandreou eine Erklärung im Staatsfernsehen verlesen, womit er mit scharfen Worten das keineswegs ungewöhnliche Eindringen von amerikanischen und türkischen Militärflugzeugen im Rahmen eines NATO-Manövers in den Bereich der Athener Fluginformationsregion (FIR) verurteilte. Am Wochenende ließ Regierungssprecher Maroudas in zwei Fernsehinterviews anklingen, daß sich die amerikanische Haltung auf die inzwischen fortgesetzten Stützpunktverhandlungen „negativ" auswirken könnten.

Damit war die Katze aus dem Sack: Maroudas sagte zwar, daß die Athener Regierung „weder eine Verlangsamung noch eine Verlängerung" der Verhandlungen wünsche. Aber selbst die Amerikaner, die noch vor Monatsfrist recht optimistisch waren, scheinen inzwischen mit einem Vertragsabschluß in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen.

Viele politische Beobachter in Athen glauben allerdings zu wissen, daß die beiden Unterhändler – der Athener Außenstaatssekretär Kapsis und US-Botschafter Bartholomew – eine weitreichende Einigung erzielt haben. Auch die Aufstockung der US-Militärhilfe an Griechenland auf 500 Millionen Dollar sollte Athen eigentlich den ersehnten Vertragsabschluß erleichtern. Doch statt dessen scheint Papandreou nunmehr die Absicht zu haben, den von Athen systematisch am Leben erhaltenen Streit mit Amerika innenpolitisch ausnutzen zu wollen.

Vor Vollendung seines zweiten Amtsjahres wird Papandreou mit einer innenpolitischen Krisensituation konfrontiert, die ihn viele Sympathien beim Wahlvolk kostet. Die Wirtschaft hat er nicht im Griff, das Land wird von Streiks erschüttert, die Preise laufen den euphorischen Wirtschaftsstrategen davon, Umweltverschmutzung und schlechte Lebensqualität werden angeprangert, und auch die wuchernde Bürokratie konnte von Papandreou nicht abgebaut werden.

Freilich hat er diese Vertrauenskrise auch selbst verschuldet. Den Griechen hat er im vorhinein zu viel versprochen. Hinzu kommt, daß seine Regierungsmannschaft unerfahren und unqualifiziert ist, daß die Minister fast wöchentlich *von Papandreou gerügt werden.* Nun hat er seinen Kabinettsmitgliedern zur Auflage gemacht, ihm alle drei Monate einen Rechenschaftsbericht ihrer Tätigkeit vorzulegen. Damit will sich Papandreou ganz bestimmt auch ein Alibi verschaffen, um später vor dem Volk behaupten zu können, daß nicht er, sondern seine Mitarbeiter versagt hätten.

Diese beinahe aussichtslose Situation wird von den moskautreuen Kommunisten ausgenutzt. Sie organisieren Massendemonstrationen und Streiks am laufenden Band und verlangen von Papandreou die Einhaltung seiner Wahlverheißungen. „Am schärfsten werden wir nicht von den Konservativen, sondern von den Kommunisten kritisiert", haben inzwischen die meisten Regierungsmitglieder richtig erkannt. Die Zeiten, als die griechische KP Papandreous unpopuläre restriktive Einkommenspolitik noch duldete, sind vorbei.

Gerade deswegen scheint Papandreou seine linken Kritiker, die sich auch innerhalb seiner Pasok-Partei befinden, mit seiner übertriebenen Kritik an Washington beschwichtigen zu wollen. Einen Streit mit der europäischen Gemeinschaft will er vermeiden, weil Griechenland am 1. Juli die Präsidentschaft übernimmt. Aber mit Hilfe der Auseinandersetzung mit Washington kann er innenpolitische Pluspunkte sammeln, den spürbaren Popularitätsverlust auf anderen Gebieten – vor allem in der Wirtschaftspolitik – wettmachen und Zeit gewinnen.

Warum sich Papandreou auf dieses risikoreiche Spiel eingelassen hat, vermag niemand mit Sicherheit zu sagen. Möglich ist es auf jeden Fall, daß der Athener Spitzensozialist vorgezogene Parlamentswahlen plant. Mit Hilfe eines Überraschungseffektes könnte er diese Wahlschlacht – im Herbst oder im Frühjahr 1984 – gewinnen, zumal auch die konservative Oppositionspartei nicht in der Lage zu sein scheint, ihre Dauerkrise zu überwinden. (SAD)

CDU-Politiker Hüsch nach Moskau

lim. Bonn

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Hüsch wird als erster Unionspolitiker nach der Wahl vom 6. März heute zu einem Besuch nach Moskau fliegen. Er hält dort auf Einladung der Akademie der Wissenschaften zwei Vorträge. In diesen Vorträgen und bei politischen Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt will Hüsch vor allem das wirtschaftspolitische Programm der neuen Koalition erläutern.

Paris weist Vorwurf zurück

DW/AFP, Paris

Das französische Umweltministerium hat Vorwürfe, die französischen Behörden hätten zunächst versucht zu verschleiern, daß die gesuchten Dioxin-Fässer aus Seveso in Frankreich entdeckt worden sind, zurückgewiesen. Ein Sprecher meinte, solche Vorwürfe seien „ziemlich niveaulos".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Staatsdiener ohne Lobby

„Beamte warnen vor Gehaltsstop"; WELT vom 16. Mai

Schon jetzt werden Beamte – und zu ihnen zählen besoldungsrechtlich auch Soldaten – von der normalen Gehaltsentwicklung in der Gesellschaft abgekoppelt. Als Manfred Wörner sich bei den neuerlichen Vorschlägen des Finanzministers, die Gehälter im öffentlichen Dienst für 1984 einzufrieren, dafür einsetzt, Zeit- und Berufssoldaten aus dieser Regelung herauszuhalten, blitzt er bei Helmut Kohl ab. Ausnahmen werden keine gemacht!

Dies zeugt von einer erheblichen Ignoranz gegenüber Sachproblemen und steht für eine Gleichmacherei des öffentlichen Dienstes, der in Wirklichkeit so verschieden und pluralistisch wie unsere ganze Gesellschaft ist. Sind es doch gerade die Soldaten, die in überdeutlichem Maße die Härte jeder beabsichtigten Maßnahme herausstellen. Allein – es scheint sich kaum jemand für solcherart Tatsachen zu interessieren; die Politik nicht, die Medien nicht und die Bevölkerung schon gar nicht. Die Masse aller Soldaten bewegt sich unterhalb der Gehaltsmarge A 8: So verdient beispielsweise ein verheirateter Hauptfeldwebel, 35 Jahre alt, zwei Kinder, circa 2400 DM netto (eingeschlossen die viel verschriebenen Zulagen). Auch der Hauptmann (A 11) in ähnlichen Familienverhältnissen ist mit 2900 DM nicht viel besser dran. Wohlgemerkt: Das Gros der Soldaten „dient" unterhalb dieser Gehaltsstufen und muß sich mit weitaus weniger zufrieden geben; ein lediger Stabsunteroffizier mit 1400 DM.

Seit Jahren ist es kein Geheimnis, daß die wöchentliche Arbeitszeit in unserer Gesellschaft der Dienstzeitbelastung in der Bundeswehr davongaloppiert. Während die 40-Stunden-Woche anderswo Realität ist und Gewerkschaften wie Politiker die 35-Stunden-Woche propagieren, arbeiten Soldaten nach wie vor unbegrenzt drauf los: Für alle Einheiten, die mehr als 56 Stunden je Woche arbeiten – und das ist die Mehrzahl – gibt es hierfür einen „Ausgleich" von 90 DM monatlich. Der Stundenbelastung ist nach oben keine Grenze gesetzt. So kommen die meisten Soldaten auf über 60 Stunden, viele Verbände stehen nachgewiesenermaßen und anerkannterweise mit über 70 Stunden je Woche da. Und alles für das gleiche Geld. Da mag man von der Art des Dienstes, von der psychischen Belastung, von der Verantwortung und vom niedrigen Prestige erst gar nicht anfangen.

Erwähnt werden muß dagegen noch die besondere Situation der Zeitsoldaten: Als Hauptargument gegen eine Besoldungserhöhung der Beamten wird stets deren Arbeitsplatzsicherheit ins Felde geführt. Dies trifft für Zeitsoldaten jedoch nicht nur nicht zu, sondern es verkehrt sich ins genaue Gegenteil: deren Entlassung steht nämlich fest! In wenigen Monaten oder in einer sehr überschaubaren Zahl von Jahren ist ihr Arbeitsverhältnis unwiderruflich beendet. Dann stehen sie vor dem Anfang. Denn ein anderes Metier als das des Soldaten haben sie zumeist nicht erlernt.

Es mutet mich hämisch an, wenn gerade bei diesem Personenkreis von einer „mutigen Rotstiftpolitik" gesprochen wird. Soldaten können nicht streiken – es scheint, als würde diese Tatsache ausgenützt. Manfred Wörner, seit wenigen Monaten Verteidigungsminister, aber seit vielen Jahren Reserve-Offizier, weiß um diese Probleme. Hoffentlich bleibt wenigstens er nicht still, und hoffentlich bleibt er nicht der einzige, der sich stark macht.

Mit freundlichem Gruß

U. Tillmanns, Bonn

Patentlösung

„CSU und atomwaffenfreie Zone"; WELT vom 17. Mai und „DDR"-Städte antworten nicht"; WELT vom 18. Mai

Es scheint doch recht nützlich zu sein, wenn Mehrheiten in Gemeindeparlamenten ihre Stadt wie Gladbeck oder nun sogar München und z. B. der Hamburger Stadtteil Eimsbüttel zur „atomwaffenfreien Zone" erklären.

Hierdurch angeregt werde ich mein Haus zur „einbruchsfreien Zone" erklären in der festen Überzeugung, daß es dann vor Dieben sicher ist.

Axel Schmid-Dankward, Hamburg 67

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Deutsche Schrift

„Von der Blamage in die Kraftprobe"; WELT vom 16. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem o. a. Bericht hat der Hitler-Tagebuch-Mitwirkende Kujau erklärt, daß er Hitlers oder des Tagebuch-Fälschers „Sütterlin-Handschrift" sowieso weder lesen noch schreiben könne. Und unlängst hat sich, ebenfalls in der „WELT", eine Journalistin anläßlich eines Besuches in Haus Doorn in den Niederlanden über die „Sütterlin-Handschrift" des deutschen Kaisers mokiert.

Was ist aber jenseits dieses verschlampten Sprachgebrauches, der alles Handschriftliche, was junge Leute nicht lesen können, als „Sütterlin" bezeichnet, wirklich darunter zu verstehen?

Ludwig Sütterlin (1865–1917) war ein in seiner Zeit bekannter Schulmann. Er hat nach 1900, übrigens in harter Konkurrenz mit ähnlichen Bemühungen etlicher Kollegen, für die Volksschulen in Deutschland eine neue Schreibschrift entwickelt, die als „kindgemäßer" die bis dahin übliche „deutsche" Schrift (auch „Fraktur" oder „gotische Schrift" genannt) ablösen sollte. Diese „Sütterlin-Schrift", ein Mittelding zwischen „deutscher" und „lateinischer" Schrift, wurde 1915 an den Volksschulen in Preußen, später auch in den anderen Ländern eingeführt und 1941 per „Führererlaß" durch die „Deutsche Normalschrift" ersetzt.

Es dürfte daher klar sein, daß weder der deutsche Kaiser (Jahrg. 1859), noch Hitler (Jahrg. 1889 und noch dazu an einer österreichischen Schule) im entsprechenden Alter „Sütterlin gelernt haben oder später darauf umgestiegen sein könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. R.-J. Sattler, Celle

Wort des Tages

In der Jugend meinen wir, das Geringste, das die Menschen uns gewähren können, sei Gerechtigkeit. Im Alter erfahren wir, daß es das Höchste ist.

Marie von Ebner-Eschenbach, dt. Dichterin (1830–1916)

Kirche im Sozialismus

In Leserbriefen vom 2. und 21. April wird bei scharfer Kritik an der Haltung der Bischöfe in der DDR die bekannte Formel „Kirche im Sozialismus", mit der die Evangelische Kirche in der DDR ihren Standort in einer sozialistischen Gesellschaft bestimmt, als „atheistische Formel" und „teuflische Parole" bezeichnet. Darin aber liegt ein bedauerliches Mißverständnis dessen vor, was mit dieser Formulierung wirklich gemeint ist.

Diese Formulierung drückt das Ergebnis einer sehr grundsätzlichen theologischen Besinnung aus. Als unübersehbar deutlich wurde, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in nicht absehbare Ferne rückte und die beiden deutschen Staaten daher nicht mehr als ein Provisorium anzusehen seien, konnte die Kirche einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Dialektischen Materialismus, der für den Sozialismus maßgebenden Weltanschauung nicht mehr ausweichen und hatte sich der Frage zu stellen, welches denn der Standort und Weg der Kirche in einer von dieser Weltanschauung geprägten Gesellschaft sein müsse.

Daß die Kirche zum absoluten Wahrheitsanspruch des Atheismus ein radikales „Nein" zu sagen hat, war unbestritten. Aber das war auch nicht die entscheidende Frage, sondern vielmehr die Frage, ob aus dem weder von Christen noch Marxisten geleugneten unüberbrückbaren Gegensatz von Evangelium und Dialektischem Materialismus zwingend zu schließen sei: In einer vom umfassenden Anspruch der marxistisch-leninistischen Ideologie geprägten Gesellschaft kann es keine Möglichkeit christlicher Existenz geben und daher bedingt das radikale „Nein" zum absoluten Wahrheitsanspruch des Atheismus auch ein totales „Nein" zur sozialistischen Gesellschaft.

Aber dieser Schluß ist eine gefährliche Versuchung. Es soll einmal ganz davon abgesehen werden, daß mit einem solchen totalen „Nein" die Kirche sich selbst zur Liquidierung im Sozialismus anmelden würde. Das wäre ja noch kein letztes Argument.

Aber die Kirche würde mit einem solchen totalen „Nein" die Auffassung der Marxisten bestätigen, daß das Evangelium eine Gegenideologie sei. Weil mit dieser Ausweitung des gebotenen radikalen „Nein" gegenüber dem Wahrheitsanspruch des Atheismus zum totalen „Nein" gegenüber der sozialistischen Gesellschaftsordnung die Überlegenheit des Evangeliums in seiner Einheit von Gericht und Gnade über jede Ideologie preisgegeben wird.

So gewiß die Kirche der Versuchung zum totalen „Nein" zu einer sozialistischen Gesellschaft, in der sie lebt, zu widerstehen hat, so gewiß hat sie auch einer den unüberbrückbaren Gegensatz von Evangelium und Dialektischem Materialismus verharmlosenden Anpassung zu widerstehen. Eine solche Anpassung bedeutet gleichfalls eine Ideologisierung des Evangeliums. Hier wird nämlich das „Ja" Gottes zur Welt gegenüber seinem Nein isoliert und zum alleinigen Thema erhoben. Die Folgen sind offensichtlich. Der Ernst des Gerichtes Gottes wird verschwiegen, die Sünde wird verharmlost, die Gebote Gottes werden bis zur Unverbindlichkeit relativiert. Die Grenzen von Kirche und Welt werden verwischt.

Für die Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft kommt es entscheidend darauf an, daß sie weder der Versuchung zum totalen Nein noch der Versuchung zur unkritischen Anpassung erliegt, sondern den schmalen Weg zwischen Konfrontation und Akklamation findet. Das heißt: Sie hat bei voller Aufrechterhaltung ihres radikalen Neins zum absoluten Wahrheitsanspruch des Atheismus die Freiheit, die sozialistische Gesellschaftsordnung als den Raum zur Bewährung des Glaubens anzunehmen. Diese Annahme schließt aus, daß die Kirche sich als eine Art fünfter Kolonne zur Unterminierung der sozialistischen Gesellschaft mißbrauchen läßt. Sie schließt aber andererseits ein, daß die Kirche sich dem Evangelium widerstreitenden Erwartungen der Gesellschaft versagt.

Die Einübung in die Unterscheidung zwischen verbotener atheistischer Bindung und gebotenem Dienst am Nächsten gehört zu den wesentlichen Aufgaben geistlicher Leitung. Dabei muß es eine Bandbreite möglicher Entscheidungen geben. So z. B. sind manche Christen durchaus bereit, politische Ämter zu übernehmen, um so gesellschaftlich mitzuarbeiten, während andere bereits in einer Übernahme von solchen Ämtern eine für sie gewissensmäßig nicht tragbare Bindung erblicken.

Kirche im Sozialismus heißt: Weder antisozialistische noch sozialistische Kirche, oder anders ausgedrückt: Kirche nicht gegen den Sozialismus, sondern im Sozialismus, aber nicht unter ihm und nicht in seinem Geiste.

Bischof D. Fränkel, Marburg

*

Bischof D. Fränkel war bis vor zwei Jahren Bischof in Görlitz. Er lebt jetzt als Pensionär in der Bundesrepublik.

*

Hiermit beenden wir die Diskussion.

Die Redaktion

Personalien

ERNENNUNGEN

Dr. **Erich Bliesener**, zuletzt deutscher Generalkonsul in Saloniki, wird deutscher Botschafter in Nouakschott, Mauretanien. Bliesener, 1922 in Hannover geboren, studierte Philologie, Philosophie, Sozial- und Rechtswissenschaften und promovierte zum Dr. phil. 1951 legte er auch die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen ab. Von 1954 bis 1967 gehörte er dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an. 1967 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Er war auf Auslandsposten in Kopenhagen und leitete ab 1976 das deutsche Konsulat in Bergen. 1979 ging er als Generalkonsul nach Saloniki.

*

Peter Kiewitt, bisher Pressereferent an der deutschen Botschaft in London, geht in das Auswärtige Amt zurück. Hier übernimmt er die Leitung des Protokollreferates „Fremde Missionen und Konsulate, Zeremoniell und Orden". Leiter dieses Referates war bis vor kurzem **Peter Metzger**, der als Botschafter seine Agréments für Sanaa erhielt, für die Jemenitische Arabische Republik, für Aden, die Demokratische Volksrepublik und für Tschibuti. Peter Kiewitt hatte in den vergangenen Jahren längere Zeit auch als persönlicher Referent des früheren Staatsministers **Hans-Jürgen Wischnewski** im Kanzleramt gearbeitet.

*

Der afrikanische Staat Zaire besitzt seit kurzem ein Konsulat in München. Die Leitung des Konsulats übernahm **Lothar Schmechtig**, der für den Konsularbezirk Bayern zuständig ist. Lothar Schmechtig ist für die Hanns-Seidel-Stiftung tätig, die sich auch in Kinshasa, der Hauptstadt Zaires, mit Projekten engagiert, so mit dem Bau eines Krankenhauses. Inzwischen wurde Konsul Schmechtig von Bayerns Ministerpräsidenten **Franz Josef Strauß** zu einem Antrittsbesuch empfangen.

GEBURTSTAG

Dr. **Hans Steinmetz**, früherer Staatssekretär im Bundespostministerium und heute Vorsitzender der Aufsichtsräte der Adler Feuerversicherung, der Adler Lebensversicherungs AG und des Verwaltungsrates der Adler Datendienst Gesellschaften, feierte am 23. Mai seinen 75. Geburtstag. Den verschiedenen Bundeskabinetten bis 1969 hatte Steinmetz seit 1956 angehört. Auf besonderen Wunsch des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer war Steinmetz seinerzeit zum Staatssekretär berufen worden. Der Jurist war unter anderem an der Konstituierung der Europäischen Konferenz der Verwaltungen für das Post- und Fernmeldewesen beteiligt gewesen. Bundespostminister **Werner Dollinger** würdigte Steinmetz dieser Tage mit der Verleihung der Heinrich-von-Stephan-Plakette. Dr. Steinmetz wird während der nächsten ordentlichen Hauptversammlung der Adler Versicherungen sein Mandat im Aufsichtsrat niederlegen, dem Aufsichtsrat jedoch weiterhin als Ehrenvorsitzender angehören.

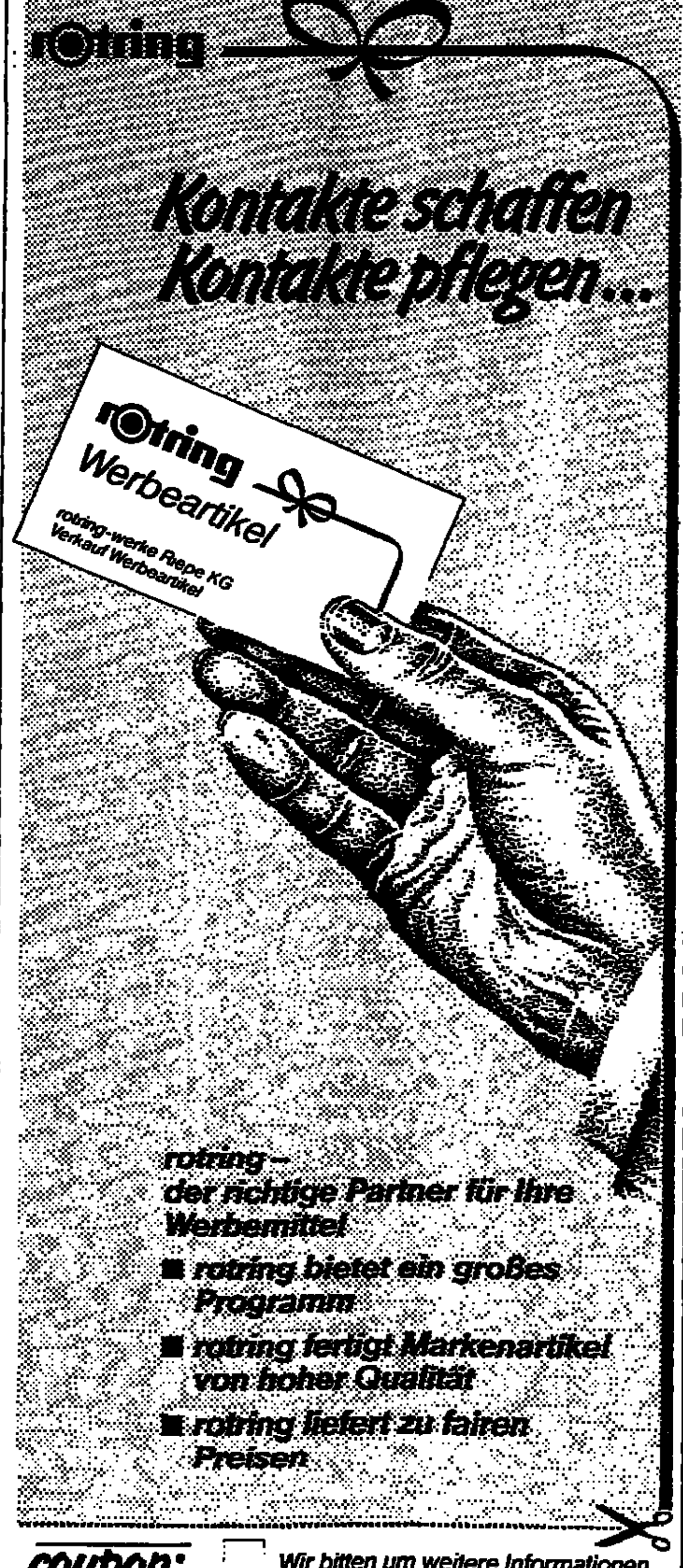
GESTORBEN

Die letzte Schwiegertochter des 1918 abgedankten deutschen Kaisers **Wilhelm II, Marie-Auguste Prinzessin von Anhalt**, ist Pfingstsonntag mit 84 Jahren gestorben. Die Prinzessin, deren volle Vornamen Marie Auguste Antoinette Friederike Alexandra Hilda Luise lauten, war am 10. Juni 1898 in Ballensted als Tochter des Herzogs **Eduard von Anhalt** zur Welt gekommen. Sie heiratete den jüngsten Kaiser-Sohn **Joachim Prinz von Preußen**, der bereits 1920 starb. Das Ehepaar hatte einen Sohn, **Prinz Franz-Joseph von Preußen**, der 1975 in Chile starb. Dessen beide Söhne, **Franz-Wilhelm Prinz von Preußen und Franz-Friedrich von Preußen** leben in Madrid und Hamburg. Prinzessin Marie Auguste machte Schlagzeilen, als sie 1980 **Robert Lichtenberg** adoptierte, der sich fortan **Prinz Frédéric** nannte. Die Adoption soll den Zeitungsmeldungen nach durch den Titelhändler **Hans Hermann Weyer** zustande gekommen sein. „Prinz Frédéric", der seine Geschäfte unter anderem durch einen Sauna-Betrieb florieren ließ, mußte sich erst kürzlich noch vor Gericht verantworten.

EHRUNG

Marie-Therese Fürstin zu Salm-Horstmar, Vizepräsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, ist von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Die Vizepräsidentin gehört seit 40 Jahren dem DRK an, in dem sie bei der Frauenarbeit des Landesverbandes Westfalen-Lippe ihre Arbeit aufnahm. Seit 1971 ist sie Vizepräsidentin dieses Landesverbandes, seit 1978 Vizepräsidentin des gesamten DRK. Marie-Therese zu Salm-Horstmar ist außerdem in zahlreichen weiteren Gremien aktiv tätig.











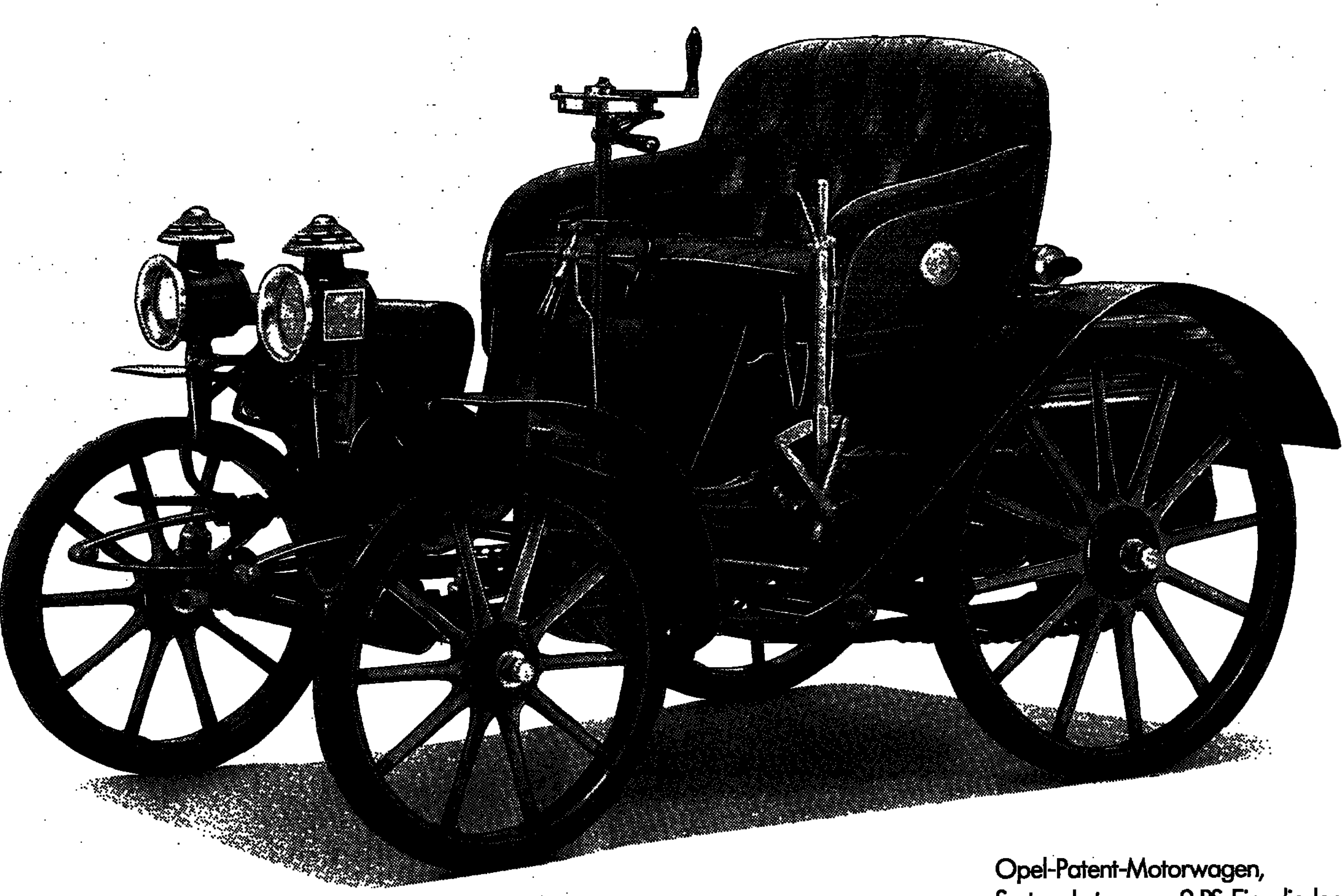
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheiko (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

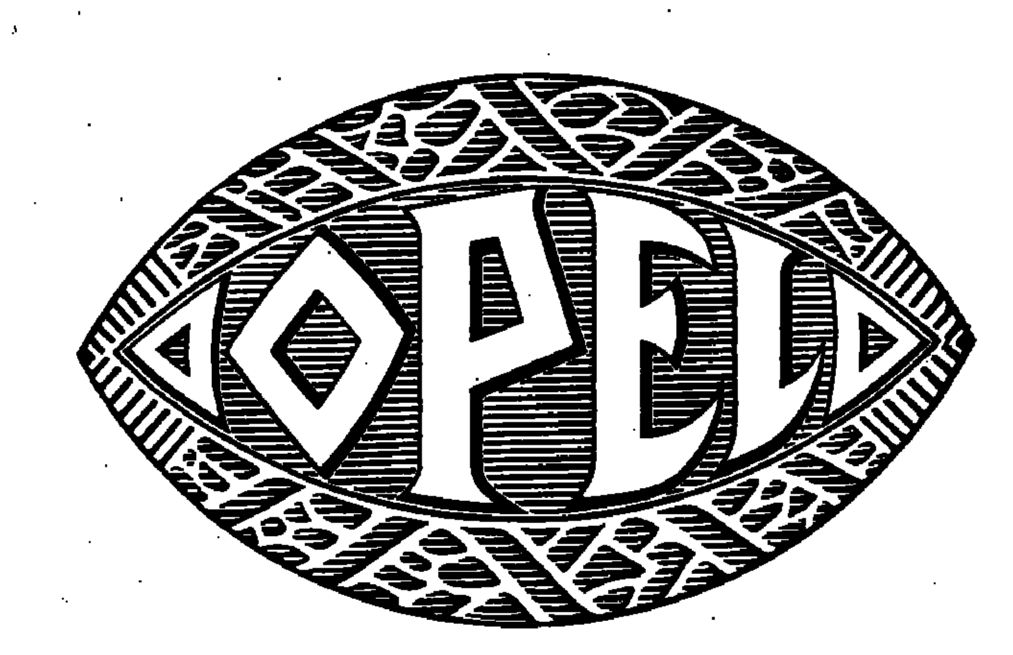
Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.
Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.
Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.
Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.
Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.
Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.
Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg; Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Rüsselsheim, Herbst 1898



Opel-Patent-Motorwagen,
System Lutzmann. 9 PS-Einzylinder-Motor,
Starrachsen, Blattfederung, Kettenantrieb.

Er ist unser Erster.



EUROPACUP / Finale mit dem Hamburger SV heute original im Fernsehen

● Das Finale des Europapokals der Meister zwischen dem Hamburger SV und Juventus Turin wird heute original im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) übertragen ab 20.05 Uhr. Turin gewann noch nie einen internationalen Titel. Hamburg holte 1977 den Pokal der Pokalsieger, unterlag 1980 im Finale des Meistercups 0:1 gegen Nottingham Forest und in der letzten Saison in den Endspielen des UEFA-Cups gegen Göteborg. Heute ist Juventus Turin, der Verein des Fiat-Chefs Agnelli, Favorit.

● 25 000 Italiener reisten schon gestern nach Athen, 103 Charterflugzeuge landeten. 6000 deutsche Schlachtenbummler werden erwartet. Der griechischen Hauptstadt droht heute ein Chaos. Jeder dritte Italiener kommt ohne Eintrittskarte. Ein Gerücht besagt, 50 000 gefälschte Tickets seien im Umlauf. Zuschauer, Werbe- und Fernsehhonorare sorgen für einen Umsatz von rund 3,3 Millionen Mark. Turin und Hamburg werden etwa eine Million Mark kassieren. Das Stadion (82 000 Plätze) ist ausverkauft.

Juventus Turin – der mit viel Geld geplante Fußballerfolg des Fiat-Chefs Giovanni Agnelli

MARCUS BERG, Bonn

Schon Italien-Reisende des 18. Jahrhunderts haben die Rationalität dieser Stadt bewundert. In Turin herrscht der rechte Winkel. Ein geplantes Straßengitter drängt den Zufall ab. Und von den Turinern wird behauptet, gerade sie hätten eine starke Abneigung gegen alles Unvollendete. Konsequent, daß hier die Fabrica Italiana Automobili di Torino, kurz Fiat, zu einem gewaltigen Auto-Multi wuchs. Technik und Reißbrett, Planung und Vernunft – hier paßt es zusammen im Streben nach der Perfektion. Bis in Bereiche hinein, in denen sich Planung – und steckte hinter ihr auch noch so viel Geld – sehr oft als unmöglich erweist. Im Fußball zum Beispiel.

Der Hamburger SV hat es heute in Athen im Kampf um den Europapokal der Landesmeister mit einem millionenschweren Planspiel zu tun: mit Juventus Turin, liebevoll „vecchia Signora" genannt, einer „alten Dame", die nichts anderes ist als Mitglied der Familie Agnelli – und der gehört Fiat.

Dieser Verein Juventus war einst, und ist es immer noch, auch ein soziologisches Planspiel. Eduardo Agnelli wollte etwas schaffen, mit dem sich seine Arbeiter identifizieren konnten, was sie noch mehr an Stadt und Region bindet. Deshalb kaufte er schon Ende der zwanziger Jahre Fußballstars in Argentinien ein. Heute sitzt Eduardos Sohn Giovanni Agnelli, der reichste Mann Italiens, womöglich Europas, auf der Ehrentribüne des Stadions, dessen wichtigste Zufahrtsstraße den Namen „Senatore Giovanni Agnelli" trägt.

Vor kurzem ist der Chef über 350 000 Arbeiter wutentbrannt von seinem Sitz aufgesprungen. Das war, als ein Abwehrspieler aus Neapel Paolo Rossi in die Beine trat. „Was die mit Paolo machen", schrie Agnelli, „das ist, als würde man ein Bild Raffaels zerschneiden."

Hinter derart hochgesteckten Vergleichen steckte die Nervosität, die Angst, das Planspiel könnte wieder unvollendet bleiben, was es denn ja auch blieb: Nicht Juventus Turin mit seinen sechs Weltmeistern (Rossi, Zoff, Tardelli, Cabrini, Scirea und Gentile) und den beiden Fiat-Auslandsinvestitionen Platini (Frankreich) und Boniek (Polen) wurde Italiens Meister, sondern AS Rom.

Daraus ergibt sich zwangsläufig die Forderung des Mäzens, die Planung des Erfolges am nächstgrößeren Objekt, am Europacup, zu vollenden. Schließlich sind allein die 6,5 Millionen Mark, die Platini und Boniek gekostet haben, etwas zu viel Geld, um wieder nur Zweiter zu werden. Der Ansporn kommt aus der üblichen Quelle, wenn es um das Spielzeug eines Geld-Giganten geht: Der Besuch Agnellis im Trainingslager „Villar Perosa" im Aostatal (Eigentümer der Chef selbst), der Händedruck für jeden Spieler verpflichten moralisch, vielleicht. Doch besser noch ist, wenn man etwas in der Hand hat, die andere Hände drückt: 115 000 Mark Siegprämie für jeden. Sicher ist sicher, denn es muß alles getan werden, nach 20 nationalen Titeln endlich auch den ersten internationalen zu gewinnen. Die Konkurrenz aus der Industriestadt Mailand hat mit Inter und dem AC Milan hier einen Vorsprung.

Und gnade ihnen Agnelli, wenn es jetzt nicht klappt mit dem rechtwinklig geplanten Fußball-Modell, das den Zufall ausschließen sollte. Dino Zoff, 41 Jahre alt und Held der ganzen Fußballnation, hat es, hinten herum, schon erfahren, daß er abgeschoben werden soll. Und der Name des Brasilianers Zico, der im Augenblick ständig mit Juventus in Verbindung gebracht wird, ist auch nichts anderes als Drohung für die Stars, sich nicht allzu sicher zu fühlen. Sie sind sowieso schon zerstritten. Als Rossi, Torschützen-König der Weltmeisterschaft, erfuhr, Platini werde 850 000 Mark im Jahr verdienen, erstreikte er sich gemeinsam mit Gentile und Tardelli eine Gehaltserhöhung um 36 000 Mark. Und warum der Meistertitel verlorenging, weiß Gentile ganz genau: „Es liegt an den Ausländern, sie sind so weichlich für unser Spiel."

Eine Mannschaft? Ein Planspiel eben, in dem die Chance des Hamburger SV steckt, der wirklich eine Mannschaft ist. „Ein Gebilde aus lauter Fürsten, aber ohne Volk", sagen sie in Italien (ausgenommen Turin) über Juventus. Gnade ihnen Agnelli, diesen Fürsten. Der Chef wird sich schon ein neues Fußballvolk suchen, wenn's schiefgeht. Denn Turin, die Stadt im rechten Winkel, ist Fiat, Fiat ist Agnelli, Agnelli ist Juventus, und Juventus ist Turin. Bei solchen Abhängigkeiten hört der Spaß auf.

„Moral und Nerven intakt"

DW. Athen

Die Spieler des Hamburger SV, bei den englischen Buchmachern als 3:7-Außenseiter gewettet, ergreifen vor dem Spiel gegen Juventus Turin die Flucht nach vorn: „Wir holen den Cup. Die großen Namen bei Turin machen es allein auch nicht." Diese Worte von Torwart Uli Stein stehen für die Stimmung in der ganzen Mannschaft, für die Trainer Ernst Happel sagt: „Die Substanz ist da, Moral und Nerven sind intakt."

Für Happel ist dabei die Frage nach dem Ersatz für den gesperrten Jimmy Hartwig „unwichtig". Er sagt kurz: „Hansen oder von Heesen." Woraus durchaus geschlossen werden kann, daß der Trainer nur ablenkt und der Däne Lars Bastrup eingesetzt wird. Happel und seine Spieler haben Video-Aufzeichnungen der Turiner Spiele gegen Lodz (2:0/2:2) gesehen. „Das reicht", sagt Happel. Kaltz: „Er braucht nicht lange zu reden. Wir wissen selbst, worauf es ankommt."

Die Mannschaften: Hamburg: Stein – Kaltz, Hieronymus, Jakobs, Wehmeyer – Rolff, Magath, Groh, Milewski – Bastrup, Hrubesch. – Turin: Zoff – Gentile, Scirea, Brio, Cabrini – Bonini, Tardelli, Platini, Boniek – Bettega, Rossi. – Schiedsrichter: Nicolae Reinea (Rumänien).

„Aktenzeichen XY" in Japan – verschwundene Väter, Mütter, Kinder gesucht

Nippons Vorliebe für Familiendramen



Der ehemalige Privatdetektiv Sadao Otani leitet die Suche nach den Verschwundenen. FOTO: TELEBUNK

Dreißig Jahre sind seit dem ersten Programmtag des japanischen Fernsehens vergangen. Damals gab es 885 Schwarzweiß-Apparate im Inselreich, heute sind es mehr als 30 Millionen. Selbst über den abgelegensten Dörfern ragen Wälder von TV-Antennen auf. Im Fernsehen halten die Japaner einen Weltrekord: Denn in keinem anderen Land hat das elektronische Medium einen solchen Stellenwert. Für 57 Prozent aller Erwachsenen und 68 Prozent der Jugendlichen ist es das wichtigste Medium für politische Information und Unterhaltung; das ergab eine Umfrage der Regierung.

Über zweieinhalb Stunden sitzen die Japaner täglich vor dem Bildschirm. Für viele im Inselreich ist die Flimmerkiste allerdings nur eine Geräuschkulisse – so etwa für die Hausfrauen, die das Gerät im Hintergrund während des Kochens gar nicht erst ausschalten.

Fernsehen total, das bedeutet: 98 Prozent aller Haushalte besitzen

„Tokyo 264-4000" – ARD 20.15 Uhr

mindestens einen Farbfernseher; oft sind es zwei oder drei. In Tokio und in den anderen Großstädten können die Konsumenten zwischen acht Kanälen wählen. Zwei Programme liefert die öffentlich-rechtliche Anstalt NHK – nämlich ein allgemeines Programm und eins speziell für Erwachsenenbildung – die anderen Programme sind kommerziell.

Es ist die Gruppenmentalität der Japaner, die das übliche Verhaltensmuster der Familien, gemeinsam in die Röhre zu gucken, begünstigt. Zudem ist man häuslich: Nach Feierabend kommt der Vater regelmäßig nach Hause – wenn er nicht mit den Kollegen noch einen trinken geht. Gäste werden selten eingeladen. Schon während des Abendessens wird dann meist das Gerät eingeschaltet, das dann die Familie bis zum Schlafengehen nicht mehr losläßt.

Reportagen, Fernsehspiele über Familienschicksale, Samurai-Dramen mit gekonnten Schwertkämpfen und Blutfontänen sowie Zeichentrickfilmserien, das sind die Programme mit den hohen Einschaltquoten. Andere ständige TV-Renner sind Quiz-Sendungen, Krimis und Baseball. Hier unterscheiden sich die Japaner kaum von uns oder den amerikanischen Fernsehzuschauern. Nur für Familiendramen scheint man einen besonderen Sinn zu haben. „Oshin" beispielsweise, eine Serie des staatlichen Fernsehens, galt Anfang dieses Monats mit einer Sendebeteiligung von über 50 Prozent als Spitzenreiter unter den Programmen. Und über ein Viertel aller Japaner verfolgt regelmäßig die Serie „Wide show": Sie kostet Dramen aus dem täglichen Leben im Detail aus und fesselt damit Millionen. Sie schildert die traurige Lage von Familien, die vom Vater, der Mutter oder einem der Kinder im Stich gelassen wurden. Denn jährlich tauchen etwa 100 000 Japaner unter – Jugendliche, die von zu Hause weglaufen, Väter mit hohen Schulden oder Freundinnen oder Mütter mit heimlichen Liebesaffairen.

Die Programmacher erhalten wöchentlich 20 bis 30 Zuschriften, aus denen sie vier Fälle, die ihnen am interessantesten scheinen, aussuchen und ins Studio holen. Während der Live-Sendung erscheinen dann die Fotos der Gesuchten in kurzen Abständen auf dem Bildschirm, während die Zurückgebliebenen ihr Leid klagen. Oft kommen noch vor Ende des einstündigen Programms Telefonanrufe, die Hinweise auf die Entschwundenen oder sogar deren Auffindung melden. Gelegentlich gibt es auch ein unverhofftes Wiedersehen im Studio, bei dem die Tränendrüsen mitunter gewaltig strapaziert werden.

Die Programmacher behaupten, in zwei Dritteln aller Fälle die Familien wieder zusammengeführt zu haben. Und dennoch ist die Sendung so erfolgreich wie umstritten, weil sie massiv in die Privatsphäre der Betroffenen eingreift.

FRED DE LA TROBE

NACHRICHTEN

Bellof disqualifiziert

Stuttgart (dpa) – Weil ihre Rennwagen zu leicht waren, wurden der Sieger Alain Ferte (Frankreich) und der Dritte, Stefan Bellof (Gießen), nach dem Formel-2-Rennen in Pau, dem sechsten Lauf zur Europameisterschaft, disqualifiziert. Teamchef Willi Maurer (München) legte Protest ein. Sieger wurde nachträglich Jo Gartner (Österreich), Christian Danner (München) auf March-BMW rückte dadurch auf den fünften Platz vor.

Zahnleiter zu Darmstadt

Darmstadt (sid) – Hans-Dieter Zahnleiter wird als Nachfolger von Manfred Krafft neuer Trainer beim Fußball-Zweitligaklub Darmstadt 98. Eine Verpflichtung von Fritz Fuchs, der inzwischen zum SC Freiburg ging, scheiterte an den finanziellen Forderungen.

Lüttich wieder Meister

Lüttich (sid) – Bereits vor dem letzten Spieltag in der belgischen Fußballmeisterschaft steht Standard Lüttich als erfolgreicher Titelverteidiger fest. – Das Finale um den Schweizer Fußball-Pokal muß am 21. Juni wiederholt werden. In Bern trennten sich Grasshoppers Zürich und Servette Genf nach Verlängerung 2:2.

Sicherheitsbericht

Washington (dpa) – Der Antiterror-Spezialist Charles A. Beckwith soll nach einem Auftrag der amerikanischen Regierung einen Bericht erarbeiten, auf dessen Grundlage die Sicherheitsmaßnahmen für die Olympischen Sommerspiele 1984 in Los Angeles geplant werden. Beckwith war 1980 Einsatzleiter bei der fehlgeschlagenen Geiselbefreiung in Iran.

Hermann bezwang Becka

Starnberg (dpa) – Der Leverkusener Tennisspieler Stefan Hermann gewann den deutschen Sommer-Grand-Prix im Tennis. In Starnberg besiegte Hermann im Finale Jaromir Becka (München) mit 6:2, 6:0.

Carstens würdigt Daume

Bonn (dpa) – Bundespräsident Karl Carstens würdigte in einem Glückwunschschreiben zum 70. Geburtstag die Verdienste Willi Daumes, des Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland. Unter anderem heißt es darin, Daume habe dem deutschen Sport zu weltweiter Anerkennung verholfen.

„Container" rückte vor

Helgoland (dpa) – Mit einem Sieg bei der zehnten Wettfahrt vor Helgoland schob sich die Hochsee-Yacht „Container" in der Gesamtwertung der deutschen Ausscheidungsregatten für den Admiral's Cup auf den dritten Platz vor. Es führt weiterhin die „Outsider" vor der „Sabina".

ZAHLEN

GOLF

Deutsche Junioren-Meisterschaften (bis 21 Jahre) in Bad Wörishofen (Standard und Par je 73): Junioren: 1. Kappmeyer (Hamburg-Ahrensburg) 74+73+81=228, 2. Dekorsy (Stuttgart) 74+77+78=229, 3. Roehrich (Georghausen) 75+77+78=230; Juniorinnen: 1. Koch (Hannover) 73+77+83=233, 2. Steinert (St. Eurach) 77+80+83=240, 3. E. Peter (Regensburg) 74+83+83=240.

RADSPORT

66. Giro d'Italia für Profis, elfte Etappe über 191 km von Bibbiena nach Pietrasante/Marina: 1. Van Impe (Belgien) 5:36:25 Std., 2. Muñoz 0:01 zur., 3. Lejarreta (beide Spanien), ... 17. Thurau 0:08, ... 56. Braun 1:50, ... 67. Neumayer 4:15, ... 91. Kehl (alle Deutschland) gleiche Zeit. – Gesamtwertung: 1. Saronni (Italien) 54:36:44 Std., 2. Lejarreta 0:30, 3. Panizza (Italien) 0:45, 4. Thurau 0:48, 5. van Impe (Belgien) 0:52, ... 101. Braum 55:22, ... 134. Neumayer 1:40:24, ... 135. Kehl 1:40:49.

LEICHTATHLETIK

Nationales Sportfest in Kevelaer, Männer: Speer: Tafelmeier (Leverkusen) 91,44 m (DLV-Jahresbestweite). – **Frauen:** 100 m: 1. Bussmann (Ahlen-Hamm) 11,4. **Los Angeles, Männer,** 800 m: 1. Patrick (USA) 1:44,85 Min., Frauen, 200 m: 1. Cheeseborough (USA) 22,49 Sek (Weltjahresbestzeit). **Havana, Männer,** Diskus: 1. Delis (Kuba) 71,06 m (Weltjahresbestleistung).

MOTORSPORT

Sechster Lauf zur Formel-2-Europameisterschaft in Pau (Frankreich): 1. Gartner (Österreich) Spirit-BMW, 2. Acheson (Irland) Maurer-BMW, 3. Palmer (England) ... 5. Danner (Deutschland) March-BMW. – Stand in der EM-Wertung: 1. Gabbiani (Italien) March-BMW 36 Punkte, 2. Palmer 26, 3. Thackwell (Neuseeland) Ralt-Honda 20, 4. Danner 16.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 3, 4, 19, 31, 43, 45, Zusatzspiel: 34. (Ohne Gewähr)

GALOPP

Der Favorit des Scheichs

Auf der Galopprennbahn in Iffezheim bei Baden-Baden begann gestern das Frühjahrs-Meeting. Seit 125 Jahren gibt es diese Rennen. Carl-Friedrich Fürst zu Oettingen-Wallerstein, der Präsident des Internationalen Clubs: „Gefeiert wird nicht." Auch gestern gab es keinen Grund dazu: Bei Dauerregen war es um die Rennbahn herum so leer wie selten. Zehn Millionen Mark sind als Gesamtumsatz an den Wettschaltern erforderlich, um die fünf Tage dauernde Veranstaltung in neuer Konzeption rentabel zu gestalten. Wegen der rückläufigen Umsätze bei der Großen Woche 1982 (16,9 Millionen gegenüber 20,4 Millionen im Jahre 1981) wurden die bisherigen Drei-Tage-Meetings im Mai und Juni zu einer Fünf-Tage-Veranstaltung zusammengefaßt. Die Probleme der reduzierten Rückvergütung der Rennwettsteuer durch das Land Baden-Württemberg kamen dazu. Fürst Oettingen über den Stand der Verhandlungen: „Zunächst gab es harte Konfrontationen, jetzt sind es fast freundschaftliche Gespräche."

*

16 Pferde sind im Großen Preis der Badischen Wirtschaft (Europa-Gruppe II, 153 000 Mark, 85 000 Mark dem Sieger, 2200 m) am Sonntag noch startberechtigt. Favorit wird der Engländer Amyndas. Er besiegte im Vorjahr im Großen Preis von Baden Deutschlands Spitzengalopper Orofino, der am Sonntag in Paris seinen ersten Auslandsstart absolviert.

*

Höhepunkt des heutigen Tages ist das Rennen um die Badener Meile (Europa-Gruppe III, 90 000 Mark, 50 000 Mark dem Sieger, 1600 m). Scheich Hamdan al Maktoum aus Dubai schickt den Favoriten: Princes Gate mit Jockey Paul Cook.

*

Den Hertie-Preis in München, neben dem Henckel-Rennen zweite große Derby-Vorprüfung des letzten Wochenendes, gewann Ocos mit Georg Bocskai vor dem Engländer Harly und Anatas.

KLAUS GÖNTZSCHE

FUSSBALL / Cha

Zwangsverkauf eingeleitet

MARTIN HÄGELE, Frankfurt

Zwischen den Glückwünschen zu seinem 30. Geburtstag befand sich für den Fußballprofi Bum Kun Cha (Eintracht Frankfurt) auch wenig erfreuliche Post: zwei Schreiben vom Amtsgericht Velbert. Unter den Aktenzeichen 14 K 24/83 und 14 K 25/83 wurde dem Koreaner mitgeteilt, die Zwangsversteigerung seiner beiden Häuser sei eingeleitet. Cha hatte die Häuser (Preis 864 000 Mark) im Frühjahr 1980 als Bauherrenmodelle durch Beratung und Vermittlung von Wolfgang Zenker, dem ehemaligen Vizepräsidenten von Eintracht Frankfurt, erworben.

Nachdem Anfang des Monats bereits Chas Gehalt gepfändet worden war, weil er den Tilgungsverpflichtungen aus einem Teildarlehen für diesen Häuserkauf nicht mehr nachgekommen war, geraten die beiden Häuser offensichtlich unter den Hammer.

Spielerberater Holger Klemme, der Cha seit einigen Monaten betreut, arbeitet jetzt an einem Sanierungskonzept für seinen Klienten. Frankfurter Bank- und Geschäftsleute haben ihm ihre Hilfe angeboten. Dabei soll in Gesprächen mit der Gläubigerin, der Lübecker Hypo-Bank, versucht werden, den Antrag auf Zwangsversteigerung wieder aufzuheben.

Cha könnte sein eigenes Wohnhaus (Wert 600 000 Mark) mit einer Hypothek belasten. Darüber hinaus müßte wohl auch der neue Arbeitgeber des Torjägers (im Gespräch ist ein italienischer Klub) eine Garantieerklärung für pünktliche Rückzahlungen abgeben.

Inzwischen arbeiten Chas Anwälte an einer Schadensersatzklage gegen Wolfgang Zenker. Klemme: „Wir fordern eine Nichtigkeitserklärung der Verträge über den Kauf der Häuser. Aufgrund seiner Vertrauensposition hat Zenker Cha wissentlich ausgenommen." Zenker hätte, so Klemmes Vorwurf, Cha höchstens eine Eigentumswohnung für 150 000 Mark verkaufen dürfen. Der Koreaner habe, als er im April 1980 die beiden Bauherrenmodelle gezeichnet hat, monatlich 10 000 Mark brutto verdient.

KRITIK

Action und Seelenporträts

In der Reihe der Tatortkrimis gehört der in Mainz spielende SWF-Streifen **„Peggy hat Angst"** der höheren Qualitätskategorie an. Er ist spannend bis zum letzten Augenblick (Regie: Wolfgang Becker), und das Buch (Norbert Ehry) ist eine geschickte Mischung aus Action und Seelenporträts. Überzeugend Hans Georg Panczak als aus der Irrenanstalt entsprungener, schöner Düsterling, der Frauen umbringt, weil sie seinen allzu hochgestochenen Erwartungen nie entsprechen können. Er hat jedoch das Pech, mitsamt der ganzen Handlung von zwei außergewöhnlichen Schauspielerinnen in ebenso außergewöhnlichen Rollen in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Der eigentliche Inhalt des Filmes ist nämlich die Begegnung der Kommissarin Wiegand (Karin Anselm verkörpert sie mit gelassenem Charme und einem Schuß Ironie), mit der von Hannelore Elsner gespielten träge-sinnlichen Peggy, die beinahe das dritte Opfer des Frauenmörders wird.

Erst schaut die Kommissarin verwundert auf die spöttisch reagierende Peggy herunter. Bald jedoch drängt Peggys Angst vor dem Mörder und der schützende Reflex der Kriminalistin die beiden Frauen in eine eigenartige Komplizität. Doch dann schießen die beiden Lebenskurven wieder jäh auseinander, als Peggy den Mörder ihrer Freundin erkennt und ihn trotzdem liebt. Nun blickt die Kommissarin der anderen Frau mit einer eigenartigen Mischung aus Mitleid und Bewunderung nach.

ANTON MADLER

STUDIO

Von der Moderatorin, Journalistin und Schriftstellerin **Elke Heidenreich** stammt das Drehbuch zu der sechsteiligen Serie „Tour de Ruhr", die die ARD vom 29. Mai an jeweils sonntags um 17 Uhr zeigt. Sie erzählt die Geschichte von Freunden, die mit dem Fahrrad durchs Ruhrgebiet strampeln und dabei mit einigen unvorhergesehenen Ereignissen konfrontiert werden. Mit von der Radlerpartie sind Karlheinz und Harald, Bundesbahnbeamte beim Dortmunder Bahnhof. Haralds Freundin Ines, Näherin in einem Kaufhaus, ist erst vor kurzem in den Ruhrpott gezogen. Karlheinz bringt Frau, Tochter und Freund Wolf-Rüdiger mit. Während der Reise erfahren die Beteiligten nicht nur wie verkehrsreich und dichtbesiedelt die Region ist, sie lernen auch einiges über sich selbst. In einem Teil der Dritten Programme wurde die Serie schon einmal gezeigt. (dpa)



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Eben vor Gericht
11.35 Mosaik
12.05 Einander verstehen
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Expeditionen ins Tierreich
Heinz Sielmann zeigt: Verliebte Amphibien
17.00 Die Spielbude
Start für zehn neue Folgen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Tokyo 264-4000
Öffentlich gesucht wird Yoshiaki Sato
Regie: Jens Uwe Scheffler
Vor einem Haus in Sagamihara, einem Ort in der Nähe der japanischen Hafenstadt Yokohama, steht in einer kühlen Mainacht ein Aufnahmewagen der Fernsehgesellschaft „Nippon Television Network". Der Bus trägt kein Firmenzeichen, die Gardinen sind zugezogen. Im Wagen sitzt ein Aufnahmeteam von NTV und wartet seit Stunden auf den Einsatz. Die Fernsehleute haben eine junge Frau bei sich: Es ist Noriko Sato, die an diesem Dienstag in der Mittagsshow von NTV ihren Mann über das Fernsehen gebeten hat, zu ihr zurückzukehren ...
21.45 Titel, Thesen, Temperamente
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Auge – eine Hand
Edouard Manet
Reportage über die Gedenkausstellung zum 100. Todesjahr im Grand Palais in Paris
Von Jürgen Möller und Helmut Kampf
23.55 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Anderland
Unerhört
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Fracht für Südafrika
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Marlène Charell und Taco
Anschließend: Das geht Sie an
Mietrecht
17.53 Rauchende Colts
18.20 Rauchende Colts
19.00 heute
19.30 Bilanz
Themen: Fußball: Leichtes Spiel mit großem Geld? *Fragen an HSV-Profi Jimmy Hartwig / Stern-Taler für eine Ente / Wirtschaftsgipfel in* Williamsburg – neue Hoffnungen für die Welt? / Strafe für private Lehrlingsvermittlung? / Autoversicherung: Mit Selbstbeteiligung billiger?
20.05 Fußball-Europapokal
Endspiel der Landesmeister
Hamburger SV – Juventus Turin
Live aus dem Olympia-Stadion Athen
Reporter: Rolf Kramer
22.00 mittwochslotto – 7 aus 38
22.05 Welche Arbeit braucht der Mensch?
22.35 Apropos Film
Von Helmuth Dimko und Peter Hajek
23.20 Von einem Tag zum anderen
Fernsehfilm vom Peter M. Thouet
Regie: Wolfgang Becker (Wh. v. 1981)
00.50 heute



Seit ihr Mann gelähmt ist, hat sich das Leben für Lydia (Karin Anselm) sehr geändert – „Von einem Tag zum anderen", ZDF, 23.20 Uhr
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs *in Düsseldorf*
21.45 Auslandsreporter
22.15 Merry-go-round
00.50 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Tauchfahrt an den Rand der Erde
19.15 Seefahrt ist not! (2)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Zwischen Spaltung und Umarmung
Stationen der Arbeiterbewegung
22.05 Der diskrete Charme der Bourgeoisie
Regie: Luis Buñuel
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna iberica
18.55 Peter ...
19.00 Was tun mit der Zeit?
19.30 Antiquitäten in Serie (7)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Stadtgespräch
21.45 Drei aktuell
22.00 Autoreport
22.05 Halbzeit
22.25 Club 2

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Ich war Schülerin in Summerhill
20.15 Wo steht mein Haus – wo liegt mein Land ...
Der Emigrant Efraim Sevela
21.00 Gesetz der Gesetzlosen
Ital. Spielfilm, 1974
Regie: Pasquale Squitieri

BAYERN
18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 „Mein Wunschberuf war es nicht ..."
19.45 Poldark (6)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Spröde Beziehungen
Tschechosl. Spielfilm, 1979
23.10 Rundschau
23.15 News of the Week

STANDPUNKT / *Liebeserklärung mit ernster Einschränkung*

Die Blicke der Tennisfreunde richten sich jetzt auf das Grand-Slam-Turnier in Paris. Das Berliner Sportpublikum schwärmt noch immer vom Damen-Tennis. Die Berliner waren in der Pfingstwoche in Scharen zum LTTC Rot-Weiß gezogen, um die 76. Internationalen Deutschen Damenmeisterschaften zu sehen. Den Höhepunkt der Begeisterung erlebte die kleine zierliche 17 Jahre alte Kathy Horvath nach ihrem Triumph im Halbfinale über Andrea Jaeger. Da erhoben sich die ansonsten so kritischen Berliner nach zwei Stunden 58 Minuten von ihren Sitzen und boten der in Ungarn geborenen 45. in der Weltrangliste eine Standing-Ovation.

Mit diesem Turnier haben die Damen, die so lange im Schatten ihrer männlichen Kollegen standen, einen kaum für möglich gehaltenen Durchbruch geschafft.

Mit der Einführung des eigenen Profi-Circuit zu Beginn der 70er Jahre änderte sich auch die Einstellung der dollarhungrigen Tennismütter und Trainer. Sie schickten die Mädchen frühzeitig auf den Platz und ließen schon Zehnjährige, die früher höchstens eine Stunde auf dem Platz standen, tagtäglich drei bis vier Stunden ihre Grundschläge trainieren. Wie beim Kunstturnen und Schwimmen wurden die Besten immer jünger, spielten sich in den Vordergrund und demonstrierten Fähigkeiten, die für Mädchen im Tennissport als unvorstellbar galten.

So paradox es klingen mag, dieser Aufschwung der Damen ist den Herren zuzuschreiben.

Die Ursache ist einfach: Die technische Entwicklung der Herren mit ihren einseitigen, eintönigen Topspin-Schlägen ist stehengeblieben, wenn nicht sogar rückläufig. Hinzu kommt, daß die Bewegungsabläufe der Grundlinien-Spezialisten unrhythmisch wirken. Dagegen empfindet der Zuschauer Damenspiele sogar wohltuend ästhetisch.

Auch Chris Evert-Lloyd, vor wenigen Jahren wegen ihrer Spielweise belächelt und kritisiert, hat die Zuneigung der Fans zurückgewonnen. Selbst sie, die als Grundlinienspezialistin gilt, geht, wenn erforderlich, ans Netz, kann dort klassische Volleys spielen und besticht durch ihre spielerische Eleganz.

Dabei muß sie sich mit ihren 28 Jahren schon wie eine Mutter im immer jünger werdenden Kreis der Damenprofis fühlen. Wenn zum Beispiel die 13jährige Stefanie Rehe aus den USA und das Millionärstöchterchen Carling Bassett aus Kanada mit eigenem Coach über die Anlage spazieren, wird ein Selbstvertrauen demonstriert, das für diese Mädchen beachtlich ist.

Die Gefahr bleibt: frühzeitiger Verschleiß. Das beste Beispiel dafür ist Tracy Austin (20), vor wenigen Jahren das Wunderkind schlechthin. Sie ist dem Streß nicht mehr gewachsen und flüchtet sich in kleine Verletzungen. Mal ist es der Oberarm, mal die Schulter, dann eine Entzündung im Handgelenk, in Berlin waren es schmerzende Füße. Erschreckend wirken dann die Worte ihres Trainers Robert Landsdorp: „Tracy wird erst wieder gewinnen, wenn sie im Kopf in Ordnung ist."

Die sportliche Liebeserklärung an das Damentennis hat Bestand. Die Sorge aber, daß hier Mädchen durch Arbeit, Streß und Ehrgeiz ihrer Betreuer frühzeitigen Schaden an Körper und Seele nehmen, bleibt auch.

HANS-JÜRGEN POHMANN



Rüsselsheim, Mai 1983



Senator C mit 3.0-Sechszylinder-Einspritzmotor mit 132 kW (180 PS); McPherson-Federbeinachse vorne; Schräglenker, Einzelradaufhängung hinten.

Er ist unser 20millionster.

Opel heute – ein expandierendes Automobilunternehmen, ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, ein „großer Europäer". Opel vor 85 Jahren: 12 Jahre nach Herstellung des ersten Fahrrades wird bereits 1898 der „Opel-Patent-Motorwagen, System Lutzmann" gebaut. Der erste Schritt zur Automobilfabrik ist getan.

Opel – das ist auch Erfindergeist, Entwicklung, Forschung. Fast auf den Tag vor 55 Jahren, am 23. Mai 1928, ist Fritz von Opel in aller Munde. Sein raketenangetriebenes Fahrzeug, RAK 2, erreicht auf der Berliner Avus-Rennbahn bis zu 230 km/h.

1924: Der „Laubfrosch" erobert die deutschen Straßen. Mit diesem Modell „4/12 PS" – Vierzylindermotor und Karosserie mit Bootsheck – führt Opel die industrielle Serienfertigung im deutschen Automobilbau ein.

Ein weiterer Meilenstein in der Geschichte des Hauses Opel: 1935 erscheint der Opel Olympia, der erste Großserienwagen mit selbsttragender Ganzstahlkarosserie.

25.5.1983: Der 20millionste Opel-Wagen verläßt das Band, 85 Jahre nach Beginn des Automobilbaus bei Opel. Und Opel bleibt weiter auf Erfolgskurs. Ein moderner Automobilproduzent mit der breitesten Modellpalette auf dem Markt und dem jüngsten Produktprogramm.

OPEL

ZUVERLÄSSIG IN DIE ZUKUNFT

Prag attackiert Österreichs Staatsoberhaupt

cgs. **Wien**

Die Veranstaltung des Sudetendeutschen Tages in Wien hat zu weiteren Spannungen zwischen der Tschechoslowakei und Österreich geführt. Das tschechoslowakische Parteiorgan „Rude Pravo" beschuldigt die österreichische Bundesregierung, den Sudetendeutschen in ihrem „revanchistischen Chauvinismus" Vorschub zu leisten.

In ungewöhnlicher und bisher nicht dagewesener Weise richtet die Prager Parteizeitung ihren Angriff auch gegen das österreichische Staatsoberhaupt, Bundespräsident Kirchschläger. Durch Kirchschlägers Anwesenheit beim Sudetendeutschen Tag sei der Anspruch der Sudetendeutschen auf ihr „vermeintliches heiliges Recht auf die tschechoslowakischen Grenzgebiete" indirekt unterstützt worden.

In unmittelbarer Nähe der tschechoslowakischen Grenze, am „Südmährer Kreuz" in Niederösterreich, hatten zum Abschluß des Sudetendeutschen Tages am Pfingstmontag Tausende ehemaliger deutscher Bewohner Mährens in einem Gottesdienst und einer Feierstunde der Opfer des Todesmarsches von Brünn gedacht, bei dem 1945 Zehntausende Vertriebene ums Leben gekommen waren. Ehrengast der Feier war die hochbetagte ehemalige Kaiserin Zita von Österreich.

Warschau: Barcikowski fehlt auf dem ZK-Plenum

Was wird mit Rakowski? / Schwindel mit polnischen Waren

DW./AP, **Warschau**

Bei der Erörterung personalpolitischer und ideologischer Probleme auf der am kommenden Dienstag beginnenden ZK-Sitzung der polnischen KP wird das bislang einflußreiche Politbüro-Mitglied Kazimierz Barcikowski wegen Krankheit nicht anwesend sein. Die Abwesenheit Barcikowskis bedeutet nach Einschätzung politischer Beobachter eine weitere Schwächung der Kräfte um Partei- und Regierungschef General Jaruzelski, die sich seit Wochen starkem Druck seitens der Verfechter eines noch härteren Kurses ausgesetzt sehen.

Barcikowski ist nach offiziellen Angaben mit Herzbeschwerden in eine Warschauer Spezialklinik gebracht worden. Es heißt, er werde für mehrere Wochen ausfallen. Von der ZK-Sitzung werden einschneidende personelle Veränderungen in der Parteihierarchie erwartet.

Das Interesse gilt auch der Frage, wie die Position des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski nach dem ZK-Plenum aussehen wird. Rakowski war in der jüngsten Vergangenheit Zielscheibe der Kritik aus Moskau.

*

JOACHIM G. GÖRLICH, **Bonn**

Auf Etikettenschwindel mit polnischen Erzeugnissen machen unabhängig voneinander die Warschauer Positionszeitschrift „KOS" und der „Solidaritäts"-Info-Dienst „Mazowsze" aufmerksam. Erzeugnisse der polnischen Schreibwaren-, Textil-, Konfektionsindustrie sowie der Maschinenindustrie und der chemischen und Kosmetikindustrie werden mit Aufklebern in kyrillischer Sprache oder in Englisch versehen, auf denen dann der Text „made in UdSSR" steht. Die Waren werden sowohl auf den polnischen als auch auf den sowjetischen Markt gebracht. In Polen sollen sie den Eindruck erwecken, daß es sich um eine „Bruderhilfe" aus der Sowjetunion handelt. In der UdSSR soll damit ein anderer Eindruck vermittelt werden: daß die Sowjetunion selbstversorgend ist.

Allerdings geht das nicht ohne Pannen. So waren bereits im Sommer 1982 in der UdSSR Glühbirnen mit dem Etikettenhinweis in kyrillischer Sprache „made in Unitra-Werken, UdSSR, Stadt Warschau" aufgetaucht. Zu Beginn dieses Jahres koppelten „Solidarität"-Funktionäre Waggons eines Schuhtransports in Richtung Sowjetunion ab. Auch hier waren die Modeschuhe der Radoskor-Werke in Radom als sowjetische Produktion ausgegeben worden. Der Staatskonzern Radoskor gab kurz danach zu, daß lediglich eine Tagesproduktion pro Monat für den Binnenmarkt bestimmt sei. Der Rest gehe in die UdSSR.

EG-Finanzen: Bundesregierung schwenkt auf neue Linie ein

Voraussetzung ist, daß die Gemeinschaft sich auf ein rigoroses Sparprogramm einigt

U. LÜKE/W. HADLER, **Brüssel**

Die Bundesregierung ist offenbar bereit, ihren grundsätzlichen Widerstand gegen eine Aufstockung der Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft aufzugeben. Sie will ihre Bereitschaft jedoch an die Bedingung knüpfen, daß die EG sich für die kommenden Jahre auf ein rigoroses Sparprogramm einigt. Diese neue Bonner Linie wurde gestern bei einem Treffen der zehn Außenminister in Brüssel deutlich, das der Vorbereitung des EG-Gipfels Mitte Juni diente.

In Brüssel fiel auf, daß neben Außenminister Genscher, der seit langem eine Erweiterung des finanziellen Spielraums der Gemeinschaft für unausweichlich hält, auch Finanzminister Gerhard Stoltenberg höhere Zahlungen an Brüssel nicht mehr kategorisch ablehnt. Gleichzeitig ließ Landwirtschaftsminister Kiechle seine Bereitschaft zu einer vorsichtigen Reform der europäischen Agrarpolitik erkennen.

Genscher formulierte in einem Zeitschriftenbeitrag, der zum ursprünglich geplanten Gipfeltermin (6./7. Juni) erscheinen soll: „So wie die Mitgliedsstaaten muß sich auch die Gemeinschaft der Pflicht zu konsequenter Sparsamkeit unterwerfen. Aber dies darf nicht heißen, daß wir die Gemeinschaft finanziell unfähig machen, die neuen zusätzlichen Aufgaben zu erfüllen."

Finanzielle Belastungen kommen auf die EG vor allem durch den geplanten Beitritt Spaniens und Portugals zu. Allein die Einbeziehung des spanischen Olivenöls in den gemeinsamen Agrarmarkt wird nach Berechnungen Brüsseler Experten rund zwei Mrd. DM jährlich kosten. Unabhängig davon rechnet Brüssel damit, daß die Finanzdecke der EG schon 1984 nicht mehr ausreichen wird. Die Brüsseler EG-Kommission hat deshalb eine Aufstockung des EG-Anteils an den Mehrwertsteuereinnahmen vorgeschlagen, zugleich aber Anregungen für eine gerechtere Belastung der einzelnen Mitgliedsstaaten gegeben, durch die jeweils die Länder stärker zur Kasse gebeten werden sollen, die von den höheren Agrarüberweisungen besonders profitieren.

Damit erhofft sich die Kommission auch eine Lösung des leidigen britischen Beitragsproblems, das den Zusammenhalt der Gemeinschaft seit Jahren belastet. London fordert auch in diesem Jahr einen Beitragsnachlaß in Milliardenhöhe. Nach britischen Berechnungen müßte Großbritannien 1983 ohne einen solchen „Rabatt" rund 4,5 Mrd. DM mehr nach Brüssel überweisen als es zurückerhielte. Außenminister Pym vermied es gestern jedoch, präzise finanzielle Forderungen zu stellen. Offenbar ist für die Regierung Thatcher durch die Verschiebung des EG-Gipfels nach den britischen Wahlen eine Entscheidung nicht mehr ganz so dringlich.

Mit einer endgültigen Einigung auf dem Stuttgarter Gipfel ist nach dem gestrigen Treffen der Außenminister schon deshalb nicht zu rechnen, weil Frankreich entschieden an seinen Widerstand gegen Sonderlösungen zugunsten der Briten festhält. Dies mußte auch Staatssekretär Lautenschlager vom Bonner Auswärtigen Amt feststellen, der sich im Auftrag der deutschen Ratspräsidentschaft in den Hauptstädten der EG-Länder über die Einstellung zu den Finanzierungsproblemen informiert hatte und darüber gestern im Ministerrat berichtete. Die meisten Regierungen sehen danach keine Möglichkeit, die britischen Wünsche unabhängig von der Frage der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft zu klären. Bundesaußenminister Genscher kündigte für die letzte Ministerratssitzung vor dem Gipfel einen eigenen Vorschlag der deutschen Präsidentschaft zum Finanzierungsproblem der EG an.

Empfehlung der Schlichter am Freitag?

gba, **Bonn**

Die Schlichtungskommissionen der Tarifparteien des öffentlichen Dienstes haben gestern mit ihren eigentlichen Verhandlungen begonnen. Die konstituierende Sitzung in der vergangenen Woche diente lediglich der Wahrung von Terminen. Die Schlichter Walter Krause und Hermann Höcherl wollen ihre Empfehlung bis zum kommenden Freitag erarbeiten. Sie verhandeln jeweils mit sechs Vertretern der öffentlichen Arbeitgeber und der beiden Gewerkschaftskommissionen (ÖTV und Tarifgemeinschaft unter Führung der DAG).

Die Verhandlungen finden an einem geheimgehaltenen Ort statt. Die Schlichtungsrunde soll ohne irgendwelche Störungen vonstatten gehen. Über den Inhalt der Gespräche wird von den Teilnehmern vereinbarungsgemäß Stillschweigen bewahrt.

Offen war gestern zu Beginn der Schlichtungsverhandlungen, ob das in den Tarifverhandlungen hergestellte Junktim zwischen dem Lohn- und Gehaltstarif und der Neuregelung der Zusatzversorgung erhalten bleibt. Formell fordern die Gewerkschaften nach wie vor fünf Prozent mehr Lohn; tatsächlich aber versucht man eine Orientierung an dem Stahl-Abschluß (2,6 Prozent) zu erreichen. Für die Arbeitgeber liegt die entscheidende Hürde bei 2,3 Prozent.

Sacharows Frau von Miliz bewacht

AP, **Moskau**

Sowjetische Sicherheitskräfte haben westliche Journalisten daran gehindert, mit der Frau des in der Verbannung lebenden Regimekritikers Andrej Sacharow, Jelena Bonner, persönlich Kontakt aufzunehmen. Zwei vor der Haustür postierte Milizionäre verwehrten den Journalisten den Zutritt mit den Worten, es sei verboten, Frau Bonner zu sehen. Eine Begründung wurde nicht gegeben. Sacharows Frau hatte zuvor von einem Münzfernsprecher aus mit westlichen Reportern telefoniert, um ihnen mitzuteilen, daß sie von Sicherheitskräften bewacht werde. Unklar ist, ob sie die Absicht hatte, auf der Straße auf die Journalisten zu warten. Am vergangenen Freitag hatte Frau Bonner verlangt, daß ihr Mann und sie selbst wegen Herzbeschwerden gemeinsam in eine Moskauer Klinik aufgenommen werden.

Eskalation in Südafrika

„Junge Garde" radikalisiert den ANC

DW./AFP, **Johannesburg**

Südafrika befindet sich nach Ansicht seines Verteidigungsministers General Magnus Malan in einem Zustand des „verschleierten revolutionären Krieges", der jederzeit in einen konventionellen Waffengang übergehen könne.

Eine Ursache für die Verschärfung der Situation dürften nach Ansicht von Beobachtern interne Veränderungen in der seit 1912 bestehenden Anti-Apartheids-Bewegung „Afrikanischer Nationalkongreß" (ANC) sein, in der seit einiger Zeit eine „junge Garde" bestimmend ist. Die bisherige ANC-Führung lehnte eine terroristische Kampfform, vergleichbar etwa mit der IRA oder der PLO, ab. Dagegen bekennt sich die „junge Garde" des ANC deutlich zu gewaltsamen Operationen und zum „blinden Terror".

Der Anschlag der ANC gegen das Oberkommando der südafrikanischen Luftwaffe in Pretoria, der 18 Tote und 216 Schwerverletzte gefordert hat, dürfte ein Beispiel für die veränderte Strategie des ANC sein.

Ein Hinweis auf die neue Strategie war bereits der Anschlag auf das Kernkraftwerk in Koeberg im Dezember vergangenen Jahres in der Nähe von Kapstadt. Mit diesem Angriff hatte der ANC seinerseits auf eine Attacke der südafrikanischen Luftwaffe auf Stellungen des ANC in Maseru, der Hauptstadt von Lesotho, reagiert, bei dem mindestens 42 Personen getötet worden waren. Dieser Angriff, aber auch die schnelle Antwort Südafrikas auf den Anschlag vom Freitag lassen eine Verhärtung in der Strategie Südafrikas vermuten.

Bonn besorgt über Transitkontrollen

Seit 1981 hat sich die Zahl der Verdachtsinspektionen vervierfacht

hrk. **Berlin/Bonn**

In den Monaten März und April 1983 hat sich die Zahl der „DDR"-Verdachtskontrollen bei Transitreisenden mit jeweils 100 Vorfällen pro Monat im Vergleich zum Monatsdurchschnitt 1981 mit 20 bis 30 von Reisenden gemeldeten Fällen fast verfünffacht.

1982 war diese Quote auf monatlich durchschnittlich 40 Fälle gestiegen. Seit November 1982 beschwerten sich dann pro Monat bereits 80 Reisende über die Durchsuchung ihrer Fahrzeuge. Die hohe Zahl der „DDR"-Verdachtskontrollen bei Transitreisenden soll von Vertretern der Bundesregierung in der deutsch-deutschen Transit-Kommission auf der routinemäßigen nächsten Sitzung des Gremiums Ende Juni in Bonn zur Sprache gebracht werden.

Der Berliner Senat hat die von der WELT am 19. 4. gemeldeten neuen Rekordzahlen von Verdachtskontrollen im Transitverkehr bestätigt. Zu rund einem Drittel dieser Vorfälle komme es, weil manche Transitreisende entweder noch immer den seit Novemr 1982 für den Berlin-Transit geschlossenen Übergang Horst/Lauenburg über die F 5 ansteuern oder den erst von 1985 an für den Transit zugelassenen Kontrollpunkt Stolpe an der nördlichen Stadtgrenze anfahren. Sie werden an beiden Übergängen überprüft.

In einer Antwort des Berliner Bundessenators Professor Rupert Scholz auf eine SPD-Anfrage im Abgeordnetenhaus heißt es, Beschwerden der Bonner Vertreter in der Transit-Kommission über die häufigen Verdachtskontrollen durch die „DDR"-Behörden seien von Ost-Berlin bisher stets zurückgewiesen und mit der „intensiveren Erfassung" der Fälle auf westlicher Seite erklärt worden.

Die Bonner Delegation habe jedoch deutlich gemacht, schreibt der Senator, daß sie „die gesamte Entwicklung, wie sie in der gestiegenen Zahl der von Transitreisenden gemeldeten Verdachtskontrollen sowie in der Intensität der durchgeführten Kontrollen zum Ausdruck kommt, mit großer Sorge betrachten müsse".

Angesichts schon jetzt angemeldeter, organisierter Bus- und „Sternfahrten" der Jungen Union und anderer Gruppen von Kundgebungsteilnehmern an den Berliner Veranstaltungen zur 30. Wiederkehr des Volksaufstandes vom 17. Juni sind neue Auseinandersetzungen über die Transitfrage mit den „DDR"-Grenzorganen zu befürchten.

„DDR" druckt jetzt Honecker-Interview

dpa, **Berlin**

In vollem Wortlaut haben gestern die „DDR"-Zeitungen das bereits am vergangenen Wochenende in Tokio veröffentlichte Interview von Staats- und Parteichef Erich Honecker mit der japanischen Zeitung „Nihon Heizai Shimbun" abgedruckt. Honecker hat in dem Interview zu erkennen gegeben, daß seine Absage für einen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland nicht endgültig gemeint sei (WELT v. 24. 5.). Gleichzeitig stellte er sich hinter die Verhandlungsposition der Sowjetunion in Genf. Positive Ergebnisse seien möglich, „wenn die legitimen Sicherheitsinteressen beider Seiten beachtet werden".

Die „Finanzlage" der „DDR" sei, so Honecker, stabil. Bei der Rückzahlung von Krediten habe Ost-Berlin bisher jede Verpflichtung eingehalten.

Zweiter Anlauf

Wb. – Postminister Christian Schwarz-Schilling reagiert auf die öffentliche Diskussion der Machtgelüste seiner Beamten, die gar zu *gern das Fernmeldemonopol* auch auf die Breitbandverkabelung ausgedehnt wüßten: Die geplanten Regelungen für die Verkabelung sollen neu gefaßt und dem Postverwaltungsrat am 6. Juni vorgelegt werden.

Die weitgehende Neufassung *scheint in der Tat* notwendig. Denn mit ihrem bisher vorliegenden Entwurf einer „23. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung" haben es sich die Postfunktionäre gar zu leicht gemacht. Ganze Textpassagen wurden fast unverändert vom Telefon-Vorgänger übernommen. Und dabei ergab sich dann auch inhaltlich einiges, das weder zur Wirtschafts- *noch* zur Rechtsordnung so recht passen will.

Sosehr es die Post auch in zusätzlichen *Erklärungen* gegenüber der Öffentlichkeit beteuern mag: Der bisherige Verordnungsentwurf besagt (*ohne* die Möglichkeit der von den Postsprechern immer wieder unterstellten Fehlinterpretationen und Mißdeutungen) klipp und klar, daß das Fernmelde-Monopol wenigstens formal auch auf die Breitbandnetze ausgedehnt werden soll, und zwar wie beim Telefon bis in die gute Stube.

Was in der Verordnung steht, wird geltendes Recht. Die Zusatzverlautbarungen dagegen kann man bei Bedarf vergessen, wie fast alle politischen Willenskundgebungen. Statt dem Bürger eine Verordnung unterzujubeln, bei der alles gar nicht so gemeint ist, sollten die Postbürokraten besser den beabsichtigten Inhalt in eine *klare und eindeutige* Form bringen. Oder sollte die erste Fassung doch schon die Absichten der Fernmelder (*die bei gesättigtem* Telefonmarkt Beschäftigungsprobleme auf sich zukommen sehen) widergegeben haben?

Neue Spielregeln

JB. – Mühsam ist die deutsche Zigaretten-Industrie dabei, den *preislich* völlig aus dem Lot geratenen Markt wieder zu stabilisieren. Nachdem die BAT angekündigt hat, die großen Konsummarken auf 3,50 Mark zu verbilligen und gleichzeitig die Niedrigangebote im Preis wieder anzuheben, rauchen die Köpfe der Marketing-Strategen *auch* bei der Konkurrenz. Bis Mitte Juni wird die Preisstruktur bei Zigaretten auf *ein deutlich niedrigeres* Niveau abgesunken sein. Preisruhe, wie sie die Industrie lange Zeit genossen hat, kehrt damit freilich *nicht* ein. Schon machen am Markt Vermutungen die Runde, daß Aldi mit seiner Handelsmarke nicht nur die Mehrwertsteuer-Erhöhung nicht weitergeben wird, sondern sogar an eine Preisreduzierung auf 2,85 Mark denkt. Der Zigaretten-Industrie stehen jetzt die gleichen Erfahrungen bevor, die nahezu alle anderen Markenartikler schon hinter sich haben. Sind die Billig-Spezialisten erst einmal in einen Markt eingebrochen, gibt es zum Luftholen keine Pausen mehr. Die Branche tut gut daran, sich an die neuen Spielregeln schnell zu gewöhnen.

Milliardenhilfe für Stahl

Von JOACHIM GEHLHOFF

Man möge *sich* doch, statt nach Staatshilfe zu schreien, den subventionsfrei tüchtigen Stahlunternehmer Willy Korf zum Vorbild nehmen. Vier Jahre ist es her, und die europäische Stahlkrise lief schon im fünften Jahr, als Bundeskanzler Schmidt seine stahlverbundenen SPD-Parteigenossen aus dem Ruhrrevier derart ins düstere Zuhause entließ. Inzwischen sind der Lobende wie der Gelobte mit ihrer Politik längst pleite – und nur der Gelobte unverdienterweise.

Heute nun stecken wir im neunten Jahr der europäischen Stahlkrise. Und die neue Bundesregierung muß auch beim Stahl eine neue Politik *formulieren, um mit* den von ihrer Vorgängerin geerbten Sünden fertig zu werden. Eine neue Politik, *um dem* unverzichtbar wichtigsten Teil der heimischen Grundstoffindustrie wenigstens einen Rest jener Lebenschancen zu sichern, die der 31 Jahre alte Montanunionsvertrag postuliert: subventionsfreier Leistungswettbewerb im gemeinsamen Europamarkt zum Wohl der tüchtigsten Produzenten und aller Stahlverbraucher.

Man kann es nicht oft genug betonen: *Ginge es bei diesem ehrwürdigen* Vertrag mit rechten Dingen zu, dann hätte die in der EG unbe*stritten modernste deutsche Stahl*industrie ihren seit Krisenbeginn um ein Zehntel auf noch gut 30 Prozent gesunkenen EG-Produktionsanteil sogar über ihr Traditions-Drittel steigern können. Auch der im weltweiten Wandel der Produktionsstrukturen bei vielen traditionellen Stahlprodukten unerläßliche Rückzug der Europäer wäre vornehmlich von den Leistungsschwachen in den anderen EG-Ländern auszubaden.

An den Grund für die ganz anders und viel trauriger aussehende Realität ist nun zu erinnern, da auch die deutschen Produzenten mächtig an die Staatskrippe drängen. Rund 80 Milliarden Mark an („eigentlich" verbotenen) Subventionen haben die anderen EG-Länder seit 1975 zumeist aus beschäftigungspolitischen Gründen in ihre Stahlwerke gepumpt. In nicht seltenen Extremfällen ging dies bis zum vollen Jahres-Gegenwert *aller Personalkosten*. Europäische „Chancengleichheit" bei diesem Irrsinn hätten die deutschen *Produzenten*, das folgt aus ihrem Drittel-Anteil an der EG-Produktion, nur mit einer 40 Milliarden Mark schweren Plünderung der heimischen Steuerkassen erreichen können.

Geradezu bescheiden gegenüber solcher abenteuerlichen Summe nehmen sich die noch nirgendwo endgültig bestätigten Schätz-Summen von neun bis *zwölf Milliarden* Mark aus, die nun auch die Deutschen beim Aufbruch zu neuen (und reduzierten) Stahlstrukturen als staatliche „Starthilfe" reklamieren. Atemberaubend groß und irreal freilich bleiben auch diese Schätz-Summen. Auch im billigsten Fall sind sie dreimal so groß wie der „Starthilfe-Bedarf" von drei Milliarden Mark, den das seit vier Monaten vorliegende und bislang bestenfalls zur Hälfte auf den Realisierungsweg gekommene Strukturkonzept der drei Stahlmoderatoren für nötig befand.

Erstaunliches entdeckt, wer solcher Riesendifferenz nachspürt. Da gibt es beispielsweise den Hoesch-Konzern, der die von den Moderatoren vorgeschlagene Großfusion mit den Stahlbereichen von Klöckner und Salzgitter ablehnt und selbstbewußt von der Kraft zum Alleingang spricht, bei dem die Unternehmenspolitik nicht an Staatshilfe ausgerichtet werde. Tatsächlich aber begehrt Hoesch *mit 3,3 Milliarden* Mark die höchste Subventionssumme aller Unternehmen, dazu noch mehr als eine halbe Milliarde Kreditbürgschaften. Dies vornehmlich für den Ersatzbau eines neuen großen Stahlwerkes, das bei der verworfenen Großfusion gar nicht nötig wäre, nun aber gleich mit 4,5 (statt zunächst 3,5) Millionen Tonnen Jahreskapazität geplant ist.

Umgekehrt beschränkt sich der in der Branche verfemte Klöckner-Stahlkonzern, der allein die Großfusion mit Hoesch und Salzgitter wollte und will, auf den vergleichsweise bescheidenen, unter allen Privatkonzernen niedrigsten Subventionswunsch von 0,8 Milliarden Mark. Dies zumal auch für Teilwertabschreibungen auf junge Anlagen, die man stillegen müsse, um den „Alleingang wider Willen" durchzustehen.

Solche und andere Ungereimtheiten mehr muß nun das Bonner *Stahlhilfe*programm auf einen für den Steuerzahler möglichst billigen Nenner bringen. Vermutlich *wird es dabei mit der zunächst* gedachten Hilfssumme von drei Milliarden Mark, davon die Hälfte *aus den Kassen der Stahl-Bundes*länder, nicht sein Bewenden haben. Ob sie nur maßvoll überschritten wird, hängt entscheidend von der Kraft der Bundesregierung ab, nur optimale Wege zu neuen Stahlstrukturen zu honorieren. Immer noch ist das Konzept der Stahlmo*deratoren dafür das beste Instru*ment.

AUSSENWIRTSCHAFT / Deutsche Hoffnungen für Gipfel von Williamsburg

In der Handelspolitik sind vor allem die Industrieländer gefordert

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Vom Weltwirtschaftsgipfel Ende der Woche in Williamsburg erhoffen *sich* die deutschen Außenhändler einen weiteren Impuls für den weltweiten Aufschwung. Gleichzeitig erwarten sie ein eindeutiges Bekenntnis der Regierungschefs für ein offenes Handelssystem. Nur bei einem kräftigen Wachstum des Welthandels *seien* die *Entwicklungsländer in der* Lage, *mit* ihrer *hohen* Verschuldung fertig zu werden. Dieses Problem dämpfe die Stimmung in den Firmen gegenwärtig am stärksten.

Die deutsche Ausfuhr habe im ersten Quartal mit 105,6 Milliarden Mark um zwei Prozent unter dem Stand der *gleichen* Zeit des Vorjahres gelegen. Beim Bundesverband des Deutschen Exporthandels in *Bonn wird dieses aber nicht* überbewertet. Denn die Nachfrage aus dem Ausland, die in der zweiten Hälfte 1982 stark zurückgegangen war, sei im ersten Quartal merklich lebhafter gewesen.

Überdies hätten sich die konjunkturellen Aussichten in einigen Ländern verbessert. *Dies* dürfte die Nachfrage nach Produkten aus der Bundesrepublik weiter stabilisieren. *Der Gipfel in Williamsburg* könnte dazu beitragen, daß sich die positiven Erwartungen weiter *festigen. Allerdings sei die Unsi*cherheit in den Firmen wegen der offenen und verdeckten Handels*hemmnisse und der hohe* Verschuldung vieler Länder nach wie vor groß.

„*Protektionistische Eigenbröte*lei und neomerkantilistische Abschottungsmaßnahmen vom Welt*markt können weder die Verschul*dungsprobleme der Dritten Welt, vor allem der Jumbo-Schuldenländer *in Lateinamerika, Afrika und* Osteuropa, lösen noch Arbeitslosigkeit und Konjunkturflaute beseitigen", erklärte der Geschäftsführer des Export-Verbandes, Hans-Andreas Siemann, auf Anfrage. *Unverbindliche Bekenntnisse* für eine liberale Außenhandelspolitik reichten nach den Erfahrungen mit mehreren Konferenzen in den letzten Jahren jedoch nicht aus, um den Welthandel wieder zu stimulieren.

In der Handelspolitik seien vor *allem die großen Industrieländer* gefordert. Denn die Tilgung der auf rund 700 Milliarden Dollar geschätzten Auslandsschulden der Entwicklungsländer und die Zinsen müßten durch Exporte von Gütern und Dienstleistungen erwirtschaftet werden. Daher unter*stützt der Verband auch die han*delspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer nach einer stärkeren Marktöffnung, dem Abbau bestehender Handelshemmnisse und der Nicht-Diskriminierung der Schwellenländer. „Die nationale Überschuldung einzelner *Länder ist das* Übersee-Exportproblem Nummer eins für unsere Firmen", betont Siemann.

Da die Hälfte der Verschuldung auf Lateinamerika (rund 300 Milliarden Dollar) entfalle, dürfte diese *Region auch noch in den näch*sten Jahren als Absatzmarkt eine geringere Rolle als in den sechziger Jahren spielen. Schwarzafrika sei ein riesiger Markt, aber außer Nige*ria verfüge kein Land über* Devisen. Durch den Preisverfall beim Erdöl sei auch dieses Land noch in Schwierigkeiten geraten.

Die Folge: Verglichen mit der gleichen Zeit 1982 seien im ersten *Quartal die Exporte nach Nigeria* um 56 Prozent, nach Afrika insgesamt um 26 Prozent gesunken. Im Lateinamerika-Handel wurde ein Minus von 14 Prozent registriert, *wobei der Rückgang* bei den drei Hauptschuldenländern Brasilien mit 28 Prozent, Mexiko mit 61 Prozent und Venezuela mit 22 Prozent am stärksten war.

Im Osthandel teilt der Verband die Auffassung der Bundesregierung, daß dieser die deutschen Si*cherheitsinteressen nicht* berühren dürfe. Gegen eine Neufassung der Cocom-Liste für den Technologie-Export sei deshalb auch so lange nichts einzuwenden, als dadurch der normale Warenaustausch nicht berührt werde. Eine Embargo-Politik sei, weil sie wirkungslos blei*ben müsse, abzulehnen. Eine* politische Beschränkung der Dekkungspolitik des Bundes im Ost*handel stoße* auf den Widerstand des Verbandes.

Abgesehen vom *Handel* mit der Sowjetunion schätzt der Verband die Aussichten im Ostgeschäft nicht sehr rosig ein. Der Abbau der hohen Verschuldung gehe zu Lasten der Verkäufe in den westli*chen Industriestaaten. Es sei daher* zu befürchten, daß, abgesehen von der Sowjetunion, der Osthandel in *den nächsten fünf* bis zehn Jahren auf das Niveau von 1970 absinke und stagniere.

OECD

Die Schweiz überstand die Wirtschaftskrise am besten

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Besser als die meisten anderen westlichen Industriestaaten hat die Schweiz der Weltwirtschaftskrise dank ihrer großen wirtschaftspolitischen Anpassungsfähigkeit widerstanden. Insbesondere im Kampf gegen Inflation und Ar*beitslosigkeit konnten die Eidge*nossen Bestergebnisse erzielen. Andererseits machte ihnen der *starke Franken im Export* zu schaffen. Dies zeigt der OECD-Bericht zur schweizerischen Wirtschaftslage.

Nachdem das Bruttosozialprodukt des Landes 1982 um *1,3* Prozent geschrumpft war, erwarten die OECD-Experten im Anschluß *an die derzeitige* Stagnationsphase für das zweite Halbjahr einen mäßigen Aufschwung, der 1984 zu einem Wachstum von real 1,8 Prozent führen könnte. Bei der Industrieproduktion wird für 1983 noch mit einem Minus von zwei, aber für 1984 mit einem Plus von 3,5 Prozent gerechnet.

Die 1982 um real 3,6 Prozent geschrumpften Exporte von Waren und *Dienstleistungen* werden dieses Jahr allerdings weiter um ein Prozent zurückgehen; denn die Schweiz *hat insbesondere im* Touristenverkehr unter der Franken-Aufwertung und unter der Kaufkraftschwäche *ihrer wichtigsten* Auslandskunden zu leiden, heißt es in dem OECD-Bericht.

*Gleichwohl dürfte der Leistungs*bilanzüberschuß des Landes, der sich wegen des rezessionsbeding*ten Importrückgangs von 2,6 Mil*liarden Dollar 1981 auf 3,5 Milliarden Dollar 1982 erhöht hatte, 1983 *auf 3,7 Milliarden Dollar* weiter zunehmen und damit 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen. Für 1984 erwartet die OECD trotz eines auf 3,2 Prozent veranschlagten Exportanstiegs einen Rückgang des *Überschusses auf das Ni*veau von 1982.

Im Unterschied zur Rezession anderer Länder hat die der Schweiz keine Zunahme der Arbeitslosigkeit gebracht. Mit 30 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt erreicht sie nach wie vor nur ein Prozent der aktiven Bevölkerung. Das Ergebnis ist laut OECD auf die Anpassung der Sai*sonarbeiter und Grenzgänger* an die Beschäftigungslage des Landes zurückzuführen. Für 1984 habe die Schweiz eine Arbeitslosenquote von nur 0,5 Prozent zu erwarten.

Gleichzeitig dürfte ihr von 5,7 Prozent 1981 auf 3,5 Prozent 1982 reduzierter Preisanstieg in diesem Jahr auf 2,5 Prozent begrenzt werden. Diese *große* Stabilität hat die Schweiz ihren relativ billigen Importen und der großen *Disziplin* der Sozialpartner zu verdanken.

Sehr relativ ist das Lob, das die *OECD* der schweizerischen Entwicklungshilfe spendet. Die öffentliche Hilfe habe zwar gegenüber 1980 um (*nominal*) neun Prozent zugenommen. Mit 0,24 Prozent des Sozialprodukts lag sie aber weiterhin erheblich unter dem OECD-Durchschnitt (0,35 Prozent in 1981), was für das reichste Land der OECD zu *wenig sei. Unter* Einschluß des privaten Kapitaltransfers in die Entwicklungsländer von 2,1 *Milliarden Dollar kam die* Schweiz auf 2,34 Prozent des Sozialprodukts, der OECD-Durchschnitt liegt bei *1,21* Prozent.

AUF EIN WORT



„In einer Zeit, in der die Sorge um die Erhaltung und die Schaffung neuer *Arbeitsplätze* an vorderster Stelle steht und in der viele Gebiete von einem tiefgreifenden *Strukturwandel erfaßt* sind, gilt es, in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft durch wachsende Forschungs- und Technologieanstrengungen dieser außerordentlichen Herausforderung zu begegnen."

Prof. Dr. Heinz-Gerhard Franck, Vorstandsvorsitzender der Rütgerswerke AG, Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Abfindung für VW-Mitarbeiter

dos. **Wolfsburg**

Die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, wird der Belegschaft des hannoverschen Nutzfahrzeugwerks ein bis zum 16. Juni befristetes Abfindungsangebot unterbreiten, nach dem jeder freiwillig ausscheidende *Mitarbeiter 18 000 Mark* erhalten soll. Mit dieser „Mobilitäts-Beihilfe", so ein VW-Sprecher, soll der *nach wie vor unbefriedigenden Auf*tragslage bei Nutzfahrzeugen Rechnung getragen werden. In dem Werk in Hannover sind derzeit noch rund 20 000 Mitarbeiter beschäftigt, davon etwa 13 000 direkt in der Produktion. Die seit knapp zwei Jahren währende Kurzarbeitsphase dauert weiter an. *Das* Angebot richtet sich an alle Mitarbeiter.

VERSANDHANDEL

Nur Spezialisten konnten noch Umsatzplus erzielen

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Die *deutschen* Versender, über Jahre hinweg mit dem Erfolg steter Zuwachsraten verwöhnt, müssen *sich auf eine veränderte* Landschaft einstellen. Schon der Kassensturz am Ende des vergangenen *Jahres hatte in der Branche (mit* Ausnahme der Spezialversender) lange Gesichter ausgelöst: Zum er*sten Mal nach dem Kriege schloß* ein Jahr für den deutschen Versandhandel mit einem Umsatzein*bruch ab. Um 4,2 auf gut 20 Milliar*den DM sind die Umsätze auf Bestellung zurückgefallen.

Real brachte das „kritischste Jahr für unseren Wirtschaftszweig seit Bestehen der Bundesrepublik" (so ein Neckermann-Sprecher) sogar eine Geschäftseinbuße von *9,5* Prozent. Damit hat der Versandhandel auch Marktanteile eingebüßt (4,7 nach fünf *Prozent*). Der gesamte Einzelhandel konnte gleichzeitig seinen Umsatz um be*scheidene 0,4 Prozent auf 462* Milliarden Mark ausweiten.

Die Hoffnung der Versender auf *eine Belebung angesichts einer* wieder bescheiden zunehmenden Konsumneigung haben sich in die*sem Jahr bisher nicht erfüllt.* In der Branche werden die Minuszahlen der ersten vier Monate auf fünf bis sieben *Prozent geschätzt; genaue* Zahlen liegen bisher für das erste Quartal vor, in dem die Umsatzwerte den *Vorjahresstand um 2,6* Prozent unterschritten.

Als Ursache für das schlechte Abschneiden der Versender wird der scharfe Wettbewerb um das knappere Geld der Verbraucher gesehen: Der stationäre Handel forciert sein Geschäft laufend mit Sonderangeboten, eine Praxis, bei der die Versender, auch wenn sich die Sonderkataloge häufen, nur schwer mithalten können.

MEXIKO

Neue Bankkredite werden erst im nächsten Jahr benötigt

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Mexiko benötigt in diesem Jahr keine zusätzlichen Bankkredite, falls die Ölpreise nicht weiter sin*ken und die Trockenheit* in den landwirtschaftlichen Anbaugebieten keinen größeren Schaden an*richtet. Die bisher von den priva*ten Instituten geborgten fünf Milliarden Dollar würden ausreichen, erklärte der mexikanische Finanzminister Jesus Silva Herzog bei einem Besuch in den USA. Für 1984 veranschlagte er den Kreditbedarf seines Landes auf rund vier *Milliarden Dollar. Geplant sei,* die Banken aufzufordern, ihre Ausleihungen generell aufzustocken.

Damit mexikanische Unterneh*men ihren Kapitalbedarf* decken können, will die Regierung, so Silva Herzog, das strenge Investitionsgesetz lockern. Von 49 auf 70 Prozent zeitweise angehoben werden soll das Beteiligungslimit für Ausländer. Die zusätzlichen Anteile müssen aber zurückgegeben werden, *wenn die Firmen* wieder bei Kasse sind. Nach Angaben des Ministers hat Mexiko in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Durchschnitt täglich 204 000 Tonnen Öl abgesetzt. Die im Januar anvisierten Verkaufsmengen seien leicht überschritten worden.

Silva Herzog bestätigte, daß Mexiko im ersten Quartal 1983 die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gesetzten wirtschaftlichen Ziele erreicht hat. Das werde auch *in der April-Juni-Periode der* Fall sein. Der Auflage, das Haushaltsdefizit in diesem Jahr von 17,9 (1982) auf 8,5 *Prozent des Bruttoso*zialprodukts zu drücken, werde man sehr nahe kommen. Laut Silva Herzog wird Mexikos Wertschöpfung 1983 um zwei bis fünf Prozent abnehmen, verglichen mit minus 0,2 Prozent im vergangenen Jahr. Die Inflationsrate soll von 100 auf *70 Prozent* zurückgehen. Nach Berichten aus Mexiko fordern Gewerkschaften bereits Lohnerhö*hungen um 50 Prozent per 1. Juli.*

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kein Abgleiten in den Protektionismus

Köln (DW.) – Die Internationale Handelskammer (ICC), Paris, hat die sieben am Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg teilnehmenden Industrienationen in einer Erklärung aufgefordert, das Abgleiten in den Protektionismus zu stoppen. Der ICC sind über 7000 Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen in der ganzen Welt angeschlossen. Die deutsche Gruppe der ICC mit Sitz in Köln hat über 500 Mitglieder (Unternehmen, Handelskammern, Wirtschaftsorganisationen).

Weniger Goldmünzen

Bonn (DW.) – Der Verkauf offizieller Goldmünzen ist nach Feststellungen des Londoner Goldhandelshauses *Samuel Montagu Ltd. im* vergangenen Jahr weltweit um 20 Prozent auf 165 Tonnen zurückge*gangen. Die geringere Nachfrage* wird mit dem starken Goldpreisanstieg zwischen Juni und September 1982 *erklärt. Rund 80 Tonnen* werden in Form neuer Krügerrand-Münzen verkauft, so daß der Krügerrand bei *neu* geprägten Goldmünzen auf einen Marktanteil von fast 50 Prozent kommt.

Überweisungen erschwert

Hamburg (VWD) – Argentinien hat den Transfer von Gewinnen eingeschränkt. Das argentinische Wirtschaftsministerium hat verfügt, daß Auslandsüberweisungen *von Gewinnen aus registrierten aus*ländischen Investitionen nur noch geleistet werden können, wenn sie auf *inflationsbereinigten Bilanzen* beruhen. Wie die deutsch-südamerikanische Bank AG, Hamburg, berichtet, *gilt diese Bestimmung* auch für Reinvestitionen aus Bilanzen ab 1. Juli 1982 einschließlich der noch *nicht registrierten* Anträge.

Rückzahlung geregelt

Paris (AP) – Irak und Frankreich haben sich nach Informationen aus dem Außenministerium in Paris über die *Rückzahlung* der irakischen Schulden in Höhe von 13 Milliarden Franc (etwa 4,35 Milliarden Mark) geeinigt. Wie ein Sprecher des Ministeriums im Anschluß an Gespräche zwischen dem französischen Außenminister Claude Cheysson und dessen irakischem Amtskollegen Tarek Asis mitteilte, wurden die noch offenen finanziellen Fragen geklärt. Einzelheiten gab er jedoch nicht bekannt.

Wer beliefert den Osten?

Ausfuhr in die Ostblockländer 1982 in Mrd Dollar

Land	Mrd Dollar
Schweiz	0.6
Niederlande	1.0
Österreich	1.7
Italien	2.4
USA	3.6
Japan	4.5
BR Deutschland (einschl. Lieferungen in die DDR)	10.2
Finnland	3.8
Frankreich	2.8
Kanada	2.0
England	1.5
Belgien/Lux.	0.9
Schweden	0.6

Globus 4711

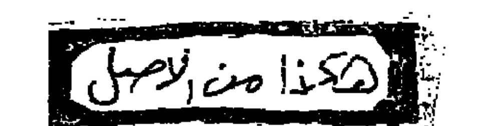
Unter den westlichen Lieferländern des Ostens nimmt die Bundesrepublik Deutschland eine Sonderstellung ein. Mit einem Exportwert von 10,2 Milliarden Dollar stand sie 1982 mit großem Abstand an der Spitze. QUELLE: GLOBUS

Besorgte Reeder

London (dpa/VWD) – Der Verband britischer Reeder (General *Council of British Shipping-GCBS*) hat sich in seinem Jahresbericht 1982 besorgt über die kleiner werdenden *Handelsflotten* der westlichen Welt geäußert. Nach den GCBS-Angaben besitzt Großbritannien *derzeit mit 868 Seeschiffen* und insgesamt 24,7 Millionen Tonnen Tragfähigkeit nur noch die Hälfte des Bestandes von 1975, als die Tragfähigkeit noch 50 Millionen Tonnen ausmachte. Allein 1982 seien 126 Schiffe ausgemustert worden und die Tendenz gehe in diesem Jahr weiter.

Preiskontrollen verlängert

Wellington (rtr) – Die Regierung Neuseelands hat eine Verlängerung der seit vergangenem Juli in Kraft gesetzten Lohn- und Preiskontrollen bis Ende Februar 1984 beschlossen. Premierminister Robert Muldoon kündigte dazu am Montag an, es werde auch nach der Aufhebung der *Kontrollen* keine völlige Freigabe von Löhnen und Preisen geben. Seit ihrer Einführung ist die Teuerung von 17 auf 12,6 Prozent im ersten Quartel 1983 gefallen. Derzeit sind in Neuseeland rund 100 000 Menschen ohne Arbeit. Das entspricht einer Quote von fünf Prozent.



GRIECHENLAND / Streikrecht wird eingeschränkt

Arbeitnehmer laufen Sturm

E. ANTONAROS, Athen

Mit einer Protestwelle, die noch im Laufe der nächsten Tage die Gestalt einer großen Streikwelle annehmen könnte, hat die Mehrheit der etwa 150 000 im öffentlichen Sektor beschäftigten Griechen den gezielten Versuch der sozialistischen Regierung Athens beantwortet, ihr Streikrecht einzuschränken. Seine diesbezügliche Absicht hat Papandreou in einem jetzt völlig überraschend präsentierten Gesetzentwurf zur angeblichen „Sozialisierung" des öffentlichen Sektors versteckt.

Unter „Sozialisierung" auf griechisch versteht Papandreou nach seinen eigenen Worten die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung der staatlichen Firmen und Betrieben. Aufgrund dieser vagen und in der Praxis wohl kaum realisierbaren Mitbestimmungsmodelle sollen Vertreter der Belegschaft und der lokalen Selbstverwaltung fortan den Verwaltungsräten dieser Betriebe angehören. „Sozialisiert" im Sinne Papandreous sollen innnerhalb von acht Monaten alle staatliche kontrollierten Banken, Versicherungsgesellschaften, Krankenhäuser, Elektrizitätswerke, Erdölgesellschaften, Lagerhäuser, Post- und Telefongesellschaften, Fernseh- und Rundfunkanstalten und öffentliche Transportmittel werden.

Diese „Sozialisierung" dient Papandreou offenbar nur als Vorwand, um das Streikrecht der im öffentlichen Sektor beschäftigten Griechen entschieden zu beschneiden. Das neue Gesetz, das ab heute in den Ausschüssen des Athener Parlaments debattiert werden soll, schreibt vor, daß Streiks im öffentlichen Bereich nur noch aufgrund einer mit absoluter Mehrheit gefaßten Entscheidung aller in einer Gewerkschaft eingeschriebenen Arbeitnehmer stattfinden dürfen.

Solche Urabstimmungen hat es in Griechenland nur in Ausnahmefällen gegeben. Streiks wurden entweder vom Vorstand der jeweiligen Gewerkschaft ausgerufen oder aber mit einfacher Mehrheit der bei einer Vollversammlung anwesenden Gewerkschaftsmitglieder beschlossen.

DieseModernisierungdesStreikrechts hätte möglicherweise keine so scharfen Reaktionen ausgelöst, wenn Papandreou nicht einen Schritt weiter gegangen wäre: Zehn Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder sind imstande, durch die Forderung nach einer neuen Vollversammlung einen schon begonnenen Streik vorübergehend zu stoppen. Dahinter verbirgt sich offenbar die Absicht der Sozialisten, bei jedem ungewollten Streik ihre Anhänger innerhalb jeder Gewerkschaft zu mobilisieren, um die Streiks zu beeenden. Papandreou hat scharf durchgegriffen, weil in letzter Zeit die Streikwelle im öffentlichen Bereich unübersehbare Dimensionen angenommen hat.

Er wurde mit der Streikwelle konfrontiert, weil immer weniger Arbeitnehmer mit seiner restriktiven Einkommenspolitik einverstanden sind. Die Kommunisten nutzten bisher diese Unzufriedenheit aus und gaben ihre duldsame Haltung auf. Keine 24 Stunden nach Veröffentlichung des Gesetzentwurfs veranstaltete die KP Protestdemonstrationen. Kritisch äußerten sich auch die Konservativen. (SAD)

WELTWIRTSCHAFT / Nach Rückgang im Vorjahr 1983 wieder leichtes Wachstum

Lokomotiven-Rolle für die USA

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Weltwirtschaft wächst in diesem Jahr, gemessen am zusammengefaßten Bruttoinlandsprodukt, um 1,7 Prozent, verglichen mit minus 0,5 Prozent 1982. Das sagt das zur Chase Manhattan Bank gehörende Forschungsinstitut Chase Econometrics kurz vor dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg voraus. Im Fernen Osten wird mit einer Zunahme um 3,5, in Lateinamerika und Afrika mit einem Rückgang um nahezu vier Prozent gerechnet.

Nach Auffassung des Instituts haben die Vereinigten Staaten in der Anfangsphase der wirtschaftlichen Expansion die Rolle einer Lokomotive übernommen. Da die Erholung in den USA hauptsächlich von den Konsumenten ausgehe, profitierten von dieser Entwicklung in der Hauptsache die westeuropäischen Industriestaaten, Japan und die fernöstlichen Schwellenländer. Nicht sofort zum Zuge kämen die Rohstofflieferanten Lateinamerikas und Afrikas. Wegen der hohen Zinsen und der freien Produktionskapazitäten – in Amerika betrug die Auslastung im April 71,1 Prozent – würden auch Kapitalgüter hinterherhinken.

Die Chase Econometrics schließt nicht aus, daß der Schuldenberg der größeren lateinamerikanischen Staaten, über den mit den Privatbanken neu verhandelt werden muß, „innerhalb kurzer Zeit auf 140 Milliarden Dollar steigt". Die Konsequenz seien zunehmende finanzielle Engpässe, eine Fülle rascher Währungsabwertungen und neue Inflationsschübe in der Region.

Mit einer Verlangsamung des Einfuhrwachstums rechnet das Institut in den meisten Ölexportländern, von denen viele inzwischen teure Infrastrukturprojekte gestrichen haben. Die Kosten der Ölpreissenkung werden für 1983 auf mehr als 40 Milliarden Dollar veranschlagt, was zu einer Reduzierung des zusammengefaßten Leistungsbilanzüberschusses um 20 bis 25 Milliarden Dollar führt. Im asiatischen Bereich beschränkt sich der Konjunkturaufschwung zunächst auf die pazifischen Randstaaten.

Für die sieben Nationen, die am Wirtschaftsgipfel teilnehmen, wagt das Institut diese Prognosen:

USA: Wirtschaftliche Wachstumsrate 1983: vier bis 4,5 Prozent real; wegen festerer Rohstoffpreise, Ausweitung der Gewinnmargen, vorweggenommener Produktivitätsverbesserung (1982 durch massive Kostensenkungen) und eines schwächeren Dollars steigt bis 1984 die Teuerungsrate von 3,5 auf 5,5 Prozent. Bei weiterhin geringer Lagerhaltung und Investitionskürzungen nimmt die Industrieproduktion um 1,8 und sieben Prozent zu, während die Arbeitslosenquote von 10,2 auf 9,6 Prozent sinkt.

Bundesrepublik: Wachstumsrate 1983 rund 0,5 Prozent – durch günstigere Außenhandelsposition und staatliche Investitionsanreize. Das Plus beträgt 1984 und 1985 etwa drei und 3,5 Prozent. In diesen beiden Jahren macht die Teuerung nur 2,5 und drei, die Zunahme der industriellen Erzeugung jeweils 2,5 bis drei Prozent aus.

Großbritannien: Wachstumsrate von 1983 bis 1985: 1,8; drei bis vier und wieder drei Prozent. Die Inflation beschleunigt sich von 5,8 auf neun und mehr als zehn Prozent.

Frankreich: Wachstumsrate 1983 null und 1984 rund zwei Prozent; Auslöser sind real steigende Ausfuhren und schrumpfende Importe. Die Inflationsrate beträgt trotz des Austerity-Pakets acht bis neun Prozent.

Italien: Wachstumsrate 1983: minus 0,3; 1984 und 1985 plus 2,5 und 3,9 Prozent. Kräftige Zunahme der Exporte; Inflationsrate unter 14 Prozent.

Kanada: Wachstumsrate 1983: 2,6 Prozent – beschleunigte Konjunktur in den USA führt zu höheren Exporten; Inflationsrate: 6,7 Prozent. Real sinken die betrieblichen Investitionen um mehr als fünf Prozent.

Japan: Wachstumsrate 1983: 3,4; 1984: 3,9 und 1985: vier Prozent. Inflationsrate steigt von 1,7 auf 3,8 und 4,7 Prozent. Warenexporte nehmen langsamer zu als der Welthandel. Nur geringe Yen-Aufwertung.

AUTOMARKT / Boom in Großbritannien

Deutscher Export steigt

WILHELM FURLER, London

Der gegenwärtige Autoboom in Großbritannien hat die Einfuhr von Personenwagen auf ein Rekordniveau klettern lassen. Den jüngsten Statistiken zufolge sind in den ersten vier Monaten dieses Jahres 364 252 im Ausland hergestellte Wagen in Großbritannien neu zugelassen worden, 56,7 Prozent der Gesamt-Neuzulassungen. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren es nur 319 414. Die bisherige Höchstzahl importierter Neuwagen war in den ersten vier Monaten des Jahres 1980 mit 355 414 Fahrzeugen erreicht worden.

Alles läßt auf ein Rekord-Jahresergebnis bei neu zugelassenen Personenwagen schließen. Mit 642 118 neu zugelassenen Fahrzeugen wurde die Zahl der gleichen Zeit des Vorjahres von 550 796 um immerhin 16,6 Prozent übertroffen. Die bisherige Jahres-Höchstzahl liegt bei 1,71 Millionen Neuzulassungen.

Als einer der Hauptgründe für den beachtlichen Anstieg der Autoverkäufe in Großbritannien wird die Aufhebung von Mietkauf-Beschränkungen im Sommer vergangenen Jahres angeführt. Schon damals hatten etliche Stimmen davor gewarnt, daß die dadurch angeregte Nachfrage nach Neuwagen hauptsächlich importierten Fahrzeugen zugute kommen würde.

So vertritt der in der Branche einflußreiche Chairman von Ford Großbritannien, Sam Toy, die Ansicht, daß kaum mehr Produktion aus den britischen Automobilwerken herausgeholt werden kann und daß jeder wesentliche Nachfrageschub in erster Linie durch Importe gedeckt würde.

Nach der jüngsten Studie der angesehenen Londoner Wirtschafts-Forschungsgruppe Data Resources International (DRI) Europa wird der gegenwärtige Autoboom in der zweiten Jahreshälfte auslaufen. DRI Europe sagt für Großbritannien in diesem Jahr 1,68 Millionen Neuwagen-Verkäufe voraus, im darauffolgenden Jahr sogar nur 1,65 Millionen. Bis 1988 dürfte DRI zufolge diese Zahl nur unwesentlich auf 1,71 Millionen gestiegen sein.

Für Deutschland sagt DRI eine deutliche Nachfragebelebung nach Neuwagen von 1985 an voraus. Für dieses Jahr erwartet das Institut Neuwagenverkäufe von 2,22 Millionen Stück, für das kommende von 2,27 und für 1988 von 2,54 Millionen Stück. Die Autoproduktion in Deutschland werde in diesem Jahr 3,63 Millionen Neuwagen erreichen, und über 3,73 Millionen im kommenden Jahr auf 4,13 Millionen 1988 steigen. 55 Prozent der in Deutschland hergestellten Personenwagen dürften 1988 exportiert werden, verglichen mit 49 Prozent 1980.

Dagegen werde die Zahl in Großbritannien produzierter Personenwagen von gegenwärtig einer Million bis 1988 auf 960 000 gefallen sein. Damit dürfte Großbritannien von Brasilien deutlich überholt werden.

NAMEN

Horst Jünke, im Vorstand der Preussag AG zuständig für den Bereich Finanzen, scheidet in gegenseitigem Einvernehmen am 30. September aus dem Unternehmen aus. Jünke war zugleich Chief Executiv der Londoner Amalgamated Metal Corp. (AMD). Diese Aufgabe wird **Ekkehard Greinacher,** verantwortlich für den Metall-Bereich, zusätzlich übernehmen. Das Finanz-Ressort geht an den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Dr. **Erwin Möller.**

Günter Alten, Geschäftsführer sowie Direktor des Bereichs Personalwesen und Werkskoordinierung der 3MDeutschland GmbH, Neuss, wird mit Vollendung seines 60. Lebensjahres am 31. Mai in den Ruhestand treten.

Dr. **Dietrich Falcke,** Geschäftsführer und Arbeitsdirektor der Rheinmetall GmbH, Düsseldorf, tritt am 30. Juni in den Ruhestand.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Nachl. d. Karl Wierstorf, Alsdorf; ORDIBEL GmbH; **Arnsberg:** Alex Jagfeld, Inh. Friedhelm Jagfeld (Sägewerk) Schmallenberg-Dorlar; **Bad Vilbel:** Hüttenrauch Industrieanlagenbau GmbH; **Bergheim:** Plus Elektro GmbH, Kerpen; **Berlin:** Killewald Expo Service GmbH; Roland Richter; **Coburg:** Elektro-Krause, Lichtenfels; **Esslingen:** Albert Fries GmbH & Co., Reichenbach/Fils; **Hildesheim:** SB-Service-Buchbinderei GmbH; **Kiel:** Bau- und Verwaltungsges. HANSEATIC mbH; **Krefeld:** Nachl. d. Karl Hermann Westerop; **Nürnberg:** BONAGIR Walz GmbH; **Rosenheim:** Heino Deitmer GmbH, Samerbert-Grainbach; **Wiesbaden:** Artur Sontai Laubinger, Antiquitätenhändler.

Vergleich eröffnet: Burgwedel: Merkur Industrie-Service GmbH GmbH i. L., Großburgwedel.

Vergleich beantragt: Bruchsal: KG in Fa. Albert Gröll, Bauunternehmung; KG in Fa. Albert Gröll, Leo Abele; **Leverkusen:** Frisch-GmbH, Leichlingen.

FRANKREICH

Investitionen gehen zurück

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Konjunkturhorizont beginnt sich noch längst nicht aufzuhellen. Zwar scheint sich die Auslandsnachfrage nach der Franc-Abwertung von Ende März etwas gebessert zu haben. Die positive Exportentwicklung im April hatte allerdings auch technische Ursachen wie zum Beispiel die spekulativ verzögerte Hereinnahme von Aufträgen aus dem Ausland. Um die Binnennachfrage dagegen ist es weiter schlecht bestellt.

Dies zeigen die jüngsten Unternehmerbefragungen. Darin wird auch die weitere Geschäftsentwicklung sehr pessimistisch eingeschätzt. Die Austerity-Politik der Regierung, so meint jetzt das Nationalinstitut für Statistik, würde das laufende Jahr zu einem Rückgang der realen Kaufkraft der privaten Haushalte um 0,8 bis 1,3 Prozent führen.

Zwar dürften die Franzosen ihre durch Steuererhöhungen und andere Belastungen entstehenden Kaufkraftverluste zum Teil durch den Rückgriff auf ihre Spareinlagen auszugleichen versuchen, was laut dem Nationalinstitut für Statistik eine Erosion der Sparquote auf 14,6 (15,8) Prozent zur Folge haben könnte. Trotzdem dürfte die Produktion zurückgehen.

Nach neuesten Angaben der Banque de France war die Industrieerzeugung im März um 0,8 Prozent gegenüber dem Vormonat geschrumpft. Für das Gesamtjahr 1983 erwartet das Institut einen Rückgang um 2,5 Prozent. Die Regierung selbst erstrebt nur noch eine bescheidene Zunahme des Bruttosozialproduktes um 0,5 Prozent in 1983, was eine Steigerung der Arbeitslosigkeit um 100 000 bis 200 000 Personen zur Folge hätte.

Das Konjunkturforschungs-Institut der Pariser Industrie- und Handelskammer erwartet dagegen einen Rückgang des Sozialprodukts um 0,3 Prozent.

Daß die Unternehmen unter diesen Umständen ihre Investitionsprogramme weiter kürzen, überrascht nicht. Im vergangenen Jahr hatten sie real fünf Prozent weniger investiert. Für dieses Jahr erwartet das Institut minus vier Prozent.

KÜHNE & NAGEL / Paketdienst eingerichtet

Kunden reagieren positiv

JAN BRECH, Hamburg

Die Kühne & Nagel Speditions-AG & Co., Bremen und Hamburg, innerhalb der weltweiten Transport-Gruppe zuständig für das deutsche Geschäft, beginnt ab Juni dieses Jahres mit einem bundesweiten Paketdienst für die gewerbliche Verladerkundschaft. Dieser „spezielle Kleingutverkehr", so betont Geschäftsführer Jürgen Koop, rundet das Dienstleistungsangebot von Kühne & Nagel nach unten ab.

Optimale Voraussetzung für den neuen Dienst, so Koop, bildeten einmal die vorhandenen 12 Großterminals mit einer Lagerkapazität von rund 160 000 qm Fläche. Dazu kämen rund 140 000 Quadratmeter gemietete Fläche. Zum anderen verfüge Kühne & Nagel über ein funktionsfähiges EDV-System. Schließlich würden die bereits bestehenden 144 Fernverkehrsverbindungen zwischen den 12 Niederlassungen genutzt, die täglich unterhalten werden. Für die Zustellungen und Abholungen stehen nach Angaben von Koop rund 650 Fahrzeuge mit einer Nutzlast von 3 bis 6 Tonnen zur Verfügung. Für die Auslieferung an jeden Ort der Bundesrepublik werden weitere rund 300 Fahrzeuge von einer Tonne bereitgestellt. Für Entfernungen von 400 km ist eine Lieferzeit von 24 Stunden, darüber von 48 Stunden vorgesehen.

Die ersten Reaktionen der Verladerschaft seien überraschend positiv, betont Koop. Bereits jetzt liege ein Auftragsbestand von rund 1,2 Mill. Paketsendungen vor. Von den rund 400 Mill. Paketsendungen, die in der Bundesrepublik jährlich befördert werden, entfallen zur Zeit rund 50 Mill. Stück auf private Dienste und rund 80 Mill. Sendungen auf den Versandhandel.

Marktanteile hofft Kühne & Nagel durch eine Ausweitung der Angebotspalette zu gewinnen. So darf eine Sendung aus mehreren Packstücken bestehen, wird die Gewichtsbegrenzung aufgehoben und werden Warennachnahme und Unfreilieferungen abgefertigt.

BRAUNSCHW. MASCHINENBAUANSTALT

Geschäft wird schwieriger

D. SCHMIDT, Braunschweig

Die Braunschweigische Maschinenbauanstalt (BMA), Braunschweig, verzeichnete im Geschäftsjahr 1982 einen deutlichen Umsatzrückgang. Nach Angaben des Vorstands führte die unzureichende Auslastung der Konstruktions- und Werkstattkapazitäten zu einer Verringerung der Gesamtleistung auf 91,7 (112) Mill. DM. Die Umsatzerlöse erreichten 92,7 Mill. DM. Im Vorjahr lag der Umsatz aufgrund eines zur Abrechnung gekommenen Großauftrags bei 132,3 Mill. DM.

Eher pessimistisch beurteilt der BMA-Vorstand die weiteren Geschäftsaussichten. Es müsse davon ausgegangen werden, daß die Nachfrage nach Anlagen und Komponenten für die Zucker- und Nahrungsmittelindustrie sich weiter abschwächt und das Geschäft noch schwieriger wird als 1982. Inzwischen seien „Umstrukturierungs- und Anpassungsmaßnahmen" eingeleitet worden, die auf eine Senkung der Personal- und Gemeinkosten abzielen.

Der auf 0,29 (1,24) Mill. DM verringerte Jahresüberschuß wird an die C. Deilmann AG, Bad Bentheim, abgeführt. Deilmann hält knapp 98 Prozent des auf 25 (20) Mill. DM erhöhten Grundkapitals. Der Ergebnisabführungsvertrag ist allerdings mit Wirkung von Ende 1982 gekündigt worden. Die außenstehenden Aktionäre erhalten für 1982 eine Dividende von 6 (8) Prozent.

Günstiger als im Vorjahr entwikkelte sich die wichtigste Tochtergesellschaft, die Starcosa GmbH. Sie konnte den Umsatz auf 13,8 (12) Mill. DM erhöhen. Deutlich gestiegen sei zugleich der Auftragsbestand. Im Gegensatz zur Balco Filtertechnik GmbH, bei der erneut ein Jahresfehlbetrag entstand, habe Starcosa einen Überschuß erwirtschaftet. In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung werden die Erträge aus Beteiligungen mit 0,72 (1,9) Mill. DM ausgewiesen. Die Position Sonderposten mit Rücklagenanteil, die im Vorjahr unberücksichtigt geblieben war, wurde mit 1 Mill. DM bedacht.

ZUCKER / Bei den Exporteuren gewinnt EG-Konzept für Abkommen neue Anhänger

Brüssel lehnt Produktionsquoten ab

IRENE ZUECKER, Genf

Der Zuckermarkt ist unter den Rohstoffen der „volatilste", das heißt durch extremste Preisschwankungen gekennzeichnet. Diese extremen Preisausschläge sollen durch ein neues Weltzuckerabkommen gemildert werden. Die erste Verhandlungsrunde über ein neues internationales Zuckerabkommen haben Vertreter aus 80 Ländern am letzten Freitag unter der Schirmherrschaft der UNO-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf ohne konkretes Ergebnis abgeschlossen.

Eigentlich wollten die Delegierten der 57 Exportländer sowie der 22 Importstaaten und der EG (die dem in Kraft befindlichen Abkommen von 1977 nicht angehört) in dieser dreiwöchigen Konferenz einen neuen Vertrag aushandeln. Doch dies war wegen unüberwindbarer Meinungsunterschiede der anderen Zuckererzeuger mit der EG nicht möglich. Vorgesehen sind jetzt weitere Konsultationen vom 4. bis 8. Juli in London sowie eine zweite Genfer Verhandlungsrunde im Oktober.

Übereinstimmend stellten die 80 Verhandlungspartner fest, daß der Vertrag von 1977 den angestrebten Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage in keiner Weise gebracht hat.

Die Gründe dafür sind vielfältig: Mangelnde Disziplin der Vertragsparteien, zunehmende Verwendung der Zucker-Ersatzstoffe, Sonderabkommen außerhalb der internationalen Zuckervereinbarung, wie die Vereinbarungen des größten Exporteurs Kuba, der 79 Prozent vertragsgebunden an die Comecon-Staaten und China absetzt. Und nicht zuletzt die unkontrollierte Anbauausweitung der EG.

Bis 1975 gehörte die EG zu den Zuckerimporteuren. Doch seither hat sich die Zehnergemeinschaft zum mächtigsten Produzenten und größten Exporteur auf dem freien Zuckermarkt aufgeschwungen. 1982 führte sie 5,58 Millionen Tonnen aus. Diese Zahl enthält allerdings die jährlich rund 1,3 Millionen Tonnen aus AKP-Ländern (Afrika, Karibik, Pazifik), die die EG seit 1975 gemäß Abkommen von Lomé mit Preisgarantie abnehmen und auf dem Weltmarkt absetzen muß. Deswegen kann die Sackgasse, worin sich der Weltzuckermarkt befindet, nicht einfach als rohstoffpolitisches Nord-Süd-Problem abgetan werden.

Zwei Entwürfe stehen sich für ein neues Zuckerabkommen gegenüber: Ein brasilianischer Vorschlag möchte das bestehende Abkommen vervollständigen. Zentrale Punkte sind ein ausgebautes Exportquotensystem sowie die Einbeziehung der EG als Vertragspartner.

Für die Brüsseler Gemeinschaft hingegen scheint es zur Zeit ausgeschlossen, das Abkommen von 1977 anzunehmen. Sie legte ein eigenes Konzept vor, wonach Überproduktionen dem Markt durch weltweite, größere Lagerhaltung entzogen würden. Eine Einschränkung der Produktionsquoten wird jedoch von Brüssel abgelehnt.

Die meisten Ausfuhrländer sprachen sich in Genf für eine Regelung mit marktgerechten Exportquoten aus. Die Verhandlungspartner sind wohl auch bereit, einer erhöhten Lagerhaltung von vier bis sechs Millionen Tonnen sowie Importbeschränkungen gegenüber Nicht-Vertrags-Partnern zuzustimmen. Alle sind sich aber einig, daß ein neues Zuckerabkommen sinnlos ist, solange ihm die EG nicht beitritt.

Diese Zwangslage der anderen wichtigen Zuckerproduzenten (Brasilien, Kuba, Australien, Thailand, Philippinen, Südafrika, Dominikanische Republik, Indien und Argentinien) nutzt die EG taktisch geschickt aus. Nach ihrem anfänglichen Außenseiterdasein brachte die veränderte Haltung von Australien eine gewisse Wende. Zur Zeit scheint sich die Einsicht durchzusetzen, daß einzig eine Annäherung an den EG-Vorschlag Verhandlungserfolge bringen könnte.

HOFFMANN'S STÄRKE / Auf Marken konzentriert

Innovation brachte Erfolg

H. HILDEBRANDT, Bad Salzuflen

Trotz der 1982 erzielten Umsatzsteigerung um 11,6 Prozent auf 96,4 (82,4) Mill. DM sind Licht und Schatten in der Unternehmensentwicklung der Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzuflen, ziemlich gleichmäßig verteilt. Bereits der Geschäftsbericht des Vorjahres läßt anklingen, daß nach Jahren planmäßiger Produktionsreduzierung bei der industriellen Stärkefertigung weitere entscheidende Maßnahmen zu erwarten waren. Inzwischen wurde der nahezu vollständige Rückzug aus diesem Bereich beschlossen.

Entscheidend dafür war die auch 1983 trotz steigender Rohstoffpreise weiterhin rückläufige Erlösentwicklung bei der industriellen Maisstärke. Der sinkenden Nachfrage vor allem von seiten der Papier- und Wellpappenindustrie steht dabei ein wachsendes Angebot neuer Wettbewerber gegenüber, wodurch die Preissituation weiter verschärft wird. Auch die Erschwerung des Exportgeschäftes mit Frankreich, dem Hauptabnehmer, trug zur Verschlechterung der Situation bei.

Dagegen hat sich das Markenartikelgeschäft durchaus positiv entwickelt. Die Umsatzsteigerung von 11,8 Prozent, die hier 1982 erzielt wurde, ist vor allem der Innovationsfähigkeit des Unternehmens zu verdanken, denn das Plus ist in erster Linie auf neue Produkte zurückzuführen. Vorteilhaft wirkte sich auch die Zusammenarbeit mit der Airwick AG, Basel, aus, Tochtergesellschaft von Hoffmann's Mehrheitsaktionär Ciba-Geigy, Schweiz. Dies gilt vor allem für den Exportbereich. Als nicht befriedigend wird allerdings auch im Markenbereich die Ertragssituation bezeichnet, was auch 1983 anhält, obwohl hier die Umsätze bisher leicht über Plan lagen. Die Konzentration der Nachfragemacht im Einzelhandel, über den 85 Prozent der Markenartikel abgesetzt werden, wird als Ursache für diese Entwicklung genannt.

Aus dem Bilanzgewinn von 0,93 (1,30) Mill. DM soll wie im Vorjahr eine Dividende von 8 Prozent auf das mit 11,6 Mill. DM unveränderte Stammkapital gezahlt werden. Vorsorglich verlautet aber bereits, daß mit einer Ausschüttung für 1983 und 1984 nicht zu rechnen ist.

WÖLBERNBANK / Kreditvolumen wuchs kräftig

Ertragsbild mit Flecken

JAN BRECH, Hamburg

Ein Engagement in der krisengeschüttelten deutschen Stahlindustrie hat bei dem Hamburger Bankhaus Wölbern & Co. das schöne Ertragsbild der letzten Jahre getrübt. Nach Angaben der persönlich haftenden Gesellschafter Ove Franz, Albert Jäger und Joachim Kebschull mußten für Wertberichtigungen im Kreditgeschäft der überwiegende Teil des Jahresüberschusses verwendet werden. Die Bank, die als einzige Privatbank in Hamburg eine vollständige Gewinn- und Verlustrechnung vorlegt, weist für 1982 einen um 53,3 Prozent geringeren Gewinn von 0,91 Mill. DM aus. Er wird der Rücklage zugeführt.

Das Betriebsergebnis, das in den Jahren 1981 und 1980 stark verbessert worden war, ist im Berichtsjahr gehalten worden, betonten die Komplementäre. Bei einem um insgesamt 27,6 Prozent auf 245 Mill. DM gestiegenen Kreditvolumen (Geschäftsvolumen 348 Mill. DM) sei im zinsabhängigen Geschäft ein gutes Ergebnis erzielt worden und entsprechendes gelte für den Dienstleistungsbereich. Die Bank ist überwiegend im kurzfristigen Außenhandelsgeschäft tätig.

Der Ausbau des Kreditgeschäfts mit der mittelständischen Privatkundschaft vor allem auch in der Hafenwirtschaft soll in diesem Jahr fortgesetzt werden. Die Basis ist durch die Aufstockung des Kommanditkapitals um 5 auf 20 Mill. DM geschaffen worden.

An der Wölbernbank, deren letzter Namensträger Mitte 1978 ausgeschieden ist, ist die Credit Lyonnais, Paris über ihre Tochtergesellschaft, der künftigen Credit Lyonnais Bank Nederland N. V. (früher Slavenburg's Bank" mit 87,5 Prozent beteiligt. Geschäftsüberschneidungen mit der Credit Lyonnais, die über eine eigene Filiale in Hamburg verfügt, gebe es nicht, heißt es. Im übrigen sei man bei Wölbern unverändert daran interessiert, unter der Flagge „Hamburger Privatbank" zu segeln.

Die Entwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres verläuft in normalen Bahnen. Neue Risiken, die das Ergebnis zusätzlich belasten könnten, seien bislang nicht eingetreten und auch nicht erkennbar.

GEBR. SINN / Hohes Plus in Umsatz und Ergebnis – Weiter Übernahmepolitik

Erfolgreicher Gang übers Drahtseil

HARALD POSNY, Köln

In Zeiten bedrückender Probleme im Einzelhandel auf Expansion zu schalten ist schon mutig. Jürgen Achenbach vom Vorstand der Westdeutsche Handelsgesellschaft Gebr. Sinn AG, Köln, spricht für die 17 Textil- und Bekleidungshäuser in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland von „Optimismus und antizyklischem Verhalten mit Vorleistungen, die nicht ohne Drahtseil-Risiken waren. Aber wir haben unser Herz in die Hand genommen".

Gleichgewichtig wurden 1982 (wie auch 1983) durch Modernisierung zweier Häuser bestehende Umsatzreserven vor allem in qualitativer Verkaufsflächenverbesserung im Umsatz je qm und Verkaufskraft (7550 oder 189 000 DM) ausgeschöpft und durch die Übernahme des früheren Hauses Heinemann in Mönchengladbach auch die quantitative Flächenausdehnung auf 51 000 (45 000) qm betrieben. Der gezielten Übernahme bestehender Häuser anstelle völliger Neugründung wird, so Achenbach, auch künftig der Vorzug gegeben.

Das neue Haus und die erfolgten Umbauten waren 1982 mit rund 10 Prozent am Umsatzzuwachs von 15,9 (17,2) Prozent auf 384 Mill. DM beteiligt. Risikobereites und antizyklisches Verhalten in der Waren- und Werbepolitik sorgten für das flächenbereinigte Wachstum von fast 6 Prozent, von dem – selbst preisbereinigt – 3,5 bis 4 Prozent übriggeblieben sein dürften.

Dies alles läßt jedoch nicht vergessen, daß die Familien-AG in den zurückliegenden Jahren hart daran gearbeitet hat, nach der Amputation der Großhandelsaktivitäten „aus dem Souterrain wieder in die Beletage („Achenbach") vorzudringen. Zwar hält Sinn bei einer Handelsspanne von 35,8 (36,1) Prozent die erzielte Rendite von 3 Prozent vor Zins und Steuern für zu niedrig, doch kann die Gesellschaft mit dem verbesserten, ohne ao. Erträge verschönten, Ergebnis und den Bilanzrelationen zufrieden sein.

Der Jahresüberschuß erreichte 4,1 Mill. DM, von denen 2,4 (1,8) Mill. DM den Rücklagen zugeführt, der Rest an die Aktionäre (wieder 5 DM je 50-DM-Aktie) geht. Das Ergebnis je Aktie stieg nochmals, von 10,99 auf 14,26 DM (inkl. Steuergutschrift). Die Eigenmittel machen 37,7 (38,2) Prozent der Bilanzsumme aus und überdecken das Sach- und Finanzanlagevermögen trotz hoher Investitionen (12,1 nach 4,5 Mill. DM) erleichtert durch Verwendung einer 6b-Rücklage) um mehr als 30 Prozent.

Die Tochtergesellschaft WHG-Einkaufs-GmbH hat 1982 ihren Umsatz um 36 (53,3) Prozent auf knapp 97 Mill. DM erhöht. Sie betreut inzwischen 21 Unternehmen mit 65 Kaufhäusern, die einen Umsatz von mehr als 1,1 Mrd. DM auf sich vereinigen.

Bei der Sinn AG lagen Umsatz und Ergebnis im 1. Tertial 1983 um 7 Prozent über dem Vorjahr. Dies läßt *nach den Worten Achenbachs* jedoch eine Wiederholung des Vorjahreswachstums nicht zu, „zumal die Mehrwertsteuererhöhung zur Jahresmitte auch dieses Mal nicht voll an den Verbraucher weitergegeben werden kann und wie eine Sondersteuer die Einzelhandelserträge des 2. Halbjahres belastet".

HEIDELZEMENT / Auf Anpassungskurs

Baustoffe im Inland gefragt

JOACHIM WEBER, Heidelberg

Die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, kann auch für 1982 mit einem „unter Berücksichtigung der schwierigen konjunkturellen Lage" zufriedenstellenden Ergebnis aufwarten. Den Aktionären wird für die Hauptversammlung am 14. Juli eine unveränderte Dividende von 6,50 DM je 50-DM-Aktie auf 120 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen.

Das Unternehmen hat auch 1982 wieder deutlich besser abgeschnitten als die Gesamtbranche. Während die Zementindustrie einen Absatzrückgang von 7 Prozent zu verkraften hatte, ging der Zementabsatz der Heidelberger „nur" um 3,4 Prozent zurück. Durch die stärkere Verlagerung auf hochwertige Produkte und veredelte Betriebsstoffe sowie durch kostenbedingte Preiserhöhungen konnte der Umsatz trotz der Mengen-Talfahrt um 9 Prozent auf 818 (749) Mill. DM gesteigert werden. Für 1983 erhofft sich der Vorstand bei verbesserter Inlandsnachfrage und geringeren (Opec-)Exportchancen einen Baustoffabsatz auf Vorjahreshöhe.

Nachdem in den beiden Vorjahren die Umstellung auf den Energieträger Kohle – nur ein Restbedarf von 6 Prozent entfällt bei Heidelzement jetzt noch aufs Öl – den größten Teil der Investitionen in Anspruch genommen hatte, standen 1982 „Erneuerungs- und Ertüchtigungserfordernisse" im Vordergrund.

Die dreijährige Absatz-Talfahrt habe nicht nur kurzfristige Überbrückungsmaßnahmen, sondern langfristig wirksame Anpassungskorrekturen erforderlich gemacht, so der Vorstand in einem Aktionärsbrief. Die Rücknahme der Belegschaft auf 2733 (2762) Mitarbeiter erscheint unter diesem Aspekt recht glimpflich.

ELECTRONIC 2000 / Dividende von 20 Mark

In der Flaute gewachsen

DANKWARD SEITZ, München

Eine Dividende von 20 DM je 50-DM-Aktie schlägt die Electronic 2000 Vertriebs-AG, München, für das Geschäftsjahr 1982 der Hauptversammlung am 21. Juni vor. Dies entspricht der Ausschüttung, die das Unternehmen, das zu den größten deutschen Distributoren von Halbleitern zählt, Mitte letzten Jahres bei der Einführung seiner Aktien an den Börsen von München und Hamburg versprochen hatte. Damals waren 50 Prozent des Grundkapitals von 3,5 Mill. DM für den Handel bereitgestellt worden; der Rest liegt bei den Familien der Firmengründer Werner und Günter Wolf.

Obwohl Electronic 2000 wie die gesamte Branche 1982 unter einer nachhaltigen Rezession und teilweise drastischen Preiseinbrüchen zu leiden hatte, ist es dem Börsen-Newcomer gelungen, den Jahresüberschuß mit 1,49 (1,52) Mill. DM in etwa auf dem Vorjahresniveau zu halten. Das Ergebnis nach Steuern (DVFA) wird im Geschäftsbericht mit 1,53 Mill. DM angegeben, was einem Gewinn pro Aktie von 21,90 DM (ohne Steuergutschrift) entspricht. Für 1981 war der Gewinn pro Aktie bei der Börseneinführung auf 19,56 DM geschätzt worden. Zurückgeführt wird die Ergebnisverbesserung von der Verwaltung darauf, daß vor allem „die Kosten 1982 im Plan gehalten" werden konnten.

Wie stark der Bauelemente-Händler Wettbewerb und Preisdruck zu spüren bekam, wird darin deutlich, daß bei einem um 27,9 Prozent höheren Aufwand für bezogene Waren der Umsatz nur um 19,7 Prozent auf rund 47,3 Mill. DM gesteigert werden konnte. Daß dies trotz des rezessiven Trends gelang, führt der Vorstand in erster Linie auf einen 1981 geschlossenen Distributorvertrag mit Texas Instruments zurück. Dieser und andere mit Lieferanten getroffenen Vereinbarungen seien 1982 erst richtig zum Tragen gekommen. So hätte man schon nach dem ersten Quartal 1982 den Umsatzplan von 45 auf 47 Mill. DM nach oben revidieren können. Hauptumsatzträger waren integrierte Schaltungen und Mikrocomputer-Systeme mit den dazugehörigen Terminals. Der Auftragseingang habe das ganze Jahr über in der Größenordnung der Umsätze gelegen.

Die Zukunft sieht man bei Electronic 2000 recht zuversichtlich. Langfristig sei auf dem Markt elektronischer Bauelemente mit kräftigen Zuwachsraten zu rechnen, wobei ein wesentlich höherer Anteil der Distribution erwartet werden könne. Unter diesem Aspekt sei auch 1982 der Lagerwert gesteigert und mit dem Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes begonnen worden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Im Ausland schwächer

Hannover (dos.) – Die zum Hoechst-Konzern gehörende Riedel-de-Haen AG, Seelze, rechnet im laufenden Jahr 1983 bestenfalls mit einer leichten Zunahme des Umsatzes. Vorstandsmitglied Werner Symannek wies auf der Hauptversammlung daraufhin, daß vor allem die Nachfrage aus dem Ausland sich deutlich abgeschwächt habe. Die bessere Stimmung im Inland wirke sich bislang lediglich auf die Lieferungen für die Bauwirtschaft positiv aus. Dagegen seien die Impulse im Bereich der konsumnahen Produkte weiterhin schwach. Im Geschäftsjahr 1982 hatte Riedel den Umsatz auf 241 (225) Mill. DM steigern können. Die Hauptversammlung folgte dem Vorschlag der Verwaltung, aus dem Bilanzgewinn von 1,58 Mill. DM eine unveränderte Dividende von 11 Prozent auszuschütten.

Rolinco beständig

Düsseldorf (Py.) – Die überwiegend in Aktien vielversprechender Unternehmen anlegende niederländische Rolinco N. V., Rotterdam, hat in den ersten 6 Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1982/83 (28. 2.) den Wert je 50-hfl-Anteil um 23 Prozent auf 247,50 hfl gesteigert. Das Ergebnis ist vor allem der günstigen Stimmung an den Börsen in USA, Japan und in den Niederlanden zu verdanken. Das Fondsvermögen von 3,17 (Ende August 1982: 2,57) Mrd. hfl war zu 44,3 Prozent in den USA, zu 22,5 Prozent in Europa und zu 15,8 Prozent in Japan angelegt. Der Schwerpunkt der Anlagen lag im Elektrobereich (15,5), im Bankensektor (11,5) und bei Erdöl (11,4) Prozent.

David in Vergleich

Stuttgart (nl.) – Die in Familienbesitz befindliche David Computer GmbH, Stuttgart, EDV-Anbieter für kleine und mittlere Betriebe, hat Antrag auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens gestellt. David erzielte in 1982 einen Umsatz von rund 100 Mill. DM.

Gehe wächst weiter

Stuttgart (nl.) – Die Gehe AG, Stuttgart, eines der großen Pharma-Großhandelsunternehmen, rechnet für 1983 mit einem Umsatzwachstum in der Größenordnung des Vorjahres. 1982 war der Umsatz um 7,8 Prozent auf 929 Mill. DM gestiegen. Der Jahresüberschuß nahm auf 1,08 (0,75) Mill. DM zu. Es werden wieder 4 Prozent Dividende auf 27 Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet.

Höhere Einnahmen

Hannover (dos) – Die Magdeburger Union Rechtsschutz Versicherungs-AG, Hannover, konnte 1982 die Beitragseinnahmen um 13,1 Prozent auf 28,4 (25,1) Mill. DM steigern. Die Zahl der Versicherungsverträge erhöhte sich gleichzeitig um 4,2 Prozent auf 167 000. Nach Angaben des Vorstands nahmen die Leistungen für Versicherungsfälle auf 17,9 (15,8) Mill. DM zu.

F. Reichelt ohne Dividende

Hamburg (VWD) – Das pharmazeutische Großhandelsunternehmen F. Reichelt AG, Hamburg, hat das Geschäftsjahr 1982 mit einem Bilanzgewinn von 0,17 (0,16) Mill. DM abgeschlossen. Die Dividendenzahlung wird jedoch noch nicht aufgenommen. Der Gewinn soll auf neue Rechnung vorgetragen werden, schlägt die Verwaltung der Hauptversammlung am 29. Juni vor.

Kempinski mit 7 Prozent

Berlin (VWD) – Der Aufsichtsrat der Kempinski AG, Berlin, wird der Hauptversammlung am 8. Juli für 1982 die Verteilung einer unveränderten Dividende von 7 Prozent vorschlagen. Einschließlich Steuergutschrift beträgt sie rund 11 Prozent.

Aktien gaben überwiegend nach

Der weitere Zinsanstieg hemmt die Unternehmungslust

DW. – Der feste Dollarkurs und die weiter steigenden Zinsen drückten am Wochenbeginn auf die Stimmung am Aktienmarkt. Nennenswerte Kaufaufträge lagen nicht vor. Da andererseits auch das Angebot begrenzt blieb, hielten sich die Kursrückschläge in überschaubaren Grenzen, in den meisten Standardwerten gingen sie über 1 DM nicht hinaus. Dies wiederum reichte nicht aus, um die auf ermäßigter Basis im Markt liegenden Kaufaufträge zum Zuge kommen zu lassen. Auf die zahlreichen Kaufempfehlungen der Börseninformationsdienste war die Reaktion nur noch mäßig. Immerhin bewirkten sie einen weiteren Anstieg bei Kali + Salz um 3 DM und bei Kalichemie um 11 DM.

Vergleichsweise lebhaft war der Handel in Commerzbank-Aktien, die sich gut behaupteten. Angeregt wird hier der Handel durch die Gerüchte über eine angebliche Paketbildung bei einer ausländischen Bank. Deutsche Bank-Aktien litten unter Glattstellungen und fielen um 2,50 DM zurück. Mit Abschlägen von 1,50 DM konnten sich Autowerte relativ gut behaupten. Die Abschlüsse von BMW und Daimler haben zum positiven Börsenbild der Branche beigetragen. Bemerkenswert stabil lagen die Papiere der Großchemie.

Düsseldorf: Gildemeister erhöhten sich um 1,50 DM auf 74 DM, Leffers stiegen um 5 DM auf 335 DM und Riedel schlossen mit einem Plus von 10 DM auf 330 DM ab. Bilfinger verminderten sich um 4 DM auf 259 DM, Kochs Adler sanken um 2,50 DM auf 288 DM und Pongs und Zahn gaben um 5 DM auf 174 DM nach.

Frankfurt: Die Standardwerte gaben teilweise bis zu 2 DM nach; Nebenwerte konnten sich zum Teil weiter befestigen. Erstmals gehandelt wurden Bezugsrechte Baden-Württembergische Bank (5:1 zu 170 DM) mit 46 DM bei 513 Stück Umsatz und einem Altaktienkurs Ex-Bezugrecht 400 DM (452 DM). Pfälz. Hypobank blieben Ex-Gratisaktien 10:1 555 DM (600 DM).

Hamburg: Die Lokalwerte erlitten überwiegend Abschläge. Von den Versorgungswerten gaben HEW und NWK Vorzüge je 0,50 DM nach. Einen Verlust von 5,50 DM mußten Haller Meurer hinnehmen, Nordd. Steingut wurden mit 91 DM (minus 1,80 DM) notiert. Triton wurden nach Minuszeichen mit 140 DM bezahlt.

München: Agrob St. erhöhten sich um 5 DM auf 316 DM, Augsburger Kammgarn konnten sich um 1 DM auf 77 DM verbessern und Flachglas zogen um 2 DM auf 302 DM an. Deckel AG sanken um 1 DM auf 105 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 5 DM höher taxiert. ADCA und Rheinmetall verbesserten sich um je 3 DM, DeTeWe um 2 DM und Orenstein um 1 DM. Schering gaben um 3 DM und Herlitz Vorzüge um 2,50 DM nach. Berliner Kindl lagen um 1,50 DM, Bekula um 1,10 DM, AEG und BHF-Bank um je 1 DM leichter.

Nachbörse: behauptet

	24. 5.	20. 5.		24. 5.	20. 5.		24. 5.	20. 5.		24. 5.	20. 5.
H AachM Beteil. 9	715	720	H Brehenb.-C. *28	520T	520bB	H Eikrott 0	57	59	H Holsten-Br. 6	267,5	269,9
H Aach. M. Vers. 5	370	360	H Br. Straßb. *0	330G	330G	B Engelhardt 6	24,5	252	F Holzmann 10	523,50	525
D Aach. Rück. 9+7,5	1000G	1000G	H Br. Vulkan 0	42,50	42,5	D Enka 3,33	137	136,5	D Horten 2,5	151,20	152
D Aseag *4	185G	185G	H Br. Wollk. 6	130G	130,2	M Erlus 10	467B	473	B Hw. Kayser *12	265G	265
M Ack-Gögg 2,5	108bB	108bB	F BBC 6	204	205	M Erste Kulmb. 8	770bG	770bG	D Hussel 7	240,20	239
H Adca 0	116	114,5	S BSU Textil %12	1200G	1200G	S esbi *0	22bG	22bG	D Huta Hag. 5	132T	135T
D Adler 9	295G	295G	D Buckau-W. 0	122	128T	S Essl. Masch. *10	—	—	M Hutschenr. 8,5+1	261bG	273
F Adt AG 7,5	180	180bG	D Buderus *12,6	395	387	M Esterer **30	590B	590B	H Hypo Hbg. 10+2,5	495bB	495B
F AEG-Telef. 0	76	76,2	M Bgl. Br. Ing. *11+1	710G	710G				D IKB 7	230	227
D AEG-Kabel 7 + 1	255T	250T	S Bgl. Brh. Rav. *5	410TG	410TG	D Farb. Liqu. RM 8	11,40G	11,7	S IWKA 0	151	152,3
S Aesculap 8	302	306	D Barbach 3,2		—	F Flachglas 10	300	300	M Isar-Amper 6	328bG	316bG
D Agrippina *7	530T	530T	S Calw D. **18	481bG	485bB	H Fib. Schiff 3	160bB	159,8	D Isenbeck *9,5	302G	302G
M Agrob *9	316	311	F Cassella *9	524	514	D Ford *0	1100	1100G	H Jacobsen *8	620G	620G
M dgl. Vz. *11	316,50	317	F Ceag 0	125,5	127	B Forst Ebn. *4	2100G	2100G	H Jute Bremen *6	295G	295G
M Akt. Kaufb. *17	1010TG	1000G	F Chem. Vw. *0	298	295	M Fr. Obld.W. 5	295,50	295bG			
D AG f. Chemie **0	—	—	D Colonia 5	240	245T	F Frf. Hypo 11	558G	560	D Kabelmetal 3,5	138	139,2
H Agiv 8,5+1,5	300B	302G	D Commerzb. 8	175,30	174,5	F Frankona R. 8	448G	446	D Kali-Chemie 10	411	400T
H Albingia 7	440	440	D Combk. Reste RM	14T	14T	F dgl. NA 8	355G	353	D Kali u. Salz 8	195	192,5
D Alexanderw. 0	877	85T	D Conc. Chemie *5	340T	340T	F dgl. 50% E. 4	338G	338	D Karstadt 6	266	265
Hn Allerthal *0	180G	179,5G	B Conc. Sp. *0	191G	191T				D Kaufhof 6	249	247
S Allg. Renten **6,5	1400TG	1390G	D Contigas 7,5	343	350G	H Gestm. Bk. 0	158	158,5	B Kempinski 3,5	243G	244,5
S dgl. NA **6,3	855bB	877	D Cont Gummi 0	92,1	91,5	M Gehe *4	215bG	215bB	D Keramag 0	155	154bG
S dgl. 35% E. *6,5	1626	1590	D Dahlb. St. 8,375	347	345	D Gelsenwasser 6	175	175,2	F KSB 3	160bB	157,5
D Allianz Leb. 9	2220bB	2250	D dgl. Vz. 14	480T	490T	D Gerresh. Gl. 2	92,90	95,5	F dgl. Vz. 4		
D Allianz V. 10	611	615	S Daimler 10	540	540,5	D Gildem. 0	74	72,5	Hn KWS 4	278,5	278,5
S Alweiler St. 8	305G	305G	M Deckel AG 2,5	104bG	107	D Girmes 2,5	140,50	141,5	D KHD 7	260	260
S dgl. Vz. 9	258bG	258bB	D Dt. Atl. Tel. 9	395T	395T	D Glas & Sp. *11	249G	248G	D Klöckner-Wk. 0	43	44
F Altana 9	331,90	332	H Doag 5	199,50	197	D Goldschm. 4	145	144	D Kochs-Adler *12	288	290,5
F Andreae-N.Z. 4	175,00	177	D Dt. Babcock St. 4,5	162	164	M Gkw. Frk. *7	232bG	235bB	D Köln-Dsf. *0	250G	247G
H Audi NSU 2	258G	258G	D dgl. Vz. 5	162	168bG	F Grünzw. H. 5	190	194	D Köln. Rück. *18	650	640T
M Augsb. Kg. 0	77G	76bG	F Dt. Bank 10	325	327,5	H Guano *7	520bB	520G	D Kölsch-Fölz 0	—	—
S Badenwerk 6	145	143	F Dt. Bk. Reste RM	16,5bB	16,1	D GHH St. 7	172,80	171,5	B Königer *0	166T	166T
F Bd.-Württ. Bk. 9+1	400exB	452	D Dt. Centrb. 11	550T	555T	D GHH Vz. 7	157,50	157,7	S Kolb & Sch. 5	159bB	159bG
D Bajcke-Dürr 4,5	152G	152G	F Dt. Eff. + Wbk. 8	326	328				F Kr. Rheinf. 6,5	272	225G

Optionshandel

Frankfurt: 24. 5.: 480 Optionen, 24 850 (34 500) Aktien, davon 68 Verkaufsoptionen = 3950 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-80/3,80, 10-70/16, 10-75/10, 10-80/7, 10-90/3, 1-75/13, 1-85/6, 1-90/4,85, Siemens 10-340/19,15, 10-350/16,85, 1-360/23, VEBA 10-160/14,10, 10-170/6,60, 1-160/15,50, BASF 7-150/4, 10-150/7,60, Bayer 10-140/9,40, 10-150/5,80, 1-140/14,40, Hoechst 7-140/10, 1-140/13, 1-150/10, BMW 7-330/14,10-340/21,80, 1-380/14,40, VW 7-200/3, 10-170/22, 1-200/11,60, 1-220/5,40, Conti 7-90/7, 7-95/5, 10-95/6,50, 1-90/13, 1-95-10, 1-100/6, Lufthansa 1-130/8, Lufthansa Vorzüge 10-120/8,85, 1-110/20 und 18, Commerzbank 7-170/9,50, 7-190/5, 10-170/17,15, 10-180/13,90, 10-190/8,80, 10-200/5, 1-160/29,80, 1-170/26, 1-190/10, 1-200/10, 1-210/2,40, Deutsche Bank 10-350/14, 1-340/25, 1-350/20, Dresdner Bank 10-190/12,50, 10-200/8, Hoesch 7-50/10,60, 7-55/6,7-60/3,50, 10-50/14,60, 10-55/10-60/6, 10-70/3,90, 1-50/14,90, 1-55/11,60, 1-60/9, 1-70/5,40, Mannesmann 1-180/5,40, Preussag 10-280/5, Thyssen 10-95/3,35, 1-85/10, 1-90/7, 1-95/5, 1-100/3,60, Bay. Vereinsbank 1-370/8, BHF-Bank 1-300/22, Bewag 10-100/10, 1-110/7, BBC 7-210/6,40, Daimler 10-550/30, Deutsche Babcock 7-170/8,45, 7-190/3, 1-180/9,40, GHH 10-170/15, Salz 1-170/37, Karstadt 10-270/13,85, Klöckner 7-45/3,55, 7-50/2,80, 10-45/5,50, MAN 10-170/12,40, 1-170/17, RWE Vorzüge 110-180/10, Varta 7-180/18, 7-190/8, 10-190/15, 1-190/22, VEW 7-140/2, Chrysler 10-60/14, 10-65/11, Philips 10-40/3,90, 1-40/7, Royal Dutch 10-110/8,40, Elf Aquitaine 1-55/10,90, 1-60/8,60, Norsk Hydro 10/140/12, 1-140/21,80. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-70/2,60, 7-75/3,50, 7-80/9,85, 10-55/1,05, 10-60/1,40, 10-70/4, 1-70/6,50, 1-75/10, Siemens 1-350/20, BASF 1-140/5, Höchst 1-140/5, BMW 10-340/12,40, VW 7-170/3, 7-180/7, 10-170/4, Commerzbank 10-170/5,40, Deutsche Bank 7-330/7,90, Dresdner Bank 7-190/10, Hoesch 10-60/7, 1-55/5,70, Preussag 7-200/8, Thyssen 10-85/5,50, Bay. Hypo 7-310/9,60, 10-310/12,60, Bay. Vereinsbank 7-380/23, BBC 10-200/11,40, 1-200/15,50, Daimler 10-530/12,10, 1-540/26,20, Deutsche Babcock 7-170/8, Kali + Salz 10-190/12, Klöckner 10-45/5,50, 1-45/6,10, RWE 10-180/5,40, Alcan 7-75/2,30, Chrysler 10-70/10,85, General Motors 7-170/7,90, Sperry Rand 1-95/7,30, Xerox 7-120/9,60, 10-120/12,60, Philips 10-40/3,50.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24. 5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅞–9⅛	4¾–5	4¼–5⅛
3 Monate	9⅛–9⅜	4⅞–5⅛	4⅝–5
6 Monate	9¼–9½	5 –5⅛	4⅝–5
12 Monate	9⅜–9⅝	5⅜–5¾	4⅞–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. Mai folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1325,00	1610,25
10 US-Dollar (Indian)**)	1028,00	1222,62
5 US-Dollar (Liberty)	433,00	585,34
1 £ Sovereign alt	251,00	306,23
1 £ Sovereign Elizabeth II	248,00	302,84
20 belgische Franken	189,00	247,47
10 Rubel Tscherwonez	263,00	325,44
2 südafrikanische Rand	247,00	301,71
Krüger Rand, neu	1098,00	1285,94
Maple Leaf	1097,00	1284,81
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	325,44
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	272,33
20 franz. Franken „Napoléon"	207,00	262,16
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1023,00	1218,14
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	255,38
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	137,88
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	472,00	572,91
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	149,16

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24. 5. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfz.-Kurs+)	Ankauf	Verkauf
New York[3])	2,4850	2,4930	2,4628	2,49	2,53
London[1])	3,9000	3,914	3,856	3,83	3,98
Dublin[1])	3,151	3,165	3,084	3,10	3,25
Montreal[3])	2,0110	2,0190	1,9922	1,98	2,05
Amsterd.	88,950	89,170	88,89	88,00	90,00
Zürich	119,440	119,640	119,54	118,25	121,00
Brüssel	5,002	5,022	4,946	4,90	5,12
Paris	33,250	33,410	32,62	32,25	34,25
Kopenh.	27,950	28,070	27,70	27,25	29,25
Oslo	34,780	34,900	34,11	34,00	35,75
Stockh.[4]*)	33,065	33,225	32,645	32,25	34,00
Mailand[2]) **)	1,679	1,689	1,639	1,65	1,75
Wien	14,180	14,220	14,20	14,10	14,33
Madrid**)	1,788	1,798	1,711	1,73	1,85
Lissabon**)	2,475	2,495	2,24	2,10	3,00
Tokio	1,0545	1,0575	——	1,01	1,07
Helsinki	45,470	45,670	44,56	44,75	48,50
Buen. Air.	——	——	——	——	0,01
Rio	——	——	——	0,25	1,10
Athen*) **)	2,938	2,992	——	2,25	3,25
Frankf.	——	——	——	——	——
Sydney*)	2,185	2,204	——	2,08	2,21
Johannesbg.*)	2,2975	2,3165	——	1,90	2,15

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte vom 24. 5. 1983

Auch die neuesten Geldmengenzahlen vom Freitag, die einen weiteren Anstieg von M1 um 7 Mrd. Dollar zeigten, bescherten zu Beginn der Woche dem US-Dollar Kursgewinne. Nachdem am Pfingstmontag in New York bis 2,4930 gehandelt wurde, bewegte sich der Kurs heute zwischen 2,4825 und 2,4895 immer noch über Freitagsniveau. Die Bundesbank war mit einer Abgabe von 19,5 Mill. Dollar zur amtlichen Notiz von 2,4890 im Markt. Das Englische Pfund zog um 1,4 Prozent auf 3,907 an. Die für April ausgewiesene Inflationsrate von 4 Prozent, die niedrigste seit April 1968, sowie günstige Wahlprognosen für die Konservativen dürfte diese Bewegung ausgelöst haben. Der Schweizer Franken und der Japanische Yen notieren mit 119,54 und 1,0560 niedriger. Der Französische Franc lag mit 33,33 überraschend nur noch 2 Pf unter seinem oberen Interventionspunkt. Dollar in: Amsterdam 2,7945; Brüssel 49,6825; Paris 7,4720; Mailand 1478,45; Wien 17,5240; Zürich 2,0821. Pfund/Dollar 1,5697.

Ostmarkkurs am 24. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,50; Verkauf 24,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Festigkeit der Dollar-Zinssätze war am 24. Mai besonders im längerfristigen Bereich in den höheren Dollar-Abschlägen zu sehen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,98/0,88	2,65/2,55	5,30/5,10
Pfund/Dollar	0,17/0,15	0,41/0,37	0,71/0,66
Pfund/DM	2,80/1,20	5,70/4,30	10,60/9,20
FF/DM	31/15	78/62	172/163

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 5.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,2–5,3 Prozent; Dreimonatsgeld 5,25–5,35 Prozent. Privatdiskontsätze am 24. 5.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 24. 5.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,96) – 7,00 (5,61) – 7,50 (6,04) – 8,00 (6,38) – 9,00 (6,67). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,66) – 7,50 (6,12) – 8,00 (6,49) – 9,00 (6,90) – 9,00 (7,20) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,10, 2 Jahre 6,12. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 99,80, Rendite 7,30.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Renten schwächer

Am Rentenmarkt hielt der Zinsanstieg an. Dafür sorgen zunehmend die Daueremittenten, die im Bankenhandel Pfandbriefe mit Laufzeiten von fünf Jahren zu Renditen von knapp über 7,90 Prozent anbieten. Sie nähern sich damit den gleichen Sätzen, wie sie für zehnjährige Papiere gezahlt werden. Öffentliche Anleihen wurden im mittleren Laufzeitbereich teilweise um mehr als einen halben Punkt zurückgenommen. DM-Auslandsanleihen konnten sich demgegenüber mit Abschlägen bis zu einem Viertelpunkt besser behaupten.

	24. 5.	20. 5.
M 5½ Bayer. Hdbk. Pf 14	92	92
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	95bG	95,5G
7 dgl. Pf 3	95,25bG	95,75G
7 dgl. Pf 27	101,1G	101,1G
6½ dgl. KS 14	97G	97bG
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG

	24. 5.	20. 5.
Br 6½ dgl. Pf 77	94,45	94,45
6 dgl. Pf 42	99,96	99,96
6½ dgl. Pf 47	103G	103G
F 5 Pfr. Hypobk. Pf 66	70,5G	70,5G
5½ dgl. Pf 53	77,5G	77,5G
6 dgl. Pf 79	82G	82
6 dgl. Pf 130	88	93G
5½ dgl. Pf 133	88G	88G
10 dgl. Pf 188	101,15	101,15G

	24. 5.	20. 5.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	99G	99G
7½ dgl. Pf 45	101,25G	101,25G
M 6 Südboden Pf 41	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 57	78,25bG	78,25bG
6½ dgl. Pf 143	96,5G	95,5G
7 dgl. Pf 87	95bG	94,75G
7½ dgl. Pf 104	97,5bG	97,5G
7 dgl. KS 49	94,5G	94,5G
7½ dgl. KS 81	100,5bG	101G
8 dgl. KS 133	100,75	100,75

Wandelanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Anmerkungen:
- = Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Montag die Goldnotierungen in New York. Silber und Kupfer verbuchten solide Aufschläge. Auch die Kakaonotierungen tendierten fester. Die Kaffeenotierungen schlossen in den verschiedenen Sichten uneinheitlich.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	23. 5.	20. 5.
Juli	354,25	355,00
Sept.	363,25	363,50
Dez.	376,25	376,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	23. 5.	20. 5.
St. Lawrence 1 CW	244,41	243,76
Amber Durum	221,38	245,56
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	geschl.	120,00
Juli	geschl.	122,20
Sept.	geschl.	126,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	–	100,00
Juli	–	93,50
Sept.	–	95,00
Hafer Chicago (c/bush)	23. 5.	20. 5.
Juli	156,00	153,00
Sept.	157,50	155,00
Dez.	168,50	176,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	306,75	304,50
Sept.	294,25	292,25
Dez.	283,75	280,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	23. 5.	20. 5.
Mai	geschl.	101,80
Juli	geschl.	104,00
Sept.	geschl.	106,10
Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	23. 5.	20. 5.
Juli	10,52	10,54
Sept.	10,84	10,84
Nov.	11,16	11,16
Jan.	11,45	11,45
Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Mai	–	–
Sept.	19,25	19,25

Genußmittel

Kaffee		
New York (c/lb)	23. 5	20. 5.
Terminkontr. Juli	130,75	132,10
Sept.	127,75	128,00
Dez.	125,50	125,90
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2079	2067
Sept.	2110	2099
Dez.	2145	2123
Umsatz	3236	4721
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,95	10,40
Sept.	11,39	10,89
Okt.	11,61	11,11
Jan.	12,30	11,80
März	12,72	12,22
Umsatz	23 924	24 651
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	23. 5.	20. 5.
	9,30	6,36
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Mai	23. 5. 1990–1995	20. 5. 1985–1989
Juli	1691–1693	1680–1681
Sept.	1654–1655	1650–1652
Umsatz	3130	3513
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1373–1398	1375–1376
Juli	1415	1406–1407
Sept.	1439–1440	1434
Umsatz	3130	5377
Zucker		
London (£/t)		
Rohzucker Aug.	172,75–172,85	161,50–161,75
Okt.	182,75–182,80	171,75–171,90
Dez.	188,50–189,00	177,75–178,00
März	198,75–199,00	187,25–187,50
Mai	203,25–203,75	191,30–192,00
Aug.	–	–
Umsatz	10 570	5031

Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	23. 5.	20. 5.
schw. Sarawak spez.	285,00	255,00
weißer Sarawak	355,00	355,00
weißer Muntok	355,00	355,00
Orangensaft		
New York (c/lb)	23. 5.	20. 5.
Juli	117,35	117,40
Sept.	116,00	116,00
Nov.	111,40	111,35
Jan.	105,00	105,20
März	103,90	104,00
Umsatz	200	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl		
New York (c/lb)	23. 5.	20. 5.
Südstaaten fob Werk	26,50	26,50
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	23,00	23,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,07	19,18
Aug.	19,20	19,31
Sept.	19,37	19,45
Okt.	19,48	19,50
Dez.	19,81	19,91
Jan.	19,99	20,10
März	20,35	20,40
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	23,50	23,50
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	16,75	16,75
Choise white hog 4% fr. F.	15,675	15,875
Talg		
New York (c/lb)		
top white	16,00	16,00
fancy	15,50	15,50
bleichfähig	25,25	15,25
yellow max. 10% fr. F.	13,25	13,25
Schweine		
Chicago (c/lb)		
Juni	49,50	49,55
Juli	49,15	49,52
Aug.	46,00	46,77
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb)		
Mai	64,50	65,17
Juli	62,90	63,80
Aug.	60,40	61,17

Häute		
Chicago (c/lb)	23. 5.	20. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	52,00
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	49,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush)		
Juli	622,50	619,50
Aug.	627,75	625,00
Sept.	633,00	629,00
Nov.	641,25	638,00
Jan.	653,50	650,00
März	666,00	662,00
Mai	670	673,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht)		
Juli	182,40	180,70
Aug.	183,20	181,70
Sept.	184,50	183,50
Okt.	185,60	184,50
Dez.	189,80	188,80
Jan.	196,00	190,70
März	198,20	196,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	23. 5.	20. 5.
Mai	geschl.	290,80
Juli	geschl.	295,20
Okt.	geschl.	305,40
Kokosöl		
New York (c/lb)	20. 5.	19. 5.
Westküste fob Werk	27,75	28,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	24. 5.	20. 5.
jegl. Herk. cif	560,00	552,50
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	427,50	425,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	422,50	422,50
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	119,70	119,50
Kopra		
Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	617,50	617,50
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	245,00	248,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	23. 5.	20. 5.
Juli	74,00	74,80
Okt.	75,77	76,50
Dez.	76,10	76,90
März	77,50	78,25
Mai	77,90	78,70
Juli	78,50	79,35
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	56,75	56,625
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	23. 5.	20. 5.
Mai	415	415–440
Aug.	449–453	451–453
Okt.	449–455	452–453
Umsatz	127	80
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	23. 5.	20. 5.
Mai	geschl.	43,60
Juli	geschl.	43,85
Okt.	geschl.	44,30
Dez.	geschl.	44,85
Umsatz	0	0
Tendenz: –		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	23. 5.	20. 5.
Mai	547,0–550,0	553,0–560,0
Juli	570,00	575,00
Okt.	565,0–568,0	568,0–571,0
Umsatz	59	208
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	23. 5.	20. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	23. 5.	20. 5.
Mai	geschl.	14 106
Juni	geschl.	14 119
Kautschuk		
London (p/kg)	23. 5.	20. 5.
Nr. 1 RSS loco	74,50–76,00	75,00–76,25
Juni	74,70–76,00	75,20–76,50
Juli	74,30–74,50	75,00–75,30
Juli/Sept.	74,20–74,30	74,90–75,00
Tendenz: leicht, ruhig		

Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	23. 5.	20. 5.
Nr. 1 RSS loco:	237,50–238,50	237,00–238,00
Mai	237,50–238,50	237,00–238,00
Juni	242,00–243,00	241,50–242,50
Nr. 2 RSS Mai	235,00–236,00	234,50–235,50
Nr. 3 RSS Mai	231,50–232,50	231,00–232,00
Nr. 4 RSS Mai	225,00–226,00	224,50–225,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£ lgt)	23. 5.	20. 5.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Blei: Basis London	24. 5.	20. 5.
laufend. Monat	108,03–108,12	107,21–107,31
drittfolg. Monat	111,94–112,14	110,98–111,17
Zink: Basis London		
laufend. Monat	183,18–183,57	183,93–184,03
drittfolg. Monat	188,85–189,05	189,33–189,53
Produz.-Preis	185,98	185,96
Reinzinn 99,9%	3631–3667	3620–3656

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24. 5.	20. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	442,87–445,22	447,57–449,89
Blei in Kabeln	115,75–116,75	115,25–116,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	24. 5.	20. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	362–373	364–376
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	401–406	401–405
MS 63	413–416	410–416

Zinn-Preis Penang

	23. 5.	20. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,76	30,76

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	24. 5.	20. 5.
Leg. 225	311–318	311–318
Leg. 226	314–320	314–320
Leg. 231	350–351	350–351
Leg. 233	356–366	356–366

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	24. 5.	20. 5.
Platin (DM je g)	38,20	37,10
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 400	35 400
Rücknahmepr.	34 600	34 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 400	35 300
Rücknahmepr.	34 340	34 240
verarbeitet	37 150	35 150
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 065	35 100
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1077,10	1075,30
Rücknahmepr.	1039,40	1037,70
Verarbeitet	1124,90	1123,00

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)		
London	24. 5.	20. 5.
10.30	437,25	439,00
15.00	436,80	438,75
Zürich mittags	437,40–437,90	438,90–439,40
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	105 500	104 950
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	843,05	853,85
3 Monate	864,76	875,20
6 Monate	885,75	896,55
12 Monate	924,75	936,00
Platin (£-Feinunze)		
London fr. Markt	23. 5. 280,75	20. 5. 285,25
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	82,80	84,10

New Yorker Preise	23. 5.	20. 5.
Gold H & H Ankauf	432,75	438,75
Silber H & H Ankauf	1277,00	1330,00
Platin fr. Händlerpr.	450,00–454,00	430,00–454,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	unerhältlich	132,00–134,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	1325,00	1309,50
Juni	1327,00	1310,00
Juli	1335,00	1325,00
Sept.	1356,00	1344,00
Dez.	1386,00	1371,00
Jan.	1399,50	1384,70
März	1427,00	1405,40
Umsatz	27 000	25 000

New Yorker Metallbörse

	23. 5.	20. 5.
Kupfer (c/lb)		
Mai	77,85	78,00
Juni	78,05	76,60
Juli	76,80	78,00
Sept.	80,00	78,70
Dez.	82,00	82,10
Jan.	82,75	83,90
März	82,80	84,40
Umsatz	15 000	20 000

Londoner Metallbörse

	24. 5.	23. 5.
Aluminium (£/t)		
Kasse	965,00–965,50	958,00–959,00
3 Monate	993,00–994,00	987,00–987,50
Blei (£/t) Kasse	276,00–276,25	275,50–276,50
3 Monate	286,00–286,50	286,00–286,25
Kupfer		
Highergrade (£/t) mittags Kasse	1119,0–1119,5	1109,0–1109,5
3 Monate	1148,5–1149,0	1138,5–1139,0
abends Kasse	–	1112,5–1113,5
3 Monate	–	1142,0–1142,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1084,5–1085,5	1077,0–1078,0
3 Monate	1114,5–1115,0	1107,0–1108,5
Zink (£/t) Kasse	468,00–469,00	462,00–463,00
3 Monate	482,50–483,00	476,00–476,50
Zinn (£/t) Kasse	8625–8630	8610–8611
3 Monate	8713–8715	8710–8711
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	88–91

Wir haben unseren innigstgeliebten Sohn und Bruder

Richard James Benke

* 3. Mai 1959 † 20. Mai 1983

unerwartet verloren.

Hans Benke und Frau Elizabeth geb. Loudon
Dr. Valerio Pagani und Frau Patricia geb Benke
Derek Benke und Frau Sabine geb. Feder
Sheela Benke

2057 Wentorf
Hochweg 20

Trauefeier am Freitag, dem 27. Mai 1983 um 13.30 Uhr, in der Heilig-Geist-Kirche Wohltorf. Anschließend Beisetzung im engsten Familienkreis.

Nach langem, geduldig ertragenem Leiden hat der Herr heute im 89. Lebensjahr

Dr. Walter Rinke

Min. Rat. a. D.
ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages
Träger des Bundesverdienstkreuzes I. Kl.
u. a. Auszeichnungen

zu sich gerufen.

Seine ganze Liebe und Zuneigung galt seiner Familie und seiner Heimat Schlesien.

In stiller Trauer:
Margarete Rinke
Helmut, Elke u. Oliver Rinke
Gaby und Susanne Rinke

8183 Rottach-Egern, Rupertihof, den 21. Mai 1983

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis auf dem Ringberg-Friedhof Rottach-Egern/Pförn statt.

Mit großer Bestürzung und Trauer geben wir Kenntnis vom Tode unseres langjährigen Vorsitzenden, Präsidenten und Ehrenpräsidenten

Hermann Kapp

geb. 23. 7. 1898 gest. 20. 5. 1983

Sein hervorragender Einsatz für die Interessen des selbständigen Mittelstandes hat die Entwicklung des Bundesverbandes der Selbständigen – Deutscher Gewerbeverband e. V., Bonn und des BDS-Landesverbandes Baden-Württemberg in den schwierigen Nachkriegsjahren geprägt.

Wir verneigen uns vor einem Mann, dessen Leben im Zeichen des Dienstes am Mitmenschen stand und dessen besonderes Interesse der Idee der Gewerbeverbeine galt.

Bundesverband der Selbständigen e. V.
Deutscher Gewerbeverband

Elmar Kolb MdB, Präsident — Hans-Wilhelm Dünner, Bundesgeschäftsführer

Coburger Straße 1a, 5300 Bonn 1

Senat und Abgeordnetenhaus von Berlin trauern um

Frau Bundesminister a. D.

Marie Schlei

ehemalige Berliner Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Inhaberin der Ernst-Reuter-Plakette.

Sie ist am Sonnabend, dem 21. Mai 1983 verstorben.

Frau Marie Schlei hat sich in verantwortlichen Aufgaben um die Menschen in Berlin und in ganz Deutschland verdient gemacht. Ihr soziales Gewissen war Maßstab und Orientierung. Wir werden ihr stets ein ehrendes und dankbares Andenken erhalten.

Richard von Weizsäcker, Regierender Bürgermeister — **Peter Rebsch**, Präsident des Abgeordnetenhauses

---

FINANZANZEIGEN

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Außergewöhnliche Beteiligung

wird geboten, an einer neu zu gründenden Gesellschaft, deren Aufgabe es sein wird, für eine profitable Verwertung an von dritter Seite angebotenem KNOW-HOW, PATENTEN und LIZENZEN sowie ERFINDUNGEN zu sorgen. Es handelt sich dabei um Applikationen auf dem Gebiet der Electronic, Computer- und Nachrichtentechnik, der Datenübertragung und Datenerfassung, hierbei speziell Schutz der zu übertragenden Daten und Informationen, sowie Sprachverschlüsselung und Verschleierung bei Telefon, Autotelefon und Funkdiensten allgemein.

Gesucht werden nun PRIVATE ANLEGER, die bereit sind, sich an einer mit, wie die Vergangenheit zeigte, überdurchschnittlich profitablen Gesellschaft zu beteiligen. Wir bieten in erster Linie passive Teilhaberschaft in der Stückelung von DM 200–500 KDM (max. 10 Gesellschafter – Gesellschaftskapital ca. DM 2,5 Mill. – Mindestanlage für 5 Jahre) sowie unter Umständen eine aktive Beteiligung für einen versierten Anwalt, vertraut mit internationalem Patent-, Lizenz- und Vertragsrecht.

Gestatten Sie uns an dieser Stelle den Hinweis, daß wir bereit sind, sehr detaillierte Auskünfte über uns selbst zu geben, sei es durch Referenzen unserer Hausbanken, dem Urteil renommierter Rechtsanwälte/Steuerberater sowie anderer Institutionen einschließlich Kunden und Lieferanten. Der Initiator verfügt über einen Background von mehr als 14 Jahren, in einer ähnlich gelagerten Top-Management-Position innerhalb eines multinationalen Konzerns, dessen Shareholders sich aus anonymen Finanzierungs- und Beteiligungsgesellschaften zusammensetzte.

Ernsthafte Interessenten sollten sich bald mit uns in Verbindung setzen, auch gerne über Ihren Anwalt/Steuerberater, je mehr wir von Ihnen wissen, desto ausführlicher können, der Natur der Dinge entsprechend, unsere Angaben sein. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage unter G 6743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MAKLER

Wir glauben, Ihre Kunden können viel mehr verdienen, indem Sie in unser Konzept investieren.

Einkommensprojektionen wurden durch eine internationale Treuhandfirma vorgenommen. Ihre Kunden können mit einer DURCHSCHNITTLICHEN JÄHRLICHEN RENDITE VON ÜBER 100% FÜR DIE ERSTEN 25 JAHRE rechnen. Ideale Anlage mit Einkommen auf unbestimmte Zeit. Mindesteinlage $ 10 000. Großzügige Kommissionssätze.

Für weitere Auskünfte
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos
1005 Lausanne/Schweiz
Telex: 25 185



MODERNES LANDHAUS zu verkaufen, 3 km von Nimwegen, Holland

Freie, ruhige Lage in 7000 m² wunderschönem Parkgarten. Inhalt 1060 m³ mit allem Komfort, 2 Garagen, Pferdeställe, Scheunen, offene Manege und evtl. anliegende Wiesen (bis 2½ ha).

Tel.: 00 31 / 80 58 02 96, Dr. Nuver, Malden.

WERDEN SIE HAUSBESITZER IN DER SCHWEIZ

1½ Std. von Basel entfernt, per Autobahn-Ausfahrt N 12 Bulle, zu verkaufen in Moléson-sur-Gruyères

eine herrliche Wohnung

3½ Zimmer, Dupplex, Frs. 30 000,– sofort zahlbar, der Rest, d. h. Frs. 200 000,– mit Hypothek.

Neben den Skipisten und in der Nähe eines Sportzentrums, 10 Min. von Bulle und vom Greyerzersee entfernt.

Freier Verkauf an Ausländer.

Auskunft:
P.-A. BRIGUET
Tel. 00 41 29 / 6 15 78 (Büro), 00 41 21 / 56 50 62 (Privat)

Zwei Eigentumswohnungen

in einem 4geschossigen Mehrfamilienhaus mit jeweils einem dazugehörigen Stellplatz in der Tiefgarage des Hauses – sehr gute Bauausführung – **in Buchholz, Karlstr. 5**, zentral gelegen, gute Wohnlage, mit Einbauküche und großer Loggia.

Wohnfläche:	je ca. 60 m²
Verkehrswert:	DM 120 000,- für die Wohnung im Erdgeschoß DM 125 000,- für die Wohnung im 1. Obergeschoß

im Zwangsversteigerungstermin beim Amtsgericht Tostedt, Unter den Linden 23, am 09. 06. 1983, 9 bzw. 9.15 Uhr **günstig,** ggf. unter Verkehrswert zu erwerben.

Anfragen bitte an Ersthypothekar unter PC 6254 Anzeigen-Expedition Heinrich Hess, Friesenstr. 35, 5000 Köln 1, oder telefonische Anfrage von 9–16 Uhr unter 02 21 / 57 21–4 87

Lippe - Kalletal

Bungalow 1974, ruhige Hanglage am Wald, Fernblick, VB 485 000

Tel. abends 0 52 32 / 7 18 50

2-Familien-Haus an Nordseeküste

an unverbaubarer Lage auf Düne in bekanntem holländischen Badeort.

Zwei 4-Zimmer-Wohnungen, schön möbliert, Zentralheizung, große Garage, Terrasse, Balkon, 900 m² Umschwung.

Eine Wohnung vermietet (kündbar). 2. Wohnung kann als Ferienwohnung vermietet werden. Infolge steigender Immobilienpreise auch als Kapitalanlage geeignet. Preis sehr günstig.

Angebote an Chiffre 02-142 115 Publicitas, Postfach 330, 5200 Brugg/Schweiz

Die Deutsche Bundesbahn verkauft gegen Höchstgebot

EMPFANGSGEBÄUDE

des Bahnhofs Salzgitter Watenstedt (Baujahr 1953) mit 2800 qm Grundstücksfläche.

Nähere Auskünfte erteilt die Hochbaubahnmeisterei Hildesheim, Telefon (0 51 21) 5 32 24.

DB — Schriftliche Angebote binnen 2 Wochen an Bundesbahndirektion Hannover, 13 R 204 Postfach 180, 3000 Hannover 1

Erfolgreicher Unternehmer

wirtschaftlich unabhängiger Außenhandelskaufmann, ideenreich, mit internationalen Kontakten, sucht neuen Beteiligungsschwerpunkt im Bereich des Maschinen- und Anlagenexports und des Produktimports.

Angestrebt wird

tätige Beteiligung

evtl. Übernahme einer Außenhandelsfirma, vorzugsweise im Großraum Hamburg.

Kapitalnachweis und die üblichen Referenzen erster Bankadressen liegen vor.

Kontaktaufnahme erbeten mit den mit der Prüfung beauftragten Rechtsanwälten Northmann + Partner
Esplanade 41, 2000 Hamburg 36
Tel.: 0 40 / 34 30 66 – Telex: 2 161 776

z. H. RA Dr. R.-J. Northmann, Fachanwalt für Steuerrecht.

Ravensburg-Weingarten

ca. 450 m² moderne

Verkaufsräume und Büro

VHB DM 570 000,–, sofort beziehbar.

Immobilien Reinhardt
7915 Ulm-Eichingen 1

Idylle in Friesland



Ferienhaus, Nähe Nordsee, in Mederns/Hohenkirchen bei Wilhelmshaven, in ruhiger, wunderschöner Lage, zu verkaufen. Bj. 1953. Ehemaliges Schulgebäude, das 1987/88 zum Ferienhaus umgestaltet wurde. Es umfaßt 3 Wohneinheiten und hat 3 Garagen. Grundst.-Größe 6548 m². VB 310 000,- DM.

Anfragen richten Sie bitte an die Simeonsbetriebe GmbH, Simeonsplatz 6, 4950 Minden, Telefon 05 71 / 2 20 91

COMERSEE

Bauunternehmen verkauft in Civenna Kleinvilla m. 2 Zi., Aufenthaltsr. mit verschiebb. Trennwand m. Platz für 2 Betten, Küche, 2 Badezi. u. Toiletten, Autobox, Keller, Laubengang u. gr. Garten mit Seeblick. Schreiben Sie bitte an:

EDILBELLAGIO srl
22021 Bellagio – ITALIEN
Telex 380 178 Italien

Ibiza

Größeres Ferienhaus am Rande von San Antonio mit Blick über die Bucht, 1750 m² Grundstück, zu verkaufen, DM 185 000,-.

Tel.: 0 30 / 8 13 12 52

106 m² Maisonette-Eigentumswohnung

Exklusive Ausstattung, Fußbodenheizung, großer Südbalkon. Ruhige Lage in Dorsten-Holsterhausen. Auch interessant für Kapitalanleger, da gute Vermietbarkeit. Keine Maklergebühren. Verkauf direkt vom Bauträger. Inkl. KFZ-Stellplatz DM 253 000,–.

Stewing-Globalbau
Bauhausstiege 2, 4270 Dorsten, Telefon (0 23 62) – 2 01–0 (Herr Menge)

Ab 12 356 DM

sind Sie als Miteigentümer an einer rasch expandierenden Schweizer AG dabei.

Jährliche Netto-Rendite von 12% und Kapital garantiert.

Ihre Anfrage an Postfach 75 26, CH-8023 Zürich wird absolut vertraulich behandelt.

Achtung, Ski- und Wanderfreunde!

Einmalig schönes Luxus-Chalet im Sonnental Wallis/Schweiz (Region Nendaz, ganzjähr. Skibetrieb) zum Preis von sfr 360 000,– (inkl. 1200 m² Land). Traumhafte Aussichtslage, große Sonnenterasse, Privatstraßenzufahrt, Garage usw. Definitive Ausländerbewilligung vorhanden. Einm. Kapitalanlage, gute Kreditmöglichkeiten. Näheres erfahren Sie unter Chiffre ofa 2993 Zb, Orell Füssli Werbe AG, CH-8022 Zürich/Postf.

88 m² Erdgeschoß-Eigentumswohnung

großer Südwest-Balkon, Fußbodenheizung, Edelholztüren, raumhoch geflieste Bäder, farbige Sanitärobjekte. Kleine Baumaßnahme in einem Dorstener Vorort, bezugsfertig. Kauf vom Bauträger, keine Maklergebühren, inkl. Kfz-Stellplatz DM 223 000,–.

STEWING-GLOBALBAU
Bauhausstiege 2, 4270 Dorsten
Tel. (0 23 62) 2 01–0 – Herr Menge

Ohne Aval SFR ab 500.000,– DM

ab 4,8–5,5%

vermittelt:

VSC Immobilien

Am alten Broich 42 · 4018 Langenfeld
Telefon 0 21 73 / 7 87 46 / 7 88 30

ACHTUNG

Haben Sie ein innerstädtisches Abriß- oder Baugrundstück in guter Lage? Wollen Sie selbst am Gewinn einer Neubebauung mit Wohn- oder Gewerbeflächen teilhaben? Suchen Sie dafür auch ein steuerlich optimales Konzept? Dann schreiben Sie uns. Wir sind ein 20 Jahre erfahrenes, solventes Bauträgerunternehmen; wir engagieren uns selbst und bieten Ihnen 50% Gewinnbeteiligung. Vertraulichkeit wird zugesichert.

Anfragen u. U 6335 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Baufinanzierung und Hypothekenbeschaffung

nach Maß. Auch in schwierigen Fällen (Zwangsversteigerung oder negativer Auskunft) können wir helfen. *Eine telefonische Anfrage lohnt sich.*

Vermittlung: WSB EITORF
Tel. 0 22 43 / 8 00 66 / 7

Eingeführtes

Bauinnovations- und Betreuungs-Unternehmen

mit qualifiziertem Management, vorwiegend im gewerbl. Bau spezialisiert, Jahresumsatz 1983/84 ca. 150 Mio. DM, Jahresgewinnerwartung ca. 15 Mio. DM, zu verkaufen. Anfragen, welche vertraulich behandelt werden, unter P 6331 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wer Immobilien oder Kapitalien anbietet oder sucht ...

W 3832

... der erreicht durch Anzeigen in der Großen Kombination DIE WELT/WELT am SONNTAG eine Top-Leserschaft im In- und Ausland

Die Große Kombination
Immobilien-Kapitalien
DIE WELT
WELT am SONNTAG

Neu – Eröffnung von Ihrem Bankkonto in der Schweiz

Schnell – sicher – diskret

Offerten an Chiffre 24-A304 656 Publicitas, 6901 Lugano/CH

★ Nähe Montreux und Skigebiete ★

Studios (28 m²)	ab SF 62 000
2-Zi.-Appts (34 m²)	ab SF 93 500
5-Zi.-Chalets (92m²)	ab SF 240 000
3½-Zi.-Villen (100m²)	ab SF 285 000

Notwendiges Eigenkapital = 30 %

PC-IMMOBILIER-SA
Tour Grise 6, CH-1007 Lausanne
Telefon: (00 41 21) 25 26 11

Südschwarzwald

Hofsgrund - Schauinsland bei Freiburg

Eigentumswohnungen, 2 und 3 Zimmer, ab DM 130 300,–

Kurort Lenzkirch

Eigentumswohnungen, 1½ bis 2½ Zimmer, inkl. Garage ab DM 137 600,–

GISINGER WOHNBAU
7800 Freiburg, Karlstraße 6
Telefon (07 61) 3 17 49

Wir suchen

Aktien-Mehrheit einer AG

börsennotiert oder im Freihandel, mit oder ohne Grundbesitz, gegen Barzahlung. Auch ein sanierungsbedürftiges Unternehmen kommt in Frage.

Eilangebote unter S 6333 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir expandieren und suchen Zweigniederlassung in:

HAMBURG / BRAUNSCHWEIG / NIENBURG / OSNABRÜCK / PADERBORN / KASSEL / BAD BERLEBURG / ESSEN / TRIER UND FRANKFURT

Wir bieten: im Finanzierungsbereich hohe Verdienstmöglichkeiten (ab DM 10 000,– Bruttoprovision durch ein einmaliges System).

Wir erwarten von unseren Partnern: eigenes Büro · Pkw · Kapitalnachweis.

Für den Gebietsschutz ist eine Gebühr von DM 5000,– erforderlich.

W. Krämer
Finanzberatung u. Verm. KG., Moltkestr. 54, 5000 Köln 1, Telefon 02 21 / 52 70 57 / 58

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Immobiliendienst

Sittensen, BAB Hamburg–Bremen

Gewerbegrundstück, ca. 16 700 m², mit Produktions- und Lagerhalle, Werkstatt und Verwaltungsgebäude, direkt an der BAB gelegen, ca. 300 m

Halle I:	Stahlbaukonstruktion, 875 m², Sozialräume, Verbundsteinpflasterung und Heizung, Baujahr 1962
Halle II:	Stahlbaukonstruktion, 830 m², Verbundsteinpflasterung, Beheizung möglich, Baujahr 1974
Halle III:	Stahlbaukonstruktion, 750 m², Sozialräume, Verbundsteinpflasterung und Heizung, Bauj. 1979

Verwaltungsgebäude: 145 m², Bauj. 1974

Im Bereich der Hallen sind umfangreiche Hofbefestigungen vorgenommen worden, das Grundstück ist z. Zt. nur zur Hälfte bebaut, es können betriebliche Erweiterungen vorgenommen werden. Jede Halle kann wirtschaftlich für sich selbst genutzt werden, daher sind Teilkäufe möglich. Kaufpreis: DM 1 780 000,–.

Tel. nach Geschäftsschluß: 0 42 82 / 6 06 Herr Gerken

Volksbank Sittensen eG
Bahnhofstr. 5 · 2732 Sittensen · ☎ 0 42 82 / 20 81

★★★★★

HOTEL DER INTERNATIONALEN SPITZENKLASSE

Bestens eingeführtes Haus im Ganzjahresbetrieb mit breitgefächertem Angebot für anspruchsvolle Kur- und Urlaubsgäste. 150 Betten in 83 Zimmern und Appartements mit allem Komfort, 2 Speisesäle, Passantenrestaurant, Tages- und Nachtbar, großes Hallenbad, Sauna, med. Bäderabteilung, alles in exkl. Ausstattung. Tennis, Tischtennis, Boccia, Reiten, alle Wintersportarten. Ca. 35 000 qm Grund. Anfragen an:

WIRTH IMMOBILIEN
Veillodterstraße 9 8500 Nürnberg 10
Telefon (09 11) 53 38 77

★★★★★

Berlin

Klimatisierte, massive Halle

insbesondere als Film- und Fotolabor oder für ähnliche Zwecke einschl. Lagerung geeignet

in Berlin-Lichterfelde-Süd zu vermieten.
Baujahr 1973
Stahlkonstruktion, ebenerdig,
Höhe 4 m, 1130 m²
Büro (inkl. Kantine) 600 m²
Anfragen erbeten an:
Verwaltung des ehemaligen Reichsbahnvermögens (Vorratsvermögen) in Berlin (West), 1 Berlin 61, Hallesches Ufer 74/76, Tel. (0 30) 26 00 23 86

Gewerbekomplex Hamburg

solvent vermietet bis 12/87, Netto-Miete DM 140 000,– p. a., für DM VB 1,68 Mio. zu verkaufen. – Zuschr. u. Z 6890 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

GESUCHE

Solvente Gesellschaft bürgerlichen Rechts

sucht Gewerbegrundstücke

von 15 000–35 000 m² in Gemeinden in der Nähe größerer Städte oder in Ballungsgebieten.

Zuschriften unter A 6891 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wer Was Wo

Ein Wegweiser für WELT-Leser

ADRESSEN
3352 Einbeck 1, Merkur Direktwerbeges., PF 206, Tel. 0 55 61 / 31 41, FS 9 65 624
KARL TREBBAU, 5000 Köln 51, Postf. 51 10 50, Tel. 02 21 / 38 04 14, FS 8 882 059

AIRTAXI
4000 Düsseldorf 30, Executive – Charter Travel Air, Tel. 02 11 / 4 21 68 08 oder 0 40 / 5 00 02 33

ALUMINIUMSCHIEBELEITERN
4516 Bissendorf 1, Fa. Philipps-Ideal-Leitern, Friedensweg 15, Tel. 0 54 02 / 31 44

ANLAGE- UND FINANZBERATUNG
4040 Neuss 1, H. ERNSER, Bauherrenmodelle, Gladbacher Straße 36, Tel. 0 21 01 / 5 00 07

ANRUFBEANTWORTER
B · I · V · G, Neu-, Gebraucht-, Kauf-, Miet-, Reparaturersatzgeräte, Goethestr. 12, 3 Hannover 1, T. 05 11 - 1 74 81

AUS- UND FORTBILDUNG
3388 Bad Harzburg 1, Akademie f. Führungskräfte der Wirtschaft, Amsbergstr. 22, Tel. 0 53 22 / 7 30

AUSBILDUNG U. ERFAHRUNGSAUSTAUSCH BÜRO
73 Esslingen, VIV VERBAND m. AKADEMIE, Stöckenbergweg 30, T. 07 11 - 37 80 07

AUSKUNFTEIEN
Aachen – Wuppertal, CREDITREFORM, an 107 Orten in Deutschland, und weltweit
6000 Frankfurt/M. 16, Schimmelpfeng GmbH, Postfach 1 67 20, Auskünfte weltweit

AUSTRALIEN / IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONEN
8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20

AUTOLEASING
2000 Hamburg 50, Beerenweg 5, Hansa Automobil Leasing GmbH, Tel. 0 40 / 8 53 06 02
6900 Heidelberg, rhein-neckar-autoleasing GmbH, Tel. 0 62 21-3 70 71

AUTOMARKT
7000 Stuttgart 1, alle Cabrio-Verdecke, SPEED + SPORT, Postf. 4 12, Tel. 07 11 / 47 57 96, Tx. 7 22 311

BLOCKHÄUSER
3558 Frankenberg-Haubern, WAGRÖ-Blockhäuser, Tel. 0 64 55 / 5 55

BLOCKHÄUSER – FERIENHÄUSER
HUNSRÜCKER HOLZHAUSBAU, Emil Theis KG, 5449 Leideneck, T. 0 67 62 - 3 03
6200 Wiesbaden, Eichelhäherstr. 33, Polar-Blockhaus GmbH, Tel. 0 61 22 / 63 55

CABRIO-VERDECKE
7 Stuttg. 1, Speed + Sport, alle Verdecke, PF 412, Tel. 07 11 / 47 57 96, Tx. 7 22 311

CAMPING-RESERVIERUNGEN
8000 München 40, TOURIEX GmbH, Karl-Theodor-Str. 66, Tel. 0 89 / 3 00 80 86

EDV
3000 Hannover 1, TCM, Goethestr. 12, Tel. 05 11 / 1 51 51, Adressen, Programmierung für IBM / 23 / 34 und Sirius 1, Rechenzentrum für FIBU, Lohn, Warenwirtschaft, Nachkalk. u. a., Schulung als Bildungsurlaub in Zusammenarbeit mit Refa, Zubehör, Papier, Disketten u. a.

ENERGIEBERATUNG
2000 Hamburg 73, RENORGA GmbH & Co, Künnekestr. 22, Tel. 0 40 / 6 78 35 45

FACHSCHULEN
8262 Altötting/Obb., Postfach 2 20, Staatl. anerk. Hotelberufs-Fachschule, Tel. 0 86 71 / 7 00 10
Dtsch. Angestellten-Akad. e. V., Bildungswerk der DAG e. V., Holstenwall 5, 2 HH 36, Tel. 0 40 / 34 91 51, Durchwahl 3 49 15–2 61

FERIENHOTEL ZWISCHEN SCHWARZWALDTANNEN
7298 Adrionshof bei Freudenstadt, 750 m, Hallenbad, Tel. 0 74 46 / 20 41

FERIENFAHRSCHULE
5370 Kall + 5372 Schleiden / Eifel, Ferienfahrschule aller Klassen, Dieter Züll, Tel. 0 24 41 / 7 96

GELDSCHRÄNKE ODER TRESORE
75 Karlsruhe, Tresore + Heimsafes, BAUM-TRESORE, Abt. 3, Tel. 07 21 / 61 40 180

HAARAUSFALL
4600 Dortmund, Haar-Praxis Klasssen, Deutschlands größte Praxis für Haar-Prothetik, Wiss-Str. 20, Tel. 02 31 / 52 74 74

HOTEL AN DER ROMANTISCHEN STRASSE
8803 Rothenburg o. T., Hotel Goldener Hirsch, Tel. 0 98 61-20 51, Tx. 6 1 372

HOTEL MIT AUSGEZEICHNETER KÜCHE
5300 Bonn 2, Rheinhotel Dreesen, Tel. 02 28 - 36 40 01, Telex 08 85 417

HOTEL MIT LÄNDLICHEM CHARME
Gut Funkenhof, 5768 Altenhellefeld, im Hochsauerland, T. 0 29 34–10 12

HOTEL FÜR IHRE GESCHÄFTSREISE
4 Düsseldorf, Hotel Fairport, Niederrheinstr. 162, T. 02 11 - 45 09 56, Tx. 8 584 033, Tagungs-/Konferenzmögl.

IHR HOTEL ZWISCHEN NORD UND SÜD
Hotel Götz, 7590 Achern, Sonne-Eintracht Achern, Hauptstr. 112, Telefon 0 78 41 / 64 50, Telex 7 52 277

IMMOBILIENMAKLER
5 Köln 1, Albert Wolter RDM, Wallrafplatz 9, T. 02 21 - 23 37 27, Tx. 8 882 932
3002 Wedemark 10, Tel. 0 51 30 / 44 58, DM 24,- POSTELLA BUNDES-IMMOB.-ADRESSBUCH

IMMOBILIEN UND KAPITALANLAGEN IN AUSTRALIEN
8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20

INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Pädagogium, Bad Sachsa, T. 0 55 23 / 10 01 – Internats-Gymnasium
3036 Bomlitz, Freie Waldorfschule, Landschulheim Benefeld, Tel. 0 51 61 - 40 21
5300 Bonn 3, Ernst-Kalkuhl-Gymn., Königswinterer Str. 534, Tel. 02 28 - 44 11 54
5270 Gummersbach-Lantenbach, Internat Aggersee, T. 0 22 61 / 2 34 76
4700 Hamm-Heessen, Internatsgymnasium, Tel. 0 23 81 - 3 40 42 - 43
4925 Kalletal, Schloß Varenholz, Ganztagsrealsch./Intern., Tel. 0 57 55 / 4 21
2941 Langeoog, Gymnasium mit Internaten, Postf. 13 05, Tel. 0 49 72 / 3 16
2941 Langeoog, Internats-Realschule, Postfach 13 05, Tel. 0 49 72 - 3 16
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosenberg f. Mädchen u. Jungen, Abitur im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24 / 25
3542 Willingen/Hochsauerland, Upland-Internate, Haupt-, Realschule und Gymnasium b. z. Abitur f. Jg. u. Md. Mit Ski-Internat f. Leistungssport, Tel. 0 56 32 / 66 37

INKASSOUNTERNEHMEN
Aachen – Wuppertal, CREDITREFORM, an 107 Orten in Deutschland, und weltweit
Berlin 19, WIRTSCHAFTSINKASSO, Spandauer Damm 42, Tel. 0 30 / 3 22 39 02
6100 Darmstadt, MERKUR INKASSO-INSTITUT, Postf. 11 07 67, Tel. 0 61 51 / 2 67 26 – der leistungsfähige Partner für Großauftraggeber.
2000 Hamburg 1, Schimmelpfeng GmbH, Inkassoabteilung, Amsinckstr. 45, Tel. 0 40 - 23 73 81, und weitere 12 Inkassobüros in ganz Deutschland

KLIMA / KÄLTE / LÜFTUNGSBAU
4902 Bad Salzuflen, Weisshaar Wärmepumpen, Tel. 0 52 22 / 8 20 98-99, Tx. 9 312 199
4600 Dortmund, Ebenrecht GmbH & Co. KG, Am Uhlenhorst 4, Tel. 02 31 / 71 60 48
5180 Eschweiler, Polenz GmbH, Tel. 0 24 03 / 2 50 15 + 2 50 16, Tx. 8 32 163
7614 Gengenbach, Elshaar, Kälte-Klima-Ladenbau, Tel. 0 78 03 / 42 64, Tx. 07 52 795
8031 Gilching, Polenz GmbH, Landsberger Str. 8, Tel. 0 81 05 / 2 25.75, Tx. 5 213 269
2000 Hamburg, Polenz GmbH, PF 50 12 45, Tel. 0 40 / 8 80 40 31, Tx. 2 13 800
3000 Hannover, Gärtner KG, Berliner Allee 47, Tel. 05 11 / 85 10 65–66
7500 Karlsruhe, Polenz GmbH, Tel. 07 21 / 46 88 10, Tx. 7 825 724
6802 Ladenburg, Michael Eisenhofer GmbH, Klima, Tel. 0 62 03 / 50 95, Tx. 04 62 651
6070 Langen, Polenz GmbH, PF 15 46, Tel. 0 61 03 / 7 30 21-22, Tx. 4 15 022

KONGRESSE, TAGUNGEN
6000 Frankfurt, Congress Centrum, Auditorium Monte Carlo, Informationsbüro Monte Carlo, Mainzer Landstr. 174, Tel. 06 11 / 73 05 39
Fürstentum Monaco, Staatliche Zentrale für Tourismus und Kongresse, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstr. 174, Tel. 06 11 - 73 05 39

LEASING
8900 Augsburg, IL, Investitionsgüter Leasing, Nibelungenstr. 1, T. 08 21 / 51 00 77, Tx. 05 33 527
4150 Krefeld, GGA Leasing, Schönwasserstr. 216a, Tel. 0 21 51 / 5 80 48–49
4150 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Schönwasserstr. 216a, Tel. 0 21 51 / 5 80 48–49

MESSEBAU/MESSESTÄNDE + ZUBEHÖR
69 HD, ZARFL + PARTNER GmbH, Messebau – Großfotos – Dias, Tel. 0 62 21 / 2 75 49

MÜNZFACHGESCHÄFTE / GROSS- UND EINZELHANDEL / AUKTIONEN
4 Düsseldorf, MÜNZHANDLUNG RITTER, Bastionstr. 10, T. 02 11 - 32 50 24, Tx. 5 07 634

PSYCHOLOGISCH-STATISTISCHE TEXT-AUSWERTUNG ZUR MEINUNGSFORSCHUNG U. PR
Dipl.-Psych. E. C. Kuller, Forschung + Beratung, Max-Planck-Str. 76, 28 Bremen 33, Tel. 04 21 - 25 23 70

PSYCHOLOGISCHE BERATUNG
Privat-Praxis für Individual- + Analytische Psychologie, Seminare, Persönlichkeitsstruktur, Bewerberberatung u. a. P. Mackiewicz, Humboldtstraße 64, 4050 Mönchengladbach 1, Tel. 0 21 61 / 18 32 70, und Trogerstr. 57, 8000 München 80, T. 0 89 - 4 70 52 56

REFORM-SPEISEÖLE
7274 Haiterbach, Reform-Ölmühle GmbH, Postfach 16, Tel. 0 74 56 / 18 63

ROLLTORE / KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN
5064 Rösrath-Hoffnungsthal, Grießmann GmbH, Tel. 0 22 05 / 19 37–52 25. Telex 8 87 957, techn. Überprüfung und Wartung gemäß den Richtlinien der Berufsgenossenschaften, ständig erreichbar durch Eurosignal, Versicherungsschäden, Reparaturen in der Bundesrepublik innerhalb vor 12 Stunden.

SAUNAANLAGEN
FECHNER – Sauna – Solarien, 7170 Schwäbisch Hall, Raiffeisenstraße 7, Tel. 07 91 / 21 16

SEEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, Erste Deutsche Reederei, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80

SEMINARE
VA-Akademie für Führen und Verkaufen – Verkaufsleiterakademie e. V., 6231 Sulzbach b. Frankfurt, Hauptstr. 123, Tel. 0 61 96/2 70 01

SENIOREN-WOHNSITZE
8100 Garmisch-Partenkirchen, ROTES KREUZ-Betreuungsgesellschaft mbH, Seniorenruhesitz Parkfrieden, Mittenwalder Str. 17-23, Tel. 0 88 21 - 5 30 46
8960 Kempten, ROTES KREUZ-Betreuungsgesellschaft mbH, Senioren-Ruhesitz Hoefelmayr-Park mit Pflegestation, Haus L, Hieberstr. 6, Tel. 08 31 / 20 41

SENKRECHT-LAMELLEN
2 HH 13, auch gebraucht geg. neu, Dr. Heller + Co, Hansastr. 38, Tel. 0 40 / 44 22 22

SILVESTER-GROSSFEUERWERK
8532 Bad Windsheim, F. Ströbel GmbH., Feuerwerkerei, Postf. 2 13, Tel. 0 98 41 / 22 67

SPRACHSCHULEN / SPRACHKURSE
5000 Köln 1, BLS Sprachschule, Hohenzollernring 5, Tel. 02 21 / 24 42 00

SQUASHANLAGEN
2100 Hamburg 90, Squash Court Service GmbH, Tel. 0 40 / 77 27 45-46

SCHAUFENSTER-FIGUREN
FIGUREN-JUNG KG, für Mode und Sport, Museen und Private, von 80,– bis 1200,– DM, 8510 Fürth/Bay., Kaiserstr. 168-170, Tel. 09 11/7 80 87, Telex 6 22 929

SCHWEIZER VERMÖGENSVERWALTUNG
CH-8004 Zürich, MWB Vermögensverwaltung-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11 - 2 41 24 55 / 56, Tx. 00 45 - 8 13 685, spezialisiert auf bankgeprüfte quellensteuerfreie sFr-Anlagen; auch Ansparprogramme.

TAGUNGS- UND KONFERENZHOTELS
8730 Bad Kissingen, Hotel KUR-CENTER, Tel. 09 71 / 8 11, Telex 0 672 837
2190 Cuxhaven-Duhnen, Hotel Seelust, Hallenbad, Telefon 0 47 21 / 4 70 65 - 67
4701 Hamm-Rhynern, BAB Rasthaus Rhynern-Nord, Tel. 0 23 85 - 35 65 od. 83 00
6109 Mühltal (bei Darmstadt-Eberstadt), Rest. Burg Frankenstein, Tel. 0 61 51 - 5 46 18
6290 Weilburg/Lahn, Schloßhotel Weilburg, Tel. 0 64 71 - 3 90 96, Tx. 4 84 730

TOUPETS / PERÜCKEN
Brehmer GmbH, 2800 Bremen, Parkstr. 116, Tel. 04 21 / 34 30 16, deutsche Maßarbeit, Brehmer-Top-Center im gesamten Bundesgeb., Anschriften anfordern

USA-KAPITALANLAGEN
US-FARMLAND und VERWALTUNG, HUBER FARM SERVICE INC., 5050 Poplar Ave., Memphis, Tenn. 38157 USA, Tel. 0 91 / 7 67-22 30
HUBER TREUHAND AG, Lavaterstr. 76, CH-8027 Zürich, Tel. 00 41 / 1-2 02 91 77

VERMIETER FERIENHÄUSER / FERIENWOHNUNGEN
8000 München 40, TOURIEX GmbH, Karl-Theodor-Str. 66, Tel. 0 89 / 3 00 80 86

VERMÖGENSVERWALTUNG IN DER SCHWEIZ
CH-8004 Zürich, MBW Vermögensverwaltung-Aktiengesellschaft für den Mittelstand, Langstr. 21, Tel. 0 04 11 - 2 41 24 55 / 56, Tx. 00 45 - 8 13 685, spezialisiert auf bankgeprüfte quellensteuerfreie sFr-Anlagen; auch Ansparprogramme.

VERWALTUNG VON EIGENTUMSWOHNUNGEN UND HÄUSERN
62 Wiesbaden, Muno & Partner, Kais.-Friedr.-Ring 71, T. 0 61 21/52 40 43

WERBEARTIKEL
4 Düsseldorf 31, Petra Lück Werbeartikel, Postf. 34 02 54, Tel. 02 03 / 74 12 88

ZEITUNGSAUSSCHNITTBÜROS
5300 Bonn, Hermes R. Severin, Weberstr. 92, Tel. 02 28 - 21 91 25
1000 Berlin 45, Der Ausschnitt, PF 45 02 80, Tel. 0 30 / 7 72 70 02, Tx. 1 83 538

ZÜNDHOLZWERBUNG
2722 Visselhövede, von Deylen ZÜCLAM GmbH, PF. 249, Tel. 0 42 62 - 7 74, Tx. 2 4 301

Informationen über den Wegweiser für WELT-Leser „WER–WAS–WO" erhalten Sie durch DIE WELT Anzeigenabteilung, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36, Telefon 0 40 / 3 47 44 40 und 0 40 / 3 47 41 28.

erscheint wöchentlich

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Erste Adresse in Saudi-Arabien
ist bereit, Produkte im Königreich und in den arabischen Golfstaaten einzuführen und zu vertreiben. Nur führende Marken oder solide Neuheiten.
Kontakt: Temeco Projects, 2803 Weyhe, Sudweyherstr. 129
Telefon: 0 42 03 / 10 01, Telex: 2 45 000 temco.
Representatives for Europe of Prince Fawaz bin Abdullah al Saud.

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln
bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

Bankverbindung für Finanzierungsaufgabe

In einer mittelständischen, feinhandwerklichen, medizintechnischen Branche bietet sich eine interessante Finanzierungsaufgabe.

Wir sind Insider in diesem Markt und verfügen über das wirtschaftliche und technische Know-how. Wir kennen die Chancen dieser Branche.

Wir suchen Bankverbindung oder Financier zur Realisierung dieses ertragreichen Projekts.

Kontakte erbeten unter Y 6851 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Generalvertretungen zu vergeben
für gut eingeführtes Produkt
Umfassende Markterschließung wird angestrebt

Vertretungsumfang: totaler Exklusivschutz für einen oder mehrere Postleiträume (z. B. 60, 61 etc.). Sehr gute Ertragsmöglichkeiten, Eigenkapital erforderlich.

Vertriebswege: qualifizierter Fachhandel, Direkt-Mailing. Direktverkauf an Gewerbe und Selbständige, telefonische Akquisition.

Produkt: elevit-Mobil, universell einsetzbares Bioklimagerät für Auto, Schreibtisch, Büro und Zuhause (batteriebetrieben, taschenrechnergroß), beste wissenschaftl. Referenzen, konkurrenzlos durch weltweiten Patentschutz.

Eingeführte Vertretungen oder dynamische Personen mit der Befähigung zur Selbständigkeit bewerben sich bitte bei

elevit-Hauptverwaltung, Augustenstr. 24, 8000 München 2
Telefon: (0 89) 55 75 41, Telex: 5 215 645 elev d

Vertriebspartner
Für die Vermarktung unserer NEUHEIT suchen wir Vertriebspartner für zu vergebende Verkaufsgebiete in Deutschland. Außergewöhnliche Verdienstspanne ist garantiert. Voraussetzung für die Übernahme eines Verkaufsgebietes ist ein Startkapital von DM 15 000,–. Fordern Sie unsere Unterlagen an oder rufen einfach an.
WERBEAGENTUR/HANDEL u. VERTRIEB
K.-D. ODENWÄLDER, Sonnenweg 8, 8859 Ehekirchen, Tel. 0 84 35 / 7 62

Wir sind als **Bauträger**/Baubetreuer im norddeutschen Raum tätig und errichten als kleineres Unternehmen mit Sitz in Hamburg überwiegend Immobilien-Objekte mittlerer Größe. Für den Verkauf bzw. die Vermittlung dieser teilweise nach dem Bauherrenmodell konzipierten Wohn- und Gewerbebauten suchen wir die Zusammenarbeit mit einer erfolgreichen
Vertriebsfirma
Unser künftiger Partner sollte nicht unbedingt zu den Größten der Branche gehören. Für uns stehen Solidität und Einsatzfreudigkeit im Vordergrund!
Angebote mit Referenzen erbitten wir unter PL 46 485 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?
AQUEX-Flüssigfolie ® DBP, hochelastisch, wetterbeständig, wasserdicht, einfach aufstreichen oder spritzen = dicht mit Werksgarantie!
Informationen durch:
HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 26, D 7980 Ravensburg
Telefon: 07 51 - 2 22 19, Telex: 732 892
(Örtl. noch Vertreter u. Verlegefirmen gesucht)

Damenkleider
aller Größen, klass. Moden, Sonderangebote aus London. Ideal für Schnellverkauf u. Gewinn, auch Kleider nach Maß. Günstige Preise.
Fa. Benadi, T. 0 41 93 / 31 52 abds. n. 18 Uhr u. Wochenende od. de Silva, T. GB 0 04 41 / 9 79 33 55 tägl.

BRASILIEN
Deutscher Vertreter in Vitoria sucht Verbindung mit Firmen, die am Import aus dem Staat Espirito Santo interessiert sind, oder evtl. bereits bestehende geschäftliche Beziehungen durch persönlichen Kontakt mit der dortigen Kundschaft ausbauen wollen.
Zuschr. erb. u. N 6849 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kundendienst Schweiz
Wir übernehmen Lagerung, Lieferung und Service in der Schweiz. Über 10 Jahre Service-Erfahrung in Elektronik, Mechanik, Pneumatik und Hydraulik. Eigene Elektronik-Werkstatt.
Chiffre 44-62'036 Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich.

Costa del Sol – Alteingesessene, seriöse span. Immob.-Firma su. Verbindung m. deutschen Immob.-Firmen. Wir verfügen über Grundst., Ranches, Hotels, Restaurants, Villen und App. etc. Für gute Zusammenarbeit u. Gewinne sind wir bekannt. Ihr Schreiben können Sie in Deutsch an uns richten: GECOCSA, Avda. de Moutemar 68, Torremolinos/SPANIEN

Problemorientierte und belastbare Persönlichkeit
Unternehmensberater
langjährige Beratungspraxis in
Projektmanagement
Organisationsanalyse
Informationsanalyse
(Datenverarbeitung)
hat noch Termine frei.
Anfr. u. P 6859 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

IHR MANN IN MIAMI
Dt. Kfm. mit ausgez. Kontakten u. langj. Erfahr. vertritt Ihre Interessen vor Ort. (Hausverw./Wohn./Häuser) Imp./Exp./Verkauf.
Zuschriften erbeten u. E 6857 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

VERKAUF IN ENGLAND
von technischen Fertigprodukten und hochwertigen Textilprodukten.
Dienstleistungen:
- sachliche, diskrete Bearbeitung
- aufschlußreiche, kostenbewußte Marktforschung
- marktgerechte Anpassung von Verkaufsmedien an die englische Denkart für Dokumentations- und Postversandzwecke
- Verkauf auf Provisionsbasis.

Wenn Sie sich für regelmäßigen Absatz in England interessieren, so senden Sie bitte zunächst Ihre Produktbeschreibung an:
N. B. David Marketing Ltd., Smiths Croft, Smiths Hill, WEST FARLEIGH, Kent, ME 15-OPG, England

Techn. Dienstleistungsunternehmen in Kiel u. Hamburg (Kundenkreis: Werften, Maschinen- u. Apparatebau, Rohrleitungs- u. Lüftungsbau) **sucht Handelsvertretung.**
Angebote unter K 6846 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Österreich u. Schweiz
Ing.-Kaufmann, Deutscher, Sitz Innsbruck, übernimmt Vertretung deutscher Firma.
Ang. u. X 6850 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Spannende Super-Gewinne-Lektüre mit Startkapital-Gutschein
Wer '81 in Biosonics investierte ist heute um 106 400,– DM reicher. Kostenlose Information durch:
Tel. 0 72 21 / 2 66 20 (Tag- u. Nachtservice)

Probleme im Betrieb?
Ärger mit Lieferanten, Gläubigern und Kunden?
Qualifizierte u. diskrete Problemlösung!
Angebote erb. unter F 6858 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Looking for
Diversification?
High quality synth. chamois leather to be distributed throughout existing contacts of yours, to supermarkets, druggists, etc.
Please only reply when sufficient opportunities to realise a reasonable tournover at once.
Write to Alpex, 't Berclaeslei 7, 2130 Brasschaat, Belgium

Heilpraktikerin, 29, Hambg., su. Teilhabersch., ev. Mitarb., E-Kap. vorh., an Naturheilpr., Klinik, Sanat., biol., pharm. o. ä. Untern. Zuschr. u. PW 46 514 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Erstkl. Industrietextilien
Möbel, Teppiche u. Industriegüter aus Indien. Günstige Großhandelspreise.
Anfr. Fa. Benadi, T. 0 41 93 / 31 52 abds. n. 18 Uhr u. Wochenende, Lindenstr. 55, 2359 Henstedt-Ulzburg 1

Wir bieten auswärtigen Firmen im Hamburger Bereich Betriebsvertretung. T. 0 40 / 25 64 55 od. Postf. Hamburg 65 03 69

NIGERIA
Westafrika
Dipl.-Betriebswirt, Resident, erledigt für Sie Spezialaufgaben – auch Trouble shooter – gegen Kostenerstattung.
Abreise Ende Juni/Anf. Juli.
Kont. u. E 6697 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Automobilvertragshändler
SAAB u. MAZDA in Hamburg, Citynähe, sucht finanzstarken Partner. Spätere Übernahme des Betriebes möglich. Zuschr. erb. u. PB 46496 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Forderungen
(auch ausgekl. u. aussichtsl. Fälle z. B. EV)
Ankauf + Vermittlung
INFOTEK GmbH. – Abt. 100 002
Postf. 13 01, D-3014 Laatzen 1

Wir erledigen Ihre Aufträge
diskret, zuverlässig + europaweit.
INFOTEK GmbH, Abt. 100 003
Postf. 13 01, D-3014 Laatzen 1

Bewerber auf Chiffre-Anzeigen . . .

. . . bitten wir, die **Chiffre-Nummer** auf jeden Fall **deutlich sichtbar außen auf dem Umschlag** zu vermerken.

Gelegentlich erreichen uns Zuschriften ohne Angabe der Chiffre-Nummer. Um sie an die Inserenten weiterleiten zu können, müssen wir sie öffnen. Das kann zu Mißverständnissen führen.

Also daran denken: Nicht nur innen im Anschreiben, sondern schon außen auf dem Umschlag die Chiffre-Nummer angeben!

Herzlichen Dank.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung
01-478

STELLENANGEBOTE

Sportartikelberatung
Welcher Fachmann hat Interesse, die Sportindustrie eines asiatischen Landes zu begutachten? 3-Monats-Vertrag.
Hennings Außenhandels GmbH
Jungmannstr. 8, 2000 Hamburg 52, Tel. 0 40 / 8 80 10 82

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Barkapital ab 3000,– erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, 6 Ffm. 11

Ein expandierendes, gesundes Maschinenbauunternehmen mit 9stelligen Umsatzzahlen und Zweigwerken in mehreren europäischen Ländern sucht für das Hauptwerk der Unternehmensgruppe mit Sitz in einer norddeutschen Großstadt den

Werkleiter

Der im Bereich Produktion und Industrial Engineering sowie Investitionsplanung erfahrene Maschinenbau-Ingenieur erhält mit dieser interessanten Führungsaufgabe weitreichende Vollmachten.

Wir erwarten neben den fachlichen Voraussetzungen gute Führungseigenschaften und Organisationstalent. Englische Sprachkenntnisse wären von Vorteil.

Die Position ist der Geschäftsführung unmittelbar unterstellt. Die Dotierung entspricht der Bedeutung der vorgenannten Aufgabe.

Interessenten werden gebeten, ihre Kurzbewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Angabe des Gehaltswunsches sowie frühesten Eintrittstermins unter N 6704 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen zu schicken.

STELLENGESUCHE

Das bin ich:
46 Jahre, unabhängig, erfahrene Hausfrau, kinderlieb, mag Natur und Tiere, spreche perfekt italienisch, englisch für den Hausgebrauch, Führerschein Kl. III (23 Jahre Fahrpraxis), kann organisieren und mich anpassen.

Das suche ich:
Führung eines Haushaltes bei Berufstätigen, evtl. auch verbunden mit Sekretariatsarbeiten, Dauerstellung mit Wohnmöglichkeit im Raum Hamburg, Berlin, München (auch ländlich).

Angebote mit Gehaltsangabe erbeten unter H 6845 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer
Jahrg. 27, Dipl.-Ing. (Bau), mit guten betriebswirtschaftlichen Kenntnis., durch Umstrukturierung der Firma kurzfristig verfügbar, mit nachweisbaren Erfolgen in der Unternehmensführung, sucht neue Aufgabe. Spezielle Kenntnisse u. Erfahrungen im In- u. Ausld. (10 Jahre in Schwarzafrika, Süd- u. Südostasien): Auftragsbeschaffg., Repräsentation bis auf höchster Ebene, Vertrieb von Industrie-Anlagen, Consulting-Tätigkeit; Leitung von: Unternehmen, Niederlassg., Tochtergesellsch. u. Auslands-Abt. – erfolgreiche Abwicklung anspruchsvoller Bauvorhaben in nahezu allen Bereichen des Hoch-, Tief-, Ingenieur-, Industrie-, Schlüsselfertig- u. Großerdbaus. Gesucht: Funktion im In- u./o. Ausland – auch zeitl. begrenzt oder als freier Mitarbeiter in der Geschäftsführg., Beratg., Kontakthersteilg., Consultg., Auftragsbeschaffg., Vertrieb v. Industrie-Anlagen – auch branchenfremde Projekte – bzw. als Krisen-Manager, Unterstützg. beim Generationswechsel oder für Spezialaufgaben. Vital u. tropentauglich, geplante Arbeitszeit noch 10 Jahre.
Ang. erb. u. V 6842 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SCHIFFSMAKLER
34 J., sucht adäquate Stellung (nicht ortsgebunden).
Erfahrung im Break-Bulk-Service, Containerfahrt, Nord- u. Südamerika, Naher und Mittlerer Osten, große Seen; Aqkuisition, Disposition u. Offertenabgabe. Zuletzt in leitender Position tätig.
Evtl. auch Beteiligung möglich.
Zuschriften erbeten unter L 6847 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bisher habe ich mein betriebsw. Wissen, langjährige Erfahrung verbunden mit Initiative, Kreativität sowie Durchsetzungsvermögen als qualifizierter kaufm. Mitarbeiter – überwiegend Absatzwirtschaft – in den Diensten von Klein-, Mittel- u. Großbetrieben angewendet.
Als Industriefachwirt, prakt. Betriebswirt, Industriekaufmann
suche ich (39 J.) jetzt zum 1. Januar 1984 eine neue verantwortungsvolle und herausfordernde Aufgabe bei Industrie, Handel oder Dienstleistung.
Kontakt unter G 6844 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkauf steigern im Ausland?
Junger Belgier (Flame), 27 J., Repräsentant, nicht ortsgebunden, Erfahrung im Benelux bei deutschen Unternehmern.
Dirk Bosselaers, Lode Vissenaekenstr. 14 b, 2600 Berchem.

Vertriebsleiter, 34 J., nachweisbar erfolgreich im Auf- u. Ausbau von neuen internationalen Märkten sucht gut dotierte Position im Ausland, vorzugsweise USA. Englisch, Spanisch fließend, Grundk. Portug., Ital. u. Franz., reisebereit, flexibel u. belastbar. Angebote erbeten unter P 6837 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann (35)
ungekündigt als Verkaufsleiter tätig sucht neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis. Ein- und Verkaufserfahrung in mehreren europ. Ländern ist vorhanden und sollte Grundlage für die neue Tätigkeit sein. Bevorzugt Raum Hamburg-Lübeck. Angebote erbeten unter M 6703 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leiter kaufm. Verwaltung (Prok.)
43 J., aktiv u. belastbar, seit 10 Jahren in leitender Position tätig. Schwerpunkte: Bilanzierung, Unternehmensplanung, Kostenrechnung, Organisation sucht neue Aufgabe im Raum Osnabrück, Rheine, Münster oder Umgebung.
Angeb. erb. unter D 6856 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter
35 J., Betriebswirt DAV, Erfahrung Vertrieb u. Produktmanagement, Elektronik (Konsum u. professional), Engl. u. Franz. perfekt, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, engagiert u. kreativ, sucht Aufgabe mit Verantwortung u. Perspektive, Vertriebsbereich national oder international, Raum Norddeutschland.
Zuschr. erb. u. PM 46526 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

AV-Leiter
49 J., Masch'baumeister, prakt. Betriebswirt, REFA I u. II, langj. Erf. in Spez.-Werkzeugb., su. n. Wirk'kr.
Angeb. u. N 6836 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsberater
im Außendienst, ungek. Stellung, Gabelstaplersektor, sucht neuen branchengleichen Wirkungskreis im Großraum Darmstadt/Frankfurt.
Angebote erbeten unter S 6839 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Manager 33 J.
sucht Tätigkeit als Kfm.-Angestellter/Berater/Sekretär in Frankr. o. Spanien. – Zuschriften unter V 6952 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Orthopädie-Schuhmacher
und gelernter Schuhmachergeselle sucht ab sof. Beschäftigung. Mollenhauer, Tiemannsweg 16, Gelsenkirchen, Tel.: 02 09 / 78 14 82

ENGL. STUDENT (19 J.) an der Universität London, sucht **SOMMERJOB** Juli/Aug./Sept.; gute Deutsch- u. Franz.-Kenntnisse, Führerschein. Jede Arbeit wird erwogen.
Angeb. erb. an: Stephen Hollywood, c/o Westfield College, Kidderpore Ave., Hampstead, London NW3, England

– HILFE –
für überlasteten Chef bietet jg. (26) Dipl.-Ökon. als zuverlässiger Assistent. Bin mobil, lern- und leistungsbereit. Mittelständ. exportorientiertes Unternehmen bevorzugt.
Tel. 0 40 / 6 77 67 11

Dipl.-Mathematiker
27 J., Nebenfach VWL (Ökonometrie) mit fundierten Kenntnissen in Stochastik, Funktionen-, Approximationstheorie und Informatik sucht Anfangsstellung. Programmiersprachen: APL, BASIC, FORTRAN, PL/1.
Zuschriften erbeten unter W 6953 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bank-Kaufmann
männl. (44 J.), verh., gel. Ind.-Kfm., BWL-Stud., langj. Erfahrg. aus Rev., Org. u. Kred.-Sekr., su. neue, verantwortungsv. Aufgabe in Hamburg zum 1. 10.
Angeb. u. M 6848 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Versierter Außendienstmitarbeiter
bestens eingef. beim Baustoff- u. Fliesenhandel, Architekten u. Bauunternehmen im Raum Hamburg, Schlesw.-H., u. Nieders. su. interess. ausbauf. Postion.
Zuschr. erb. u. PR 46 510, an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Bauleiter (Dipl.-Ing.)
35 J., verh., mit 12jähr. Berufspraxis. Davon 10 J. in Afrika und Arabien, engl. und franz. Sprachkenntnisse, erfahren im Erd-, Straßen-, Brücken- und Industriebau, in ungekündigter verantwortungsvoller Stellung, suche zum 1. 1. od. 1. 4. 84 neuen Wirkungskreis. Ang. erb. u. W 6843 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing.
FH, Flugzeugbau, Fahrzeugbau, 26 J., mit Facharbeiterbrief u. Kenntn. in Fertigung, Q-Sicherung sucht 1. Anstellung in Entw., Q-Sicherung, Fertigung, Versuch o. ä. auch im Ausland.
Zuschr. erb. u. PO 46 508 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Brunnenbaumeister
29 J., sucht interess. u. anspruchsvolle Tätigkeit im Brunnenbau oder Grundbau (In- u. Ausland).
Angeb. u. R 6860 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Supervisor (weibl.)
bekannt in der Markenartikelbranche, spezialisiert auf Planen, Durchführen u. Überwachen von Werbeaktionen/Produkteinführungen durch Werbedamen (Merchandising). Seit 27 J. im Außendienst, in ungek. Stellung, reisegewohnt, sucht neuen Wirkungskreis in Markenartikelunternehmen o. Agentur.
Angebote erbeten unter R 6838 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Freie Mitarbeit, bzw. Kontakte zu allen Medien als
Sportfotograf/Archiv
gesucht. Seit Jahren befasse ich mich mit der Sportfotografie, nat. - wie international, ein eigenes Farbarchiv steht mit zur Verfügung, spez. für Leichtathletik, Ski u. Motorsport. Zuschr. u. T 6840 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bankkaufmann
34 J., in ungekündigter Stellung, Bankfachwirt, stellv. Leiter d. Kreditabtlg. einer Handelsbank, langj. Erfahrg. im Firmen-Kreditgeschaft sucht sich in entsprechender Position zu verändern. Großraum Hamburg-Lübeck bevorzugt.
Zuschr. erb. u. PP 46 509 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

RECHNUNGSWESEN
Betriebswirt staatl. gepr. / Fachr. REWE, 36 J., Ind.-Kfm., AEVO, langj. Bilanzbuchh.-Praxis, Buchh.-Leitg., Prüfungsleiter Revision. Fund. Bilanz (BW-HB)-KORE-Erfahrg., umf. Kenntn. EDV-gestützter Fibu/Betriebsabr. u. Kontrollsyst., ORG/Syst.-Unters., ausbauf. Engl.-Kenntn. Sucht sehr langfr. angelegte verantwortungsvolle Vertrauensstellung als rechte Hand der Geschäftsleitg./Führungs-Pos. im REWE od. in fachl. angrenz. Bereichen in einem mittelständischen Untern. im Raum: ME, W, SG, EN, RS. Biete große Berufserfg., hohe Einsatzbereitschaft und absolute Vertrauenswürdigkeit.
Zuschr. erb. u. U 6841 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Kfm., Bank-Kfm.
Präd.-Ex., Engl., Akquisitionserf., Wohns. Hamburg, 30 J., verh., bish. tätig in Kreditversicherung u. Immobilien-Leasing, sucht ausbauf. Position in Norddeutschland.
Zuschr. erb. u. PK 46524 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Das ist wichtig für Ihre Bewerbung

Das Bewerbungsschreiben
Es ist der persönlichste und deshalb der wichtigste Bestandteil jeder Bewerbung. Hier können Sie schreiben, warum Sie sich verändern wollen, was Sie an der ausgeschriebenen Position besonders reizt, welche Erwartungen und Wünsche Sie haben, welche Anforderungen Sie erfüllen. Hier können Sie Erläuterungen geben zu Ihrem Berufsweg, Ihren Kenntnissen, Ihren Erfahrungen, Ihrem Arbeits- und ggf. Führungsstil. Und falls Sie in irgendeiner Hinsicht nicht genau den Anforderungen entsprechen, können Sie hier begründen, warum Sie sich dennoch bewerben. Wollen Sie, daß Ihre Bewerbung gegenüber Ihrem jetzigen Arbeitgeber vertraulich behandelt wird, gehört ein deutlicher Hinweis darauf ebenfalls hierher, wie auch Angaben darüber, wann Ihnen eine persönliche Vorstellung möglich wäre. Eine Aufstellung aller Anlagen bildet in der Regel den Schluß des Bewerbungsschreibens.

Der Lebenslauf
Er soll der Firma einen umfassenden Überblick geben über Ihren persönlichen, schulischen und vor allem beruflichen Werdegang. Er sollte knapp, aber unbedingt lückenlos sein. Empfehlenswert ist eine tabellarische Form. (Ein Tip: vermeiden Sie so oft wie möglich das Wörtchen „ich").

Das Lichtbild
Es ist ein zwar vorwiegend gefühlsmäßiges, aber gerade deshalb oft entscheidendes Beurteilungskriterium. Bei keiner Bewerbung sollte es deshalb fehlen, unbedingt neueren Datums sein und Sie möglichst naturgetreu so zeigen, wie Sie in Ihrem Berufsalltag wirken. Privatfotos ebenso wie künstlerische Ausdrucksfoto sind im allgemeinen ungeeignet und sollten auch bei eiligen Bewerbungen nicht benutzt werden. Es empfiehlt sich, das Foto auf das Bewerbungsschreiben oder den Lebenslauf zu kleben oder zu klammern.

Das Handschreiben
Es wird von vielen Firmen gefordert – nur selten wirklich für die Erstellung eines graphologischen Gutachtens, sondern meistens nur um auch auf diese Weise einen gefühlsmäßigen Eindruck von der Persönlichkeit des Bewerbers zu gewinnen. Wenn Sie nicht das Bewerbungsschreiben oder den Lebenslauf handschriftlich anfertigen, wählen Sie als Schriftprobe einen Text, der auch vom Inhalt her zum Thema Ihrer Bewerbung paßt – vielleicht Ihre Ansicht zu irgendeiner allgemeinen beruflichen Frage o. ä.

Ausbildungsnachweise
Abgangszeugnisse, Examensurkunden, Prüfungsbescheinigungen usw. sollen einen lückenlosen Nachweis Ihrer Ausbildung ergeben. Verschicken Sie aber niemals unersetzliche Original-Dokumente, sondern stets beglaubigte Abschriften, oder, besser noch, Fotokopien. Dringend empfehlenswert ist eine chronologische Reihenfolge. Lücken sollten unbedingt begründet werden.

Tätigkeitsnachweise
Arbeitsbescheinigungen und Berufszeugnisse sollen Ihren Berufsweg lückenlos belegen. Im übrigen gilt das für die Ausbildungszeugnisse Gesagte.

Arbeitsplatzbeschreibung
Da bei einer Bewerbung aus ungekündigter Position im allgemeinen über die derzeitige Tätigkeit kein Zeugnis vorgelegt werden kann, empfiehlt sich eine eigene Darstellung darüber. Sie sollte Art, Umfang, Bedeutung und Verantwortungsrahmen der gegenwärtigen Tätigkeit verdeutlichen und vor allem darüber Auskunft geben, welche Kenntnisse und Erfahrungen seit der letzten durch Zeugnis belegten Beschäftigung hinzugewonnen wurden.

Referenzen
Hierbei ist zu unterscheiden zwischen allgemeinen und speziellen Referenzen. Allgemeine, Ihnen schriftlich gegebene Referenzen können Sie als Fotokopie beifügen. Wertvoller sind spezielle Referenzen, die ehemalige Vorgesetzte, namhafte Persönlichkeiten usw. auf Anforderung zu geben bereit sind. Hier nennen Sie bitte genau Namen, Position und Anschrift des möglichen Referenzgebers und vermerken dazu, ob eine Referenz zu Ihrer Person oder zu Ihrer beruflichen Qualifikation gegeben werden kann und woher und wann der Referenzgeber sein Urteil über Sie gewonnen hat.

Gehaltswünsche/Eintrittstermin
Angaben hierzu gehören in jede Bewerbung. Sie können sie im Bewerbungsschreiben machen oder auch separat. Denken Sie aber daran: Nicht nur das reine Gehalt ist entscheidend, oft verändern Zusatzleistungen das Bild, wie z.B. Weihnachtsgeld, Tantiemen, Dienstwagen, Dienstwohnung, Pensionszusagen usw. Zum besseren Vergleich kann es sich empfehlen, alle diese Leistungen detailliert aufzuführen und zu einer Jahresvergütung zusammenzuzählen. Zu den Angaben zum Eintrittstermin gehören auch Hinweise über eventuelle Konkurrenzausschluß-Klauseln in Ihrem derzeitigen Anstellungsvertrag.

Arbeitsproben
In einigen Berufen kann es sinnvoll oder gar unerläßlich sein, Arbeitsproben mit einzusenden (Texte, Zeichnungen, Fotos, Ausarbeitungen). Geben Sie dabei stets an, welches Ihr eigener Anteil an den jeweiligen Arbeiten war und in welchem Ausmaß ggf. andere Personen an Idee oder Ausführung mitgewirkt haben. Unersetzliche Originale sollten nicht verschickt werden. Ist die Anfertigung von Kopien nicht möglich, sollten Sie vermerken, welche Arbeitsproben Sie bei der Vorstellung vorlegen können.

Stil und Form
Denken Sie beim Zusammenstellen Ihrer Bewerbung nicht zuviel an sich. Stellen Sie Ihr Licht nicht unter den Scheffel, aber übertreiben Sie auch unter gar keinen Umständen. Versuchen Sie nicht, Anteilnahme zu erwecken, aber vermeiden Sie auch allzuviel Forschheit. Machen Sie sich von Phrasen und gespreizten Redewendungen frei, aber bemühen Sie sich auch nicht krampfhaft um Originalität. Jeder falsche Zungenschlag, jedes Mißverständnis, jede Unklarheit geht zu Ihren Lasten. Mit sachlichen, überlegten Informationen und natürlichen, eigenen Worten erwecken Sie am ehesten Interesse, Vertrauen und Sympathie.
Die äußere Form Ihrer Bewerbung muß absolut einwandfrei sein. Tippfehler, Rasuren, schlechte Schriftanordnung, ungeordnete Unterlagen können Sie wichtige „Punkte" kosten. Empfehlenswert ist eine Heftmappe oder ein Plastikordner mit Klarsichttaschen. Die Bewerbung soll ja für Sie werben – in jeder Hinsicht.
Und vergessen Sie nicht, oben im Bewerbungsschreiben zu vermerken, auf welche WELT-Anzeige und um welche Position Sie sich bewerben – ggf. mit Angabe der Chiffrenummer. Die Chiffrenummer gehört auch außen auf den Umschlag, wenn Sie Ihre Bewerbung an den Chiffredienst der WELT, eines Personalberaters oder einer Agentur schicken. Soll Ihre Bewerbung an bestimmte Firmen nicht weitergeleitet werden, vermerken Sie das bitte in einem Begleitschreiben.
Und noch ein Hinweis: Machen Sie sich von jedem Bewerbungsschreiben eine Kopie und bewahren Sie sie zusammen mit der ausgeschnittenen WELT-Anzeige auf: als Unterlage für Ihr Vorstellungsgespräch und zur Überprüfung der Rücksendungen. Ehe Sie eine Bewerbung abschicken, sollten Sie dann stets noch einmal prüfen, ob Sie an alles gedacht haben und – ob Sie selbst sich auf Grund Ihrer Bewerbung einstellen würden. Können Sie diese Frage ehrlich und ohne Einschränkung bejahen, haben Sie alles getan, was Sie tun konnten. Es bleibt nur noch, Ihnen Glück zu wünschen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Anstand und Wende

gaz. – In Ost-Berlin reißt die Kette hochoffizieller „Erklärungen" und „Stellungnahmen" gegen ehemalige „DDR"-Schriftsteller nicht ab. Ost-PEN, Schriftstellerverband, Reclam-Verlag, Aufbau-Verlag, Verlag Volk und Welt – sie alle melden sich, man kann es nicht anders sagen, mit Schaum vor dem Mund zu Wort, entrüsten sich, sprechen von den „Van der Lubbes der Feder", die drauf und dran seien, das Klima zwischen Ost und West zu vergiften. Die Steuerung durch die SED ist offensichtlich.

Worum es wirklich geht, erfährt der Zeitungsleser in der „DDR" nicht. Der westliche Beobachter kann aus gewissen Formulierungen schließen, daß in erster Linie die Schriftsteller Joachim Seyppel, Karl-Heinz Jakobs und Sarah Kirsch gemeint sind. Seyppel hatte in einem Artikel in der WELT scharfe Angriffe gegen die Ostberliner Literaturpäpste Hermlin und Kant gerichtet. Jakobs hatte in seinem jüngsten Buch „Das endlose Jahr" von einem Telephongespräch mit Sarah Kirsch berichtet, in dem sich beide einig darüber waren, daß die scheinliberalen Auftritte Hermlins dazu bestimmt seien, junge ostdeutsche Intellektuelle aus der Reserve zu locken, damit sie anschließend vom Staatssicherheitsdienst eingesammelt werden könnten.

Die Sache gewinnt insofern an Gewicht, als die beschuldigten Hermlin und Kant die Haupt- und Lieblings-Gesprächspartner des westdeutschen PEN und des Kreises um Günter Grass bei den sogenannten „Friedensgesprächen" sind. Die WELT hatte schon gleich nach Erscheinen des Buches von Jakobs geraten, man sollte Hermlin solange aus den Gesprächen ausgrenzen, bis die schweren Vorwürfe endgültig geklärt seien. Gegen diese „Zumutung" toben nun die östlichen Behörden an.

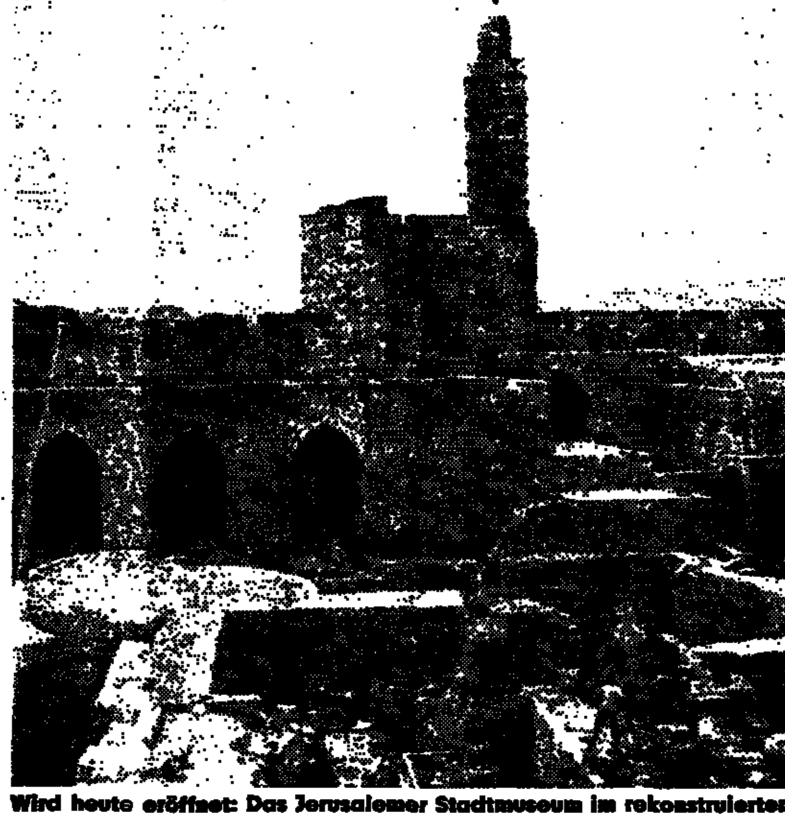
Aber inwiefern handelt es sich hier um eine Zumutung? Auch auf westlicher Seite werden eine ganze Menge Autoren von den „Friedensgesprächen" ferngehalten, „um die Atmosphäre nicht zu belasten". Das reicht von Reiner Kunze bis zu Gerhard Zwerenz, von Wolf Biermann bis zu Lew Kopelew, von Pawel Kohout bis zu Ota Filip. Wieso muß denn immer nur der Westen auf die Empfindlichkeiten der anderen Seite Rücksicht nehmen? Es wäre keineswegs zuviel verlangt, wenn auch der Osten einmal ein bißchen Rücksicht nähme.

Denn das ist wohl allen klar: Die größten Hindernisse bei den Ost-West-Gesprächen der Autoren sind Hermlin und Kant. Sie sind schuld an Schreibverbot, Verhaftungen, Vertreibungen. Wer ihr In-den-Hintergrund-Treten fordert, folgt nicht, wie man in Ost-Berlin faselt, dem Gesetz irgendeiner „Wende", sondern dem Gesetz des simplen menschlichen Anstands.

Wo einst König Herodes residierte – Zur Rekonstruktion des Davidsturms der Jerusalemer Zitadelle

Die Tochter Zions kann sich freuen

Am Vormittag glich das Ausgrabungsgelände der Zitadelle am Jaffa-Tor der Altstadt-Mauer von Jerusalem noch einer Baustelle: Arbeiter, Staub und vollbeladene Maulesel beherrschten das Stimmungsbild, in das sich da und dort ein Anflug von Hektik mischte, wenn einer der aufsichtführenden Experten – Professoren, Archäologen und Architekten – den Arbeitern letzte Anweisungen erteilte. Knappe sechs Stunden später war von diesem Treiben keine Spur mehr zu merken. Das Bild hatte sich total verändert: 2000 Jahre ereignisreicher Geschichte offenbarten sich dem Beschauer durch die Vielschichtigkeit der Ausgrabungen in lebendiger Form, waren so konkret und greifbar, daß man erschauerte.



Wird heute eröffnet: Das Jerusalemer Stadtmuseum im rekonstruierten Davidsturm

Dort, wo im zweiten vorchristlichen Jahrhundert die Hasmonäer-Könige die ersten Steine der alten Stadtmauer schichteten, wo hundert Jahre später Herodes seinen Nord-Palast erbaute, nachdem er die hasmonäische Stadtmauer durch drei prächtige Türme befestigt hatte, die im Laufe der von Kriegen, Zerstörung, Belagerung und Wiederaufbau gekennzeichneten Jahrhunderte zu der heutigen Zitadelle ausgebaut wurde, weihten Jerusalems Stadtverwaltung und die Jerusalem-Stiftung jetzt ihr neues Stadtmuseum ein, das die Geschichte der Stadt und der Zitadelle nicht nur erzählen, sondern „erlebbar" machen soll.

Kaum eine Stadt in der Welt ist so oft zerstört und wieder aufgebaut worden wie Jerusalem. Und hier, in der Zitadelle und ihrem Innenhof, lagen aufeinander die archäologischen Schichten sämtlicher Zeitepochen der besiedelten Stadt. Von Anbeginn an hatte die Zitadelle ihrer günstigen Lage wegen strategische Bedeutung. Vom ersten bis zum vierten Jahrhundert diente die Festung der römischen 10. Legion als Militärlager, und erst die byzantinischen Mönche (4.–6. Jhdt.) wandelten den Ort wieder in eine Stätte geistiger und religiöser Kultur, die den ersten christlichen Pilgern als Herberge diente. Es waren übrigens die byzantinischen Mönche, die den von Herodes erbauten Phasael-Turm der Zitadelle fälschlich als „Davidsturm" bezeichneten (weil die Bibel „Zion – Stadt Davids" *in einem Atemzug* nennt und sich der Turm auf dem Zionsberg befindet). Seither ist dieser Name an dem Turm haftengeblieben, bis aus dem Westen anreisende Wissenschaftler im 19. Jahrhundert das von den Türken in der Zitadelle im 17. Jahrhundert erbaute Minarett so nannten.

Die Ausgrabungen im Innenhof der Zitadelle legten Schicht um Schicht die Überreste aus allen historischen Epochen der Stadt frei, darunter auch solche, die in keiner Quelle genannt werden, wie z. B. die Überreste einer prächtigen Omajjaden-Festung, die in der frühen islamischen Epoche (7. bis 9. Jahrhundert) die Zitadelle beherrschte. Überreste prächtiger *Omajjaden-Paläste* sind übrigens auch auf dem Ausgrabungsgelände südlich des Tempelberges freigelegt worden.

Die Kreuzfahrer gaben der Zitadelle im 11. Jahrhundert ihre heutige Struktur. Von den Soldaten des Zalach-ad-Din im 13. Jahrhundert zerstört, von den aus Ägypten einfallenden Mamelucken im 17. Jahrhundert wieder aufgebaut, wurde sie von den türkischen Ottomanen weiter ausgebaut, und Sultan Suleiman der Prächtige war es, der ihr ihr heutiges Erscheinungsbild verlieh.

1948 wurde Jerusalem geteilt. Die Zitadelle stand nun genau an der Grenze zwischen Ost- und Westjerusalem – die israelische Neustadt im Westen ihr zu Füßen, in direkter Schußlinie der Jordanier. Und die Jordanier richteten in der Zitadelle auch ein Militärlager ein. Ohne Sinn für die Bedeutung der historischen Stätte gossen sie die ebenen Flächen mit Beton aus und errichteten im Innenhof der Zitadelle Armee-Anlagen.

Als 1967 Jerusalem wiedervereinigt wurde, fiel auch der Beschluß, der Zitadelle wieder eine kulturelle Funktion zuzuordnen, und schon 1976 wurde in ihren Mauern das Jerusalemer Stadtmuseum (in Kleinformat) eröffnet.

Parallel zu den Ausgrabungen im Innenhof werden die Funde der Grabungen in den Gemächern der Zitadelle ausgestellt. Die islamischen Funde sollen in dem im Minarett geplanten Museum ihren Platz finden, einstweilen sind sie in der Ausstellung integriert, die den Titel „Davidsturm neu entdeckt" trägt und heute offiziell eröffnet wird. Um nur weniges zu nennen, was es dort zu sehen gibt: Hasmonäische Münzen und die dazugehörige steinerne Münzgußform, ein Metallschlüssel aus dem 1. Jahrhundert (vermutlich herodianisch), der wohl zu einem kleinen Kasten gehörte, und ein Kunterbunt an Waffen, von denen Hunderte großer und kleiner Steinkugeln den größten Eindruck machen. Sie dienten den Hasmonäern zur Verteidigung der Zitadelle. Neben ihnen fand man die eisernen Speerspitzen der Angreifer …

Zur Neueröffnung des Stadtmuseums in der Zitadelle – am 16. Jahrestag der Wiedervereinigung Jerusalems – sagte bei der Einweihungsfeier Israels Staatspräsident Chaim Herzog: „Diese Stätte, die im Verlauf ihrer 2000jährigen Geschichte von so vielen Kriegen heimgesucht worden ist, soll nie wieder Kriegsschauplatz sein. Dieses Museum wird der Stadt Jerusalem eine neue Dimension zuerteilen als Symbol des Friedens und als Schauplatz der Kultur."

ILANA BRÜNELL

Mailand: Internationaler „Kontinent"-Kongreß

Kultur contra Tyrannei

„Ein Kontinent für die Kultur" hieß das Motto, unter dem sich die Elite russischer und osteuropäischer Dissidenten im Exil zwei Tage lang in Mailand versammelt hatte. Denn der Gastgeber war ihre Zeitschrift „Kontinent" (herausgegeben in Paris, Bonn und Mailand), unterstützt von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Stadt Mailand, die ihr Kongreßzentrum zur Verfügung stellte.

Rechts von der langen Tafel, an der fünfzig Redner sich abwechselten, stand ein großes Foto von Andrej Sacharow, der am Eröffnungstag dieses internationalen Kongresses mit den Themen „Trennung und Einheit der Kultur" und „Freiheit der Kultur und Befreiung der Gesellschaft" seinen 62. Geburtstag in der Verbannung von Gorki verbrachte. Als seine Stieftochter Tatjana verspätet vom „Sacharow-Day" aus Amerika eintraf, umarmten ihre Landsleute sie so bewegt, wie sie sich einander bei diesem ihrem größten Wiedersehensfest in der Fremde begrüßt hatten. „Wir sind in tiefer Sorge um die Gesundheit meines Vaters", sagte Tatjana, „wir hoffen, daß die Ehre, die der Präsident der Vereinigten Staaten ihm heute widerfahren läßt, die sowjetischen Autoritäten beeinflußt, ihn nach Moskau zurückkehren oder auswandern zu lassen. Seine Verbannung und die Entziehung der Bürgerrechte widersprechen allen sowjetischen Gesetzen."

Widersprechen kann man auch die Schicksale der Dissidenten-Gäste? Hier ein paar Stichproben:

● Pjotr Grigorenko (geboren 1907), General im Zweiten Weltkrieg, wurde von Chruschtschow zum Soldaten degradiert und erlebte wegen seines Eintretens für die Menschenrechte Folterungen und viele Jahre in psychiatrischen Anstalten, bevor er nach Amerika emigrieren konnte. Seinen Erfahrungsbericht vom General der Roten Armee zum Dissidenten schloß er mit den Worten: „Der wichtigste Kampf gegen totalitäre Regime gilt der Freiheit der Kultur."

● Die Dichterin Natalja Gorbanewskaja (geboren 1936) wurde mehrmals in psychiatrische Anstalten und 1969 nach der Veröffentlichung ihres Weißbuchs über die Moskauer Protestkundgebung gegen den Einmarsch in Prag in ein Irrenhaus für Kriminelle gesperrt.

● Josif Brodskij (1940), von Anna Achmatova als das größte lyrische Talent der jungen sowjetischen Generation gefeiert, wurde als Parasit zur Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt.

● Aleksandr Sinowjew (1922), Ex-Ordinarius des Moskauer Lehrstuhls für Logik, verlor seine akademischen Grade und wurde von der Universität verwiesen, als seine Werke im Westen erschienen.

● Wasilij Aksjonow (1932) war ein gefeierter sowjetischer Autor, bis er aus Protest gegen die Repressionen aus dem Schriftstellerverband austrat. Verfolgt und mit Gefängnis bedroht, gelang es ihm, 1980 nach Amerika auszuwandern.

● Der Schriftsteller Wladimir Bukowskij (1942) verbrachte Jahre in psychiatrischen Anstalten und Gefängnissen, bis er 1976 gegen den Sekretär der Kommunistischen Partei Chiles, Corvalan, ausgetauscht wurde.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den fünfzig Schicksalen, die alle eines gemein haben: den Einsatz für ihr Land, das sie liebten, voller Schmerz verließen und für das sie in der Überzeugung, daß nur die Kultur die Tyrannei überwinden kann, weiter arbeiten. In seinem Grußschreiben an den Kongreß formulierte Milovan Djilas es in den Sätzen: „Wir sind heute Zeugen, daß die totalitären Regime, die die Kultur erstikken und vernichten wollen, samt ihren Ideologien degenerieren. Das Zeugnis der wachsenden Kultur aber finden wir in den Kerkern, im Untergrund und im Exil."

In Mailand erfuhr man, wie sehr die Dissidenten sich auch in der Fremde weiter mit der Realität der Länder, die sie verlassen mußten, auseinandersetzen. Was es für einen Dichter heißt, der unter Menschen einer anderen Mentalität ist, erklärte die zierliche Gorbanewskaja: „Wir, die wir wissen, daß Worte heilen und töten können, hören in der Fremde zuerst nur Laute ohne Sinn und leben in einer lähmenden Leere. Dann aber lassen wir die alte und die neue Erfahrung uns unser Land und unsere Sprache klarer und tiefer denn je zuvor erkennen."

MONIKA v. ZITZEWITZ

Die Pläne deutscher Verlage für den Buchherbst

Reise in das Ungewisse

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung zwingt die Verlage, über ihr Buchprogramm für den Herbst 1983 mehr nachzudenken, als es in den vergangenen Jahren notwendig gewesen ist. Dies hat sich besonders während der Vertreterkonferenzen gezeigt, auf denen mehr und mehr die Diskussion neuer Verkaufsstrategien in den Vordergrund rückt, während man über die „Ware", das Buch selbst, meist schon im voraus informiert worden ist.

Hand in Hand damit geht die Tatsache, daß die Programme immer weniger von den Verlagslektoren bestimmt werden, sondern von den „Verkäufern"; es gibt Verlage, die konsequenterweise keine Lektoren mehr beschäftigen, sondern vom Manuskript drucken. Ergebnis: Die Bücher werden immer schlechter, wie Kritiker in zahllosen Rezensionen immer wieder feststellen.

Allerdings ist heute auch ein gegenläufiger Trend festzustellen, der eine erste Ausprägung im Herbstprogramm der Verlage finden soll: Der „harte Kern" der Leser hat – trotz aller Medienkonkurrenz – seine Liebe zum Buch wiederentdeckt und ist bereit, für Qualität einen angemessenen Preis zu zahlen. Bücher mit aufwendigem Layout und durchdachter textlicher Komposition sind wieder stärker gefragt, als dies noch im Vorjahr der Fall war.

Sache der Verlage ist es nun, die Erwartungshaltung der Buchkäufer zu erfüllen. Aber da tut man sich zur Zeit sehr schwer. Niemand weiß so recht, wohin die Reise gehen soll. Das Allheilmittel allgemeiner Reduktion der Programme ist endgültig ausgeschöpft, und die „großen" Autoren, deren Bücher man in früheren Zeiten mit Spannung erwartete, gehen heute eher journalistischer Tagesarbeit nach.

Aber es gibt Ausnahmen, Bücher, auf die man mit Spannung wartet, Autoren, die ein Leseerlebnis garantieren. Bei Lübbe erscheint das neue Buch von Hellmut Diwald: „Mut zur Geschichte – Mut zur Wahrheit". Diwald geht in drei Stufen auf die Deutschen und ihre Geschichte ein:

● Problem des Geschichtsbewußtseins und der Geschichtsforschung

● Einzelereignisse und Persönlichkeiten der deutschen Geschichte

● *Diskussion der* „deutschen Wirklichkeit" gestern und heute.

Als Fortsetzung der „Rückseite des Spiegels" bringt Konrad Lorenz bei Piper sein Buch „Der Abbau des Menschlichen … und was wir dagegen tun sollten" heraus. Es zeigt die tiefe Sorge des weltbekannten Verhaltensforschers um die Erhaltung der Eigenschaften, welche die Menschlichkeit ausmachen.

Bei Scherz erscheinen die Erinnerungen von Juliette Gréco: „Ich bin, wie ich bin." Das Pariser Enfant terrible erzählt sein Leben und läßt gleichzeitig die große Zeit der Existentialisten (Sartre, Simon de Beauvoir, Camus, Boris Vian) vor den Augen der Leser erstehen.

Bereits im August erscheint Manfred Bielers neuer Roman „Der Bär". Wie der „Mädchenkrieg" steht er in der Tradition des Entwicklungsromans und trägt stark autobiographische Züge. Ihren ersten Roman seit 1974 veröffentlicht Luise Rinser bei S. Fischer: „Mirjam". Die Autorin zeigt biblische Geschichte in neuem Licht und ergänzt die Überlieferung dort, wo sie lückenhaft ist – allerdings nach intensiven historischen Studien.

KARL P. APONER

In Karlsruhe neu entdeckt: Oper „Mona Lisa"

Ein gewisses Lächeln

Flitterwochen in Florenz. Ein frisch vermähltes Ehepaar aus den USA besichtigt auf seiner Hochzeitsreise auch den weitläufigen Palast der Familie del Giocondo. Ein Laienbruder führt die beiden durch die Räume, die kaum noch die Pracht von einst erkennen lassen. Die Wände sind verwittert, die Farben der Gemälde längst verblaßt. Doch die Erinnerung an die Vergangenheit dieses Hauses ist noch wach. Mit monotoner, gleichwohl faszinierender Stimme beginnt der düstere Dominikaner auf einmal zu erzählen – die Geschichte von einer fürchterlichen Faschingsnacht des Jahres 1492 und von dem Gemälde Leonardos, das Mona Fiordalisa darstellen soll, die „Gioconda".

Mona Lisa also. Das gewisse Lächeln, das ihr Bildnis zeigt, es beunruhigt im höchsten Maße auch ihren alternden Gatten Francesco. Nach dem Tode seiner ersten Frau hat er das willfährige Geschöpf geehelicht, ein junges unschuldiges Mädchen, das auf einmal Züge eines Charakters offenbart, die sich seinem sadistischen Zugriff entziehen. Rasend vor Eifersucht will er ihr Rätsel wissen. Er stellt heimlich Nachforschungen an, beobachtet sie und sieht im Laufe der langen Nacht sein Mißtrauen scheinbar bestätigt. Denn ausgerechnet Giovanni di Salvati, einen Abgesandten des Papstes, erblickt er in inniger Umarmung mit Mona Lisa. Francesco demütigt seine Gattin, vergewaltigt sie am Ende gar auf jenem Schrein, in dem sich sein Rivale schutzsuchend verkrochen hat – wissend, daß jener darin elendig erstickt.

Ein Fall für den Psychiater, könnte man meinen, zumal der „schauerliche Traum", der doch nur Wirklichkeit ist, Mona Lisa schließlich in den Wahnsinn treibt: Unter einem Vorwand stößt sie ihren Mann hinein in die Kammer und schließt hinterrücks die Tür ab. Trotzdem war es ein Komponist, der die Operndichtung der österreichischen Schauspielerin Beatrice von Dovsky aufgriff, weil sich in ihr die Abgründe menschlicher Existenz auftaten, in die man zu Anfang unseres Jahrhunderts offenbar mit wonniglichen Schauern hinabblickte.

Max von Schilling orientierte sich bei „Mona Lisa" an „Salome" und „Elektra". Aber er war Manns genug, es nicht bei bloßer Nachahmung zu belassen. Seine zweiaktige Oper, 1915 am königlichen Theater zu Stuttgart uraufgeführt, hatte durchaus eigenes Profil. Die schillernde Vielschichtigkeit ihrer Musiksprache, der Perlmuttglanz ihrer spätromantischen Instrumentation, die an Wagner gemahnende Leitmotivtechnik: All dies in Verbindung mit einer Handlung, die an veristischer Leidenschaftlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt, hat „Mona Lisa" einst zu einer attraktiven Opernfigur gemacht.

Warum sich die letzten Jahrzehnte kein Theater mehr ihrer erinnert hat, ist um so erstaunlicher, als dieses Werk sehr wohl seinen Platz im Opernrepertoire der Gegenwart behaupten kann. In der klaren, ganz der Musik ergebenen, alle Überflüssigkeiten meidenden Inszenierung, die jetzt Giancarlo del Monaco zusammen mit Generalmusikdirektor Christof Prick am badischen Staatstheater Karlsruhe vorgestellt hat, ist „Mona Lisa" jedenfalls auch einem heutigen Publikum mehr als willkommen.

HARTMUT REGITZ

Premiere in Mainz: „Shakespeares Rosenkriege"

Aus zehn mach eins!

Die Mainzer mußten in den zurückliegenden Jahren schon einige Werke von Rolf Schneider geduldig ertragen, denn er ist als „dramaturgischer Berater" fest am Haus engagiert, und die Mainzer Bühne darf seine Arbeiten uraufführen. Bei der Uraufführung blieb es dann auch stets, andere Theater hatten keine Lust, Schulfunk auf der Bühne zu zeigen.

Das neueste Werk Schneiders heißt „Shakespeares Rosenkriege", der Mainzer Intendant Dietrich Taube hat es inszeniert. Der Bühnenbildner Günter Walbeck hat ein Bühnenbild aus dem Geiste Shakespeares geschaffen. Die Bühne ist ein nach hinten aufsteigendes Brettergeviert, darauf ein Thron, verbunden mit einem blutigen Schafott, vorn ein offenes Grab, in das im Laufe des Abends eine ganze Reihe von Opfern hinabstürzen soll. Die Schauspieler halten bravourös diesem Bühnenbild stand, herausragend vor allem Hans-Jürgen Krützfeldt und Helga Bender in jeweils mehreren Rollen.

Für die Wohltaten der Aufführung ist, könnte man nun leichtsinnig vermuten, Rolf Schneider verantwortlich, der das Stück ja geschrieben hat. Doch weit gefehlt. Schneider hat die zehn Königsdramen Shakespeares gelesen und sich gesagt: Warum die Zuschauer zehnmal hinhalten, ihnen zehn lange Abende zumuten, wo es doch auch einer tut. Gesagt, getan, aus zehn mach eins. Doch Schneider wollte sich nicht zufriedengeben, ein neues Stück zu schreiben, er wollte ausdrücklich etwas „zeigen": „Historie als stupider Kreislauf, mit der menschlichen Biologie als einzigem Regulativ." So hat er, stellt es sich im Laufe des Abends heraus, eine einzige Idee lediglich mit immer neuen Figuren Shakespeares bebildert.

Ein Dramatiker wird er mit diesem Verfahren nicht. Was schon in früheren Stücken zu sehen war, bestätigt sich hier: Schneider ist ein Thesenautor, der räsonieren kann und sicher mancher Weisheit hat – lebendige Bühnenfiguren kann er nicht schaffen, sein Narr bleibt eine uninteressante und witzlose Gestalt, wie das Stück auf der Dauer des ganzen Abends gesehen immer weniger und immer dünner wird.

Spätestens nach der ersten Halbzeit kann man das Theater verlassen. Während Shakespeare die Welt nur gezeigt und nicht erklärt hat, erklärt Schneider die Welt nur und hält es für überflüssig, sie zu zeigen. Das ist der ganze Unterschied zwischen den Bühnenautoren Shakespeare und Rolf Schneider. Man könnte auch sagen: Aus zehn machte er eins, aus eins ward keins.

LOTHAR SCHÖNE



„Eingang zur verbotenen Stadt" (1981). Farbradierung von Jörg Schmeisser. Aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Jörg Schmeissers asiatische Landschaften in Köln

Erinnerung an Kyoto

Ein deutscher Zeichner und Graphiker im Museum für Ostasiatische Kunst? Das weckt den Verdacht, daß da Pseudoasiatika oder à-la-Malerei zu erwarten sei. Doch was in Köln zu sehen ist, überzeugt auf den ersten Blick – und auch noch bei genauerem Hinsehen.

„Asiatische Landschaften und Legenden" nannte Jörg Schmeisser diese kleine Werkübersicht. Der Künstler, 1942 im pommerschen Stolp geboren und in Hamburg ausgebildet, ist viel gereist. Er hat in Kyoto studiert und gelehrt, war in Thailand, Korea, Kambodscha, Indien, Nepal, Burma und China, dozierte in Jerusalem und Canberra, wo er seit 1982 lebt. Die Vielfalt der Eindrücke spiegelt sich in seinem Werk, beispielsweise in der Serie „How I remember …". Da überlagern sich Impressionen aus Venedig und Jerusalem, aus Indien, Australien und Kyoto.

Auf diesen Blättern kehren Motive früherer Arbeiten wieder, der „Reise nach Jerusalem", auf der Schmeisser wie in alten Graphiken mit Festzügen die Stationen seiner Reise am Beispiel bemerkenswerter Gebäude in mehreren Reihen festhält, oder „Kharjuraho, Indien" von 1971, auf dem der plastische Tempelschmuck zu Leben erwacht und dem Betrachter entgegenzukommen scheint.

Schmeisser imitiert nicht die asiatische Malweise, auch wenn er auf eine strenge Perspektive verzichtet und statt dessen wie die japanischen Künstler die Tiefe in einem Übereinander darstellt. Nur bei den Farbradierungen, die den Kiymonizudera-Tempel in Kyoto in den vier Jahreszeiten zeigen, könnte man zuerst glauben, das Werk eines Japaners vor sich zu haben, so stark lehnen sich Bildaufteilung und Farbgebung an den Stil der Ukiyo-E an. Aber zugleich bleibt ein Rest übrig, der durch die eigenen, europäisch bestimmten Gestaltungselemente ausgefüllt wird und damit diesen Blättern ihre eigene Ausstrahlung gibt. Sie vermitteln ein Bild der Welt „gesehen durch ein Temperament" (bis 24. Juli; Katalog; 8 Mark).

PETER DITTMAR

JOURNAL

Zum 250. Geburtstag von Christoph Martin Wieland

DW. Biberach/Riß

Zum 250. Geburtstag des Dichters Christoph Martin Wieland (1733–1813), der am 5. September begangen wird, ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen geplant. Das bedeutendste Unternehmen ist das Internationale Wieland-Symposion, das vom 31. 8. bis zum 3. 9. in Biberach stattfinden wird. Zur Zeit zeigt die Stadtbibliothek Ulm eine Ausstellung über Wielands Leben und Wirken in Oberschwaben (bis 25. Juni), die in Biberach dann vom 4. 9. bis 15. 10. zu sehen sein wird (Katalog 20 Mark).

González-Retrospektive zuerst in Frankfurt

DW. Frankfurt

Die große Retrospektive des spanischen Bildhauers Julio González (1876–1942) des Guggenheim-Museums in New York (s. WELT v. 7. 4. 83), wird, bevor sie im Herbst in der Berliner Akademie der Künste gezeigt wird, auch in Frankfurt zu sehen sein. Vom 17. Juni bis 14. Aug. werden die rund 90 Skulpturen, 150 Zeichnungen sowie einige Gemälde im Städel ausgestellt.

Über Ausländer in der Bundesrepublik

rst. Prag

Unter dem Titel „Ausländer" strahlte der tschechoslowakische Rundfunk ein Hörspiel von Miroslav Honzik aus. In dem von der tschechoslowakischen Presse sehr positiv aufgenommenen Spiel geht es allerdings nicht um Gastarbeiter, sondern um Emigranten aus der Tschechoslowakei. Am Beispiel eines CSSR-Flüchtlings, der in einer kleinen süddeutschen Stadt lebt, soll der Widerspruch zwischen der deutschen Bevölkerung und den Ausländern belegt werden. Dabei, so etwa das Zentralorgan der KP „Rudé Právo", wird vor allem der Unterschied der Moral im „kapitalistischen und sozialistischen System" klar hervorgehoben.

Melina Mercouri will Parthenon-Fries

AP, London

Die griechische Kulturministerin Melina Mercouri ist zu einem Besuch in London eingetroffen. Bei der Ankunft kündigte sie vor der Presse an, nach den britischen Unterhauswahlen am 9. Juni werde ihre Regierung Großbritannien formell um die Rückgabe der sogenannten „Elgin Marbles" ersuchen. Dabei handelt es sich um Skulpturen des Athener Parthenon-Frieses, die im Jahre 1801 dort abgenommen und später von Lord Elgin an das Londoner Britische Museum veräußert worden waren.

K.-H. Jakobs gründet Literaturwerkstatt

G. G. Solingen

Mit Unterstützung des Düsseldorfer Literaturbüros Nordrhein-Westfalen hat „DDR"-Autor Karl-Heinz Jakobs in Solingen eine Literaturwerkstatt gegründet, die in Zusammenarbeit mit der Stadtbücherei und der Volkshochschule bisher noch unbekannte Autoren fördern soll. Jakobs will dabei nicht Maßstab für diesen Kreis sein, sondern vor allen Dingen „der Vereinsamung der Autoren begegnen".

Neuer literarischer Förderverein gegründet

DW. Freiburg/Br.

„Ars Nova", ein neuer literarischer Förderverein, hat sich in Freiburg konstituiert. Der von der Finanzbehörde als gemeinnützig anerkannte Verein verfolgt keine wirtschaftlichen Ziele. Die rein private Organisation, die sich selbst als „unabhängig, überparteilich und überkonfessionell" versteht, beabsichtigt, der „Förderung der Kunst auf allen Gebieten" zu dienen, insbesondere „Autoren zu fördern, die bisher kein Forum für ihre Werke gefunden haben oder mit ihren Veröffentlichungen die ihnen gebührende Resonanz nicht erreichen konnten". Erste von „Ars Nova" geförderte Publikation ist der Roman „Pariser Zwischenspiel" des elsässischen Autors Kurt Scheid (1907-82).

Arbeiten deutscher Fotografinnen

DW. Köln

Die Bundesausstellung der Gedok, Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde, ist diesmal den Fotografinnen gewidmet. Unter dem Titel „Deutsche Fotografinnen – Zeitgenössische Fotografie" werden in der Kölner Hahnentorburg die Arbeiten von 22 Frauen gezeigt. Die Ausstellung ist bis zum 19. Juni zu sehen. Der Katalog kostet 15 Mark.

Ausstellungsaustausch mit San Francisco

DW. Braunschweig

Arbeiten von Studenten der San Francisco State University und der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig sind in der Galerie der Braunschweiger Hochschule bis zum 4. Juni zu sehen. Jede Hochschule steuert 41 Druckgraphiken bei, die einen Eindruck vom Ausbildungsstand geben sollen. Anschließend gehen diese Arbeiten nach San Francisco, wo sie vom 5. Sept. bis 5. Okt. gezeigt werden. Mit dieser Ausstellung beginnt ein ständiger Austausch der Braunschweiger mit amerikanischen Kunsthochschulen.

Ein kleines Kästchen schafft freie Bahn für Rettungsfahrzeuge

Erfolgreiche Versuche der Steiger-Stiftung mit Grün-Phasen-Automatik an Ampeln

XING-HU KUO, **Winnenden**

Rettungs- und Einsatzfahrzeuge, die von sich aus – fernsteuernd und lautlos – die Ampeln auf freie Fahrt, auf Grün, schalten können: keine Utopie mehr, sondern in einigen deutschen Städten bereits Wirklichkeit.

Erste erfolgreiche Versuche hat die Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger e. V. im Städtchen Winnenden, dem Sitz der Organisation, in der Nähe von Stuttgart abgeschlossen. Ein weiteres Großexperiment läuft zur Zeit in Berlin, rund um das Klinikum Steglitz.

Die Idee dazu hatte Siegfried Steiger, Gründer der nach seinem tödlich verunglückten Sohn benannten Stiftung, schon vor rund drei Jahren. Seit 1969, als sein Sohn Björn nach einem Verkehrsunfall starb, weil Hilfe zu spät kam, hat sich der Architekt die Unfallrettung zur Lebensaufgabe gemacht.

Zunächst testete eine Münchener Firma Steigers Idee an einer Kreuzung in Gaggenau bei Schwäbisch Hall. Dem war ein zähes Ringen um die behördliche Genehmigung vorausgegangen. Doch schon der Erfolg dieses Kreuzungs-Versuchs überzeugte die Behörden. Mittlerweile sind in ganz Winnenden die Ampelanlagen für Rettungsfahrzeuge präpariert.

Wissenschaftlich begleitet wurde der zunächst eher bescheidene Testlauf von Professor Wilhelm Leutzebach vom Institut für Verkehrswesen der Universität Karlsruhe. Leutzebachs Mitarbeiter, Diplom-Ingenieur Dietmar Bosserhoff, zur WELT: „Nach dieser Versuchsphase, bei der 200 Einzelfahrten unter bestimmten Vorgaben geprüft wurden, kamen wir zu dem Ergebnis, daß das neue Verfahren empfehlenswert ist."

Seit Dezember 1982 läuft nun in Berlin ein weitaus umfangreicherer Test. Obschon er noch lange nicht abgeschlossen ist, sind die bisherigen Erfahrungen positiv. Ein Nebeneffekt, dem zuerst gar keine Beachtung geschenkt worden ist: Die Patienten des Krankenhaus-Komplexes können endlich wieder ruhig schlafen, seit die Kranken- und Rettungswagen ohne Martinshorn vorfahren. Doch weitaus wichtiger ist, daß sich die Sicherheit im Straßenverkehr erheblich verbessert hat. Das bei „Rot" Über-die-Kreuzung-Rasen fällt weg. Es entstehen auch keine Staus mehr – die Ampelphase hat einfach gewechselt.

Die Liste der Verbesserungen für Winnenden liest sich eindrucksvoll: Die Zahl der „Rotüberfahrten" sank von 63 auf Null, die Benutzung der Gegenspur von 43 auf 12 Prozent; gefährliche Situationen auf Kreuzungen reduzierten sich von zehn auf null Prozent und die Benutzung des Martinshorns von 80 auf 30 Prozent.

Technisch ist das neue Verfahren unproblematisch. Steiger: „Im Fahrzeug wird ein Impulsgeber eingebaut, der automatisch sendet, wenn das Blaulicht – aber nicht das Martinshorn – eingeschaltet wird. Die Impulse werden wiederum von Induktionsschleifen aufgenommen, die zwischen 160 und 300 Meter vor den Ampeln in der Straße verlegt sind. Dadurch wiederum wird die Ampel nach einer Mindestzeit von etwa fünf Sekunden auf Grün geschaltet." Als „erstaunliche Erkenntnis" bezeichnet es Siegfried Steiger ferner, daß das eingeschaltete Martinshorn die Fahrt nicht beschleunigt, sondern eher zu Staus führt. Ganz anders bei den lautlosen Fahrten.

Doch glaubt Steiger noch nicht an den Durchbruch seiner Idee. Eine für Rettungsfahrzeuge präparierte Anlage koste 25 Prozent mehr als eine herkömmliche. Zuviel für das Zeitalter der leeren Kassen, fürchtet er.



Lichtermeer FOTO: DPA

Führten Vögel zum Absturz des Starfighters?

AP, **Frankfurt**

Die Ursachen des Starfighter-Unglücks, bei dem am Pfingstsonntag bei einem Schaufliegen in Frankfurt fünf Menschen ums Leben kamen und drei schwer verletzt wurden, waren auch gestern noch ungeklärt. Eine 60köpfige Untersuchungskommission der kanadischen Streitkräfte sammelte auch gestern noch Wrackteile der F-104 auf, die in die Umgebung der Mörfelder Landstraße und der Autobahnauffahrt Frankfurt-Süd gestürzt waren. Rund 50 Fahrzeuge waren durch die brennenden Überreste des Kampfflugzeuges beschädigt worden. Mit dem endgültigen Ergebnis der Untersuchung wird erst in „einigen Wochen" gerechnet. Die 19jährige Frau, die bei dem Unglück schwer verletzt wurde, schwebte auch gestern noch in Lebensgefahr. Bei dem Schaufliegen aus Anlaß des „Tags der offenen Tür" auf dem amerikanischen Rhein-Main-Luftwaffenstützpunkt hatten die Kampfflieger nach den Worten eines kanadischen Sprechers lediglich fliegerische Fähigkeiten demonstriert, die sie jeden Tag unter Beweis stellen müßten. Der Abteilungsleiter „Betrieb" in der Frankfurter Bundesanstalt für Flugsicherung, Manfred Heinlein, betonte, die Piloten hätten „nichts Verrücktes gemacht". Experten halten es für das Wahrscheinlichste, daß die Unglücksmaschine in einen Schwarm Vögel raste.

Urgestein entdeckt

AP, **Sydney**

Das älteste bisher gefundene Gestein der Welt wollen australische Wissenschaftler am Mount Narryer in Westaustralien entdeckt haben. Das in einem Flußbett gefundene Material wird auf vier Milliarden Jahre geschätzt und wäre damit nur 300 Millionen Jahre jünger als das geschätzte Alter der Erde. Es wäre andererseits 400 Millionen Jahre älter als das älteste bisher gefundene Gestein, das 1973 in Grönland entdeckt wurde.

Pandas in Rudeln

AP, **Hongkong**

In Rudeln auftretende Riesenpandas sind in der südchinesischen Provinz Sezuan beobachtet worden. Normalerweise sind die Bären als Einzelgänger bekannt. Jetzt sind sie von Bauern in Gruppen von acht und 14 Tieren gesichtet worden. Wissenschaftler haben keine Erklärung für das ungewöhnliche Gruppenverhalten der Bären.

20 Menschen verschüttet

DW. **Sondrio**

Zwanzig Menschen sind wahrscheinlich bei den beiden Erdrutschen in Valtellina, dem Hochtal zwischen Comer- und Gardasee, ums Leben gekommen. 13 Leichen wurden bis gestern geborgen. Sieben Menschen werden noch vermißt, 20 erlitten Verletzungen, 2500 Menschen wurden evakuiert. Im Kanton Graubünden blockierten Schnee und Regenfälle Pässe, Straßen und Bahnlinien. Rund 30 Alpinisten sitzen in Berghütten fest.

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, bei.

Franzosen sehen schwarz für ihren billigen Roten

Umfrage ergab tiefgreifende Änderung der Trinksitten

dpa, **Bordeaux**

Das Klischee vom Durchschnittsfranzosen mit Käse, dem Stangenbrot Baguette und der Literflasche Rotwein unterm Arm gehört wohl bald der Vergangenheit an. Das gilt weniger für Käse und Brot, vielmehr erlebt Frankreich ähnlich wie Italien eine tiefgreifende Veränderung der Trinksitten. Der „Gros Rouge", der einfache Tafelwein, macht zwar immer noch 76 Prozent des Weinkonsums von 42 Millionen Hektolitern pro Jahr aus. Das Nationale Agrarforschungsinstitut INRA hat aber in einer jetzt von der Zeitung „Le Matin" veröffentlichten Untersuchung festgestellt, daß der Wein seinen Stammplatz auf dem Mittagstisch langsam verliert.

Die Tendenz beim Wein heißt: Weniger, aber besser. Jährlich geht der Weinverbrauch insgesamt um rund 1,55 Prozent zurück. Dabei steigt nur der Verbrauch an Qualitätsweinen langsam an. Die Forscher glauben prophezeien zu können, daß der Pro-Kopf-Konsum sich von gegenwärtig 60 auf rund 30 Liter pro Jahr halbiert.

Verantwortlich für den Wandel sind nach Meinung des Instituts vor allem die Jüngeren. Regelmäßige Weintrinker findet man überwiegend in der älteren Generation. Die Jungen halten sich an Säfte, Cola-Getränke, Anis-Liköre oder auch Bier. „Das Wein-Image ist nicht anziehend", sagte Jean-Yves Huguet vom INRA. „Wein hat kein Jugend-Image. Aber heute trinkt man vor allem Symbole und nicht Produkte." Bei den modernen jungen Leuten hätte allenfalls ein Glas Wein in einer der vielen neu eröffneten Weinbars oder ein edler Tropfen am Wochenende zu Hause eine Chance.

Für die Weinbauern im Midi, die seit Jahren unter Überproduktion leiden, sieht die Zukunft düster aus. Einige Produzenten setzten auf die Gesundheitswelle und versuchen sich an Traubensäften ohne Alkohol. Andere pflügen ihre Weinberge und pflanzen bessere Rebsorten an, um so den neuen Trinksitten gerecht zu werden.

LEUTE HEUTE

Gagenrekord?

Altstar **Marlon Brando** wird wahrscheinlich in Kürze einen neuen Gagenrekord beim Film aufstellen. Nach Zeitungsberichten hat Hollywood-Produzent **Hal Barlett** Brando die Rolle des Gangsterkönigs Al Capone in einem geplanten Film mit dem Titel „The Assassination of Frank Wilson" (Das Attentat auf Frank Wilson) angeboten. Es ist die Geschichte eines Fahnders im US-Finanzministerium, der Capone einst wegen Steuerhinterziehung hinter Gitter gebracht hat.

Strom-Mann

Der Mississippi bekommt im Spätsommer prominenten Besuch. Der französische Ozeanologe **Jacques Yves Cousteau**, der in San



Diego den Lindbergh-Preis (verliehen für Verdienste um den Ausgleich zwischen technologischen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen) überreicht bekam, will nach dem Abschluß seiner Amazonas-Erforschung auch dem nordamerikanischen Strom zu Leibe rücken.

Goldenes Präsent

Mit einem kostbaren Geschenk aus Germany gratulierte die Plattenfirma Virgin Records ihrem Star **Mike Oldfield** in London zum 30. Geburtstag, zum zehnten Jubiläum seiner Erfolgs-LP „Tubular Bells" und zu seinem neuen Album „Crises". Das Präsent: eine Übungsgitarre, an der die gesamte Mechanik, Saitenhalter und Knöpfe vergoldet sind und in die sein Name eingraviert ist. Die „Shorty" mit eingebauter Batterie und Lautsprecher stammt aus der deutschen Gitarrenwerkstatt Höfner.

Strampel-Queen

Was **Jane Fonda** der amerikanischen Aerobic-Bewegung, scheint endgültig **Sydne Rome** für die europäische zu werden: die Strampel-Queen. Nach der Bundesrepublik Deutschland und Österreich schickt sie sich nun an, auch Frankreich und Italien mit Wort, Bild und Verrenkung zu erobern. Wer sich nicht mit ihr abstrampeln will, soll bald Gelegenheit bekommen, sich im Kino und per Kassette wenigstens einen optischen Eindruck zu verschaffen.

Auch der ungestillte Lesehunger gehört in Polen zum täglichen Brot

Gefragte Literatur und Lehrbücher sind nur zu hohen Preisen auf dem Schwarzmarkt zu haben

AP, **Warschau**

Nur wenige Tage nach ihrem Erscheinen war kürzlich eine illustrierte Geschichte des Judentums in Polens Buchläden vergriffen. Die Ausgabe mit seltenen historischen Aufnahmen und einem kommentierenden Text zum 40. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Getto tauchte allerdings kurz darauf auf Flohmärkten und dem Schwarzen Markt wieder auf: zu einem Vielfachen des offiziellen Verkaufspreises von 1080 Zloty (ca. 35 Mark). Der Vorgang ist bezeichnend: Bücher sind nach Lebensmitteln, Kleidung und technischen Geräten das neueste Spekulationsobjekt.

In den Buchhandlungen findet der normale Käufer meist nur noch wenig gefragte Ausgaben mit historischen und politischen Themen, billige Krimis mit einer Massenauflage und die nur für einen kleinen Kreis von Spezialisten interessanten technischen Bücher. Dagegen muß er regelrecht Jagd nach Kinderbüchern, moderner Literatur, Fotobänden, Sprachbüchern und ähnlichem machen, vorausgesetzt, er ist finanziell überhaupt in der Lage, dafür das Drei- bis Vierfache des offiziellen Ladenpreises zu berappen. Das aber ist der Preis, den Spekulanten mit begehrtem Lesestoff in aller Regel auf dem Schwarzmarkt verlangen.

Der Trend wird in der polnischen Presse als „neue soziale Plage" bezeichnet, was angesichts des Bildungs- und Lesehungers der Polen kaum übertrieben sein dürfte. Am schwersten erhältlich sind gerade die in den Augen der kritischen Polen interessantesten Bücher. Auch „Miazga" (etwa: Zermalmt), das letzte Werk des im April verstorbenen, wohl bedeutendsten polnischen Nachkriegsschriftstellers Jerzy Andrzejewski, mit seiner scharfen gesellschaftskritischen Analyse war nach der ersten offiziellen Auflage 1981 schnell ausverkauft und ward seitdem nicht mehr gesehen. Mit die größten Probleme haben heute die polnischen Studenten, denen es oft nicht gelingt, an die notwendige Fachliteratur heranzukommen. Auch ihnen bleibt in aller Regel nur der Schwarzmarkt.

Mindestens ebenso schwierig ist es, Bildbände oder illustrierte Bücher, wie das genannte „Polnisches Judentum – Geschichte und Kultur" zu erstehen, das die regierungseigene Agentur „Interpress" herausgegeben hat. Zu den Bestsellern auf dem Schwarzmarkt gehört aber auch Polens erster „Sexführer" der Autorin Michalina Wyslocka, für dessen fotokopierte Fassung kürzlich auf einem Warschauer Flohmarkt 2000 Zloty (ein Viertel des statistischen Monatseinkommens) gezahlt wurden. Aber auch Enzyklopädien und das Standard-Kochbuch „Polnische Küche" machen sich bereits rar.

Ein weiterer Grund für solche Engpässe ist der Mangel an Papier und Druckerschwärze. Nach Angaben von zuständiger Seite läßt Polen, das früher noch selbst Bücher exportiert hat, heute Wörterbücher, Enzyklopädien und andere Werke auf Altpapier in Jugoslawien, der Tschechoslowakei und der „DDR" drucken.

WETTER: Kühl und regnerisch

Wetterlage: Ein ausgedehntes Tief über dem östlichen Mitteleuropa ist mit seinem Wolken- und Niederschlagsfeld wetterbestimmend für Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch:

Deutschland: Stark bewölkt bis bedeckt und Regen, zum Teil länger andauernd. Höchsttemperaturen um 12 Grad, im Nordosten etwas wärmer. Nächtliche Tiefstwerte 10 bis 7 Grad. Mäßiger bis frischer Wind aus Nord.

Weitere Aussichten:

Wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	12°	Kairo	30°
Bonn	10°	Kopenh.	15°
Dresden	14°	Las Palmas	20°
Essen	9°	London	15°
Frankfurt	11°	Madrid	16°
Hamburg	11°	Mailand	15°
List/Sylt	11°	Mallorca	20°
München	7°	Moskau	28°
Stuttgart	9°	Nizza	19°
Algier	23°	Oslo	13°
Amsterdam	10°	Paris	13°
Athen	24°	Prag	12°
Barcelona	18°	Rom	18°
Brüssel	10°	Stockholm	18°
Budapest	21°	Tel Aviv	28°
Bukarest	23°	Tunis	24°
Helsinki	19°	Wien	12°
Istanbul	23°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 5.17 Uhr; Untergang: 21.21 Uhr; **Mondaufgang:** 21.06 Uhr, Untergang: 5.19 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Einer gegen alle im Streit um die Moral

ERNST HAUBROCK, **New York**

Genüßlich verfolgen in diesen Tagen New Yorker Zeitungsleser einen Streit, der zwischen dem Kolumnisten Jimmy Breslin und der Gewerkschaft der städtischen Polizei entbrannt ist. Es geht um nichts Geringeres als die Sexual-Moral der Beamten, die sich gern als „New York's finest" feiern lassen. Breslin, in der Millionen-Metropole eine Institution, hat in mehreren seiner Kolumnen in der Massenzeitung „Daily News" die Ordnungshüter ziemlich pauschal beschuldigt, ein Haufen unmoralischer Heuchler zu sein. Die Gewerkschaft beschimpfte ihn daraufhin in einer ungewöhnlichen ganzseitigen und stark beachteten Anzeige im gleichen Blatt als „arroganten, amoralischen, hysterischen Kneipen-Philosophen", dessen Glaubwürdigkeit durch Ströme von Alkohol hinweggeschwemmt worden sei.

Zu dem Schlagabtausch führte in der vergangenen Woche die seit langem schwelende Fehde, als eine junge Polizistin unter reger Anteilnahme der Massenmedien gefeuert wurde: Cibella Borges, eine bildhübsche, exotisch wirkende 25jährige, die New Yorker Polizeigeschichte machte. Mit einer Körpergröße von 150 Zentimetern war sie die Zierlichste, die bisher die blaue Uniform trug, und sie war die erste, die entlassen wurde, weil sie sich hüllenlos für ein Haut-Magazin der minderen Sorte hatte fotografieren lassen. Der oberste New Yorker Polizist persönlich, „Commissioner" Robert McGuire, war über die „schmutzigen Bilder" entsetzt und sorgte per Disziplinarverfahren für die Suspendierung der Beamtin, die zuletzt ausgerechnet im Sitten-Dezernat Dienst tat.

Breslin (53), seit 33 Jahren Angehöriger der schreibenden Zunft und stadtbekannt, nahm den spektakulären Rausschmiß zum Anlaß für eine Nachricht und zog dann vom Leder: die inkriminierenden Fotos seien entstanden, bevor Cibella Borges Polizistin wurde. Sie sei von einem Fotografen mit 300 Dollar überredet worden. Während ihrer 28monatigen Dienstzeit habe sie keinen Anlaß zum Tadel gegeben und sei sogar wegen besonderer Tapferkeit und Umsicht mit der Polizei-Verdienstmedaille geehrt worden, nachdem sie allein zwei schwerbewaffnete Ganoven dingfest gemacht hatte.

Wenn der Herr Polizei-Kommissionär denn schon ein so gestrenger Moral-Hüter ist, so Breslin, daß er eine junge Frau wegen ein paar dummer Nacktfotos aus der Bahn werfen müsse, dann solle er gefälligst auch eingestehen, daß „wir allzumal Sünder sind".

Es folgten Andeutungen, wonach Uniformierte für Dienstleistungen käuflicher Damen statt mit Barem mit zugedrückten Augen zahlten. Ehebruch und Schäferstündchen im Streifenwagen, Bestechlichkeit und Korruption seien weit verbreitet. Den Polizei-Chef nannte Breslin durchgehend „Dead Body (Leiche) McGuire", der in seiner fünfjährigen schon viel zu langen Amtszeit den traurigen Rekord von 9000 Morden und 500 000 bewaffneten Raubüberfällen in seinem Amtsbereich aufzuweisen hätte.

Während McGuire überhaupt nicht reagierte, ließ Polizei-Gewerkschafts-Präsident Phil Caruso als Antwort seine Anzeigen-Wut-Arie zum Preis von 16 240 Dollar (40 000 Mark) ins Blatt rücken.

Darauf schien Breslin nur gewartet zu haben. In der nächsten Kolumne machte er sich mit beißendem Spott über die orthographischen Fehler her, die dem braven Caruso in seinem holprigen Text unterlaufen waren. Feixend rechnete Breslin vor, daß ihm der Anzeigenauftrag eine Provision von fünf Prozent eingebracht habe. Außerdem kündigte Breslin konkret Enthüllungen über sittliche und dienstliche Verfehlungen von Ordnungshütern an. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Neu in Frankfurt – frisch geschieden – (und fröhlich), suche ich (fem., 39/176, blond, gute Figur, sportl., unkompl., musisch), den Partner mit innerer Schönheit. Zuschr. erb. . ." Anzeige aus „Frankfurter Rundschau"

JAMAIKA

Mit 59 Prozent der Stimmen übernahm Edward Seaga 1980 die Macht von seinem sozialistischen Amtsvorgänger Michael Manley. Sein Slogan: „Deliverance is near", Erlösung ist nahe, war ein Versprechen, auf dessen Erfüllung viele hofften. Heute hat der konservative Premier beachtliche Erfolge in seinem Bemühen aufzuweisen, „das verhängnisvolle Vermächtnis", wie er es nennt, abzutragen. Die Touristenzahlen, vor allem aus den USA, steigen, und ausländische Investoren beginnen Jamaika als Markt und der Produktionsstandort für Amerika zu entdecken. Dies wird vor allem dann interessant, wenn die Caribbean Basin Initiative in Gang kommt, die Zollfreiheit für den Export nach USA gewähren soll. Darauf setzt Seaga und findet dabei bei Ronalt Reagan Unterstützung.



Wenn so das Paradies aussähe, wäre es schon recht. Der Strand des „Half Moon Club" in der Mo-Bay. Foto: HHH

Eine Wende ohne Chaos oder Edward Seagas ruhige, demokratische Revolution

Von H.-H. HOLZAMER

Am 1. November 1980 übernahm Premierminister Edward Seaga die Regierungsgeschäfte auf der Karibikinsel Jamaika. Doch obwohl der von ihm eingeschlagene Kurs einer behutsam betriebenen sozialen Marktwirtschaft auf respektable Erfolge verweisen kann, und das Land in den zweieinhalb Jahren eine Periode innerer Stabilität durchlebte, ist das Jamaika-Bild vielerorts nach wie vor entstellt.

„Am Tage trauen sich die Touristen nicht auf die Straße, nachts werden sie von Privat-Polizisten bewacht", so lautete vor drei Jahren die Überschrift einer deutschen Illustrierten.

Der Beitrag war in den unruhigen Tagen des jamaikanischen Wahlkampfes entstanden, und hatte selbst diese Ausnahmesituation noch verzerrt wiedergegeben. Die negativen Klischees, die damals entstanden, lassen sich nur schwer wieder abbauen.

Im Gefolge der Berichte über Straßenschlachten zwischen Seaga und Manley-Unterstützern ging die Zahl deutscher Touristen dramatisch zurück. Einseitige Fotos über die ferne Insel verstärkten diese Entwicklung.

Erschwerend für den jamaikanischen Tourismus kommt seit Ende 1982 hinzu, daß nicht mehr LTU die Insel anfliegt, sondern die staatliche Air Jamaica. Da sie andere Flugpreise nehmen muß als die Chartergesellschaft, verteuerten sich die Pauschalangebote für Touristen aus Deutschland spürbar.

Es kommen indes die Amerikaner, die in einer knappen Stunde von Miami aus dem amerikanischen Winter Lebewohl sagen. Und die Zahlen der Urlauber aus den USA in der Hochsaison Januar bis Mai steigen ständig, seitdem Edward Seaga, der eindeutig im Lager des Westens steht, auf der Insel die Regierungsgeschäfte führt.

Sein Vorgänger Michael Manley hatte eine klare politische Präferenz für das nahe Kuba und dessen Leader Fidel Castro. Der von dem Sozialisten Manley eingeschlagene Kurs hatte zu einem dramatischen Rückgang des Bruttosozialproduktes geführt, zu einer Inflation, die in den Jahren 1973 bis 1980 bei durchschnittlich 22,9 Prozent lag. Der Lebensstandard ging in diesem Zeitraum um jährlich 3,6 Prozent zurück, die Kriminalität wuchs um jährlich 7,2 Prozent, die Arbeitslosigkeit erreichte 1980 mit 27,3 Prozent und 269 000 Menschen einen Höchststand.

Das war das Erbe, das Manley hinterließ. In den zurückliegenden Monaten der Amtszeit Seagas verbesserten sich sämtliche Werte. Wende ohne Chaos nennen es die einen, ruhige Revolution die anderen. Man kann es auch ein Wunder nennen, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht.

Die Zahl der Arbeitslosen nahm 1981 um 5,5 Prozent ab, ein weiterer Rückgang ist für das vergangene Jahr zu verzeichnen, ohne daß die genaue Zahl bereits vorliegt. Die Inflationsrate wurde im Jahre 1981 auf 4,6 Prozent gedrückt, 1982 lag sie wieder darüber. Der Lebensstandard verbesserte sich 1981 um 9,3 Prozent, stieg 1982 weiter nach oben. Die Verbrechensrate sinkt. 1981 um 8,3 Prozent, die Zahlen für 1982 liegen noch nicht vor.

Und diese dramatische Wende war das Ergebnis einer demokratischen Wahl. Es war der Schlußstrich der Wähler unter eine verfehlte Politik. Es war kein Coup d'Etat, wie er vermutlich in vielen Ländern bei einer derart desolaten Situation fällig gewesen wäre. Sicher, der Wahlkampf war von furchtbaren Ausschreitungen begleitet, von regelrechten Kämpfen zwischen Straßenzügen: Schlachten die viele Tote kosteten und deren Spuren noch heute zu sehen sind.

Aber so unverständlich das auch nach diesen Explosionen der Emotionen anmuten muß: Die Wahl selbst verlief ohne nennenswerte Zwischenfälle, und das Klima beruhigte sich rasch, obwohl der Oppositionsführer mit dem Regierungschef die Plätze tauschte.

Und spricht man heute in der Hauptstadt Kingston Leute darauf an, wie man denn gewährleisten könne, daß es keine Rückkehr zu Manleys Zeiten geben kann, daß vor allem der ausländische Investor doch Sicherheit haben müsse, auch in Zukunft stabile politische Verhältnisse vorzufinden, dann bekommt man zur Antwort, daß selbstverständlich irgendwann wieder Michael Manley gewählt werden könnte; vorausgesetzt, Seaga hat keinen Erfolg mehr. Und gerade in dieser Gewißheit liege die politische Stabilität Jamaikas. Michael Manley sei kein Satanas, auch er habe die Interessen seines Landes im Auge.

„Es gibt natürlich auf beiden Seiten Extremisten", sagt Richard Lowe, inzwischen abgelöster Senior Director von JNIP, der Gesellschaft zur Förderung von Investitionen, „aber das nationale Interesse überwiegt". Auch in der Besetzung der wichtigsten Ämter habe es wenig Veränderungen nach dem Regierungswechsel gegeben. „Geändert hat sich die Akzentsetzung, nicht die Richtung. Und das ist etwas, womit die Nation leben kann."

Im übrigen gehöre das demokratische Bewußtsein zum Nationalcharakter. „Unsere Institutionen sind älter als die der USA", sagt Richard Lowe. „Unsere Synagoge ist die älteste außerhalb Europas. Viele Juden entkamen der spanischen Inquisition durch die Flucht auf unsere Insel."

Religiöse Toleranz ist nur ein Merkmal der Jamaikaner. Hier kann leben und selig werden, wer will, bis hin zu den Rastafaris, die Ganja, die die heimische Haschischpflanze rauchen, den ehemaligen Kaiser von Äthiopien Haile Selassie als Heiligen verehren und die Rückkehr nach Afrika fordern.

Rassische Probleme gibt es nicht, die über die Eitelkeit hinausgingen, da Weißhäutige gerne mit etwas schwarzer Farbe im Blut kokettieren und Schwarzhäutige mit weißer. „Ex pluribus unum", der nationale Wahlspruch, daß hier aus vielen ein Volk entstanden ist, entspricht der Wirklichkeit.

Michael Manley scheiterte neben seinem wirtschaftlichen Versagen vor allem daran, daß er diesen Konsens dadurch gefährdete, daß er marxistische Schemata – hier die USA als Ausbeuter, dort die Länder der Karibik als Mitglieder der Dritten Welt und Ausgebeutete – auf die jamaikanische Innenpolitik übertragen wollte.

Die Weiß-Schwarz-Malerei konnte nicht verfangen, weil sich von Innen besehen die karibische und mittelamerikanische Situation viel differenzierter darstellt, weil Manley als Weißer sich schlecht den „farbigen Ausgebeuteten" zuordnen konnte. Und vor allem weil Fidel Castro, von dem Manley diese Schemata übernommen hatte, dem spanischen Teil dieser Hemisphäre zugehört.

Und Staaten lateinischer Zunge gelten bei den Anglophonen der Karibik generell als anfällig für undemokratische Entwicklungen. So ist für sie der Kommunismus auf Kuba nicht etwa die Ursache des Argwohns, sondern Ergebnis des spanischen Charakters. Und die Politiker in Kingston werden nicht müde, es sich zu verbeten, daß Jamaika mit Staaten wie Nicaragua oder Honduras in einen Topf geworfen wird.

„Wir wurden entweder in den USA, in Großbritannien oder in jedenfalls westlich orientierten Lehranstalten erzogen", betont auch Richard Lowe. „Und die Bildungsinhalte stehen nicht zur Diskussion."

Manley versuchte es und scheiterte, obwohl er ebenfalls britisch geprägt ist. Zudem sind die Kontakte, wirtschaftlich und menschlich, zu den USA so eng, daß er sie nicht konsequenzenlos tangieren durfte.

Heute hat Edward Seaga das Vertrauen der amerikanisch geführten und inspirierten Welt längst für seine Insel wiedergewonnen. Der Reagan-Plan hat auch Jamaika im Visier und bietet dem Land freien Zugang zum US-Markt. Der International Monetary Fund, dem Manley noch die Tür gewiesen hatte, gibt dem Land wieder nötigen finanziellen Rückhalt. Die Abhängigkeit von dem am Boden liegenden Bauxit-Markt konnte weitgehend überwunden werden, und Investoren, darunter auch deutsche, zeigen wieder Interesse an Jamaika, das nicht nur über Präferenzen gegenüber den USA, sondern durch die Lomé-Abkommen auch gegenüber der EG verfügt und das der karibischen Freihandelszone angehört.

Über 200 ausländische Firmen arbeiten zur Zeit in Jamaika und nutzen die günstigen Bedingungen, die dieses Geflecht internationaler Verträge geschaffen haben. Um ausländische Investoren ins Land zu bekommen, hat Seaga sofort nach seinem Wahlerfolg die „Jamaica National Investment Promotion Ltd" (JNIP) ins Leben gerufen, die inzwischen über 100 Projekte ins Werk setzen konnte.

Mit der JNIP verfügt der Investor über einen Ansprechpartner, der ihm die Mühe abnimmt, sich mit den zahlreichen offiziellen Behörden (von der Bereitstellung von Industrieflächen bis zur Exportfinanzierung) auseinanderzusetzen.

Fortschritte konnte auch die Infrastruktur der Insel machen. Der Hafen, einer der größten Naturhäfen der Welt, verfügt inzwischen über modernste Container-facilities und ist zum wichtigsten Umschlagplatz der Karibik anvanciert. Die Free-Zone in unmittelbarer Nähe bietet weitgehende Steuer- und Niederlassungsfreiheit.

Mit der Zeit, so sagt man in Kingston, wird der wirtschaftliche Erfolg auch skeptische Urlauber aus Europa von der wiedergewonnenen Stabilität Jamaikas überzeugen.

Hoffen auf die Caribbean Basin Initiative

Von WERNER THOMAS

Der neue jamaikanische Premierminister war Ende Januar 1981 der erste Besucher des neuen amerikanischen Präsidenten im Weißen Haus. Edward Seaga und Ronald Reagan, zwei Männer konservativen Zuschnitts, verstanden sich sofort. Der Gastgeber und sein Gast diskutierten damals die Idee eines regionalen Entwicklungsprogrammes, in dem Jamaika eine Schlüsselrolle spielen sollte. Das Ziel dieses Projektes: Man wollte durch einen wirtschaftlichen Aufschwung und eine Linderung der sozialen Probleme den Marxisten den Wind aus den Segeln nehmen.

Die „Caribbean Basin Initiative" (CBI) hat Seagas Jamaika noch nicht eine entscheidende Wende im Kampf gegen die wirtschaftlichen Probleme gebracht. Das liegt zum einen daran, daß die Insel zwar 50 Millionen Dollar aus dem Soforthilfefonds (350 Millionen Dollar) erhielt, von den anderen geplanten Maßnahmen aber bisher nicht profitierte: Der Kongreß schiebt die kontroversen Teile des Programms vor sich her, etwa die zollfreie Einfuhr von Produkten der karibischen und mittelamerikanischen Länder in die USA. Gewerkschaftskreise protestierten.

Dann mußte der Premier die Erfahrung machen, daß die Sanierung der ruinierten Wirtschaft nicht so schnell vonstatten ginge, wie er das erhofft hatte. Nicht unter diesen Bedingungen.

Wenn die Jamaikaner von der Vergangenheit sprechen oder von dem, was vorher war, meinen sie die acht Jahre des sozialistischen Premiers Michael Manley, die Jamaika Chaos, Demagogie und Hoffnungslosigkeit brachten (so ein diplomatischer Beobachter).

In der Zwischenzeit sind mehr als eineinhalb Jahre vergangen und es hat sich schon manches geändert. Am auffallendsten: Der Touristenboom.

Langsam verzeichnet die Seaga-Regierung Fortschritte. Von anderen Projekten der Sanierungsstrategie spürt die Bevölkerung weniger. So will die Regierung die vor allem auf Zucker, Kaffee und Bananen fixierte Landwirtschaft diversifizieren und neue Agrargebiete erschließen. Damit möchte sie 90 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen und die Deviseneinnahmen um 550 Millionen Dollar pro Jahr erhöhen.

Schließlich träumt der Premier von einem Jamaika, das ein internationales Handels- und Investitionszentrum wird. Der energische Industrie- und Handelsminister Douglas Vaz reist ständig ins Ausland, um Investoren zu interessieren. In den letzten zwei Jahren entstanden in der Freihandelszone von Kingston neue Textil- und Möbelfabriken. Montego Bay soll ein Film- und Musik-Mekka werden.

Die Realisierung solcher Pläne brauchten Zeit und Geld. Das knappe Geld ist derzeit Jamaikas größtes Problem.

Edward Seaga war sich im April 1981 wohl mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen auf drei Jahre verteilten Kredit von 650 Millionen Dollar einig geworden, der die Insel vor dem Bankrott rettete. Insgesamt kamen seit seiner Amtsübernahme rund eine Milliarde Dollar ins Land. Allerdings: Ein großer Teil der Kredite mußte die gewaltigen Auslandsschulden abtragen.

Jamaika zählt mit etwa 2,5 Milliarden Dollar Verpflichtungen zu den höchstverschuldeten Nationen der Welt. Allein in diesem Jahr müssen für die Schuldendienste 634 Millionen Dollar aufgebracht werden, eine so schwere Belastung, daß viele Beobachter glauben, Seaga hätte längst Umschulden müssen. Aber solche Gedanken paßten bisher nicht in das politische Konzept des Premiers.

Die weltweite Rezession versetzte dem Sanierungsprogramm einen empfindlichen Rückschlag. Mit Bauxit verdiente Jamaika normalerweise 70 Prozent seiner Devisen. Die weltweite Bauxit-Baisse reduzierte dann jedoch drastisch die Einkommen von den Exporten dieses Erzes und dem daraus gewonnenen Aluminium. Im Haushaltsjahr 1982/1983 betrugen die Bauxit-Erlöse nur magere 145 Millionen Dollar. Die US-Regierung hilft jedoch, indem sie Millionen Tonnen für strategische Reserve bestellte.

Die Rezession drückte zwar die Inflationsrate auf 6,3 Prozent, entschärfte dagegen nicht das explosive Arbeitslosenproblem. Laut offiziellen Angaben sind immer noch 27,5 Prozent der arbeitsfähigen Jamaikaner ohne Arbeit. „Viel zuviel", sagt Seaga. Oppositionsführer Manley konzentriert seine Kritik auf diesen wunden Punkt.

Michael Manley, der sich nach der Wahlschlappe schmollend in den Hintergrund zurückgezogen hatte, fühlt sich wieder im Aufwind. Der stattliche Mann, der mit einer umgänglichen Art und flüssigen Reden auch seine politischen Gegner beeindruckt, konnte verlorene Sympathien zurückgewinnen. Carl Stone, ein Wirtschaftswissenschaftler und Kolumnist des „Gleaner", der die zuverlässigsten Umfragen durchführt, ermittelte einen Popularitätsvorsprung der „People's national Party" von fünf Prozent gegenüber der „Jamaica Labour Party".

Die Manley-Partei ersetzte im März ihren kontroversen Generalsekretär D. K. Duncan, einen Dentisten und Marxisten, durch den ideologisch flexibleren Universitätsprofessor Paul Robertson und verschaffte sich dadurch ein gemäßigteres Image. Manley, 59, möchte nun noch als Nachfolger Willy Brandts Präsident der Sozialistischen Internationale werden. Dieses wäre seinen Zielen förderlich, wieder an die Macht zu kommen.

„Vielleicht", kommentierte ein ausländischer Geschäftsmann mit langjähriger Jamaika-Erfahrung, hat Seaga zuviel zu schnell versprochen.

EDWARD SEAGA / Ein Premier und zugleich drei Minister

„In der Politik muß man mit dem Kopf starten“

Die schwarze Torwache salutiert mit liebenswürdiger Nachlässigkeit, zeigt lachend zwei Reihen weißer Zähne und läßt den Besucher ohne Kontrolle passieren. Ein Willkommen bemerkenswerter Art, wo doch die Machtzentralen längst überall die Gastfreundschaft unter einem Wust von Sicherheitsriten erstickt haben. Aber Edward Seaga, der Premier von Jamaika, will offenbar das Stück braungebrannten Rasens zwischen Zaun und „White House“ von Kingston nicht zur Security-Meile verkommen lassen, die ihn trennt von denen, in deren Namen er die Rum- und Reise-Insel regiert.

Dennoch: Wenngleich der Premierminister den Kontakt mit den Massen nicht scheut, ja wenn er sogar immer wieder einen Anlaß für Großkundgebungen sucht, so schätzt er doch mehr die stille Zurückgezogenheit in den kühlen klimatisierten Räumen seiner Regierungszentrale, wo weniger spontane Emotionen als nüchterne Fakten den Ton angeben. Wo die schwüle Hitze der Hauptstadt ausgesperrt ist, das grelle Mittagslicht nur gedämpft auf die fahlgelbe Tapete fällt und wo nur die schwarz-gelb-grüne Nationalfahne für einen kräftigen Farbkontrast sorgt.

Die Atmosphäre ist dem Amtsinhaber angemessen: Lautlos geht Seaga auf den Gast zu, reicht einen sanften Händedruck und hält das blasse Gesicht regungslos. Nur einmal huscht ein Lächeln durch seine Miene; wir sprechen über seine Multifunktion als Regierungschef, Finanz-, Bergbau- und Planungsminister. Ihm scheint der personifizierte Beweis zu gefallen, wer tatsächlich unentbehrlich ist in der Politik Jamaikas.

Als seien die Worte mehr für sich als für die Zuhörer bestimmt, spricht Seaga leise über das, was



Hält westlichen Kurs: Premier E. Seaga
Foto: DIE WELT

ihm am Herzen liegt: die Wirtschaftszahlen der Inseln, die eingerahmt sind von zwei Fakten, die in der aktuellen Situation Jamaikas eine beherrschende Rolle spielen. Da sind zum einen die erschütternden Hinterlassenschaften seines sozialistischen Vorgängers Michael Manley, und da ist zum anderen das Prinzip Hoffnung, das sich noch immer als das beständigste Investitionsgut Jamaikas erwiesen hat.

Was Seaga am Herzen liegt, wird von seinem Kopf beherrscht. „Wir haben in acht Jahren 57 Prozent unseres Lebensstandards durch eine Regierung verloren, die von sich behauptet hatte, sie trage die Interessen des Volkes im Herzen. Weil sie aber nicht den Kopf hatte zu planen und zu bestimmen, wie sie diese Interessen verwirklichen könnte, kam sie schließlich in eine völlig andere Richtung, als sie eigentlich selbst gehen wollte.“ Premier Seaga zieht daraus für sich den Schluß: „Auch wenn man ein Herz hat in der Politik, muß man mit dem Kopf starten, weil das Herz in die falsche Richtung lenken kann. Der Kopf wird das Richtige tun, wenn man ihn klug und weise einsetzt.“

Aus diesen wenigen Sätzen läßt sich viel über die Hintergründe jamaikanischer Politik ablesen. Seaga verdammt seinen Vorgänger Manley nicht in der Art, die Europäer aus dem Regierungs-Oppositions-Verhältnis gewöhnt sind. Er gesteht Manley zu, das Beste für die Insel und deren 2,2 Millionen Bewohner gewollt zu haben, weil er weiß, daß sein Vorgänger noch immer das Charisma eines Volkstribuns hat, der mit einer zündenden Rede auf dem Marktplatz auf einen Schlag mehr Sympathien für sich mobilisieren kann als Seaga mit einem in Monaten mühsam konstruierten Finanzplan zur Sanierung der angeschlagenen Wirtschaft.

Edward Seaga, verheiratet mit der Miß Jamaika von 1962, studierte in Harvard westliche Wirtschaftsphilosophie. Vor 53 Jahren wurde er als Sohn eines Libanesen und einer Jamaikanerin in Boston geboren und legte die US-Staatsbürgerschaft erst 1962 ab, als er für die konservative Labour-Partei (JLP) jüngster Minister wurde und das Entwicklungsressort übernahm.

„Wenn einer unsere Wirtschaft retten kann, dann ist es Seaga“, meint einer unserer einheimischen Gesprächspartner.

Seaga ist in der Karibik über Jamaika hinaus ein Garant für eine freiheitliche Politik des Westens. „Jamaika“, sagt der deutsche Botschafter in Kingston, Karl Leuteritz, „mag klein sein, aber es hat eine Symbolwirkung für die ganze Region.“ PETER SCHMALZ

Edward Seaga antwortet der WELT zum Bauxit:

„Wir glauben, daß der Niedergang des Bauxits nun seinen Tiefstpunkt erreicht hat. Die Zeichen sind unübersehbar, daß sich der Aluminium-Preis auf dem Markt stabilisiert hat und sogar wieder zu steigen beginnt.“

zu Investitionen:

„Das Wiederaufleben der Investitionstätigkeit in Jamaika war sehr stark. In den letzten 18 Monaten wurden 149 Vorhaben begonnen, und 399 weitere sind in verschiedenen Stadien der Vorbereitung. Das ist eine Größenordnung, die bei weitem alles bisher Bekannte übersteigt. Die Kapitalbildung bewegt sich in jährlichen Steigerungen von über 20 Prozent in den letzten drei Jahren. In einem Jahr waren es tatsächlich sogar 30 Prozent. Alle Anzeichen sprechen dafür, vor allem bei der boomenden Bauwirtschaft und im blühenden Tourismus, daß die Anziehungskraft für Investitionen fortbesteht und eine bedeutende Zahl neuer Vorhaben jedes Jahr realisiert werden wird.“

zum Tourismus und zum „Parallelen Markt“

„Der Parallele Markt“ wurde eingeführt, um die Dollars von der Straße abzuziehen, wo sie schwarz verkauft wurden. Jetzt handeln die Banken mit dem Dollar auf einem Niveau, das mit dem Straßenmarkt konkurrenzfähig ist. Während die Besucher, die nach Jamaika kommen, gebeten werden, ihre Hotelrechnungen und die Käufe in zollfreien Geschäften in fremder Währung zu begleichen, können sie jetzt das Geld, was sie außerhalb der Hotels ausgeben wollen, in der Bank zum günstigen Kurs des „Parallel-Marktes“ tauschen. Das bedeutet, daß der Besucher mehr jamaikanische Dollars für sein Geld bekommt.

Auf einen Blick

FLÄCHE
Jamaika ist die drittgrößte Insel der Großen Antillen im Karibischen Meer und umfaßt 10 991 km².

EINWOHNER
2,180 Millionen.

STÄDTE
Kingston (Hauptstadt) 169 800 Einwohner, mit Vororten ca. 614 000; Montego Bay 50 000 Einw.; Spanish Town 41 600 Einw.; May Pen 14 500 Einw.; Savanna-la-Mar 10 000 Einw.; Mandleville 9300.

STAATSFORM
Jamaika, unabhängiges Commonwealth-Mitglied, ist eine parlamentarisch-demokratische Monarchie. Zwei-Kammer System. Die 21 Senatoren werden ernannt. Die Abgeordneten werden gewählt.

STAATSOBERHAUPT
Formell die britische Königin Elisabeth II. Generalgouverneur ist F. A. Glaspole.

REGIERUNGSCHEF
Seit 1980 Edward Seaga, dem mit seiner Konservativen Arbeiterpartei ein überwältigender Sieg bei den Parlamentswahlen über die bis dahin regierenden Sozialisten (Nationale Volkspartei) unter M. Manley gelang.

WIRTSCHAFT ALLGEMEIN
Durch den von M. Manley eingeschlagenen Reformkurs wurde die einstmals gesunde Wirtschaft Jamaikas negativ beeinflußt. Die von der Regierung Seaga eingeleiteten Gegenmaßnahmen – Rückkehr zur Marktwirtschaft und Anlehnung an die Wirtschaft der USA – haben die Lage stabilisieren können.

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Botschaft von Jamaika, Am Kreuter 1, 5300 Bonn 2, Tel.: 02 28 / 35 40 45.
Honorarkonsulate: Ballindamm 1, 2000 Hamburg 1, Tel.: 0 40 / 3 00 11; Pienzenauerstraße 16, 8000 München 80, Tel.: 0 89 / 98 18 55.
Jamaica Tourist Board, Gallusanlage 2, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 06 11 / 23 47 41.
Handelsvertretung von Jamaika, Bonn-Center 1106, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28 / 21 62 11.
Air Jamaica, Gallusanlage 2, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 06 11 / 23 34 26.

IN JAMAIKA
Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, 10 Waterloo Road, Kingston 10, Tel.: 00 18 09 / 9 26 - 56 65.
Jamaica Tourist Board, P.O. Box 360, Kingston 5, Tel.: 00 18 09 / 9 29 - 80 70.
Jamaica National Export Corporation, 8 Waterloo Road, Kingston 10, Tel.: 92 / 6 16 80
Jamaica National Investment Promotion Ltd. 15 Oxford Road, Kingston 5, Tel.: 9 29 / 71 90
Lufthansa, c/o George + Branday Ltd., 1 St. Lucia Crescent, New Kingston, Tel.: 00 18 09 / 9 26 45 45.

TIPS FÜR REISENDE

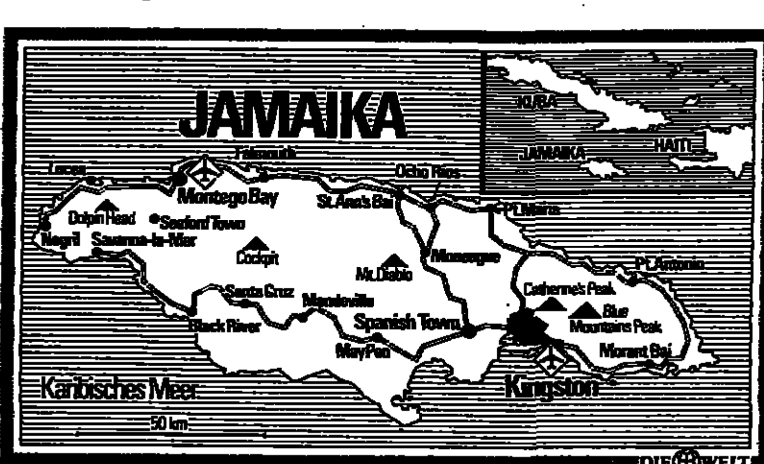
Klima
Jamaika hat ein gleichmäßiges Klima mit sehr viel Sonnenschein und Temperaturen an der Küste von durchschnittlich 24 Grad C während der Wintermonate (Mitte Dezember bis Mitte April) und 30–33 Grad C während der Sommermonate (Juni bis Ende Oktober). Im Flachland gehen die Tagestemperaturen selten über 33 Grad C und bei Nacht selten unter 16 Grad C. Im Hochland der Blue Mountains liegen die Durchschnittstemperaturen bei ca. 10 Grad C im Winter und ca. 21 Grad C im Sommer. Mit Regenfällen ist in den Sommermonaten zu rechnen; der meiste Regen fällt im Mai und Oktober. Beste Reisezeit: Dezember bis April.

EINREISE
Gültiger Reisepaß bei einem Aufenthalt bis zu drei Monaten.

WÄHRUNG UND REISEDEVISEN
Die Währungseinheit ist der Jamaica-Dollar, der an den US-Dollar angeschlossen ist.
1 Jamaica-Dollar = ca. 1,30 DM.

ZEITVERSCHIEBUNG
MEZ – 6 Stunden (von Ende April bis Ende Oktober – 5 Stunden).

SPRACHE
Englisch



TOURISMUS / Honig und Reggae

Mehr als eine Küste, aber die hat es in sich

Kolumbus kam mit dem Schiff, fand für sein Land ein neues Eiland und hinterließ dort die Discovery Bay. Knapp 200 Jahre darauf kamen die Engländer ebenfalls mit dem Schiff, vertrieben den letzten spanischen Gouverneur, der durch ein Höhlenlabyrinth im Norden der Insel floh und sich übers Meer rettete. Er hinterließ die Runaway Bay. Auch mancher moderne Tourist nähert sich der Rum- und Reggae-Insel Jamaika mit dem Schiff. Aber für die Kreuzfahrer von heute reicht die Zeit meist nur zum Souvernirbummel über den Craft Market und für eine eilige Postkarte: Eine Insel, abgehakt auf der Karte des rastlosen Weltreisenden.

Besser also ist die schnelle Ankunft im Jet: Air Jamaica fliegt wöchentlich mit einem Jumbo von Frankfurt (mit Zwischenlandung in London) direkt in die karibischen Tropen und läßt dem Besucher zwei Zielorte: Er kann bis ins schwülheiße Kingston fliegen und vom Aiport aus an verrosteten Schiffswracks und staubigen Zementfabriken vorbei in die grindige Uppertown der Hauptstadt fahren, um am liebsten sogleich den Rückflug zu buchen.

Am besten also, die Maschine in Montego Bay im Norden der Insel verlassen, nach zehnstündigem Flug die seltsam zähen Zollkontrollen gelassen übersehen und sich zumindest für die erste Nacht in einer der Ferienanlagen nahe der Stadt einquartieren.

Schon das erste Plätschern im lauen, durchsichtigen Salzwasser vor dem „Half Moon Club" spült die Flugstrapazen weg, die Nacht ist erfüllt vom Konzert der Zikaden und Baumfrösche, ein Ventilator schnurrt fächelnd überm Bett. Die Klimaanlage mag sich schonen für erkältungssüchtige Amerikaner. Am Morgen schwirrt ein Hummingbird durchs Blütenmeer, schwarze Kellner jonglieren Frühstückstabletts auf dem Kopf. Ich lasse über den Toast den dunklen Honig fließen (Heinz Simonitsch, der Club-Manager aus Österreich, kauft ihn bei einem Bauern im Landesinnern), da rammt eine Kokosnuß mit dumpfem Knall neben mir in den weichen Sand. An einer Reggae-Bar der Einheimischen werde ich später eine kluge Überlebensregel lesen: „A wise man never stands under a co conut-tree on windy days."

Die Mehrheit der Urlauber bleibt hier im Norden, wo Jamaika ist, wie es sich zu Hause auf den Prospekten zeigt: weiße, weite Sandstrände, Palmen, farbige Schönheiten beiderlei Geschlechts.

Das Touristenparadies erstreckt sich bis über Ocho Rios hinaus, wo das „Shaw Park Hotel" im Dschungel endet, in dem George frische Kokosnüsse aufschlägt und wo kundige Führer durch die kühlen Fluten der Dunn's River Falls lotsen. Wo Kellner mit weißen Handschuhen im „Plantation Inn" morgens am Strand eine kräftige Consommé anbieten und abends den Lobster servieren.

Im Minibus, dem Hauptverkehrsmittel der Insel, die so groß ist wie Hessen, habe ich auf der Fahrt nach Negril, dem westlichsten Punkt Jamaikas, immer den Aufkleber vor Augen: „Jamaica is more than a coast." Aber noch einmal kommt Küste satt: zwölf Kilometer lang ist der schmale Streifen Sand zwischen türkisem Meer und dampfendem Dschungel, der schönste Beach der Karibik, wie Kenner schwärmen. Total-Entspannung im „Hedonism II" für jene, die Ruhe finden nur bei anhaltendem Gruppengetöse und die sich freuen, selbst Drinks und Zigaretten inklusive gebucht zu haben.

Ein paar Meilen weiter auf den Felsen finden kurz- und langfristige Aussteiger Vergessen vom Weltschmerz. Wenn die Purpursonne im Meer versinkt, ziehen schwere süße Schwaden von Marihuana-Duft um Rick's Bar. Ganja, wie das Traum-Gras heißt, ist am Strand und an fast jeder Ecke zu kaufen, belastet aber auch die Beziehungen zu den USA. Denn für Millionen Dollars flogen bisher waghalsige Piloten meist nachts die heiße Ware in die Staaten. An der Straße nach Ocho Rios stehen auf einer verlassenen Piste vier „Ganja-Bomber", die überladen den Start nicht schafften. Neuerdings sind die Hasch-Schmuggler auf kleine Schiffe umgestiegen. Premier Seaga verteidigt sein Land, drüben in Florida würde viel mehr Ganja wachsen als in Jamaika.

Im „Negril-Beach Club" klagt Ken McNeal, einst Gesundheitsminister und heute Hotelbesitzer, über einen anderen Warenaustausch: Vor allem aus den Vereinigten Staaten kauft die Insel für teure Devisen Lebensmittel für die Touristen. Ein wunder Punkt der jamaikanischen Urlaubs-Maschinerie.

Eine knappe Autostunde ostwärts von Negril wartet das „andere Jamaika": Eine felsige Südküste, von Touristen kaum entdeckt, aber ein Eldorado für Taucher, die in der gischtigen See nach Korallen und bunten Fischen suchen, und für Müßiggänger, die sich in den Parks alter Herrenhäuser mit Ingwerkuchen und High-Mountain-Coffee verwöhnen lassen.



Händchenhalten in den Dunn's River Falls, für Kühlung ist gesorgt

Foto: PETER SCHMALZ

An den Kaffeeplantagen vorbei führt die Straße in die angenehm kühle Luft von Mandeville, der Insel reichsten und saubersten Stadt, die vom Bauxit lebt. Bei Diana im Hotel „Astra" frage ich nach der Kaffee-Farm „Marshall's Pen" und drehe dort zwischen Mahagoni-Möbeln und vergilbten Schmökern das Rad ein Jahrhundert zurück in die Blütezeit britischer Plantagenbesitzer.

Um Kingston kann der Gast einen Bogen machen, falls ihn nicht die Geschäfte dorthin führen. Dann aber sollte er für den Abend einen Tisch reservieren im „Blue Mountain's Inn" in den Bergen hinter der Stadt, wohin die feuchte Schwüle der Hauptstadt nicht dringt. Ihn erwartet die beste Küche der Insel.

Mit dem Hubschrauber nur einen Katzensprung von Kingston entfernt liegt Port Antonio ein wenig abseits des großen Touristenstroms. Die Berghänge lassen die Wolken steigen und entlocken ihnen den Regen, der den tropischen Urwald in paradiesischer Pracht wuchern und blühen läßt. „Chlorophyl Corner" wird die grünste Ekke der Insel genannt. Wir sitzen bei Patsy, einer quirligen schwarzen Malerin, trinken Rumpunsch und schauen hinaus zu den kleinen Inseln im gleißenden Meer.

Auf einer lebte Schwarzweiß-Star Errol Flynn und wurde aus einer Laune heraus Entdecker einer Touristen-Sensation: Für eine Party mietete er Bambusflöße, auf denen die Bananenbündel aus dem Landesinneren über den Rio Grande gebracht wurden. Die Idee zündete: Heute haben die Touristen längst die Bananen von den Flößen verdrängt. Was nicht immer ohne Gefahr ist:

Ich traf eine betuchte britische Urlauberin, die samt Floß, Handtasche, Reisegeld und Paß in den Rio Grande kippte. Nur Floß und Frau waren wieder aufgetaucht. Das Geld bleib verschwunden und Ersatzpapiere kamen in der Eile, die in Jamaika länger als eine Weile dauert, wenn die Einheimischen mit strahlendem Lächeln sagen: „Soon come." Wer das mit „Hab' Geduld" übersetzt, verlebt auf Jamaika glückliche Tage.

PETER SCHMALZ

GESPRÄCH MIT KULTUR-MINISTER EDMUND BARTLETT

„Eigene Sprache schaffen"

DIE WELT: Herr Minister, wie würden Sie die kulturelle Identität Jamaikas beschreiben: Ist sie eher afrikanischen oder karibischen Ursprungs?

Edmund Bartlett: Die kulturelle Identität Jamaikas ist eine Frage der ethnischen Wurzeln. Wie Sie wissen, gehen diese auf eine Reihe verschiedener Volksgruppen zurück. Die stärkste unter ihnen ist allerdings afrikanischen Ursprungs. Doch afrikanischer Abstammung sein heißt nicht, daß wir alle einen starken afrikanischen Einschlag in bezug auf Aussehen und rassische Eigenschaften haben. Die meisten von uns sind das, was man allgemein als „kreolisch" bezeichnet.

DIE WELT: Ich meine, wir sollten uns auf den Begriff des „Jamaikaners" einigen. Ist das richtig?

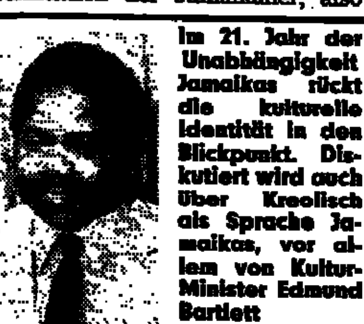
Edmund Bartlett: Jamaikaner, das ist vollkommen korrekt.

DIE WELT: Der Slogan Ihres Landes lautet: „Out of many, one people" (zu deutsch: „Entstanden aus vielen, ein Volk"). Ist das Ziel heute erreicht?

Edmund Bartlett: Dieses Ziel ist erreicht, und zwar durch Heirat, Beziehungen und kulturellen Austausch zwischen all den Rassen, die auf Jamaika leben.

DIE WELT: Aber Ihr Land erlangte erst im Jahre 1962 seine Unabhängigkeit. Das bedeutet, daß Sie in einem Zeitraum von nur 21 Jahren die jamaikanische Identität schufen. Das ist erstaunlich.

Edmund Bartlett: So sehe ich das nicht. Diese Identität bestand ja bereits vor 1962. Die politische Unabhängigkeit eröffnete vielmehr eine weitere Dimension, aus der schließlich der Jamaikaner, also die „jamaikanische Persönlichkeit", hervorging.



Im 21. Jahr der Unabhängigkeit Jamaikas rückt die kulturelle Identität in den Blickpunkt. Diskutiert wird auch über Kreolisch als Sprache Jamaikas, vor allem von Kultur-Minister Edmund Bartlett

Foto: DIE WELT

DIE WELT: Als was würden Sie die Gruppe der Rastafaris bezeichnen? Sind auch sie ein Teil dieser Identität?

Edmund Bartlett: Die Rastafaris sind ebenso Jamaikaner wie jede andere Gruppe auf der Insel. Sie unterscheiden sich lediglich durch ihren einfacheren Lebensstil von anderen. Die ständige Jagd nach irdischen Gütern widerstrebt ihnen. Sie glauben mehr an geistige als materielle Lebensinhalte.

DIE WELT: In Seaford Town lebt eine Gruppe deutschstämmiger Jamaikaner, und zwar unter sehr schlechten kulturellen und sozialen Bedingungen.

Edmund Bartlett: Sie erwähnen da die deutsche Gemeinde auf Jamaika, die jedoch nur so genannt wird, wenn wir von deren kulturellem Erbe sprechen. Im übrigen werden sämtliche Volksgruppen in unserem Land unter dem Begriff „Jamaikaner" zusammengefaßt. Diese Gemeinde ist in der Tat arm, ebenso arm wie alle anderen Gemeinden, die in den entlegenen, sehr ländlichen Gebieten ansässig sind. Doch sie haben verschiedene große politische Figuren dieses Landes hervorgebracht. Einer unserer besten Wirtschaftsminister, Herbert Habemeyer, stammte aus Seaford Town.

DIE WELT: Verfolgen Sie das Ziel, das Englische in Zukunft durch eine eigenständige Nationalsprache zu ersetzen?

Edmund Bartlett: Ich glaube, daß es auf lange Sicht nötig sein wird, beide Sprachen – nämlich Englisch und Jamaikanisch – an den Schulen zu lehren. Doch zunächst einmal muß die Standardisierung des Jamaikanischen verwirklicht werden.

GESPRÄCH MIT TOURISMUS-MINISTER A. ABRAHAMS

„Zahlen und Jamaika genießen"

DIE WELT: Herr Minister, wie Ihnen sicherlich bekannt sein wird, ist das Image Ihres Landes in Deutschland nicht so gut, wie es wünschenswert wäre.

Anthony Abrahams: Ich meine, daß davon keine Rede sein kann. Der ungünstige Ruf, von dem Sie sprechen, rührte von Problemen her, die bereits Jahre zurückliegen. Diese Schwierigkeiten sind inzwischen überwunden, und wir können sagen, daß Jamaika heute einen guten Ruf genießt.

DIE WELT: Die Ferienzeit in Deutschland beginnt im allgemeinen im Monat Juni. Dann sind Ihre Ferienorte bekanntlich nur schwach besucht. Bietet es sich da nicht als ideale Lösung an, den deutschen Markt gerade für diese Zeit des Jahres zu erschließen?

Anthony Abrahams: Das stimmt genau. Der deutsche Markt stellt ein enormes Potential für Jamaika dar. Zudem liegt mir die Internationalisierung des Fremdenverkehrs sehr am Herzen. Gegenwärtig hängen wir stark von den Touristen aus Nordamerika ab. Und die Nordamerikaner halten sich wiederum besonders gern an wirklich internationalen Reisezielen auf.

Der deutsche Markt hat in Jamaikas Tourismus von jeher eine bedeutende Rolle gespielt. Während der letzten drei Jahre hat sich allerdings das ungünstige Umtauschverhältnis der Mark zum Dollar negativ auf die Besucherzahlen aus Deutschland ausgewirkt.



Lässig wie sein Auftreten ist auch Minister Anthony Abrahams Tourismus-Politik. Er macht kein Hehl daraus, daß Jamaika teuer ist, er will Klasse statt Masse. Und hofft auf Deutschland und die Schweiz.

Foto: HHH

Jedoch geben uns die stärker werdende Mark und der ebenfalls an Wert gewinnende Schweizer Franken einigen Grund zum Optimismus. Wir glauben, daß der Touristenstrom aus diesen Ländern in Zukunft wieder zunehmen wird.

DIE WELT: Man kann sagen, daß Jamaika durchaus kein billiges Ferienland für Deutsche ist.

Anthony Abrahams: Jamaika ist kein billiges Land für irgendeinen Besucher. Wir sind ein ausgesprochenes „Qualitäts-Ferienziel". Wir bieten, wie wir meinen, ein echtes tropisches Urlaubserlebnis von hoher Qualität. Und das kann zwangsläufig für niemand billig sein.

DIE WELT: Herr Minister, heißt das an die Adresse der Touristen gerichtet: „Zahlt oder laßt es lieber bleiben?"

Anthony Abrahams: Nein, verstehen Sie mich da bitte richtig. Unsere Maxime lautet vielmehr: „Zahlt und genießt es!"

HEILQUELLEN / Wer kommt zapfen?

Name verpflichtet

Nach Jamaika fährt man selbstverständlich zum Baden im karibischen Meer. Aber nur wenigen ist bekannt, daß die Insel über Heilquellen verfügt, die nach den Vorschriften des Deutschen Bäderverbundes den Vergleich mit Europas Heilbädern nicht scheuen müssen. „Sie sitzen auf einer Goldmine", schwärmte der deutsche Botschafter in Kingston, Karl Leuteritz, vor jamaikanischen Gesprächspartnern, nachdem er das Gutachten eines deutschen Teams studiert hatte. Nun fehlt nur noch das Kapital zum Aufbau einer Heilbäder-Struktur.

Es waren die Wasser, die Jamaika zur fruchtbarsten Insel der Region machten und die ihr den Namen gaben: Xaymaca wurde sie von den Ureinwohnern, den Arawak-Indianern, genannt, das „Land der Wälder und Quellen". Und bereits 1747 wurde das „Bath Fountain Hotel" als erstes Kurhotel eröffnet, aber die Bäderkunde kam nicht an.

Neuer Auftrieb kam erst durch das baden-württembergische Beratungsbüro Ittracon, das in Kingston den Freeport ausbaute und nebenbei 22 Quellen untersuchte. Das erstaunliche Ergebnis: Nur zwei erreichen nicht den Grenzwert für Mineralwasser. Ittracon-Mitarbeiter Professor Jaap Pothast: „Eine Abfüllanlage könnte Jamaika unabhängig machen vom Devisen zehrenden Import ausländischer Mineralwasser."

Noch ist die Infrastruktur für einen medizinischen Bäder-Tourismus mangelhaft. Ein englischer Lord will das Nobelhotel „Sans Souci" in Ocho Rios an der Nordküste ausbauen, in dessen Swimmingpool ohnehin Heilwasser sprudelt. Im Süden wurde das altenglische Kurhotel am Milk River renoviert, Kuren im radonhaltigen Wasser stehen unter medizinischer Aufsicht. lz.

GESCHICHTE / Sir Henry, der ehrbare Pirat

Gouverneur, Richter und erfolgreicher Seeräuber

Für die erste wirtschaftliche Blütezeit Jamaikas sorgten Ende des 17. Jahrhunderts Seeräuber. 1655 hatten die Engländer die Zuckerinsel erobert, die bis dahin Privatbesitz der Nachkommen des Amerika-Entdeckers Christoph Columbus gewesen war. Die neuen Herren vertrieben die Spanier und bauten die heutige Hauptstadt Kingston zum Kriegshafen aus.

In den folgenden Jahren wurden englische Freibeuter zum Alptraum des spanischen Weltreiches. Briten brachten die mit Schätzen beladenen Schiffe der Spanier auf und plünderten sie. Erfolgreichster Piratenkapitän war Henry Morgan (1635–1688), der es zeitweilig auf Jamaika sogar zum obersten Richter und zum Vizegouverneur brachte.

Morgan stammte aus einer wohlhabenden Familie in Wales. Er tauchte 1658 zum erstenmal in der Karibik auf. Schon nach kurzer Zeit avancierte er unter den Piraten, die auf der „Insel der Schildkröten", einem Eiland nördlich des heutigen Haiti, hausten, zum Unterführer. Er war einer der Anführer der Freibeuter, die 1659 die spanische Stadt San Jago auf der Insel Hispanola eroberten und plünderten.

Morgans steiler Aufstieg begann, als sein Onkel Edward Morgan Vizegouverneur auf Jamaika wurde. Der einflußreiche Verwandte förderte den mittellosen Neffen nach Kräften und verschaffte ihm mehrere Schiffe. Morgan war von keinerlei Skrupeln geplagt.

Er brachte Not und Elend über die spanischen Städte in der Karibik, über die sie herfielen. Wehrlose Kinder und Frauen wurden abgeschlachtet, die Männer gefoltern, bis sie das Versteck ihrer Wertsachen preisgaben.

Kingston war schon damals das Verwaltungszentrum Jamaikas. In einer zeitgenössischen Chronik heißt es unter anderem: „Die hiesigen Kaufleute kauften von den Piraten gestohlenes Gut aus spanischen Kirchen und Wertsachen aller Art, was sie dann mit großem Gewinn in Europa weiter verkauften. Der Gouverneur und die Richter, die offiziell die Seeräuberei verdammten, machten gemeinsame Sache mit den Freibeutern und hatten an aller Beute der Piraten ihren nicht geringen Anteil."

Henry Morgan nutzte die Gunst der Stunde und war bald einer der engsten Vertrauten des britischen Gouverneurs. Er wurde offiziell zum zweiten Admiral Jamaikas ernannt. Sein Vorgesetzter war Edward Mansfelt, ein illegitimer Sohn des deutschen Feldherrn aus dem 30jährigen Krieg.

Erstes Ziel der beiden ungleichen Männer war die spanische Stadt Granada am Nikaraguasee. Sie überfielen diese Stadt zweimal und hausten dermaßen unter den Einwohnern, daß diese in den Dschungel flohen.

Die Piraten machten ungeheure Beute. Ein Strom von spanischem Gold kam nach Kingston. Der Inselgouverneur wurde zum Millionär. Ein großer Teil der Beute floß weiter nach England in die königliche Kasse.

Der Stern des Piraten begann zu sinken, als Spanien und England einen förmlichen Waffenstillstand schlossen. 1672 betrat Sir Henry als „Gefangener auf Ehrenwort" das britische Kriegsschiff mit dem bezeichnenden Namen „Welcome", das ihn nach England brachte. Drei Jahre lang lebte Morgan in London. Es kam zu einer Gerichtsverhandlung, in der festgestellt wurde: „Sir Henry kann eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden." Danach durfte Morgan wieder nach Jamaika – als Vizegouverneur. B. B.

Tabak, heraus aus dem Dunst der Havanna

Jahrelang standen Jamaikas Tabake im Schatten der größeren Insel, Kuba. Und Jimmy Chang, der Chef der Comined Tobacco, verschweigt auch nicht, daß er bei Kubanern in die Tabak-Schule ging. „Ich arbeitete bei der Familia Menendes Garcia, die ja ein Gutteil des Ruhmes kubanischer Zigarren mitbegründet hat."

Doch das ist lange her. Heute hat die jamaikanische Zigarre weltweit einen hervorragenden Ruf. Und zur Bekräftigung verweist Jimmy Chang auf die zahlreichen internationalen Preise und Medaillen, die er in den letzten vier Jahren einsammeln konnte.

Der milde Geschmack der handgerollten Zigarren aus erlesenen Tabakblättern hat ihnen ein Renommee als Qualitätsprodukt verschafft. Auch in der Bundesrepublik werden sie verstärkt angeboten. rx

RUM / Die Diskriminierung als Brandy ist vorbei

Wie man will, nur nicht heiß

Rum ist ein ganz besonderer Saft. Das, was in Deutschland bislang als jamaikanischer Rum angeboten wurde und dazu diente, Grogs zu brauen oder Tees aufzumöbeln, war Rum-Verschnitt. Ein Jamaikaner würde dies nicht einmal zum Zähneputzen benutzen, sagen die Rumhersteller der Insel. „Ihr" Rum hat ein reiches Bukett, ist aromatisch und besitzt einen fein abgestimmten Geschmack. Man kann ihn auf vielerlei Art und Weise trinken, nur auf eine nicht: heiß.

Rum aus Jamaika ist entweder dunkel, dann wird er als Fruchtpunch getrunken. Oder er ist goldfarben, dann eignet er sich zu Cola, Ginger Ale, Eis oder Soda. Der weiße Rum paßt zu Orangen, zu Tonic-Wasser oder Ginger Ale.

Farbe aus Holz und Karamel

Die Farbtönung erhält der Rum von dem Holz der Fässer, in dem er gelagert wird. Zur Standardisierung der Farbe wird auch Karamel verwandt.

Daß jamaikanischer Rum erst seit Neuestem so, wie er eben beschrieben wurde, auf den deutschen Markt kommen darf, hat einiges mit der Europäischen Gemeinschaft, dem Abkommen von Lomé für die AKP-Staaten und sehr viel mit den protektionistischen Wünschen der Deutschen und Franzosen zu tun.

Als Brandy, weil das Gesetz es wollte

So durfte früher zum Schutz deutscher Hersteller der Zuckerrohrsaft aus Jamaika nur zum Teil dem deutschen Rum zugesctzt werden. Gerade so viel, um zu sagen, daß der Geschmack mit Jamaika assoziiert werden kann. Was natürlich, wie in Kingston beteuert wird, nicht der Fall ist. Man hat also etwas als jamaikanisch ausgegeben, was nicht jamaikanisch war. Ein Schluck aus einer jamaikanischen Rumflasche bestätigt dies.

So geschah es, daß früher Rum aus Jamaika wegen der gesetzlichen Bestimmungen als Brandy auf dem deutschen Markt verkauft werden mußte; was nicht ging, da Rum eben kein Brandy ist, hat er doch mit gebranntem Wein nichts zu tun.

Die Franzosen hatten natürlich ihren Saft von Martinique und Gouadeloupe vor Augen und formulierten die technische Definition des karibischen Rums, daß das Produkt aus Jamaika nicht dabei war.

Dies ist vorbei. Heute können die jamaikanischen Rum-Destiller ihr Erzeugnis als das anbieten, was es ist: Rum. Die Diskriminierung ist überwunden, aber was die Jamaikaner immer noch stört, ist, daß es eine länderspezifische Quotierung der erlaubten Exportmenge gibt.

Das heißt, daß wenn etwa das Ouotum für Großbritannien dort nicht abgesetzt werden kann, der Rest nicht etwa in Frankreich oder Deutschland angeboten werden darf. Die EG will es so.

Wenn Europa schon ein gemeinsamer Markt ist, argumentiert man auf der karibischen Insel, dann soll man uns ein Quotum für die gesamte Gemeinschaft zubilligen. Dann könne die freie Konkurrenz in den einzelnen Ländern entscheiden, wieviel wo abzusetzen ist. ut.

Internationale Sonderbeilage Jamaika

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Redaktion und Gestaltung: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans-Heinrich Lange, Hamburg
Internationale Sonderbeilagen
Skala Gesellschaft mbH & Co KG.
Leo C. F. Bursky, Wien
W 165/9/83

Rum – der Geist von Jamaika

Nach 157 Jahren Erfahrung sieht die WRAY & NEPHEW-GRUPPE zuversichtlich der Zukunft entgegen

Die Vergangenheit:

1825 eröffnete John Wray, ein Stellmacher aus der Gemeinde von St. Ann, eine Taverne in der Hauptstadt Kingston und nannte sie „Die Shakespeare Taverne". Die Auswahl des Namens war vielleicht nicht ganz verwunderlich, da Thomas, der Neffe des großen Bühnenautors, in Jamaika lebte und beerdigt ist.

John Wrays Taverne lag günstig an der Nordseite des Stadtplatzes und wurde zu einem bevorzugten Treffpunkt, vor allem an Markttagen. Als John Wray erfolgreicher im Verschneiden und Verkauf von Rum wurde, blühte sein Geschäft auf, und 1862 machte er seinen Neffen zum Partner. Der dynamische junge Mann erweiterte das Geschäft bald und zog in größere Gebäude in die Nähe des Kais, um den Rum, der auf dem Seeweg von den Plantagen aus verschiedenen Teilen der Insel kam, zu empfangen. Seitdem ist die Firma ständig gewachsen und ist heute eine der größten kommerziellen Organisationen in Jamaika. Sie ist die älteste Gesellschaft in Jamaika und könnte gut die älteste Rum-Gesellschaft in der Welt sein. Nichtsdestoweniger geht die Geschichte des Jamaika-Rums auf zwei Jahrhunderte vor der Eröffnung von John Wrays Taverne zurück, nämlich auf 1655, als die Briten die Insel übernahmen.

Die Geschichte des Rums ist lustig verwirrt von Legenden, und sogar der Ursprung des Namens ist ungewiß; er könnte von einem Schlagwort aus dem 17. Jahrhundert herstammen, das etwas sehr Gutes und Schmackhaftes bedeutet, oder von dem zeitgenössisch akzeptierten botanischen Gattungsnamen für Zuckerrohr, Saccharum officinarum. Selbstverständlich gibt es keinen Zweifel über die lange Verbindung zwischen Jamaika-Rum und der britischen Marine. Generationenlang freuten sich die Seemänner der mächtigsten Marine der Welt auf ihre tägliche Ration Rum, ansehnliche 5 Unzen = 141.55 ml und gerade 5% unter der Normalstärke! Diese Tatsache sowie ein großer Teil der Legende hat Jamaika-Rum den Ruf des herben, wilden Getränks gegeben, und ohne Zweifel war etwas Wahres daran.

Weniger bekannt, außer bei Kennern, waren die feinen gereiften jamaikanischen Rumarten, die sich mit den besten Spirituosen der Welt messen konnten. Das Kommen der Cocktails um 1920 herum führte dazu, daß Rum gesellschaftlich akzeptabler wurde und diese Tendenz beschleunigte sich erstaunlich in den späten 60er und 70er Jahren.

Die Gegenwart:

Die Wray & Nephew-Gruppe besteht heute hauptsächlich aus einer Zuckerrohrplantage und Brennerei, zwei einheimischen und einer Exporthandelsgesellschaft. Die Zuckerplantage der Gruppe, Appleton, hat Jamaikas Prämienrum seinen Namen gegeben, und die Appleton-Brennerei, ausgestattet mit Topf- und kontinuierlichen Brennereien, ist eine der modernsten in der Karibik. Dieses ermöglicht die Produktion einer großen Auswahl von Spirituosen, die kennzeichnend für den Rumhandel ist und die Appleton White, einen leichten Cocktail-Rum, Appleton Gold, gewöhnlich on the Rocks (mit Eis) oder mit Wasser getrunken, und Appleton Dark (dunkel), der traditionell für Punsche oder als Cola-Mixer benutzt wird, mit einbezieht.

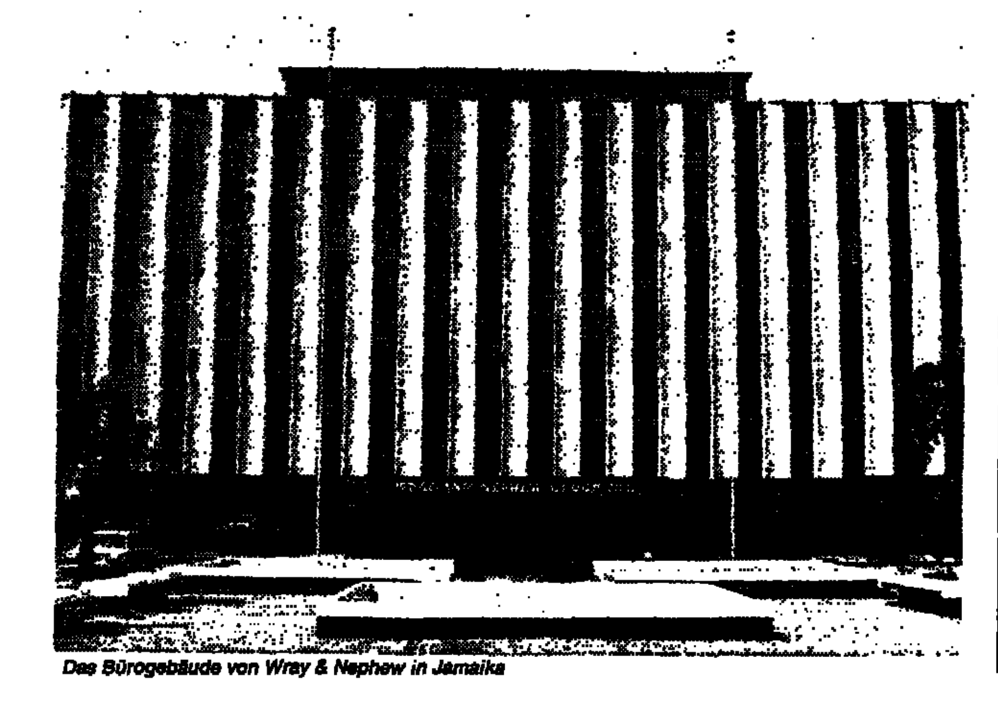
Die hohe Qualität der Wray & Nephew-Produkte wird dadurch bestätigt, daß die Gruppe unter Lizenz für den einheimischen Markt solche bedeutenden internationalen Produkte wie Smirnoff, Gilbeys und Bols herstellt. Die Gruppe produziert ein Drittel aller auf der Insel hergestellten Rumarten und Spirituosen, und beherrscht zur Zeit 90% des einheimischen Markts. Dieses ist nicht verwunderswert, da Jamaikaner enthusiastische Rum-(und andere Spirituosen-) Trinker sind und, bei einer Einwohnerzahl von gerade über zwei Millionen, jährlich fast eine Million Kisten verkonsumieren.

Der Hauptverkaufsmarkt der Gruppe ist immer noch der jamaikanische; aber in den letzten Jahren sind Exporte wesentlich gestiegen. Heute verschifft Wray & Nephew ihre Produkte weltweit in Flaschen und losen Mengen in über 60 Länder. In einigen Ländern, besonders in Westdeutschland, Frankreich und den USA wird der Fortschritt von diversen ungünstigen Handelsbedingungen gehindert. Es wird aber gehofft, daß die USA ihre Vorschriften bald zu Jamaikas Gunsten ändern werden. Andere Länder wie Kanada und Neuseeland zeigen gute Resultate. In letzterem ist der dunkle CORUBA-Rum jetzt marktführend.

Die Zukunft:

Die Aussichten für jamaikanischen Rum und für die Wray & Nephew-Gruppe sind gut. Während der riesige Wachstum des weltweiten Rumverbrauchs über die letzten zehn Jahre sich auf milde, leichte Rumarten, für die Jamaika nicht bekannt ist, konzentrierte, neigt die Tendenz jetzt mehr nach den aromatischen, goldenen Rumarten, für die Jamaika unübertroffen ist. Trotz Jamaikas momentaner wirtschaftlicher Probleme befindet sich jamaikanischer Rum in einer sehr konkurrenzfähigen Position auf dem Weltmarkt. Mit einem Vorrat von über 5 Millionen Gallonen (21 Millionen Liter) Rum zur Normalstärke sowie einem annehmbaren Prozentsatz von Prämien- und gereiften Rumarten ist Wray & Nephew jetzt bereit, sein zweifellos vorhandenes Potential in den kommenden Jahren zu verwirklichen.

WRAY & NEPHEW-GRUPPE
Rum-Destillateure und -Verschneider · Gegründet 1825



Das Bürogebäude von Wray & Nephew in Jamaika